

DB Privat- und Firmenkundenbank Konzern



Geschäftsbericht 2019

Inhalt

DB Privat- und Firmenkundenbank Konzern

4 Bericht des Aufsichtsrats

1 – Konzernlagebericht

10	Unsere Organisation
11	Führungsstruktur
15	Konzernüberblick
17	Strategie
19	Wesentliche Ereignisse im DB PFK Konzern 2019
19	Wirtschaftliches Umfeld
20	Ertragslage des Konzerns
21	Segmentergebnisse
22	Unternehmensbereiche
25	Vermögens- und Finanzlage
27	Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
28	Risiken und Chancen
30	Risikobericht
71	Ausblick

2 – Konzernabschluss

77	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
78	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
79	Konzernbilanz
80	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
81	Konzern-Kapitalflussrechnung
82	Anhang (Notes)
107	Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
109	Angaben zur Konzernbilanz
126	Sonstige Finanzinformationen
156	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
157	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

U3 Impressum

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat befasste sich im zurückliegenden Berichtsjahr auf Basis der Berichterstattung durch den Vorstand eingehend mit der geschäftlichen Entwicklung und der strategischen Ausrichtung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG.

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten sowie die Geschäftsführung der Gesellschaft auch im Hinblick auf die Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Regelungen überwacht.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die Geschäftsentwicklung, die Risikolage, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem, die Compliance sowie über Geschäfte von besonderer Bedeutung für das Unternehmen informiert. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen wurden dem Aufsichtsrat unter Angabe von Gründen erläutert. In Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren, war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Die jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden, sowie die jeweiligen Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie und des Risikoausschusses wurden auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert.

Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2019 in fünf ordentlichen Sitzungen, vier außerordentlichen Sitzungen und einer konstituierenden Sitzung. Zudem hat der Aufsichtsrat im abgelaufenen Geschäftsjahr sein Stimmrecht in fünf schriftlichen Verfahren wahrgenommen. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat eine Strategie-Klausurtagung durchgeführt.

In der ersten Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres am 7. Februar 2019 wurde neben den Zielvereinbarungen und den Zielerreichungen der Vorstandsmitglieder auch die Vorstandsvergütung beschlossen. Des Weiteren wurde das vorläufige Geschäftsergebnis 2018 und die Geschäftsplanung 2019 bis 2021 vorgestellt.

In der außerordentlichen Sitzung am 27. Februar 2019 beschloss der Aufsichtsrat eine Veränderung bezüglich einer Vorstandspersonalie.

In der Bilanzsitzung am 27. März 2019 wurde nach umfassender Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses der Jahres- und der Konzernabschluss 2018 gebilligt. Des Weiteren wurden Änderungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse beschlossen. Im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten erfolgte der Beschluss zur Entlastung nach § 32 Mitbestimmungsgesetz für Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank Filialvertrieb AG. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzung waren die Risikosituation der Gesamtbank, die Beschlussfassung für den Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung und die Erklärung zur Unternehmensführung sowie der Jahresbericht der Revision.

Anlass der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 24. Juni 2019 war die Neubesetzung der Ausschüsse des Aufsichtsrats aufgrund einer Delegiertenversammlung der Arbeitnehmervertreter sowie die Einrichtung eines Personalausschusses.

In der ordentlichen Sitzung am 24. Juni 2019 wurde die Mandatsniederlegung des Aufsichtsratsvorsitzenden zum 1. August 2019 erörtert. Der Vorstand hat über die Geschäftsentwicklung und den aktuellen Stand bezüglich der „Bank für Deutschland“ informiert sowie den Gesamtbankrisikobericht vorgestellt.

Im Rahmen der außerordentlichen Sitzung am 12. Juli 2019 wurde eine Vorstandspersonalie behandelt.

Anlass der außerordentlichen Sitzung am 31. Juli 2019 waren Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten mit entsprechenden Beschlussfassungen.

In Rahmen der außerordentlichen Sitzung am 6. September 2019 hat der Aufsichtsrat eine Vorstandspersonalie behandelt.

Im Mittelpunkt der ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats am 18. September 2019 standen Beratungen bzw. Beschlussfassungen zu der Wahl eines neuen Anteilseignervertreeters, zur Geschäftsentwicklung für das dritte Quartal 2019

und zum aktuellen Stand bezüglich der Aufstellung Privatkundenbank Deutschland und Unternehmensbank Deutschland. Des Weiteren wurde die Risikosituation erörtert.

In der letzten ordentlichen Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres am 17. Dezember 2019 hat der Vorstand die Geschäftsplanung 2019 und die Mittelfristplanung dem Aufsichtsrat zur Erörterung vorgelegt. Nach der Beschlussfassung zu einer Vorstandspersonalie berichtete der Vorstand über die Geschäftsentwicklung zum Jahresabschluss und stellte den Gesamtbankrisikobericht vor.

Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat zur Wahrnehmung seiner Aufgaben sechs Ausschüsse gebildet. Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

Aufsichtsrat			
Karl von Rohr (AR Vors.)	Claudia Fieber*	Karen Kuder	Werner Steinmüller
Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)	Stefan Hoops	Andreas C. Loetscher	Alexander von zur Mühlen
Christoph Bornschein	Marzio Hug	Bernd Rose*	Kevin Voß*
Frank Bsirske*	Anna Issel	Frank Schulze*	Sandra Wirfs
Ursula Feikes-Feilhauer*	Christopher Justin*	Eric Stadler*	Jörg Wolfram*

Nominierungsausschuss		Vergütungskontrollausschuss	
Karl von Rohr (AR Vors.)**	Frank Bsirske*	Karl von Rohr (AR Vors.)**	Frank Bsirske*
Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)**	Werner Steinmüller	Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)**	Werner Steinmüller

Risikoausschuss		Prüfungsausschuss	
Marzio Hug (Vors.)	Andreas C. Loetscher	Andreas C. Loetscher (Vors.)	Dr. Karen Kuder
Eric Stadler*	Bernd Rose*	Claudia Fieber*	Bernd Rose*
Stefan Hoops	Ursula Feikes-Feilhauer*	Anna Issel	Frank Schulze*
		Christopher Justin*	Sandra Wirfs

Vermittlungsausschuss (§ 27 MitbestG)		Personalausschuss	
Karl von Rohr (AR Vors.)**	Christopher Justin*	Susanne Walzer* (stv. AR Vors)	Eric Stadler*
Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)**	Werner Steinmüller	Frank Bsirske*	Alexander von zur Mühlen
		Anna Issel	Jörg Wolfram*
		Dr. Karen Kuder	Sandra Wirfs

*Arbeitnehmervertreter **gesetzl

Der Risikoausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt sechs Mal getagt und zudem sein Stimmrecht in einem schriftlichen Verfahren wahrgenommen. Der Vorstand hat den Risikoausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklung der Finanz- und Risikokennzahlen informiert. Ferner hat der Ausschuss die Geschäfts- und Risikostrategie inklusive der Digitalisierungs- und Auslagerungsstrategie mit dem Vorstand erörtert und sich intensiv mit Änderungen der regulatorischen Anforderungen beschäftigt, um hieraus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikokultur abzuleiten. Er ließ sich umfassend über die Markt- und Liquiditätsrisiken, die Kreditrisiken, die Operationellen Risiken, die Rechtsrisiken sowie die rechtlichen Entwicklungen berichten. Um bei übergreifenden Themen den Aufsichtsrat und den Vorstand effizient beraten zu können, haben der Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet und Themen in einer gemeinsamen Sitzung behandelt.

Der Prüfungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt fünf Mal getagt und sich schwerpunktmäßig mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems sowie der Abschlussprüfung befasst. Der Ausschuss wurde über die Arbeit der Internen Revision und ihre Ausstattung fortlaufend unterrichtet. Er befasste sich mit den Maßnahmen des Vorstands zur Behebung der von Abschlussprüfer, Interner Revision und Aufsichtsbehörden festgestellten Mängel und ließ sich regelmäßig über den Status und den Fortschritt berichten. Weitere Beratungsgegenstände bildeten der Jahresabschluss 2018 und der Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2019, die vom Abschlussprüfer erbrachten Prüfungs- und Nicht-Prüfungsleistungen, aktuelle regulatorische Entwicklungen im Bankenumfeld, der Compliancebericht 2018 und der Jahresbericht 2018 der Internen Revision.

Der Nominierungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 acht Mal getagt und sein Stimmrecht in einem schriftlichen Verfahren wahrgenommen. Kernthemen der Erörterungen waren die Vorbereitung der Vorschläge für die Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat an die Hauptversammlung, die Nachfolgeplanung für Vorstand und Aufsichtsrat sowie die regelmäßig durchzuführende Evaluation des Aufsichtsrats und des Vorstands. Darüber hinaus wurde über die Weiterentwicklung der Geschäftsverteilung des Vorstands beraten.

Der Vergütungskontrollausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 sieben Mal getagt. Beratungsgegenstände waren die Feststellung der Zielerreichung und die Zielfestlegung für den Vorstand, die umfassende Erörterung der Berichte des Vergütungsbeauftragten sowie die Beratung zur Vergütung der Vorstandsmitglieder und zum Vergütungsvergleich. Zudem informierte sich der Ausschuss über die erforderlichen Anpassungen der Vergütungssysteme aufgrund der Änderung der Institutsvergütungsverordnung.

Der Personalausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 nicht getagt.

Der Vermittlungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 nicht getagt.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse haben dem Aufsichtsratsplenem regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2019 gab es folgende Änderung in der Besetzung des Aufsichtsrats:

Ausgeschieden sind:

1. Alexander Diffenhard (zum 13.06.2019)
2. Wolfgang Ermann (zum 13.06.2019)
3. Joachim Kotthoff (zum 13.06.2019)
4. Christian Sewing (zum 31.07.2019)
5. Andreas Timmann (zum 01.11.2019)
6. Christiana Riley (zum 15.11.2019)
7. Philip Laucks (zum 31.12.2019)
8. Michael Spiegel (zum 13.01.2020)

Neu gewählt wurden:

1. Christopher Justin (ab 13.06.2019)
2. Frank Schulze (ab 13.06.2019)
3. Andreas Timmann (ab 13.06.2019)
4. Karl von Rohr (ab 01.08.2019)
5. Kevin Voß (ab 11.11.2019)
6. Susanne Wirfs (ab 16.11.2019)
7. Alexander von zur Mühlen (ab 01.01.2020)
8. Dr. Stefan Hoops (ab 01.02.2020)

Vorstand

Der Vorstand setzte sich im Geschäftsjahr 2019 wie folgt zusammen:

1. Herrn Frank Strauß (bis 31.07.2019)
2. Herrn Stefan Bender
3. Herrn Philipp Gossow
3. Herrn Dr. Alexander Ilgen
4. Frau Susanne Klöß-Braekler
5. Frau Britta Lehfeldt (bis 31.12.2019)
6. Herrn Dr. Ralph Müller (bis 18.09.2019)
7. Herrn Dr. Markus Pertlwieser
8. Frau Zvezdana Seeger
9. Herrn Hanns-Peter Storr (bis 31.03.2019)
10. Herrn Lars Stoy

Darüber hinaus wurde in der Sitzung des Aufsichtsrats am 31. Juli 2019 Herr Dr. Manfred Knof vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsicht und mit Wirkung ab der Zustimmung der Aufsicht zum Vorstand der DB Privat- und Firmenkundenbank AG bestellt. Am 10. Januar 2020 hat die Europäische Zentralbank Herrn Dr. Manfred Knof die Zulassung als Vorstand der DB Privat- und Firmenkundenbank AG erteilt. Herr Dr. Manfred Knof ist damit seit 10. Januar 2020 Vorsitzender des Vorstands der DB Privat- und Firmenkundenbank AG.

Des Weiteren wurden am 17. Dezember 2019 Herr Kay Wolf und durch Umlaufverfahren vom 27. November 2019 Herr Philip Laucks jeweils mit Wirkung zum 1. Januar 2020 zu Mitgliedern des Vorstands bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Organmitgliedern für ihre langjährige und engagierte Tätigkeit im Interesse des Unternehmens.

Jahres- und Konzernabschluss

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2019 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Berichte des Abschlussprüfers wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Einsicht ausgehändigt. Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der Prüfung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss einschließlich der Prüfungsberichte des Abschlussprüfers in seinen Sitzungen am 12. März und 26. März 2020 ausführlich mit Vertretern des Abschlussprüfers erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Vertreter des Abschlussprüfers waren ebenfalls bei der Besprechung des Jahres- und Konzernabschlusses in der Sitzung des Aufsichtsrats zugegen und haben über die Durchführung und das wesentliche Ergebnis ihrer Jahres- und Konzernabschlussprüfung berichtet sowie für ergänzende Auskünfte zur Verfügung gestanden.

Außerdem hat der Aufsichtsrat den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht selbst durch Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers ausführlich geprüft und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis dieser eigenen Prüfung keine Einwendungen. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit im Berichtsjahr.

Frankfurt am Main, 27. März 2020

Für den Aufsichtsrat

Karl von Rohr

Vorsitzender des Aufsichtsrats

1

Konzernlagebericht

10	Unsere Organisation
11	Führungsstruktur
15	Konzernüberblick
17	Strategie
19	Wesentliche Ereignisse im DB PFK Konzern 2019
19	Wirtschaftliches Umfeld
20	Ertragslage des Konzerns
21	Segmentergebnisse
22	Unternehmensbereiche
25	Vermögens- und Finanzlage
27	Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
28	Risiken und Chancen
30	Risikobericht
71	Ausblick

Konzernlagebericht

Unsere Organisation

Grundlagen und Geschäftsmodell

Die DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Frankfurt am Main, (nachfolgend DB PFK AG) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG und entsprechend mit ihren Tochtergesellschaften in den Konzernabschluss der Deutsche Bank AG einbezogen. Die DB PFK AG hat als kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft für die Berichtsperiode ihren Konzernabschluss (nachfolgend DB PFK) nach den in der Europäischen Union (EU) geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die DB PFK macht als nachgeordnetes Unternehmen der Deutschen Bank AG Gebrauch von der Regelung des § 2a KWG i.V.m. Art. 7 (1) CRR (sogenannter Tochter-Waiver), wonach sie von der Anwendung bestimmter aufsichtsrechtlicher Vorgaben für die Ermittlung von Eigenmitteln und Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken, Verschuldung, Offenlegung sowie bestimmter Vorgaben für das Risikomanagement auf Einzelinstitutsebene absieht. Der vorliegende Bericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 114 WpHG.

Die DB PFK tritt im deutschen Bankenmarkt mit den etablierten Marken „Deutsche Bank“ und „Postbank“ auf und ist mit rund 19 Millionen Kunden die Nummer eins der deutschen Privatbanken gemessen an der Anzahl der Kunden.

Während sich die Marke Deutsche Bank insbesondere als Ansprechpartner für die intensive Beratung ihrer Kunden mit individuellen und komplexen Anforderungen und als deren Risikomanager versteht, deckt die Marke Postbank den Bedarf an standardisiertem, täglichem Bankgeschäft ab, ergänzt um komplexere Produkte für Firmenkunden der Marke Postbank. „Zwei Marken – eine Bank“ lautet der entsprechende Leitgedanke. Zudem ergeben sich durch die letztjährige Verschmelzung der Deutsche Postbank AG auf die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG Wachstumsperspektiven in ausgewählten Sparten des Privat- und Firmenkundengeschäfts, etwa in der Vermögensverwaltung, im Kreditgeschäft sowie im digitalen Bankgeschäft.

Wesentliche Standorte

Der Sitz der DB PFK AG ist Frankfurt am Main. Ferner sind folgende Zweigniederlassungen jeweils mit der Geschäftsanschrift in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee, eingetragen:

- Postbank – eine Niederlassung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG,
- DSL Bank – eine Niederlassung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG.

Die Niederlassung Luxemburg der DB PFK AG firmiert als „Postbank Luxemburg – eine Niederlassung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG“.

Die BHW Bausparkasse AG ist eine wesentliche Tochtergesellschaft der DB PFK AG und hat ihren Sitz unverändert in Hameln.

Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Privatkundengeschäft ist die DB PFK fast ausschließlich in Deutschland aktiv und einer der großen Finanzdienstleister Deutschlands. Die DB PFK möchte als fairer und verlässlicher Partner auftreten und richtet sich mit differenzierten Ansätzen in der Kundenbetreuung an ein breites Kundenspektrum.

Zu den bedeutenden Wettbewerbern der DB PFK im Privatkundengeschäft in Deutschland zählen vor allem Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige in- und ausländische Großbanken.

Neben dem Privatkundengeschäft ist die DB PFK im Firmenkundengeschäft tätig. In Kooperation mit dem Bereich Corporate Bank der Konzernmutter bietet die DB PFK hierzu komplexe Beratungslösungen an. Die DB PFK gehört in Deutschland sowohl im Bereich Zahlungsverkehrsabwicklung als auch im Factoring zu den führenden Anbietern. Zusätzlich tritt die DB PFK als Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit europäischer Ausrichtung im Firmenkundengeschäft auf.

Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

Führungsstruktur

In Übereinstimmung mit den Vorgaben des deutschen Aktiengesetzes (AktG) leitet der Vorstand unter eigener Verantwortung die DB Privat- und Firmenkundenbank AG. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat ernannt und entlassen. Zu den Aufgaben des Vorstands gehören u. a. das strategische Management, die Unternehmensführung, die Befassung mit der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung, die Ressourcenallokation sowie das Kontroll- und Risikomanagement. Dabei wird er von funktionalen Ausschüssen unterstützt.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die beiden Gesellschaftsorgane setzen sich wie folgt zusammen:

Vorstand

Dr. Manfred Knof, Vorstandsvorsitz, München (seit 10. Januar 2020)

Frank Strauß, Vorstandsvorsitz, Bad Nauheim (bis 31. Juli 2019)

Stefan Bender, Firmenkunden, Bad Vilbel

Philipp Gossow, Vertrieb DB, Frankfurt am Main

Dr. Alexander Ilgen, Finanzen, Frankfurt am Main

Susanne Klöß-Braekler, Produkt- und Prozessmanagement, München

Britta Lehfeldt, Personal/Administration/Regulatorik, Frankfurt am Main (bis 31. Dezember 2019)

Phillip Laucks, CAO, Goldbach (seit 1. Januar 2020)

Dr. Ralph Müller, Firmenkunden PB, Bonn (bis 18. September 2019)

Dr. Markus Pertlwieser, Chief Digital Officer, Bad Soden

Zvezdana Seeger, COO/IT/Operations, Berlin

Hanns-Peter Storr, Risiko, Bonn (bis 31. März 2019)

Lars Stoy, Vertrieb PB, Bonn

Kay Wolf, Risiko, Kelkheim (seit 1. Januar 2020)

Generalbevollmächtigte:

Manfred Knof, München (1. August 2019 bis 9. Januar 2020)

Kay Wolf, Kelkheim (1. April bis 31. Dezember 2019)

Aufsichtsrat

Karl von Rohr, Frankfurt am Main (Vorsitzender) (seit 1. August 2019)

Christian Sewing, Osnabrück (Vorsitzender) (bis 31. Juli 2019)

Susanne Walzer*, Kaiserslautern (stellv. Vorsitzende)

Christoph Bornschein, Berlin

Frank Bsirske*, Berlin

Alexander Diffenhard*, Plochingen (bis 13. Juni 2019)

Wolfgang Ermann*, Fürth (bis 13. Juni 2019)

Ursula Feikes-Feilhauer*, Grevenbroich

Claudia Fieber*, Berlin

Dr. Stefan Hoops, Frankfurt am Main (seit 1. Februar 2020)

Marzio Hug, London, UK

Anna Issel, Frankfurt am Main

Christopher Justin*, Bad Breisig (seit 13. Juni 2019)

Joachim Kotthoff*, Nauheim (bis 13. Juni 2019)

Dr. Karen Kuder, Frankfurt am Main

Philip Laucks, Goldbach (bis 31. Dezember 2019)

Andreas Christian Loetscher, Berg

Christiana Riley, Bad Homburg vor der Höhe (bis 15. November 2019)

Bernd Rose*, Menden/Sauerland

Frank Schulze*, Hanau (seit 13. Juni 2019)

Michael Spiegel, Bad Homburg vor der Höhe (bis 13. Januar 2020)

Eric Stadler*, Markt Schwaben

Werner Steinmüller, Dreieich-Buchsschlag

Andreas Timman*, Kassel (13. Juni 2019 bis 1. November 2019)

Alexander von zur Mühlen, Frankfurt am Main (seit 1. Januar 2020)

Kevin Voß*, München (seit 11. November 2019)

Sandra Ursula Wirfs, Hofheim (seit 16. November 2019)

Jörg Wolfram*, Leipzig

(* Arbeitnehmervertreter/-in)

Besetzung des Aufsichtsrats der DB Privat- und Firmenkundenbank AG und seiner Ausschüsse zum 1. Februar 2020

Aufsichtsrat			
Karl von Rohr (AR Vors.)	Claudia Fieber*	Karen Kuder	Werner Steinmüller
Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)	Stefan Hoops	Andreas C. Loetscher	Alexander von zur Mühlen
Christoph Bornschein	Marzio Hug	Bernd Rose*	Kevin Voß*
Frank Bsirske*	Anna Issel	Frank Schulze*	Sandra Wirfs
Ursula Feikes-Feilhauer*	Christopher Justin*	Eric Stadler*	Jörg Wolfram*

Nominierungsausschuss		Vergütungskontrollausschuss	
Karl von Rohr (AR Vors.)**	Frank Bsirske*	Karl von Rohr (AR Vors.)**	Frank Bsirske*
Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)**	Werner Steinmüller	Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)**	Werner Steinmüller

Risikoausschuss		Prüfungsausschuss	
Marzio Hug (Vors.)	Andreas C. Loetscher	Andreas C. Loetscher (Vors.)	Karen Kuder
Eric Stadler*	Bernd Rose*	Claudia Fieber*	Bernd Rose*
Stefan Hoops	Ursula Feikes-Feilhauer*	Anna Issel	Frank Schulze*
		Christopher Justin*	Sandra Wirfs

Vermittlungsausschuss (§ 27 MitbestG)		Personalausschuss	
Karl von Rohr (AR Vors.)**	Christopher Justin*	Susanne Walzer* (stv. AR Vors)	Eric Stadler*
Susanne Walzer* (stv. AR Vors.)**	Werner Steinmüller	Frank Bsirske*	Alexander von zur Mühlen
		Anna Issel	Jörg Wolfram*
		Karen Kuder	Sandra Wirfs

*Arbeitnehmervertreter **gesetzt

Unternehmenssteuerung

Die Organe und Ausschüsse informieren sich auf Basis einer nach dem Beitrag der beiden Marken Deutsche Bank und Postbank differenzierenden Berichterstattung über die aktuelle Geschäftsentwicklung und legen in dieser Struktur die Ressourcenallokation sowie die Führungsverantwortung auf den Ebenen unterhalb des Gesamtvorstands fest.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die DB PFK AG setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben finanziellen Leistungsindikatoren- auch nicht finanzielle Leistungsindikatoren ein. Als wesentliche nicht-finanzielle Leistungsindikatoren sind entsprechend unserem Leitbild die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit für 2019 als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchgeführten Mitarbeiterbefragung. Während in 2018 die Werte dabei noch getrennt voneinander in den jeweiligen Prozessen des ehemaligen Postbank Teilkonzerns und des Segmentes Deutsche Bank ermittelt wurden, erfolgte für das Jahr 2019 im Rahmen einer globalen Mitarbeiterumfrage ein einheitlicher Prozess für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DB PFK Konzerns. Die Deutsche Bank Gruppe (DB Gruppe) führte dazu eine konzernweite Mitarbeiterbefragung durch, durch welche ermittelt werden soll, in welchem Maße sich die Beschäftigten mit der Bank verbunden fühlen (Commitment) und wie sie ihre Möglichkeiten, sich einzubringen, beurteilen können (Enablement). In der Berichtsperiode wurden alle Beschäftigten der DB Gruppe in der Zeit vom 3. September bis zum 19. September 2019 befragt. Die Befragung wurde online durchgeführt. Für die Antworten stand eine fünfstufige Likertskala zur Verfügung. Es erfolgte im Rahmen des Deutsche Bank Spotlight People Survey eine separate Auswertung der Ergebnisse 2019 für den DB PFK Konzern. Die Befragung ist nicht vergleichbar mit der früheren Postbank Mitarbeiterbefragung und enthält in diesem Jahr erstmals Fragen zur Feedback Kultur.

Die Kundenzufriedenheit wurde 2019 noch von ehemaliger Postbank und übrigen Geschäftseinheiten des Deutsche Bank Konzerns in getrennten Prozessen ermittelt.

Im Privat- und Geschäftskundengeschäft außerhalb der Marke Postbank werden die Kundenzufriedenheit und -bindung durch Kundenbefragungen, Interviews und Testkäufe gemessen und sind in der Zielvereinbarung unserer Filialen verankert. In Deutschland haben 2019 180.000 Kunden Auskunft über ihre Zufriedenheit mit uns über Selbstbedienungsgeräte und Online-

Banking gegeben. Um unsere Beratungsprozesse kontinuierlich an den Kundenbedarfen auszurichten, überprüfen wir diese regelmäßig durch Mystery Shopping. Im Rahmen von Interviews in Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Marktforschungsinstitut wurden Kunden zur Zufriedenheit mit unserer Beratung befragt. Darüber hinaus fanden in Deutschland, wo wir derzeit die Marke Deutsche Bank in 512 Filialen betreiben, 2.000 Testkäufe statt. Durch diese Instrumente haben wir die Möglichkeit, unsere Beratungsprozesse zu verbessern, den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen und die Kundenzufriedenheit und damit die Kundenbindung zu erhöhen.

Für die Marke Postbank, die in 807 Filialen in Deutschland betrieben wird, wird die Kundenzufriedenheit mittels telefonischer Interviews gemessen. Basis der Befragung ist ein strukturierter Fragebogen mit konstantem Kernbereich, um die Vergleichbarkeit steuerungsrelevanter Kennzahlen im Trend sicherzustellen. Ergänzend zu den Kernfragestellungen, die fortlaufend erhoben werden, werden nach Bedarf u.a. Themenstellungen mit aktueller Relevanz gemessen und evaluiert.

Die der Befragung zugrundeliegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsmethodik erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Marke Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit zentralen Leistungsfaktoren der Bank erfragt (z. B. Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen und Selbstbedienungssystemen, Reklamationsbearbeitung). Die Kundenzufriedenheit wird dabei mittels einer verbalisierten Skala von 1 bis 5 (1 = vollkommen zufrieden bis 5 = unzufrieden) gemessen. Mit der Durchführung der Studie ist ein externes Marktforschungsinstitut beauftragt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren

	Definition
Ergebnis vor Steuern	Das Ergebnis vor Steuern beinhaltet als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Performance der DB PFK alle Komponenten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung vor Abzug von Ertragsteuern. Dabei werden die Gesamterträge (bestehend aus Zinsüberschuss und zinsunabhängigen Erträgen), die Risikoversorge, der Personalaufwand und der Sachaufwand inklusive sonstiger Aufwendungen berücksichtigt.
Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern	Die Größe berechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten bilanziellen Eigenkapital nach IFRS abzüglich der durchschnittlichen zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte in der Berichtsperiode. Zur Berechnung des zeitgewichteten Eigenkapitals und der zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte werden Monatsdurchschnittswerte als Mittelwert aus dem Monatsanfangs- und Monatsendbestand berechnet. Der Jahresdurchschnitt wird als Mittelwert aus den Monatsdurchschnittswerten ermittelt. Da die tatsächlichen Steuerzahlungen der DB PFK aufgrund der Organschaft mit der Muttergesellschaft die Steuerlast aus dem Geschäft nur unzureichend abbilden, wird diese Größe nicht mit den tatsächlichen Steuern der Gesellschaft sondern mit einer pro-forma Steuerquote von 30% ermittelt.
Cost Income Ratio (CIR)	Die Kenngröße wird als Quotient ermittelt, bei dem der Zähler als Summe aus Personalaufwendungen und Sachaufwand inklusive sonstigen Aufwands definiert ist und der Nenner von den Gesamterträgen vor Risikoversorge gebildet wird.
Common Equity Tier 1 Capital Ratio (CET1-Quote)	Die Kenngröße wird als Quotient aus dem für die interne Steuerung ermittelten harten Kernkapital und den risikogewichteten Aktiva (Risk-Weighted Assets) für Adressenausfallrisiken, Marktrisikopositionen, CVA Charge und Operationelle Risiken ermittelt. Dabei werden ausschließlich Risiken aus DB gruppenexternem Geschäft berücksichtigt.
Leverage Ratio	Die Kenngröße wird als Quotient aus dem für die interne Steuerung ermittelten Kernkapital und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure) ermittelt. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen aus Geschäften mit DB gruppenexternen Kontrahenten.

Die Steuerung innerhalb der DB PFK basiert auf einem integrierten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die ausbalancierte Optimierung von Rentabilität, Effizienz und Kapitalausstattung bzw. Verschuldungsgrad (Leverage).

Die strategischen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert, in Ziele für die nächsten Führungsebenen heruntergebrochen und in regelmäßigen Reviews überwacht. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DB PFK Teilkonzernes ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Zielen der DB PFK bzw. der DB Gruppe. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, wird bei Vorstand und Risk Takern (Personen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts) die Nachhaltigkeit des Unternehmenserfolgs mitberücksichtigt. Weitere Details finden sich im Konzernanhang in Note 40.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die DB PFK ist als Tochterunternehmen der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, von der Pflicht zur Erstellung einer nichtfinanziellen Konzernklärung nach § 315b Abs. 2 HGB befreit, da die Deutsche Bank AG als Mutterunternehmen einen gesonderten nichtfinanziellen Konzernbericht nach Maßgabe des nationalen Rechts eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union im Einklang mit der Richtlinie 2013/EU/34 außerhalb des Konzernlageberichts erstellt und öffentlich zugänglich macht.

Die Veröffentlichung der nichtfinanziellen Konzernberichterstattung erfolgt auf den Internetseiten der Deutschen Bank (<https://www.db.com/ir>).

Festlegung von Zielgrößen für Frauenanteile im Aufsichtsrat, im Vorstand und in Führungsebenen

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen, bei der Bestellung von Vorständen und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird in Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf eine angemessene Berücksichtigung von Frauen geachtet.

Für Aufsichtsrat, Vorstand sowie die zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands sind als erste Umsetzungsfrist für die Zielwerte der 30. Juni 2017 und als zweite Umsetzungsfrist der 31. Dezember 2020 festgelegt.

Für den Aufsichtsrat gilt die Quote von 30 % Frauenanteil. Am 31. Dezember 2019 gehörten sechs Frauen dem 20-köpfigen Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 30%.

Der Aufsichtsrat hat am 27. August 2015 beschlossen, dass mindestens eine Frau im Vorstand vertreten ist. Im Berichtszeitraum gehörten drei Frauen dem Vorstand an. Der Vorstand hat damit die gesetzte Quote erreicht.

Zudem hat der Vorstand am 19. August 2015 verbindliche Zielwerte für Frauenanteile für die ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands von jeweils 22% mit dem Erfüllungszeitpunkt 30. Juni 2017 und jeweils 25% für den 31. Dezember 2020 beschlossen. Am 31. Dezember 2019 lag der Frauenanteil der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands (VS-1) bei 18% und der zweiten Führungsebene (VS-2) bei 26%. Die Quote der ersten Führungsebene blieb somit leicht unterhalb der gesetzten Zielvorgabe. Die gesetzte Quote bei der zweiten Führungsebene wurde erreicht.

Die Nichterreichung der Ziele in einer Ebene, trotz der signifikanten positiven Entwicklung, resultiert aus der historisch bedingten eher schwachen Ausgangsbasis. Die Identifikation, Förderung und Platzierung von Talenten ist ein allerdings langjähriger Prozess.

Konzernüberblick

Produkte und Dienstleistungen

Mit unseren beiden Marken Deutsche Bank und Postbank verfolgen wir einen differenzierten, kundengerechten Ansatz in der Beratung sowie im Produktangebot.

Die Marke Deutsche Bank stellt für Privatkunden eine umfassende Produktpalette an Bank- und Finanzdienstleistungen bereit, welche auch spezielle und individuelle Lösungen, vor allem in der Anlageberatung bietet. In ihrer Positionierung als „Hausbank“ für den Mittelstand bietet sie in Zusammenarbeit mit Experten aus der Unternehmens- und Investmentbank unseres Mutterunternehmens Lösungen für alle Bankgeschäfte an – insbesondere auch komplexe Produkte wie Auslandsfinanzierungen oder Kapitalmarktprodukte.

Die Marke Postbank bietet für ihre Privatkunden standardisierte Banklösungen für den täglichen Bedarf mit Schwerpunkt in den Bereichen Zahlungsverkehr, Kreditgeschäft und Bargeldversorgung an. Zusätzlich stehen in den Filialen der Marke Postbank in Zusammenarbeit mit der Deutschen Post AG, Bonn, auch Post- und Paketdienstleistungen zur Verfügung, was den täglichen Kundenstrom in den Filialen erhöht und so vertriebliche Chancen eröffnet. Im Bereich der Geschäfts- und Firmenkunden konzentriert sich die Marke Postbank neben standardisierten Zahlungsverkehrs- und Finanzierungslösungen auf ausgewählte Kernprodukte, z. B. Factoring, gewerbliche Immobilienfinanzierungen und Inlandszahlungsverkehr, um für dieses Kundensegment ein breites Produktspektrum und entsprechende Beratungskompetenz zu gewährleisten.

Vertriebskanäle und Marketing

Um die Erreichbarkeit und die Verfügbarkeit unserer Dienstleistungen für unsere Kunden zu optimieren, verfolgen wir in beiden Marken einen Omnikanal-Ansatz mit jeweils klar erkennbarem, eigenständigem Markenauftritt. Dabei wird dem Ausbau des digitalen Auftritts in allen Geschäftsbereichen hohe Priorität eingeräumt. Insgesamt stehen unseren Kunden und Interessenten folgende Kontaktmöglichkeiten zur Wahl:

Filialen: In unseren Filialen bieten wir über die Marken Deutsche Bank und Postbank grundsätzlich die gesamte Produktpalette sowie alle Beratungsleistungen an. Ergänzt wird das Leistungsangebot in unseren Filialen durch einen

telefonischen Kundenservice und die Selbstbedienungseinrichtungen. Darüber hinaus ist die Marke Postbank in rund 3.300 Partnerfilialen der Deutschen Post AG vertreten, in denen Kunden ausgewählte Finanzdienstleistungen der Marke Postbank nutzen können. In Deutschland bieten wir mit über 10.000 Bargeldkontaktpunkten Bargeldleistungen an.

Beratungszentrum: Die Beratungszentren der Marke Deutsche Bank fungieren als Bindeglied zwischen den Filialen und unseren digitalen Angeboten, um eine umfassende Betreuung und Beratung unserer Privat- und Firmenkunden unabhängig von Filialöffnungszeiten zu gewährleisten.

Online und Mobile Banking/Digitale Plattform: Die Internetauftritte beider Marken bieten eine Vielzahl von Produktinformationen und Dienstleistungen, wie z. B. interaktive Tools, Online-Anleitungen, Zugang zu spezifischen Medieninhalten sowie Möglichkeiten zum Kauf von Produkten, bzw. zum Abschluss entsprechender Verträge. Wir stellen zudem eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Self-Service-Dienstleistungen bereit. Wir kombinieren dies mit unseren App-Lösungen für Smartphones und Tablets. Ferner investieren wir in die weitere Verbesserung kundenfreundlicher End-to-End-Prozesse.

Finanzberater sowie Vertriebs- und Kooperationspartner: Für beide Marken wird durch den Einsatz von unabhängigen Finanzberatern sowie Vertriebs- und Kooperationspartnern ein zusätzlicher Zugang zu Bank- und Finanzdienstleistungen angeboten.

Unternehmensbereiche

Die DB PFK strukturiert ihr Geschäft entlang dreier Unternehmensbereiche, die auch im Rahmen der Segmentberichterstattung konsistent abgebildet werden. Es bestehen keine Unterschiede zwischen dem Management-Accounting und der IFRS-Rechnungslegung.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmensbereiche werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet.

Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsenertrag) statt der Zinserträge und der Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand und der sonstige Aufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der DB PFK und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

In der Berichtsperiode wurde in der Unternehmensbereichsrechnung die Zuordnung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten wie folgt angepasst:

Die Infrastrukturfunktionen des Segments Marke Postbank wurden von den Vertriebseinheiten separiert und mit den Infrastrukturfunktionen der Marke Deutsche Bank im Segment Übrige ausgewiesen. Im nächsten Schritt erfolgte eine verursachungsgerechte Allokation der Infrastrukturkosten auf die Segmente Marke Deutsche Bank und Marke Postbank. Zudem werden nunmehr die Erträge aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Postbank sowie der Marke Deutsche Bank sowie die restlichen, nicht den Produkten (Privat- und Firmenkunden) zuzuordnenden Erträge beider Marken dem Segment Übrige zugerechnet.

Die daraus resultierenden rückwirkend durchgeführten Anpassungen können dem Kapitel „Segmentergebnisse“ entnommen werden.

Gemäß unserer Markendifferenzierung definieren wir die drei Unternehmensbereiche nunmehr wie folgt:

Marke Deutsche Bank

Im Segment „Marke Deutsche Bank“ werden die in diesem Unternehmensbereich im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland erwirtschafteten Ergebnisse ausgewiesen. Diese Marke ist durch ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen und Beratungsangeboten einschließlich komplexer Lösungen für Privatkunden positioniert. Zusätzlich bieten wir in Zusammenarbeit mit Experten aus der Unternehmens- und Investmentbank unseres Mutterunternehmens ein integriertes

Betreuungskonzept für kleine und mittlere Unternehmen an. Diese Dienstleistungen machen wir unseren Kunden auf der Basis einer Omnikanal-Strategie verfügbar; tägliche Bankgeschäfte sind ebenso wie eine qualifizierte Beratung über sämtliche mobilen und stationären Kanäle für den Kunden zugänglich. Die eindeutig der Marke Deutsche Bank zugeordneten Kontaktmöglichkeiten umfassen neben unserem Filialnetz auch das Online Banking und das Online Brokerage, die Selbstbedienungsterminals, den mobilen Vertrieb, die Beratungscenter sowie die DB Direkt als telefonischen Kundenservice.

In der angebotenen Produktpalette enthalten sind Zahlungsverkehrsdienstleistungen, das Giro- und Spargeschäft, die Vorsorge- und Anlageberatung inklusive Vermögensbetreuungslösungen, Baufinanzierungen, Konsumentenkreditfinanzierung, das Bauspargeschäft, gewerbliche Finanzierungen einschließlich Exportfinanzierung und Factoring sowie Cash-, Zins- und Währungsmanagementlösungen. Wir haben hierüber hinaus den Anspruch, mit Innovationen als Trendsetter im Markt erkennbar zu sein und unseren Kunden neben den klassischen Bank- und Finanzdienstleistungen auch neuartige Produkte anzubieten.

Für die integrierte Ergebnissteuerung weisen wir für die Marke Deutsche Bank zusammen mit den Nettoerträgen aus diesem Geschäft auch die zugehörige Risikovorsorge sowie die direkten Kosten der entsprechenden Vertriebsorganisationen aus. Zusätzlich werden in dieser Marke die Kosten der unmittelbar diesem Geschäft zuordenbaren Betriebsplattformen und Infrastruktureinheiten sowie zugehörige Rechnungsstellungen für entsprechende aus dem Mutterkonzern bezogene Dienstleistungen berichtet.

Marke Postbank

Im Segment „Marke Postbank“ wird das mit dem Geschäft dieser Marke erzielte Ergebnis ausgewiesen. Mit dem Angebot unter dieser Marke sprechen wir im Schwerpunkt Privat- und Firmenkunden in Deutschland an. Im Privatkundengeschäft fokussieren wir uns auf standardisierte und an typischen Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzdienstleistungen. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie den Vertrieb von Investmentfonds. An Geschäfts- und Firmenkunden gerichtet, werden unter der Marke Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit europäischer Ausrichtung, Factoring und Leasing angeboten. Geldanlageprodukte sowie Lösungen im Bereich Zins- und Währungsmanagement ergänzen das Angebot. Diese Produkte und Dienstleistungen werden über ein deutschlandweites Filialnetz von Finanz-, Beratungs- und Vertriebscentern, einen mobilen Vertrieb, Callcenter sowie im Direct Banking über Online-Vertriebskanäle mit einem eigenständigen Markenauftritt angeboten.

Zusätzlich zu den Nettoerträgen werden der Marke Postbank die zugehörige Risikovorsorge sowie die Kosten derjenigen Einheiten zugeordnet, durch die der Vertrieb unter dieser Marke erfolgt. Zusätzlich werden in dieser Marke die Kosten der unmittelbar diesem Geschäft zuordenbaren Betriebsplattformen und Infrastruktureinheiten sowie zugehörige Rechnungsstellungen für entsprechende, aus dem Mutterkonzern bezogene Dienstleistungen berichtet.

Segment Übrige

Im Segment Übrige werden im Wesentlichen Restrukturierungs- und Investitionskosten im Zusammenhang mit der Integration von Postbank und Deutsche Bank, Investitionen und Ergebnisse im Kontext neuer Digitalangebote, Kosten und zugehörige Verrechnungen der die Marke Deutsche Bank und die Marke Postbank unterstützenden Infrastrukturbereiche sowie Ergebniseffekte aus Transaktionen mit dem Mutterkonzern gezeigt. Zusätzlich sind diesem Unternehmensbereich Erträge und Aufwendungen aus den weitgehend eigenständigen Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Postbank zugeordnet, die insbesondere der Steuerung der Zins- und Liquiditätsposition sowie der Optimierung der Ressourcennutzung für die Geschäfte dieser Marke dienen. Weiterhin werden nunmehr die Erträge aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Deutsche Bank und die restlichen, nicht den Produkten (Privat- und Firmenkunden) zu zuordnenden Erträge beider Marken dem Segment Übrige zugerechnet.

Strategie

Die Deutsche Bank AG hatte im März 2017 angekündigt, die zuvor weitestgehend separierte Deutsche Postbank AG und ihre Tochterunternehmen vollständig in den Deutsche Bank Konzern zu integrieren. Die Zusammenführung des Geschäfts in einem Institut und die gemeinsame Steuerung der beiden Marken Deutsche Bank und Postbank für das deutsche Privat- und Firmenkundengeschäft innerhalb des Deutsche Bank Konzerns sind eine wesentliche Voraussetzung für die weiteren Integrationsschritte und die Realisierung der damit angestrebten Synergien.

Die Positionierung der beiden Marken, die breite Kundenbasis und die Nutzung sich ergänzender Stärken der beiden Marken und Organisationen sind die Basis, um ab 2022 signifikante Kosten- und Ertragssynergien von jährlich über 900 Mio € im Deutsche Bank Konzern – in wesentlichen Teilen in der DB PFK - zu realisieren und damit die Voraussetzung für eine nachhaltige Profitabilität zu schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, sind für die Bank u.a. effiziente und einheitliche Betriebsprozesse mit einer gemeinsamen IT- und Produktplattform sowie eine gemeinsame Gesamtbanksteuerung

vorgesehen. Daher wurde im Mai 2019 die DB Bauspar auf die BHW verschmolzen. Weitere Synergien ergeben sich durch die Digitalisierung der Kernprodukte sowie durch eine Straffung des Produktangebots.

Beide Marken werden ihr Angebot zudem kontinuierlich und markenspezifisch weiterentwickeln. Die zukünftige gemeinsame Steuerung stellt dabei den größtmöglichen Markterfolg sicher. Dafür werden u. a. die Filialnetze beider Marken in Abhängigkeit vom Kundenbedarf weiter optimiert.

Auch die Digitalstrategien beider Marken werden aufeinander abgestimmt, um durch eine gemeinsame Nutzung der digitalen Angebote Synergien zu erzielen. Dabei werden die markenspezifischen Kundenschnittstellen beibehalten und ausgewählte digitale Zusatzangebote den Kunden beider Marken wechselseitig zugänglich gemacht.

Durch die fortschreitende Optimierung unseres Filialnetzes und gesteigerte Prozessautomatisierung befindet sich die DB PFK somit auf einem guten Weg, die oben gesetzten Ziele zu erreichen.

Am 7. Juli 2019 hat das Mutterunternehmen Deutsche Bank AG mit der Ausrichtung auf nunmehr vier kundenorientierte Geschäftsbereiche eine grundlegende strategische Neuausrichtung bekanntgegeben. Im Zuge dieser Neuausrichtung wurden Kosteneinsparungen durch die beschleunigte Integration von Postbank und Deutscher Bank im neu geschaffenen Segment Privatkundenbank geplant.

Am 10. Dezember 2019 wurden weitere Details zur geplanten Transformation und Integration der Postbank bekannt gegeben. Die Strategie vom 7. Juli 2019 wurde konkretisiert und erweitert. Demnach sollen u.a. durch eine beschleunigte IT-Migration sowie die Optimierung der Zentralfunktionen höhere Synergieeffekte realisiert werden als zum Stand der Verkündung der Neuausrichtung am 7. Juli 2019 ausgegeben.

Auf Ebene der Deutsche Bank AG als übergeordnetes Mutterunternehmen der DB PFK AG wurden Projekte zur Optimierung der DB Konzernstruktur aufgesetzt. In diesem Zusammenhang prüft die Deutsche Bank AG derzeit eine Verschmelzung ihrer Tochtergesellschaft DB PFK AG.

Wesentliche Ereignisse im DB PFK Konzern im Geschäftsjahr 2019

Es ergaben sich keine wesentlichen Ereignisse im Geschäftsjahr 2019.

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (%) ¹	2019 ²	2018	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,1 %	3,8 %	Aufgrund von handelsbezogenen und geopolitischen Unsicherheiten war eine Abschwächung des internationalen Handels und der globalen Industrieproduktion deutlich spürbar. Obwohl im Hinblick auf die Handelspolitik und den Brexit letztlich ein einigermaßen konstruktiver Weg eingeschlagen wurde, erhielt das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf in den Industrieländern wie auch in den Schwellenländern insbesondere durch die Handelspolitik einen Dämpfer.
davon: Industrieländer	1,7 %	2,2 %	Die Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik der Weltwirtschaft wirkte sich negativ auf die Industrieländer aus. Die wirtschaftlichen Aktivitäten wurden durch die Neuordnung der globalen Wertschöpfungsketten belastet, die Binnennachfrage blieb jedoch eine stabile Wachstumssäule.
Schwellenländer	4,0 %	4,9 %	Auch die Schwellenmärkte wurden durch die Handelsspannungen und die damit verbundene Verringerung des globalen Handelsaufkommens beeinträchtigt. Infolgedessen verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in den wichtigsten Schwellenländern merklich.
Eurozone	1,2 %	1,8 %	Handelsspannungen und der sich hinziehende Brexit-Verlauf sowie regionale politische Unsicherheiten belasteten die Konjunktur der Eurozone. Die Binnennachfrage war der wichtigste Wachstumstreiber. Dennoch gab es erste Anzeichen für negative Übertragungseffekte der durch externe Faktoren bedingten Schwäche des Industriesektors. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Ankauf von Vermögenswerten erneut initiiert und damit die monetären Bedingungen weiter gelockert.
davon: Deutschland	0,6 %	1,4 %	Das verarbeitende Gewerbe in Deutschland ist in eine Rezession geraten. Die Verlangsamung des Welthandels und idiosynkratische Faktoren (Automobilsektor) führten zu einer Abschwächung der Produktion und einer Abnahme der Auftragseingänge. Im Gegensatz dazu konnten im Baugewerbe und in der eher binnenmarktorientierten Dienstleistungsindustrie Zuwächse verzeichnet werden. Der private Konsum wurde durch die solide Lage am Arbeitsmarkt gestützt.

¹ Jährliches reales BIP-Wachstum (in % im Jahresvergleich). Quellen: Nationale Behörden, sofern nicht anders angegeben

² Quelle: Deutsche Bank Research

Umfeld Bankenbranche¹

Wachstum im Jahresvergleich (in %)	Kredite an Unternehmen	Kredite Haushalte	Einlagen von Unternehmen	Einlagen von Haushalten	Haupttreiber
Eurozone	1,5 %	3,3 %	6,0 %	5,4 %	Stabiles Kreditwachstum; das Einlagenwachstum hat sich beschleunigt, sodass nun das höchste Wachstum seit der Finanzkrise zu verzeichnen ist.
davon: Deutschland ¹	5,7 %	4,5 %	4,2 %	4,8 %	Dank rekordtiefer und teilweise negativer Zinsen stärkstes Kreditwachstum seit der Finanzkrise. Ähnlicher Zuwachs jedoch auch bei Einlagen zu verzeichnen

¹ Quelle: Deutsche Bank Research Prognosen

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Dez.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2019	2018		
Erträge:				
Davon:				
Marke Deutsche Bank	2.921	2.838	83	3
Marke Postbank	3.143	3.453	-310	-9
Übriges	-128	32	-160	N/A
Erträge insgesamt	5.936	6.323	-387	-6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-233	-213	-20	9
Zinsunabhängige Aufwendungen				
Personalaufwand	-2.310	-2.356	46	-2
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	-2.680	-2.701	21	-1
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-4.990	-5.057	66	-1
Ergebnis vor Steuern	713	1.053	-340	-32
Ertragsteueraufwand (-)/-ertrag	-91	-47	-44	94
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	622	1.006	-384	-38

Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Im Geschäftsjahr 2019 erzielten die DB PFK AG und ihre zu konsolidierenden Tochtergesellschaften ein Ergebnis vor Steuern von insgesamt 713 Mio €. Dies entspricht einem um 340 Mio € (32 %) niedrigeren Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Den positiven Ergebnissen im Geschäft unserer beiden Marken stand im Geschäftsjahr 2019 eine Ergebnisbelastung des separat gesteuerten Segments Übriges gegenüber – wesentlich bedingt durch den Wegfall positiver Vorjahreseffekte wie Transaktionen mit dem Mutterunternehmen und der Optimierung unseres Immobilienportfolios sowie durch eine in der Berichtsperiode erfolgte Wertminderung von Software.

In der Berichtsperiode und der Vergleichsperiode wurde das Ergebnis dabei jeweils durch eine Reihe wesentlicher nicht wiederkehrender Effekte beeinflusst. In der Berichtsperiode wirkten Wertminderungen von Software (138 Mio €) negativ. Positiv wirkten in der Berichtsperiode höhere Beiträge aus dem Verkauf von Kreditportfolios (Berichtsperiode: 68 Mio €, Vergleichsperiode: 26 Mio €). In der Vergleichsperiode waren wesentliche positive Einmaleffekte insbesondere durch die Optimierung unseres Immobilienportfolios (218 Mio €) sowie durch positive Beiträge aus Transaktionen mit dem Mutterunternehmen (240 Mio €) gegeben. Negativ wirkten höhere Investitionskosten zu Beginn der Integration beider Marken (Berichtsperiode: 101 Mio €, Vergleichsperiode: 268 Mio €).

Die Gesamterträge lagen mit 5,9 Mrd € um 387 Mio € (6 %) unter dem Vorjahresniveau. Maßgeblich für diesen Rückgang waren die bereits oben erwähnten, in der Vergleichsperiode positiv wirkenden Beiträge aus der Optimierung des Immobilienportfolios sowie das Entfallen von Transaktionen mit dem Mutterunternehmen in der Vergleichsperiode. Die Erträge aus dem Kundengeschäft unserer beiden Marken wurden dabei belastet durch die Auswirkung des weiterhin anhaltenden Niedrigzinsumfelds auf die Einlagenprodukte. Zudem kam es in der Berichtsperiode aufgrund von Verkäufen von Staats- und Unternehmensanleihen zu einem Rückgang der Zinserträge aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten. Diese Belastungen konnten durch das Wachstum im Kundenkreditgeschäft weitgehend, aber nicht vollständig kompensiert werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf 233 Mio € und lag mit einem Anstieg um 20 Mio € (9%) über dem Vergleichswert des Vorjahres. In der Berichtsperiode wirkten insbesondere gestiegene Ausfälle im Firmenkundengeschäft (37 Mio €), eine negativ wirkende Ausgleichszahlung im Factoringgeschäft (13 Mio €). Gegenläufig wirkten wie bereits oben erwähnt, höhere Beiträge aus dem Verkauf von Kreditportfolios (Berichtsperiode: 68 Mio €, Vergleichsperiode: 26 Mio €) in der Berichtsperiode sowie Effekte aus dem Wachstum des Kundenkreditgeschäfts.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen reduzierten sich gegenüber der Vergleichsperiode um 66 Mio € (1%) auf 5 Mrd €. Der Personalaufwand verringerte sich um 46 Mio € (2 %) in erster Linie aufgrund erzielter Effizienzsteigerungen sowie dem im Vergleich zum Vorjahr geringeren Rückstellungsbedarf. Der Sachaufwand und die sonstigen Aufwendungen lagen mit 2,7 Mrd € annähernd auf dem Niveau der Vorjahresperiode. Dies resultierte vorwiegend aus erfolgten Rückstellungsaufhebungen für operationelle Risiken sowie aus den durch unsere Kostendisziplin erzielten Einsparungen. Gegenläufig wirkten dabei die bereits oben erwähnten Abschreibungen auf einen Teil der Software.

Ausgehend von den obigen Erläuterungen lag der Jahresüberschuss in der Berichtsperiode mit 622 Mio € erheblich unter dem der Vergleichsperiode in Höhe von 1.006 Mio €. Der Ertragsteueraufwand belief sich in der Berichtsperiode auf 91 Mio € im Vergleich zu einem Ertragsteueraufwand von 47 Mio € in der Vergleichsperiode.

Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zur Prognose 2019

Das Ergebnis vor Steuern der Berichtsperiode lag deutlich unter dem für 2019 prognostizierten Ergebnis. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch die oben genannte, in der Berichtsperiode vorgenommene Wertminderung von Software. Zudem wirkten im Vergleich zur Prognose 2019 die höhere Margenkompression im Einlagengeschäft sowie Zinskurveneffekte bei Geld- und Kapitalmarktaktivitäten negativ auf das Ergebnis vor Steuern.

Die Gesamterträge lagen unter Prognoseniveau 2019. Ausschlaggebend waren vornehmlich die oben genannte höhere Margenkompression, negative Zinskurveneffekte sowie geringere Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft mit Wertpapieren.

Die Risikovorsorge lag in der Berichtsperiode auf dem Niveau der Prognose für 2019.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen waren in der Berichtsperiode im Vergleich zu den prognostizierten Aufwendungen 2019 höher. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch die bereits oben genannte Abschreibung auf Software im Berichtsjahr.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen zeigen die kumulierten Ergebnisse der Segmente einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, jeweils für die Geschäftsjahre 2019 und 2018. Alle Vergleiche in den nachfolgenden Erläuterungen zu den Segmenten erfolgen gegenüber den rückwirkend angepassten Werten des Geschäftsjahres 2018.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Jan. – Dez. 2019
	Marke Deutsche Bank	Marke Postbank	Übriges	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	1.992	2.273	-582	3.683
Risikovorsorge	-25	-210	3	-233
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.967	2.063	-579	3.450
Provisionsüberschuss	870	871	80	1.821
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen	21	-	-1	21
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-	-	113	113
Sonstiges Ergebnis	38	-1	261	298
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	929	870	454	2.253
Personalaufwand	-767	-677	-865	-2.310
Sachaufwand / Verwaltungsaufwand	-1.451	-1.861	631	-2.681
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-2.218	-2.538	-235	-4.990
Ergebnis vor Steuern	678	395	-360	713

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Jan. – Dez. 2018
	Marke Deutsche Bank	Marke Postbank	Übriges	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	1.910	2.270	-167	4.012
Risikovorsorge	-31	-182	1	-213
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.879	2.087	-166	3.799
Provisionsüberschuss	822	870	65	1.757
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen	17	-	-25	-8
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-	-	110	110
Sonstiges Ergebnis	39	1	411	452
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	878	872	562	2.311
Personalaufwand	-808	-689	-858	-2.356
Sachaufwand / Verwaltungsaufwand	-1.563	-1.713	574	-2.702
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-2.371	-2.402	-284	-5.057
Ergebnis vor Steuern	386	557	111	1.053

In der Berichtsperiode wurde die Zuordnung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten angepasst, um die Managementverantwortung sachgerechter abzubilden.

Im Zuge dessen wurden die Infrastrukturfunktionen des Segments Marke Postbank von den Vertriebseinheiten separiert und im Rahmen der Integration mit den Infrastrukturfunktionen der Marke Deutsche Bank im Segment Übrige ausgewiesen. Im nächsten Schritt erfolgte eine verursachungsgerechte Allokation der Infrastrukturkosten auf die Segmente Marke Deutsche Bank und Marke Postbank bis auf jene Infrastrukturkosten, die Geschäfte aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten betreffen.

Zudem werden nunmehr die Erträge Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Postbank sowie der Marke Deutsche Bank und die restlichen, nicht den Produkten (Privat- und Firmenkunden) zuzuordnenden Erträge beider Marken dem Segment Übrige zugerechnet.

Unternehmensbereiche

Die im Zuge der im Kapitel Segmentergebnisse genannte unterjährige Anpassung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten in der Berichtsperiode wurde in der Prognose des Vorjahres nicht reflektiert. Der Vergleich zwischen der Berichtsperiode 2019 und der Prognose 2019 ist daher vor dem Hintergrund dieser Anpassung zu betrachten.

Marke Deutsche Bank

Ergebnis vor Steuern

Das mit unserer Marke Deutsche Bank erzielte Ergebnis vor Steuern belief sich in der Berichtsperiode auf 678 Mio € nach 386 Mio € in der Vergleichsperiode. Dieser Ergebnisanstieg wurde in einem weiterhin herausfordernden – insbesondere von der anhaltenden Niedrigzinsphase geprägten - Marktumfeld erzielt. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen begründet durch im Vergleich zur Vorjahresperiode gestiegene Provisions- und Zinsüberschüsse sowie durch gesunkene zinsunabhängige Aufwendungen.

Das Ergebnis vor Steuern der Berichtsperiode liegt über dem Niveau des prognostizierten Ergebnisses vor Steuern 2019. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch eine im Vergleich zur Prognose mengenbedingt gestiegene Liquiditätsvergütung von der Muttergesellschaft DB AG.

Gesamterträge

Die Gesamterträge lagen trotz Belastungen für die Margen im Einlagen- sowie im Kreditgeschäft, die von dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und der daraus resultierenden hohen Verfügbarkeit von Liquidität ausgehen, mit 2.921 Mio € um 133 Mio € bzw. 5 % über der Vergleichsperiode.

Der **Zinsüberschuss** stieg um 82 Mio € bzw. 4% auf 1.992 Mio €. Diese Entwicklung war getrieben durch gestiegene Liquiditätsvergütung für erhöhte Einlagevolumina innerhalb des Konzerns. Belastend wirkten demgegenüber das Umfeld niedriger Zinsen für das Einlagengeschäft sowie der Margendruck im Kreditgeschäft.

Die Gesamterträge der Berichtsperiode liegen aufgrund der oben genannten mengenbedingt gestiegenen Liquiditätsvergütung über dem Prognoseniveau.

Zinsunabhängige Erträge

Die zinsunabhängigen Erträge fielen mit 929 Mio € um 51 Mio € bzw. 6% höher aus als in der Vergleichsperiode. Dieser Anstieg resultiert aus der Entwicklung des Provisionsüberschusses. Der Provisionsüberschuss stieg um 48 Mio € auf 870 Mio €, im Wesentlichen begründet durch gestiegene Vermittlungsprovisionen aus dem Wertpapier- und Vorsorgegeschäft sowie einer leichten Erhöhung von Kontoführungs- und Zahlungsverkehrsentgelten.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag mit 25 Mio € unter dem Niveau der Vergleichsperiode. Begründet ist dies durch unterjährige positiv wirkende Entwicklungen der Bewertungsparameter, im Wesentlichen der zukunftsgerichteten Informationen, in der Berichtsperiode. Gegenläufig wirkt der Verkauf eines Kreditportfolios in der Vergleichsperiode.

Die Risikovorsorge liegt im Vergleich zur Prognose 2019 auf einem niedrigeren Niveau. Dies ist bedingt durch eine im Vergleich zur Prognose verbesserte Entwicklung der Bewertungsparameter, im Wesentlichen der zukunftsgerichteten Informationen sowie durch Rekalibrierungen.

Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt

Die Aufwendungen lagen mit 2.218 Mio € um 153 Mio € unter dem Niveau der Vergleichsperiode. Dabei verringerten sich Personalaufwendungen um 41 Mio €, bzw. 5,1% aufgrund einer Reduktion des Personalbestandes. Zudem reduzierten sich die Sach- und Verwaltungsaufwendungen um 112 Mio €, bzw. 7,2%. Dies ist im Wesentlichen durch ein striktes Kostenmanagement im Bereich der diskretionären Kosten bedingt.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen liegen in der Berichtsperiode auf dem Niveau der prognostizierten Aufwendungen für 2019.

Marke Postbank

Ergebnis vor Steuern

Im Geschäft mit unserer Marke Postbank belief sich das Ergebnis vor Steuern in der Berichtsperiode auf 395 Mio € nach 557 Mio € in der Vergleichsperiode. Maßgeblich für diese Ergebnisverschlechterung war im Wesentlichen eine in der Berichtsperiode aufgetretene Wertminderung von Software (138 Mio €). Ohne Berücksichtigung dieses Effekts lag das Ergebnis leicht unter dem Niveau der Vergleichsperiode.

Das Ergebnis vor Steuern der Berichtsperiode war im Vergleich zur Prognose für 2019 niedriger. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch die im Vergleich zur Prognose höhere Margenkompression im Einlagengeschäft.

Gesamterträge

Die Gesamterträge lagen mit 3.143 Mio € nahezu auf dem Niveau der Vergleichsperiode.

Die Gesamterträge lagen in der Berichtsperiode unter den für 2019 prognostizierten Gesamterträgen, im Wesentlichen bedingt durch die oben genannte Margenkompression. Zudem wirken im Vergleich zur Prognose geringere Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft mit Wertpapieren.

Zinsabhängige Erträge

Der Zinsüberschuss lag mit 2.273 Mio € auf dem Niveau der Vergleichsperiode. Die Belastung der Margen im Einlagengeschäft verursacht durch das Niedrigzinsumfeld konnte durch zusätzliche Erträge infolge des starken Wachstums in allen Kreditprodukten und einer sensiblen Erhöhung von Kontoführungs- und Zahlungsverkehrsentgelten kompensiert werden.

Zinsunabhängige Erträge

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 871 Mio € auf dem Niveau der Vergleichsperiode. Gesunkene Erträge aufgrund des angepassten Postdienstleistungsvertrag mit der Deutsche Post AG konnten durch die Ausweitung des Vermittlungsgeschäfts für Wertpapiere und Vorsorgeprodukte kompensiert werden.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge erhöhte sich von 182 Mio € im Vorjahr auf 210 Mio € in der Berichtsperiode. Diese Entwicklung geht im Wesentlichen zurück auf gestiegene Risikovorsorge im Firmenkundengeschäft (37 Mio €), eine negativ wirkende Ausgleichszahlung betreffend das Factoringgeschäft (13 Mio €) sowie das Wachstum des Kundenkreditgeschäfts. Gegenläufig wirkten zudem in der Berichtsperiode höhere Erlöse auf dem Verkauf von Kreditportfolios.

Die Risikovorsorge lag in der Berichtsperiode über dem Prognoseniveau. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch im Rahmen der Prognose nicht reflektierte oben genannte höhere Ausfälle im Firmenkundengeschäft sowie die negativ wirkende Ausgleichszahlung betreffend das Factoringgeschäft.

Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt

Die zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich in der Berichtsperiode um 136 Mio € auf 2.538 Mio €. Dabei erhöhte sich der Sachaufwand um 148 Mio € auf 1.861 Mio €. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch eine in der Berichtsperiode aufgetretene Wertminderung von Software sowie von einer Immobilie. Zudem wirkte eine in der Vergleichsperiode vorgenommene Rückstellungsauflösung aus Personalleihe kostensenkend. Dagegen reduzierte sich der Personalaufwand im Vergleich zur Vergleichsperiode um 12 Mio €, was aus einer Reduzierung des Personalbestandes resultiert.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen liegen in der Berichtsperiode auf Prognoseniveau. Negative Beiträge aus der Wertminderung von Software werden durch die oben genannten Anpassungen der Zuordnung der Ergebnisbeiträge in der Berichtsperiode nahezu kompensiert.

Segment Übrige

Ergebnis vor Steuern

Das Segment Übrige verzeichnete in der Berichtsperiode ein negatives Ergebnis vor Steuern von 360 Mio € nach einem positiven Ergebnis von 111 Mio € in der Vergleichsperiode. Maßgeblich für diese Entwicklung waren im Wesentlichen mehrere gegenläufige Einmaleffekte. In der Berichtsperiode sind zum einen Erträge aus der Optimierung unseres Immobilienportfolios (218 Mio €) sowie aus Transaktionen mit dem Mutterunternehmen (240 Mio €) aus dem Vorjahr nicht mehr angefallen. Gegenläufig wirkte sich die im Zuge der Integration von Postbank und Deutsche Bank angefallene niedrigere Belastung aus Investitionskosten und Restrukturierungsaufwendungen aus (Berichtsperiode: 101 Mio €, Vergleichsperiode: 268 Mio €).

Der erhebliche Rückgang des Ergebnisses vor Steuern im Vergleich zum für 2019 prognostizierten Ergebnis vor Steuern resultiert im Wesentlichen aus negativ wirkenden Zinskurveneffekten bei Geld- und Kapitalmarktaktivitäten sowie der im Zuge

der Anpassung der Zuordnung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten dem Segment Übrige zugeordneten Infrastrukturfunktionen aus dem Segment Marke Postbank.

Gesamterträge

Der erhebliche Rückgang der Gesamterträge ist im Wesentlichen auf die oben genannten in der Vergleichsperiode positiv wirkenden, jedoch in der Berichtsperiode nicht mehr angefallenen Effekte der Optimierung des Immobilienportfolios sowie der Transaktionen mit dem Mutterunternehmen zurückzuführen.

Der erhebliche Rückgang der Gesamterträge im Vergleich zur Prognose resultiert im Wesentlichen aus oben genanntem Zinskurveneffekt bei den Geld- und Kapitalmarktaktivitäten.

Zinsabhängige Erträge

Der Zinsüberschuss sank im Vergleich zur Vergleichsperiode um 415 Mio €. Begründet ist dies durch höhere negative Effekte aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten (140 Mio €) sowie den Wegfall positiver Beiträge aus Transaktionen mit dem Mutterunternehmen (240 Mio €).

Zinsunabhängige Erträge

Die zinsunabhängigen Erträge lagen mit 454 Mio € um 108 Mio € unter dem Niveau der Vorjahresperiode. Maßgeblich für diese Entwicklung war der bereits oben erwähnte in der Berichtsperiode nicht mehr angefallene positive Betrag aus der Optimierung unseres Immobilienportfolios. Gegenläufig wirkten im Wesentlichen in der Berichtsperiode gestiegene Erträge aus dem Verkauf von Staats- und Unternehmensanleihen (19 Mio €), der Verkauf von Schuldscheindarlehen (23 Mio €), sowie positive Effekte aus der Beteiligungsbewertung (20 Mio €).

Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt

Die zinsunabhängigen Aufwendungen sanken in der Berichtsperiode um 49 Mio € auf 235 Mio €. Dabei wirkte sich im Wesentlichen die im Zuge der Integration von Postbank und Deutscher Bank angefallene niedrigere Belastung aus Investitionskosten und Restrukturierungsaufwendungen aus. Gegenläufig wirken dabei die in der Vergleichsperiode im Zusammenhang mit Anpassungen von Pensionsvereinbarungen erfolgten Rückstellungsaufösungen.

Der Anstieg der zinsunabhängigen Aufwendungen im Vergleich zur Prognose resultiert im Wesentlichen aus oben genannter Erfassung der Infrastrukturfunktionen der Marke Postbank im Segment Übrige in der Berichtsperiode.

Angaben auf Unternehmensebene

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geographischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen. Die Region Europa enthält die unter der Marke Postbank geführten Einheiten PB International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH in Luxemburg sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

in Mio €	Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2019	2018	2019	2018
Deutschland	5.866	6.270	696	1.068
Europa	70	53	17	-15
Gesamt	5.936	6.323	713	1.053

Vermögens- und Finanzlage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2019	31.12.2018	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserve und Zentralbankeinlagen	26.150	20.130	6.020	30
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	41.658	42.731	-1.073	-3
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.082	298	3.784	N/A
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	6.117	5.005	1.112	22
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.711	4.434	1.277	29
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	406	571	-165	-29
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	-	-	-	N/A
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	196.772	189.748	7.024	4
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	395	278	117	42
Übrige Aktiva	12.395	17.926	-5.531	-31
Summe der Aktiva	287.569	276.116	11.453	4
Einlagen	240.481	225.985	14.496	6
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	-	1.135	-1.135	N/A
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.921	3.689	1.232	33
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.921	3.689	1.232	33
Langfristige Verbindlichkeiten	27.727	29.953	-2.226	-7
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	90	88	2	2
Übrige Passiva	5.811	7.210	-1.399	-19
Summe der Verbindlichkeiten	279.030	268.060	10.970	4
Eigenkapital insgesamt	8.539	8.056	483	6

Die DB PFK weist in der Berichtsperiode Eventualverpflichtungen in Höhe von 32,4 Mrd € aus (Vorjahr: 31,9 Mrd. €). Diese bestehen im Wesentlichen aus Verpflichtungen aus Bürgschaft- und Gewährleistungsverträgen, einer unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Einlagensicherungsfonds sowie einer Barsicherheit für die Bankenabgabe.

Insgesamt übersteigen die uns von unseren Kunden überlassenen Passiva die im Kundengeschäft abgeschlossenen bilanziellen Aktivvolumina. Diese passivischen Überschüsse geben wir im Rahmen der regulatorischen Vorgaben zur Liquiditätshaltung der DB PFK und unter Abwägung ökonomischer Opportunitäten an unsere Konzernmutter weiter. Die so strukturierte Bilanz erlaubt uns jederzeit eine angemessene und flexible Steuerung unserer Liquiditätsposition. Entsprechend sind im Geschäftsjahr sämtliche Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß bedient worden.

Entwicklung der Aktiva

Die Bilanzsumme lag per 31. Dezember 2019 bei 287,6 Mrd € und stieg damit gegenüber 31. Dezember 2018 um 11,5 Mrd € (oder 4,2 %) an.

Dabei stiegen im Rahmen der Liquiditätsanlage die Barreserven und Zentralbankeinlagen sowie die Forderungen aus Wertpapiergeschäften um 6,0 Mrd €, bzw. 3,8 Mrd. € an. Gegenläufig sanken die Einlagen bei Kreditinstituten um 1,1 Mrd €.

Weiterhin erhöhten sich die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte insbesondere aufgrund von Marktwertschwankungen von derivativen Finanzinstrumenten, denen ein entsprechender Anstieg auf der Passivseite gegenüberstand, um 1,1 Mrd. €.

Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft stiegen um 7,0 Mrd € an. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch starkes Wachstum, insbesondere von privater Baufinanzierung.

Zudem sanken die übrigen Aktiva um 5,5 Mrd €, im Wesentlichen bedingt durch den Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten stieg zum 31. Dezember 2019 um 10,9 Mrd € (oder 4,1 %) gegenüber dem Vorjahresende an.

Die Einlagen wuchsen um 14,5 Mrd €, u.a. getrieben von einem Anstieg unverzinslicher Sichteinlagen sowie einem durch Einlagenkampagnen forcierten Anstieg der Spareinlagen unserer Kunden. Dem steht ein Rückgang bei den langfristigen Verbindlichkeiten um 2,2 Mrd € gegenüber, der im Wesentlichen durch Fälligkeiten bedingt war.

Weiterhin stiegen die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen um 1,2 Mrd € an. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem oben erläuterten Anstieg der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und wurde durch Marktwertschwankungen von derivativen Finanzinstrumenten verursacht.

Darüber hinaus war ein Rückgang der Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen um 1,1 Mrd € zu verzeichnen, insbesondere zurückzuführen auf die Fälligkeit einer an die DB Gruppe verliehenen Staatsanleihe.

Der Rückgang in den übrigen Passiva um 1,2 Mrd € ist im Wesentlichen durch die Auszahlung der Ergebnisabführung der Vergleichsperiode an die DB Gruppe begründet.

Entwicklung des Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich zum 31. Dezember 2019 um 0,4 Mrd € auf 8,5 Mrd €. Diese in Summe positive Entwicklung ergibt sich als Ergebnis gegenläufiger Sachverhalte: Eines Anstiegs der Gewinnrücklagen um das Konzernergebnis sowie um die Verlustübernahme auf Basis des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages einerseits sowie der Reduzierung der Gewinnrücklagen durch eine Veränderung von finanzmathematischen Annahmen zu leistungsorientierten Pensionsplänen andererseits.

Entwicklung der Eigenmittel

Die DB Privat- und Firmenkundenbank AG stellt kein übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe im Sinne des §10a Abs. 1 KWG dar und unterliegt nicht den Anforderungen der CRR (Capital Requirement Regulation) auf teilkonsolidierter Ebene. Die DB PFK AG macht als nachgeordnetes Unternehmen der Deutsche Bank AG Gebrauch von der Regelung des §2a KWG i.V.m. Artikel 7 (1) CRR (sogenannter Tochter-Waiver), wonach sie von der Anwendung bestimmter aufsichtsrechtlicher Vorgaben für die Ermittlung von Eigenmitteln und Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken, Verschuldung, Offenlegung sowie bestimmter Vorgaben für das Risikomanagement auf Einzelinstitutsebene absieht. Ungeachtet dessen unterliegen die DB PFK AG sowie auch ihre Tochterunternehmen als Teil des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises der Deutsche Bank Gruppe den Vorgaben der CRR, wodurch sie in die aufsichtsrechtlichen Meldungen der Deutsche Bank Gruppe eingebunden sind. Gemäß den Vorgaben zur Genehmigung des Tochterwaivers nach Artikel 7 (1) (c) CRR sind die DB PFK und ihre Tochterunternehmen auch in das Risikomanagement der Deutsche Bank AG eingebunden.

Um trotz der Ausnahmeregelung jederzeit eine angemessene Kapitalausstattung sicherzustellen, werden die zur internen Steuerung definierten Eigenmittelanforderungen des DB PFK Teilkonzerns im Rahmen des den rechtlichen und konzernweiten Vorgaben entsprechenden Risiko- und Kapitalmanagements weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelt und für die Überwachung und interne Steuerung verwendet. In diesem Zusammenhang wurden zur internen Steuerung Zielwerte für die CET1- und die Leverage Ratio definiert. Die Herleitung dieser internen Schwellenwerte orientiert sich dabei an den Mindestanforderungen der CRR, den Kapitalpufferanforderungen der CRD IV, weiteren möglichen individuellen Kapitalerwartungen von Aufsichtsbehörden, sowie Managementpuffern.

Die Kalkulation des weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelten Kernkapitals für die interne Steuerung (Tier 1) basiert dabei auf dem bilanziellen Eigenkapital des DB PFK Teilkonzerns, inklusive des Ergebnisses zum jeweiligen Stichtag nach Berücksichtigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags, für den im Einklang mit dem Vorgehen der Deutsche Bank Gruppe gebildeten aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis auf Ebene des DB PFK Teilkonzerns. Nach Berücksichtigung von weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelten Korrektur- und Kapitalabzugsposten, ergibt sich das für die interne Steuerung verwendete harte Kernkapital (CET1). Der DB PFK Teilkonzern hat derzeit keine Kapitalinstrumente begeben, welche gemäß den Vorgaben der CRR als zusätzliches Kernkapital (AT1) zu klassifizieren sind, sodass das zur internen Steuerung herangezogene CET1 derzeit dem Tier 1 entspricht. Übergangsbestimmungen im Sinne des Teils 10 Titel 1 der CRR werden nicht berücksichtigt (fully phased-in).

Für das operative Kapitalmanagement der DB PFK werden Forderungen gegenüber inländischen Tochterunternehmen der Deutsche Bank Institutsgruppe analog Art. 113 (6) CRR mit einem Risikogewicht von 0% versehen und analog Art. 429 (7) CRR von der Kalkulation des Leverage Exposures ausgenommen. Die übrigen Positionen werden im Wesentlichen mit den gleichen Methoden und Modellen behandelt, die auch für die aufsichtsrechtlichen Meldungen auf Ebene der Deutsche Bank Gruppe zu Anwendung kommen.

Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Annahmen, beträgt die für die interne Steuerung des DB PFK Teilkonzerns ermittelte CET1-Ratio 12,3% (2018: 12,6%) und die Leverage Ratio 3,4% (2018: 3,3%). Die zuvor beschriebenen, zur Steuerung definierten internen Schwellenwerte für die beiden vorgenannten Kapitalkennziffern wurden jederzeit übertroffen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern war in der Berichtsperiode mit 713 Mio € im Vergleich zur Vergleichsperiode um 340 Mio € niedriger. In der Berichtsperiode und der Vergleichsperiode wurde das Ergebnis dabei jeweils durch eine Reihe wesentlicher nicht wiederkehrender Effekte beeinflusst. In der Berichtsperiode wirkten im Wesentlichen Wertminderungen von Software (138 Mio €) negativ sowie höhere positive Beiträge aus dem Verkauf von Kreditportfolios (Berichtsperiode: 68 Mio €, Vergleichsperiode: 26 Mio €) positiv. Zudem wirkte der Wegfall aus Transaktionen mit dem Mutterunternehmen (240 Mio €) negativ. In der Vergleichsperiode waren wesentliche Einmaleffekte insbesondere durch die Optimierung unseres Immobilienportfolios (218 Mio €) sowie durch höhere Investitionskosten zu Beginn der Integration beider Marken (Berichtsperiode: 101 Mio €, Vergleichsperiode: 268 Mio €) gegeben.

Der Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern lag für die Berichtsperiode mit 6,4 % entsprechend um 4,5 % unter dem Niveau der Vergleichsperiode (10,9 %). Dies ist bedingt durch die im Vergleich zum Geschäftsjahr 2018 stärkere Eigenkapitalisierung der DB PFK sowie das geringere Ergebnis vor Steuern. Unter Berücksichtigung von konzernüblichen Belastungen würde sich eine deutlich niedrigere Konzernquote ergeben.

Die Cost Income Ratio lag in der Berichtsperiode auf einem Wert von 84,1 % gegenüber 80,0 % in der Vergleichsperiode.

Die zur internen Steuerung weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelte CET1-Ratio für den DB PFK Teilkonzern entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr in etwa stabil. Das harte Kernkapital stieg insbesondere aufgrund der positiven Entwicklung des Jahresüberschusses, was teilweise durch einen Anstieg der barwertigen Pensionsverpflichtungen infolge des Rückgangs der Kapitalmarktzinsen konterkariert wurde. Die planmäßige Ausweitung des Kreditneugeschäfts und regulatorische Sonderfaktoren (TRIM Prozess der EZB) führten zu einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva (RWA). Insgesamt entwickelte sich die Solvabilität des DB PFK Teilkonzerns im Berichtszeitraum erwartungsgemäß stabil und übertrifft zum Jahresende die Erwartungen aus der internen Planung leicht.

Die für die interne Steuerung ermittelte Leverage Ratio konnte in der Berichtsperiode gesteigert werden, da sich auch hier die oben genannten Kapitalentwicklungen positiv auswirken. Das Wachstum der Bilanzsumme wurde hierdurch überkompensiert.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren gegenüber der Vergleichsperiode erläutert.

An der Mitarbeiterbefragung des Deutschen Bank Konzerns haben 62% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DB PFK teilgenommen. Die Ergebnisse des Jahres 2019 enthalten auch die Antworten der Mitarbeiter der früheren Postbank, wohingegen die Ergebnisse des Jahres 2018 diese nicht enthalten. Daher ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt. Die Zustimmungswerte in den Kategorien Commitment und Enablement sind gegenüber der Vergleichsperiode gestiegen und erreichen 55, bzw. 65 Punkte nach 51 sowie 61 Punkten (auf einer Skala von 0-100) in der Vergleichsperiode.

Die Befragung der Mitarbeiterinnen wurde vom 3. September bis zum 19. September 2019 durchgeführt.

Die Kundenzufriedenheit im Segment Private Bank der DB AG, speziell der Marke Deutsche Bank ist im Gegensatz zur Vergleichsperiode leicht gestiegen.

Die Kundenzufriedenheit der Privatkunden der Marke Postbank verschlechterte sich 2019 leicht gegenüber der Vergleichsperiode. Die Belastung der Kundenzufriedenheit in der Berichtsperiode ist im Wesentlichen durch Filialschließungen sowie kundenrelevante Modifikationen im Online Banking begründet.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die bisherigen Entwicklungen rund um COVID 19 in 2020 weisen darauf hin, dass erwartet wird, dass das weltweite Wirtschaftswachstum in der ersten Hälfte des Jahres 2020 negativ durch die Ausbreitung der Krankheit und die daraus resultierende Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivität beeinflusst wird. Das könnte sich auf unsere Möglichkeit, Umsätze zu erzielen, auswirken und negativen Einfluss auf bestimmte Portfolios durch Ratingverschlechterung, höher als erwartete Kreditausfälle und potenzielle Wertminderungen von Vermögenswerten haben. Die derzeitige COVID 19 Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft könnten die Erreichung unserer finanziellen Ziele beeinträchtigen. Während es zu früh ist, die Auswirkungen auf unser Geschäft oder unsere finanziellen Ziele der sich ausbreitenden Pandemie und den Antworten

der Regierungen darauf zu prognostizieren, könnten wir in erheblicher Weise durch einen anhaltenden Abschwung von lokalen, regionalen oder globalen wirtschaftlichen Bedingungen negativ beeinträchtigt werden.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber den im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Risiken

Zinsumfeld

Wir sehen uns auch im Geschäftsjahr 2020 den Herausforderungen eines Niedrigzinsumfelds ausgesetzt.

Strategieumsetzung

In unserem Ausblick gehen wir von wesentlichen Beiträgen aus einer erfolgreichen Umsetzung der Initiativen zur Integration von Deutscher Bank und Postbank aus. Im Rahmen dieser Initiativen ergeben sich Umsetzungsrisiken, die laufend überwacht und bewertet werden, um bei sich abzeichnenden ungünstigen Entwicklungen geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Damit sich die Risiken nicht materialisieren, arbeitet ein dediziertes, mit Fachexperten beider Marken besetztes Projektteam systematisch an der Umsetzung der Anforderungen.

Aufsichtsrechtliche Reformen

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns neben den mit der Einräumung des Tochter-Waivers formulierten Zusatzanforderungen der Aufsichtsbehörden mit materiellen Kosten verbunden sein. Dies könnte erhebliche Unsicherheit für uns bedeuten sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne wie auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Änderungen, die von uns verlangen, eine höhere Kapitalunterlegung aufrechtzuerhalten, könnten nicht nur unser Geschäftsmodell, unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis, sondern auch das Wettbewerbsumfeld im Allgemeinen maßgeblich beeinflussen. Andere regulatorische Reformen könnten auch unsere geschätzten betrieblichen Aufwendungen beachtlich erhöhen. Die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen könnten sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Außerdem könnte die Implementierung verbesserter Kontrollen höhere regulatorische Kosten zur Folge haben, die Effizienzgewinne kompensieren oder übersteigen könnten. Es könnte sein, dass Aufsichtsbehörden nicht mit unserer Interpretation bestimmter regulatorischer Anforderungen bzw. der Bedingungen des Tochter-Waivers einverstanden sind, wenn solche Auslegungsfragen im Rahmen unseres kontinuierlichen Dialogs mit den Aufsichtsbehörden oder als Teil regulatorischer Prüfungen besprochen werden. Änderungen in der Auslegung von Regeln können eine materielle Auswirkung auf das für interne Steuerungszwecke ermittelte regulatorische Kapital haben sowie unsere Verschuldungsquote und unsere Liquiditätskennzahlen negativ beeinflussen.

Juristische und steuerrechtliche Untersuchungen

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten sowie regelmäßigen steuerlichen Betriebsprüfungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation beeinflussen könnten. Falls diese Angelegenheiten zu Bedingungen abgeschlossen werden, die ungünstiger sind, als von uns erwartet- sei es hinsichtlich ihrer Kosten oder der Auswirkungen auf unser Geschäft - oder falls sich die Wahrnehmung unseres Geschäfts und seiner Aussichten verschlechtern sollte, könnte es sein, dass wir unsere strategischen Ziele nicht erreichen können oder diese anpassen müssen.

Risikomanagement Richtlinien, Verfahren und Methoden sowie Operationelle Risiken

Die DB PFK AG hat ihr Risikomanagement danach ausgerichtet, die wesentlichen Risiken frühzeitig zu erkennen und zu mitigieren. Dabei haben wir Ressourcen eingesetzt, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationelle Risiken in adäquater Weise weiterzuentwickeln. Gleichwohl mag dies nicht ausreichend sein, um in jeglichem Marktumfeld alle erdenklichen Risikosituationen zu prognostizieren und/oder zu erkennen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung, neue Technologien und veränderte Kundenerwartungen haben einen zunehmenden Einfluss auf das traditionelle Bankengeschäft. Dies stellt auch die DB PFK AG sowie ihre Tochterunternehmen vor neue Herausforderungen, sodass wir unseren Weg der digitalen Transformation weitergehen werden, um unser Geschäft digitaler und effizienter zu gestalten sowie das Kundenerlebnis weiter zu verbessern.

Wettbewerb

In einem fragmentierten Markt mit bereits niedrigen Margen sind Retail-Banken in Deutschland mit hohem Wettbewerb um profitables Geschäft und spürbarem Konsolidierungsdruck konfrontiert. Neue Wettbewerber im Markt wie FinTechs und Digitalbanken sowie ausländische Banken bedeuten eine weitere Verschärfung des Wettbewerbs mit entsprechenden Ergebnisrisiken und resultierendem Investitionsdruck in unserem Heimatmarkt. Damit wir jederzeit und unmittelbar auf die aktuellsten Veränderungen am Markt reagieren können, ist eine stetige Analyse des Marktes und der Wettbewerber ebenso notwendig wie die stetige Ausschau nach neuen Partnern und Kooperationen, um die eigene Marktposition zu verbessern.

Chancen

Strategieumsetzung

Die Chancen, die bei einer erfolgreichen Strategieumsetzung für die DB PFK entstehen, sind vielseitig. Neben den finanziellen Chancen durch Synergieeffekte und einer gestiegenen Profitabilität, bieten sich Möglichkeiten für eine bessere und gezieltere Kundenansprache sowie die gemeinsame digitale Entwicklung beider Marken. Für die Kunden bedeutet dies die Chance, von der Expertise beider Marken zugleich zu profitieren.

Digitalisierung

Die DB PFK AG ist als digitaler Marktführer in Deutschland in einer guten Ausgangslage, die sie auch zukünftig nutzen wird, indem sie Standards für digitale Angebote setzt, ihr Kerngeschäft transformiert und so weitere Marktpositionen erschließt. Darüber hinaus sollen den rund 19 Millionen Kunden neue Services geboten und das tägliche Bankgeschäft einfacher gemacht werden.

Bei der dieser Transformation des Kerngeschäfts können erhebliche Synergiepotenziale durch die gemeinsame Nutzung bestehender digitaler Lösungen realisiert werden. Zudem ermöglicht die gemeinsame End-to-End-Digitalisierung aller Kernprodukte eine effizientere und schnellere Umsetzung.

Wettbewerb

Dank der hohen Kundenanzahl wird die DB PFK den Bankenmarkt in Deutschland aktiv mitgestalten können. Ertragssynergien im Vertrieb werden sich aus Neukundenverbindungen, aber auch einer höheren Bestandskundendurchdringung sowie zwischen den beiden Marken abgestimmten Bepreisungsmaßnahmen für Privat- und Firmenkunden ergeben. Konkrete Maßnahmen sind z.B. die wechselseitige Bereitstellung von bereits bestehenden und komplementären Produkten und Beratungsangeboten beider Marken. Im Firmenkundengeschäft sind das beispielsweise Gewerbeimmobilienfinanzierungen, Factoring, Corporate-Finance- und Capital-Market-Lösungen, die wechselseitig und damit einem größeren Kundenkreis angeboten werden.

Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Geschäftsmodells der DB Privat- und Firmenkundenbank AG (DB PFK AG) liegt auf dem Kredit- und dem Einlagengeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in Deutschland. Das zugehörige Risikoprofil wird durch das Kapital- und Liquiditätsmanagement des DB Privat- und Firmenkundenbank Konzerns (nachfolgend DB PFK, Konzern oder Bank) im Sinne von ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) und ILAAP (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process) überwacht. Basis hierfür sind die gemeinsame Gremien- und Linienstruktur, die einheitlichen Risikodefinitionen, die übergreifende Risikostrategie sowie das turnusmäßige Reporting über alle Risikoarten.

Die DB PFK AG hat einen durch die EZB genehmigten Waiver im Sinne des Art. 7 Abs. 1 CRR in Verbindung mit § 2a Abs. 1 und 2 KWG gegenüber der Deutschen Bank AG. Im Rahmen des Risikoberichts wird im Hinblick auf das Kapitalmanagement des DB PFK Konzerns nur auf die interne Steuerung eingegangen.

Die Tätigkeiten im Risikomanagement der DB PFK umfassen in der Berichtsperiode auch die weitere Zusammenführung von noch getrennten Steuerungskreisen der ehemaligen Unternehmensteile Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und Deutsche Postbank AG. In diesem Zuge wurden auch Änderungen an der internen Organisation des Risikomanagements im zweiten Halbjahr 2019 umgesetzt. Einige Maßnahmen im Rahmen der Integration sind von technischer Umsetzung abhängig, welche für die kommenden Jahre zu Anpassungen in den Prozessen des Risikomanagements führen können.

Die Risikonahme zur Ergebniszielung stellt für die DB PFK eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Im Rahmen des ICAAP werden die Risiken zur internen Steuerung identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert. In der Berichtsperiode wurden alle auf Konzernebene festgesetzten Limite stets eingehalten. Der ökonomische Kapitalverbrauch blieb im Berichtszeitraum weitgehend stabil. Die Risikotragfähigkeit der DB PFK war jederzeit gegeben. Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die DB PFK und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar.

In Teilbereichen beobachtet die Bank bereits erste Zeichen einer konjunkturellen Eintrübung, gleichwohl profitierte die DB PFK aufgrund der Zusammensetzung ihres Kreditportfolios von einem grundsätzlich soliden konjunkturellen Umfeld mit hohem Beschäftigungsgrad in Deutschland, welches weiterhin Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden bietet. So konnte im Berichtszeitraum das Kreditgeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden weiter ausgeweitet werden. Die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland wirkt unverändert positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft. Der Risikovorsorgebestand lag zum Berichtsstichtag unter dem Vorjahresniveau. Negative Effekte, verursacht durch größere Einzelfälle im Firmenkundensegment, konnten durch positive Sondereffekte aus einem Verkauf notleidender Kredite im Privatkundensegment überkompensiert werden. Aufgrund einer möglichen Eintrübung des makroökonomischen Umfelds rechnet die Bank in den kommenden Jahren mit einem höheren Risikovorsorgebedarf.

Das Marktrisiko der DB PFK wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. In der Berichtsperiode waren in den ersten drei Quartalen die Entwicklung der Euro-Zinsen leicht rückläufig, während im vierten Quartal ein Anstieg zu beobachten war. Die Credit-Spread-Aufschläge europäischer Unternehmen sind im Berichtszeitraum im Durchschnitt leicht gesunken. Vor diesem Hintergrund verblieb das für Marktrisiken benötigte Risikokapital (Economic Capital) aufgrund einer guten Diversifikation des Portfolios zum Stichtag auf einem moderaten Niveau.

Wesentliche Treiber des VaR im Operationellen Risiko waren zuletzt die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt höhere Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der Vermittlung von geschlossenen Fonds sowie Klagen und Beschwerden im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen. Dabei reduzierte sich die Anzahl der Verfahren erheblich gegenüber dem Niveau des Vorjahres. Im Mengengeschäft lag der Schwerpunkt auf den sogenannten High-Frequency/Low-Impact-Schäden, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten. Die Angriffe auf Geldausgabeautomaten (Sprengungen), welche im Vorjahr zu hohen Verlusten führten, sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zurückgegangen. Die Schadenfallentwicklung in der Berichtsperiode wurde wesentlich getrieben durch zwei größere Betrugsfälle im Firmenkundengeschäft. Die Summe der Schäden insgesamt lag jedoch unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Im Rahmen des ILAAP werden die Liquiditätsrisiken identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert. Für Liquiditätsrisiken besitzt die DB PFK AG aktuell keine Waiver-Genehmigung. In der Berichtsperiode wurden auf Basis einer stabilen Refinanzierungsstruktur aus Privatkundeneinlagen stets ausreichende Liquiditätspuffer für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der regulatorischen Liquiditätsanforderungen vorgehalten. Die Liquiditätssituation der

DB PFK ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis und des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die unvermindert bestehenden politischen Unsicherheiten können darüber hinaus zu erhöhten Volatilitäten an den Märkten und damit einhergehend zu Risiken für die Vermögenslage der Banken führen.

Basierend auf der Zusammensetzung ihres Kundenportfolios sowie durchgeführter Analysen geht die Bank davon aus, dass sie von den im Rahmen des Brexits zu erwartenden Entwicklungen nur in geringem Ausmaß betroffen sein wird. Die DB PFK sieht daher diesbezüglich keine nennenswerten Ausfall- oder Liquiditätsrisiken.

Die derzeitige COVID 19 Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft könnten die Erreichung unserer finanziellen Ziele beeinträchtigen. Während es zu früh ist, die Auswirkungen auf unser Geschäft oder unsere finanziellen Ziele der sich ausbreitenden Pandemie und den Antworten der Regierungen darauf zu prognostizieren, könnten wir in erheblicher Weise durch einen anhaltenden Abschwung von lokalen, regionalen oder globalen wirtschaftlichen Bedingungen negativ beeinträchtigt werden. Angesichts der Ungewissheit über die Ausbreitung, die Dauer und die Marktauswirkungen von COVID 19 berücksichtigen unsere zukunftsgerichteten Annahmen derzeit keine möglichen Auswirkungen daraus. COVID 19 könnte sich auf die Einflussfaktoren unserer wichtigsten Leistungsindikatoren und Risikokennzahlen auswirken, der Einfluss lässt sich aufgrund der oben genannten Unsicherheiten jedoch bisher nicht in seiner negativen Ausprägung quantifizieren.

Integration in das Risikomanagement der Deutsche Bank Gruppe, Waiver-Regelung und Stand der Integration

Die DB PFK ist über die Deutsche Bank Gruppe in den Single Supervisory Mechanism (SSM) eingebunden. Die Bank unterliegt daher als Teil der Deutsche Bank Gruppe der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB). Zudem steht die DB PFK in einem regelmäßigen Austausch mit den nationalen Aufsichtsbehörden.

Die DB PFK ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das konzernweite Risikomanagement der Deutsche Bank Gruppe eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Die Einbeziehung der DB PFK in das Risikomanagement der Deutsche Bank Gruppe erfolgt über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der DB PFK und der Deutsche Bank Gruppe. Auf diese Weise hat sich die Konzernmutter die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur mit der Deutschen Bank AG wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die DB PFK ist in die Verfahren zur Identifizierung, Bewertung, Messung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, welche einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie über das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefern. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die DB PFK an die Deutsche Bank Gruppe zur DB konzernweiten Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Die DB PFK AG ist aufgrund der Anwendung der Vorschriften des § 2a (2) KWG infolge der Ausnahme von der Anwendung der Aufsichtsanforderungen auf Einzelbasis gemäß Art. 7 (1) CRR i.V.m. § 2a (1) und (2) KWG (sogenannter Tochter-Waiver) von der Einhaltung der Anforderungen bezüglich der Risikotragfähigkeit befreit.

Die Tätigkeiten im Risikomanagement der DB PFK umfassten in der Berichtsperiode auch die weiteren Maßnahmen zur Zusammenführung von noch getrennten Steuerungskreisen der ehemaligen Unternehmensteile Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und Deutsche Postbank AG. In diesem Zuge wurden beispielsweise die Steuerungskreise im Financial Markets und Treasury vereinheitlicht, wodurch Anpassungen mit der Liquiditäts- und Marktrisikosteuerung erfolgten.

Die bereits im Vorjahr in den handelsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogene Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, wurde am 17. Mai 2019 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln, verschmolzen. Die Verschmelzung führte zu keinen Effekten bei der Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der DB PFK. Die Portfolios der ehemaligen Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft sind in das konzernweite Risikomanagement der DB PFK einbezogen. Die ersten Integrationsmaßnahmen für beide Bausparkassen sollen im ersten Halbjahr 2020 erfolgen.

Einige Maßnahmen im Rahmen der Integration der beiden Bank sowie der beiden Bausparkassen sind von technischen Umsetzung abhängig, welche für die kommenden Jahre zu Anpassungen im Prozess des Risikomanagements führen können.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der DB PFK sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Arten von Risiken

Die DB PFK ist durch ihre Geschäftsaktivitäten einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Diese werden mindestens jährlich im Rahmen der Risikoinventur ermittelt.

Alle hierbei identifizierten Risiken werden auf ihre Wesentlichkeit überprüft. Die DB PFK greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche inklusive der wesentlichen Beteiligungen der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten umfassen finanzielle Risiken wie Kredit-, Markt-, Geschäfts- und Liquiditätsrisiken, das Kapital- und Gruppenrisiko, darüber hinaus nichtfinanzielle Risiken, wie das Operationelle Risiko und das Reputationsrisiko. Für alle wesentlichen Risikoarten gelten gemeinsame Risikomanagementstandards, die eine Einbindung in die Risiko-Governance und die Risikokomiteestruktur, die Festlegung eines risikoartenspezifischen Risikoappetits sowie die Berechnung des Risikokapitals im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung beinhalten. Das Liquiditätsrisiko sowie das Kapital- und Gruppenrisiko werden im ICAAP nicht berücksichtigt. Das Reputationsrisiko findet implizit über die anderen Risikoarten Berücksichtigung.

Die Risikoarten der DB PFK werden in der Folge näher beschrieben.

Marktrisiko

Marktrisiken im engeren Sinne entstehen der DB PFK durch die Unsicherheit hinsichtlich der Veränderungen der Marktwerte der Anlagebuchpositionen sowie aus ihren Pensionsplänen. Risiken können aus Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen von Assets, Wechselkursen, Aktienkursen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten, Inflation und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie deren Korrelation entstehen.

Marktrisiken im engeren Sinne umfassen somit insbesondere:

- a) sämtliche barwertigen Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch (Interest Rate Risk in the Banking Book – IRRBB)
- b) Credit-Spread-Risiken aus Preisschwankungen bei Finanzinstrumenten durch Ausweitungen von Credit Spreads, die aus allgemeinen Marktänderungen resultieren
- c) Marktrisiken in Bezug auf die leistungsorientierten Pensionspläne infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwertes der Aktiva oder einer Zunahme des Marktwertes der Pensionsverpflichtungen

Marktrisiken im Anlagebuch aus sich ändernden Wechselkursen und Aktienpreisen sind in der DB PFK nicht wesentlich.

Zu den Marktrisiken im weiteren Sinne zählt die DB PFK:

- d) mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumenschwankungen auftreten können
- e) Kollektivrisiken: mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bausparkollektivs, soweit diese aus einer Abweichung vom geplanten Neugeschäftsvolumen oder einer Fehleinschätzung des Kundenverhaltens resultieren
- f) Immobilienrisiken: Mietausfallrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der DB PFK
- g) Beteiligungsrisiken: potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

Kreditrisiko

Kreditrisiko entsteht als Verlustrisiko infolge einer Verschlechterung der Kreditqualität eines Kreditnehmers bzw. Zahlungsverpflichteten oder infolge einer Nichterfüllung vertraglicher oder anderer Vereinbarungen durch einen Kreditnehmer bzw. Zahlungsverpflichteten.

Kreditrisiko erwächst sowohl aus direktem Kreditgeschäft (Kredite, Eingehen von bedingten Zahlungsverpflichtungen) als auch aus Handelsaktivitäten (Derivate, Devisentermin- und Zinstermingeschäfte) und Forderungen für erbrachte Dienstleistungen.

Das Kreditrisiko umfasst Bonitäts-, Kreditkonzentrations-, Migrations-, Länder- sowie Transaktions- und Abwicklungsrisiken.

Operationelles Risiko

Die Bank definiert die Operationellen Risiken im Einklang mit den regulatorischen Vorgaben als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Operationellen Risiken der DB PFK umfassen insbesondere folgende wichtige Unterkategorien:

- a) *Rechtsrisiken* sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Darin nicht enthalten sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Compliance-Risiken sind gemäß den Vorgaben der European Banking Authority (EBA) ebenfalls Teil der Operationellen Risiken. Sie sind definiert als „bestehendes oder künftiges Ertrags- oder Kapitalrisiko infolge von Verletzungen oder der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Rechtsvorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebenen Praktiken oder ethischen Standards“. Daher überschneiden sich Compliance-Risiken zu einem großen Teil mit Rechtsrisiken.
- b) *Verhaltensrisiken (Conduct Risk)* sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten eines Instituts infolge der unangemessenen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Fällen vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens gegenüber der Bank sowie ihren Kunden und Mitarbeitern. Hierunter fasst die DB PFK alle Schäden aus Operationellen Risiken zusammen, die den Ereigniskategorien „Kunden, Produkte, Geschäftsgepflogenheiten“ und „Interner Betrug“ zugeordnet werden.
- c) *Modellrisiken (Model Risk)* sind Risiken aus der Fehlschätzung der Eigenmittelanforderungen im Rahmen aufsichtsrechtlich zugelassener interner Modelle und aus der Entwicklung, Einführung oder fehlerhaften Anwendung anderer Modelle, die zur Entscheidungsfindung herangezogen werden.
- d) *Informationssicherheits- und Technologierisiken* sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten aufgrund der Unzweckmäßigkeit oder des Versagens der Hard- und Software technischer Infrastrukturen, welche die Verfügbarkeit, Integrität, Zugänglichkeit und Sicherheit dieser Infrastrukturen oder von Daten beeinträchtigen können.

Reputationsrisiko

Reputationsrisiko ist definiert als das Risiko möglicher Schäden an den Marken und dem Ruf der DB PFK und das damit verbundene Risiko für die bzw. die Auswirkung auf die Erträge, das Kapital oder die Liquidität, welches bzw. welche durch Assoziation, Tätigkeit oder Untätigkeit entsteht, wenn diese von den Betroffenen als unangemessen, unmoralisch oder nicht mit den Werten und Überzeugungen der DB PFK vereinbar wahrgenommen werden könnten.

Die DB PFK bezeichnet das Operationelle Risiko und das Reputationsrisiko zusammenfassend auch als nichtfinanzielle Risiken.

Kapital- und Gruppenrisiko

Kapitalrisiko ist das Risiko einer unzureichenden Risikodeckungsmasse, d. h. das Risiko, dass die Risikodeckungsmasse zu gering ist, um die Geschäftsaktivitäten der DB PFK und das zugehörige Risikoprofil angemessen sowohl unter normalen ökonomischen Bedingungen als auch im Stress zu unterstützen.

Gruppenrisiko ist das Risiko eines Verlusts durch finanzielle und nichtfinanzielle Beziehungen der DB PFK zu anderen Einheiten der Deutsche Bank Gruppe.

Geschäftsrisiko

Geschäftsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank einen Jahresfehlbetrag in der GuV aufgrund unerwarteter Abweichungen der Erträge und der korrespondierenden Kosten ausweist, deren Ursache nicht durch Markt-, Kredit-, Kapital- und Gruppenrisiko, Reputations- oder Operationelles Risiko erklärt werden kann.

Unter den Geschäftsrisiken werden auch die sich auf das laufende Ergebnis auswirkenden Zinsertragsrisiken berücksichtigt (Zinsrisiken im Anlagebuch, periodische Perspektive).

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die DB PFK nicht in der Lage wäre, ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder diesen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können. Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die DB PFK drei Arten:

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Short Term Liquidity Risk) beschreibt das Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen – auch Intraday – nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Der Fokus liegt auf einer unterjährigen Betrachtung und der Vorhaltung eines angemessenen Puffers an liquiden Aktiva.
- b) Finanzierungsrisiko (Structural Liquidity (Funding) Risk) beschreibt das Risiko, dass die erwarteten Refinanzierungskapazitäten im Rahmen der Funding-Strategie nicht ausreichen, um mögliche Refinanzierungslücken rechtzeitig zu schließen.
- c) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko ist im Rahmen der Risikoinventur für die DB PFK als nicht wesentlich identifiziert und wird daher nicht mit Risikokapital unterlegt.

Im Rahmen dieses Risikoberichts wird ein Überblick über das Risikomanagement im Allgemeinen gegeben und im Weiteren werden die Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken ausführlich dargestellt. Das Risikomanagement wird für die DB PFK konzernweit durch die zentralen und die angebotenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften der DB PFK werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt. Nicht-wesentliche Tochtergesellschaften werden im Rahmen der Überwachung des Beteiligungsrisikos betrachtet.

Organisation des Risikomanagements

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand der DB PFK trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements sowie die Steuerung und Überwachung des Risikos aller Geschäfte des DB PFK Konzerns und stellt eine adäquate Kapital- und Liquiditätsausstattung für den DB PFK Konzern sicher.

Die Kontrolle hierüber erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der DB PFK unterrichtet.

Die Risikostrategie der DB PFK inklusive Tochtergesellschaften ist konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der DB PFK.

Im Rahmen der Umsetzung der SREP-Guidelines (SREP – Supervisory Review and Evaluation Process) für die interne Steuerung wird mit der Risikostrategie, neben dem aufgrund des Kapitalwaivers erleichterten Darstellung des ICAAP-Steuerungskreises, auch ein ILAAP-Steuerungskreis definiert.

Zielsetzung des Risikomanagements sind die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko- und Ertragsprofils unter Berücksichtigung von effizienten Betriebsstandards für Privatkundengeschäfte. Dabei werden durch den Ausbau einer integrierten, ganzheitlichen Risikomanagementfunktion die Zukunftsfähigkeit der DB PFK gestärkt sowie eine gemeinsame Risikokultur und Risikodisziplin entwickelt. Für alle Geschäftsfelder gab es in 2019 keine systematische Ausweitung des Risikoappetits.

Die DB PFK verfügt über eine unabhängige Risikomanagementfunktion unter der Leitung des Chief Risk Officer (CRO), die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser

Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP und des ILAAP der DB PFK limitiert und gesteuert.

Das innerhalb der DB PFK eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die unabhängige Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben als ressortübergreifende Aufgabe eine permanente Verbesserung des Risk/Return-Profiles auf Basis einer effizienten Kapital- und Liquiditätsteuerung zum Ziel. In diesem Kontext werden auch ausgewählte Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das PFK-Risikokomitee als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands hat das PFK-Risikokomitee eine beratende Funktion hinsichtlich Fragestellungen des Risikomanagements und trifft wesentliche Entscheidungen im Rahmen der Risikostrategie. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des PFK-Risikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees

	PFK Risikokomitee (PFK RK)	Kreditrisiko-komitee (KRK)	Markt- und Liquiditätsrisiko-komitee (MLRK)	PB GY Non-Financial Risk Council	Covered Bond Committee (CBC)	Modell- und Validierungskomitee (MVK)
Tagungs-frequenz	monatlich	quartalsweise	zwei-monatlich	quartalsweise	quartalsweise	monatlich
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Beratung des Vorstands hinsichtlich Fragestellungen des Risikomanagements: - Strategische Gesamtsteuerung aller wesentlichen Risiken - Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) - Risikostrategien und Risikoprofil - Allokation von Risikokapital - Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen 	<ul style="list-style-type: none"> - Festlegung des Risikoappetits im Rahmen der Produktstrategie für die Kundengeschäfte - Limitallokation der Kreditrisiken - Definition des Limitsystems - Analyse und Bewertung der Kreditrisiken - Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken 	<ul style="list-style-type: none"> - Risikosteuerung und periodische Überwachung von Marktrisiken sowie Kreditrisiken aus Kapitalmarkt-geschäft - Limitallokation der Marktrisiken - Festlegung der Notfallplanung der Liquiditäts- und Marktpreisrisiken - Analyse und Bewertung weiterer Marktrisiken (z.B. Kollektiv- sowie Spar- und Girorisiken und sonstigen Pensionsrisiken) - Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs 	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüft und überwacht das nicht finanzielle Risikoportfolio für Produkte und Legal Entities - Überwacht wesentliche nicht-finanzielle Risiken sowie Einhaltung der NFR-Strategie - Festlegen von Mindestanforderungen für das NFR-Management - Sicherung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen - Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts - Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und Emissionsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Überwachung und Steuerung des Modellrisikos - Modelländerungen und -genehmigungen in Abhängigkeit der Validierungsverantwortung der Model Risk Function - Jährliche Validierung sämtlicher Modelle - Überwachung und Validierung aller Ratingsysteme und Risikoklassifizierungsverfahren

Das PFK-Risikokomitee agiert als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothesen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Markt- und Liquiditätsrisikokomitee (MLRK), PB GY Non-Financial Risk Council (NFR), das Covered Bond Committee (CBC) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Die Gremien erfüllen ihre Aufgaben in enger Abstimmung mit dem PFK-Risikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten. Im Rahmen ihrer Tätigkeit werden diese Komitees durch weitere Komitees und Councils unterstützt, welche die operative Steuerung – beispielsweise Outsourcing, Datenqualitätsmanagement oder regulatorische Veränderungen – verantworten. Diese berichten ebenfalls an das PFK-Risikokomitee.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns. Zudem berichtet er funktional ebenfalls an den CRO der Deutsche Bank Gruppe.

Die Organisationsstruktur des CRO-Ressorts ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Im Bereich Risk Control wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Diese erfolgt in Zusammenarbeit mit den Bereichen Chief Credit Office Privatkunden und Chief Credit Office Firmenkunden. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse sowie Kreditsanierung und Abwicklung bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebsseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Die Modellentwicklung erfolgt durch den Bereich Risk Control. Zur Sicherstellung der unabhängigen Validierungsfunktion ist diese im Bereich Non-Financial Risk & Validation angesiedelt. Weiterhin ist der Bereich verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Anfang 2019 erfolgte eine Neuorganisation des CRO-Ressorts. Die Aufgaben des Bereiches Risikosteuerung wurden im Zuge der Umstrukturierung in die Bereiche Risk Control und Non Financial Risk & Validation übergeben. Hierbei wurden die Abteilungen Gesamtrisikosteuerung und Kreditrisikomanagement sowie die Abteilungen Markt- und Liquiditätsrisikomanagement zusammengefasst.

Die nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO-Ressorts Ende 2019.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben

Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	- Planung, Management, Controlling und Reporting von Kosten und Ressourcen in der Linie und Projekten im CRO-Ressort - Weiterentwicklung kreditsachlicher Regelwerke und Kreditrichtlinien - Zentrale Koordination der Aufsichtskommunikation
Risk Control	- Weiterentwicklung des Risikosteuerungs- und Risikocontrollingsystems (primär für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken) - Risikoinventur - Strategische und risikopolitische Entscheidungen - Überwachung der Risiken und Prozesse - Berichterstattung und Analyse - Modellentwicklung (inkl. Rekalibrierung) - Stresstesting und Überprüfung des Risikosteuerungs- und Risikocontrollingsystems
Non Financial Risk & Validation	- Internes Kontrollsystem - Business Continuity- und Auslagerungsmanagement - Kanalisierung von Steuerungs- und Regelungsvorgaben sowie Überwachungshandlungen zur Informationssicherheit in einer zentralen, unabhängigen Sicherheitsorganisation - Berechtigungsmanagement - Risikomanagement von operationellen Risiken - Validierung von Modellen
Chief Credit Office Privatkunden	- Steuerung der Risikostrategie und des Risikoappetits für das Kreditportfolio für das Segment Retail - Management des operativen und strategischen Kreditrisikos durch geeignete Maßnahmen
Chief Credit Office Firmenkunden	- Genehmigung, Betreuung, Überwachung und Bearbeitung von Krediten im Rahmen des Kreditprozesses für das Segment Non-Retail - Intensivbetreuung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen (Portfolien Large Caps / Financial Institutions, Commercial Mortgages, Small and Medium Enterprises)
Collections, Recoveries & Workout	- Zweitvotum im Rahmen des Kreditvergabeprozesses - Intensiv- und Sanierungsbetreuung - Abwicklung von Kreditengagements einschließlich der Verwertung der Sicherheiten - Überwachung der Einhaltung der Kreditprozesse sowie die Einhaltung der Limite - Führung Deckungsregister und vorschriftsgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Für 2020 ist geplant, die Bereiche Compliance und Anti-Financial Crime ebenfalls in das CRO-Ressort zu integrieren.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der DB PFK unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im DB PFK Konzern auf mehrere zentrale Geschäftsbereiche verteilt. Für alle quantifizierbaren Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung von Risikokapital auf Segmente und Geschäftsbereiche. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Financial Markets, das Treasury, die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierung, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts. Durch das interne Transferpricing werden alle wesentlichen Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken aus den Geschäftsbereichen an Treasury bzw. Financial Markets übertragen.

Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, PB Factoring GmbH und PB Leasing GmbH ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits. Die Zweigniederlassung Luxemburg ist in die Steuerung der DB PFK eingebunden.

Die Steuerung der Marktrisiken in der DB PFK findet sowohl im Rahmen strategischer Ziele statt, wie z.B. der Generierung eines stabilen Zinsertrags aus den Margen des Kundengeschäfts, als auch im Rahmen einer operativen Steuerung, mit dem Ziel, die barwertige Performance des Anlagebuchs zu optimieren und zusätzliche Zinserträge für die Bank zu erwirtschaften. Das Treasury der DB PFK verantwortet die Marktrisikopositionen, die im Rahmen der Verfolgung rein strategischer Ziele entstehen. Die operative Steuerung erfolgt im Bereich Financial Markets. Die Limitüberwachungs- und Reportingfunktion der Marktrisiken werden zentral von der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen. Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die operative Disposition der Liquidität sowie des für die Steuerung des Liquiditätsrisikos erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt im Bereich Financial Markets der DB PFK. Die Überwachung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikomanagement ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der DB PFK auch in bestimmten Stresssituationen sowie die Vorhaltung einer stabilen Refinanzierungsstruktur zu gewährleisten. Die BHW Bausparkasse AG steuert ihre Risiken eigenständig, ist jedoch eingebunden in die konzernweite Risikoüberwachung auf Basis einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die DB PFK die Funktion des „Lender of Last Resort“.

Die Entwicklung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Risikomodelle in Zusammenarbeit mit der Deutsche Bank Gruppe, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Risk & Portfolio Strategy wahrgenommen werden. Die Bereiche Chief Credit Office Privatkunden und Chief Credit Office Firmenkunden übernehmen hierbei die Steuerung auf Einzelengagements. Die Abteilung Modellrisikomanagement und Validierung stellt in diesem Zusammenhang die aufsichtsrechtlich geforderte unabhängige Validierungseinheit (für IRBA-Verfahren) dar. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Die Verantwortung für die Steuerung der Operationellen Risiken obliegt grundsätzlich den jeweiligen Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Sie werden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch einzelne Mitarbeiter in den verschiedenen Bereichen und Tochtergesellschaften, den sogenannten Op-Risk Managern, unterstützt. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der DB PFK. Die Risikocontrollingfunktion für diese Risikoart wird durch die Abteilung Operationelles Risikomanagement im CRO-Ressort wahrgenommen.

Die DB PFK geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“ im Privatkundengeschäft. Die konzernweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Non-Financial Risk Council sowie im Fall von materiellen Risiken durch das PFK-Risikokomitee der DB PFK.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit – ökonomische und normative Sicht

Die DB PFK ist grundsätzlich aufgrund des bestehenden Waivers von der Einhaltung der Anforderungen an die Risikotragfähigkeit befreit. Gleichwohl überwacht die Bank zur internen Steuerung auf Konzernebene ihre Risikotragfähigkeit in einer ökonomischen und einer normativen Sicht. Hierbei wird in der ökonomischen Sicht das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,9 % und in der regulatorischen Sicht das Risikopotenzial im Rahmen des regulatorischen Kapitalbedarfs berechnet. Als Risikodeckungsmasse der ökonomischen Perspektive wird das für die interne Überwachung und Steuerung der normativen Sicht in Anlehnung an die CRR ermittelte Kernkapital verwendet. In der normativen Sicht wird das Risikopotenzial im Rahmen intern definierter Schwellenwerte berechnet. Die Herleitung der internen Schwellenwerte in

der normativen Perspektive orientiert sich dabei an den Mindestanforderungen der CRR, den Kapitalpufferanforderungen der CRD IV, weiteren möglichen individuellen Kapitalerwartungen von Aufsichtsbehörden sowie Managementpuffern.

Das im Rahmen der ökonomischen Sicht aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die DB PFK sieht hierbei ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist. Die Risikotragfähigkeit der DB PFK war in beiden Sichten jederzeit gegeben.

Ermittlung und Steuerung der Risikodeckungsmasse bzw. des normativen Kapitals

Die DB PFK unterliegt aufgrund des genehmigten Waivers nicht den gesetzlichen Mindestanforderungen an die regulatorische Eigenmittelausstattung gemäß Teil 3 der CRR. Dennoch werden monatlich für die interne Steuerung die regulatorischen Kapitalanforderungen und die Eigenmittel der DB PFK ermittelt und überwacht. Ziel der Steuerung ist es, im Rahmen des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Deutsche Bank Gruppe eine angemessene Kapitalausstattung der DB PFK sicherzustellen.

Die Kalkulation des weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelten Kernkapitals für die interne Steuerung (Tier 1) basiert dabei auf dem bilanziellen Eigenkapital des DB PFK Konzerns, inklusive des Ergebnisses zum jeweiligen Stichtag nach Berücksichtigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags, für den im Einklang mit dem Vorgehen der Deutsche Bank Gruppe gebildeten aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis auf Ebene des DB PFK Konzerns.

Nach Berücksichtigung von weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelten Korrektur- und Kapitalabzugsposten ergibt sich das für die interne Steuerung verwendete harte Kernkapital (CET1). Die DB PFK hat derzeit keine Kapitalinstrumente begeben, welche gemäß den Vorgaben der CRR als zusätzliches Kernkapital (AT1) zu klassifizieren sind, sodass das zur internen Steuerung herangezogene CET1 derzeit dem Tier 1 entspricht. Übergangsbestimmungen im Sinne des Teils 10 Titel 1 der CRR werden nicht berücksichtigt (fully phased-in).

Für das operative Kapitalmanagement der DB PFK werden Forderungen gegenüber inländischen Tochterunternehmen der Deutsche Bank Institutsgruppe analog Art. 113 (6) CRR mit einem Risikogewicht von 0% versehen und analog Art. 429 (7) CRR von der Kalkulation des Leverage Exposures ausgenommen. Die übrigen Positionen werden im Wesentlichen mit den gleichen Methoden und Modellen behandelt, die auch für die aufsichtsrechtlichen Meldungen auf Ebene der Deutsche Bank Gruppe zur Anwendung kommen.

Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Annahmen beträgt die zur internen Steuerung - analog zu den Regelungen der CRR - ermittelte Kernkapitalquote für den DB PFK Konzern 12,3 % (Vorperiode: 12,6 %). Der Rückgang der Kernkapitalquote in der Berichtsperiode vollzog sich wie im Plan erwartet aufgrund gestiegener Risk-Weighted Assets (RWA). Dies ist neben dem Geschäftswachstum auf regulatorische Sonderfaktoren zurückzuführen.

Die Zusammensetzung nach Risikoarten ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Kernkapitalquote (Tier-1-Ratio)

in Mio €	31.12.2019	Risikoaktiva (%)
Adressrisiken (inkl. CVA)	57.850	85%
Marktrisikopositionen	89	0%
Operationelle Risiken	9.827	15%
Gesamt-Risikoaktiva	67.766	100%
Hartes Kernkapital (CET1)	8.351	12%
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	-	-
Kernkapital (Tier 1)	8.351	12%

Kernkapitalquote (Tier-1-Ratio) - Vergleichsperiode

in Mio €	31.12.2018	Risikoaktiva (%)
Adressrisiken (inkl. CVA)	52.872	85%
Marktrisikopositionen	89	0%
Operationelle Risiken	9.297	15%
Gesamt-Risikoaktiva	62.258	100%
Hartes Kernkapital (CET1)	7.826	13%
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	-	-
Kernkapital (Tier 1)	7.826	13%

Ökonomische Sicht: Risikokapital und Limitierung

Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom PFK-Risikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, Adjustierungen der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten wesentlichen Risikoarten wird mit Ausnahme des Reputationsrisikos, des Kapital- und Gruppenrisikos sowie des Liquiditätsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die DB PFK einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vor.

Die Aufteilung der Risikodeckungsmasse der DB PFK nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Gesamtrisiko – Risikotragfähigkeit

Risikokategorie	31.12.2019		
	Inanspruchnahme	Risikokapital	Auslastung
Kreditrisiken	2.391	3.000	80%
Marktrisiken	1.913	3.000	64%
Operationelle Risiken	918	1.200	77%
Geschäftsrisiken	–	500	0%
Zwischensumme	5.222	7.700	68%
Diversifikationseffekt	606	1.087	0%
Gesamt	4.616	6.613	70%
Freie Risikodeckungsmasse	3.735		
Risikodeckungsmasse	8.351		
ECA-Ratio	181%		

Gesamtrisiko – Risikotragfähigkeit - Vergleichsperiode

Risikokategorie	31.12.2018		
	Inanspruchnahme	Risikokapital	Auslastung
Kreditrisiken	2.379	3.000	79%
Marktrisiken	1.747	3.000	58%
Operationelle Risiken	1.054	1.200	88%
Geschäftsrisiken	–	500	0%
Zwischensumme	5.180	7.700	67%
Diversifikationseffekt	654	1.097	0%
Gesamt	4.526	6.603	69%
Freie Risikodeckungsmasse	2.077		
Risikodeckungsmasse	7.826		
ECA-Ratio	173%		

Die Auslastung der Risikotragfähigkeit (ECA Ratio – Economic Capital Adequacy Ratio) wird als Quotient aus Risikodeckungsmasse und verteiltem Risikokapital nach Diversifikation berechnet. Zum Berichtsstichtag belief sich die ECA Ratio auf 181 % (Vorperiode: 173 %).

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung eines EC-Limits auf Konzernebene sowie von VaR- und Verlustlimiten für die jeweiligen Steuerungsportfolios. Für Marktrisiken im engeren Sinne wird ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaRKonzept) verwendet, das als Methode für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt.

Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite für die Gesamtbank und je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 betrug die Auslastung des für Marktrisiken in der DB PFK genehmigten Risikokapitals 64 % (Vorperiode 58 %).

Die Limitauslastung für Kreditrisiken lag zum 31. Dezember 2019 bei 80 % (Vorperiode 79 %).

Die Steuerung von Operationelle Risiken erfolgt anhand von internen Verlustereignissen. Für die Ermittlung der ökonomischen Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken werden diese sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder einbezogen und auf Basis des OpRisk-Kapitalmodells dbLORE (db Local OR Engine) ermittelt. Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle. Die externen Verlustfälle werden über das Datenkonsortium ORX (Operational Riskdata eXchange Association) bezogen. Kern des Modells ist die Ableitung einer Verteilung des Gesamtjahresverlusts, der in der DB PFK entstehen könnte. Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene betrug zum Jahresultimo 1.200 Mio €. Die Auslastung des Limits zum Ultimo 2019 lag bei 77 % (Vorperiode: 88 %). Darüber hinaus sind auch den Geschäftsfeldern der DB PFK spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser EC-Limite wird ebenfalls mindestens vierteljährlich überwacht.

Normative Sicht: Risikokapital und Limitierung

Die DB PFK ist von der Ermittlung und Meldung der Eigenmittelanforderungen aufgrund des Kapital-Waivers befreit. Ungeachtet dessen werden für die interne Steuerung die IRB-Ansätze der Deutschen Bank AG verwendet, d. h., neben dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft der Marke Postbank findet auch der fortgeschrittene Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Privatkunden-Dispositions Kredite, Firmenkunden, Banken und Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Real Estate) der Marke Postbank sowie für alle Portfolios der Marke Deutsche Bank Anwendung.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Marktrisiko und Operationelle Risiken ermittelt die DB PFK nach dem Standardansatz.

Risikokonzentrationen und Stresstests

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und Geschäftsrisiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert, überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (beispielsweise im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Rezession sowie weiterer hypothetischer oder historischer Szenarien berechnet. In Bezug auf die Marktrisiken ist eine Konzentration auf Zins- und Spread-Risiken im Euro-Raum zu beobachten. Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind insbesondere die Bestände an europäischen Staats- und Länderanleihen relevant.

Im Rahmen der Steuerung von Konzentrationsrisiken kommt der finanziellen und nichtfinanziellen Vernetzung mit der Deutschen Bank AG einer besonderen Bedeutung zu. Aufgrund der Risikokonzentration erfordert das sogenannte Gruppenrisiko eine separate Betrachtung und wird eigenständig in der internen Berichterstattung dargestellt. Das Gruppenrisiko umfasst hierbei Aspekte von Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken, die durch die jeweiligen Steuerungskreise abgebildet werden. Zum Berichtsstichtag hat die DB PFK Kredite gegenüber der DB AG im Wesentlichen Kredite mit einer kurzen Restlaufzeit (< 3 Monate) gewährt. Für eine quantitative Darstellung verweisen wir auf den Anhang 37 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf relevanter sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, berichtet und über einen intern geregelten Prozess unter Berücksichtigung in einigen Segmenten nach Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch segmentspezifische Portfolioreports bzw. steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der DB PFK.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen Risikoarten - Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationelle Risiken - regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der DB PFK stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch identifiziert, dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der DB PFK eingebunden. Die bisherigen Neue-Produkte-Prozesse der ehemaligen DB PGK AG und der ehemaligen Deutschen Postbank Prozess wurden vereinheitlicht.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der DB PFK beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting

Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, PFK Risikokomitee
Marktrisiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Marktrisiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- und Liquiditätsrisikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikovorsorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikovorsorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk Weighted Assets)-Entwicklung, Expected Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, PFK Risikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Stresstest (nur operative Markteinheiten)	täglich	Gesamtvorstand, Markt- und Liquiditätsrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Innertagesliquidität, Stresstest, Liquiditätsreserve, Liquidity Coverage Ratio (LCR), Funding-Struktur, Net Stable Funding Ratio (NSFR), Forecasts Überschussliquidität und LCR sowie NSFR	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- und Liquiditätsrisikokomitee
Operationelle Risiken	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, Non Financial Risk Council
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girorisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girorisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- und Liquiditätsrisikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die DB PFK neben einer EC-Limitierung auf Konzernebene auch VaR-Limite und barwertige Verlustlimite für Subportfolios. Darüber hinaus werden weitere Steuerungskennzahlen wie Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen zur operativen Steuerung herangezogen. Im Rahmen der Risikosteuerung des Marktrisikos unterscheidet die DB PFK die Steuerung von Marktrisiken im engeren Sinne, Risiken aus unerwartetem Kundenverhalten bei Spar- und Girokunden, Kollektivrisiken sowie Immobilien- und Beteiligungsrisiken. Vor dem Hintergrund des Risikoprofils liegt der Fokus vor allem auf der Risikosteuerung des Zinsrisikos. Rohstoffrisiken sind für die DB PFK nicht wesentlich.

Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden, soweit verfügbar, aus beobachtbaren Marktbewertungen abgeleitet, dabei werden auch Parameter aus Modellen abgeleiteten Bewertungen verwendet. Marktliquiditätsrisiken werden, sofern notwendig, bei der Bewertung berücksichtigt.

Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die DB PFK gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die DB PFK relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Ökonomischer Kapitalbedarf, Value-at-Risk-Messung und Limitierung

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken im engeren Sinne erfolgt im DB PFK Konzern grundsätzlich auf Basis eines Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt bei der DB PFK auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine dem täglichen Risikomanagement angemessene Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit-Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung stets die historisch beobachteten Werte der letzten zwölf Monate herangezogen werden, liegt dem „Stressed VaR“ zur Bestimmung des ökonomischen Kapitalbedarfs (EC) ein historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die Positionierung zum Berechnungstichtag, eine signifikante finanzielle Stressperiode darstellt.

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die Unterarten des Marktrisikos, Zins-, Credit-Spread-, Aktien- und Währungsrisiken, täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite bzw. Thresholds gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom PFK-Risikokomitee beschlossen und vom Markt- und Liquiditätsrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Steuerungsportfolios zugeteilt. Neben den auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos bezogenen Limiten, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert.

Darüber hinaus sind vom Markt- und Liquiditätsrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen. Im Berichtszeitraum wurden die auf DB PFK Konzernebene eingeräumten Marktrisikolimite jederzeit eingehalten.

Stresstesting und Risikokonzentration

Szenarioanalysen und Stresstests quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der DB PFK. Die den internen Stresstests zugrundeliegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten aufgrund der Positionierung weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Aufgrund des geringen Exposure sind die Sensitivitäten gegenüber Aktien- und Währungskursveränderungen demgegenüber deutlich geringer.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von

Sensitivitätsmaßen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind u. a. Auswertungen der offenen Zinsrisiko-Gaps, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Risikokennzahlen

Zum 31. Dezember 2019 betrug der Marktrisiko-VaR sämtlicher Positionen mit aktiver Risikopräferenz (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 54 Mio € (Vorjahr: 48 Mio € DB PFK Konzern ohne DB Bauspar AG / 7,5 Mio € DB Bauspar AG).

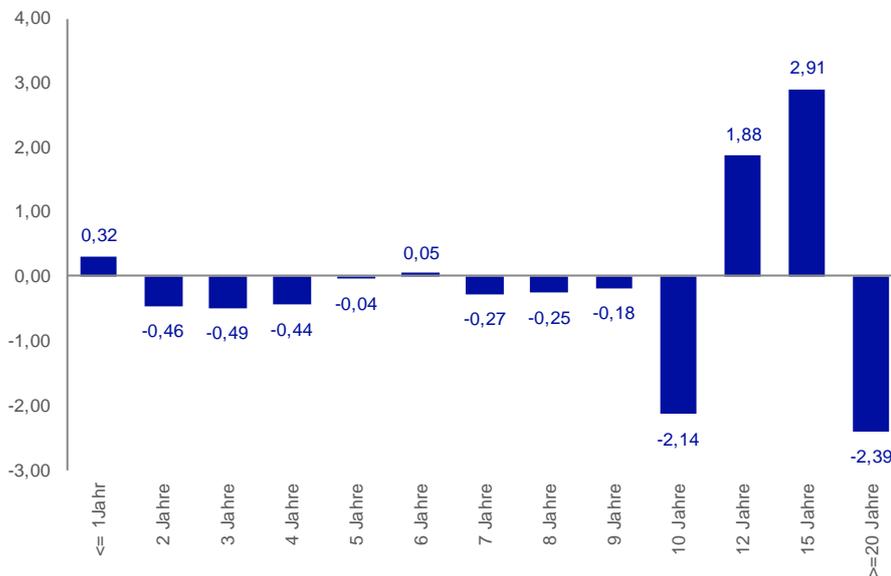
Bedingt durch die Geschäftsstrategie der DB PFK, die eine klare Fokussierung auf das Kundenkredit- und das Einlagengeschäft beinhaltet, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. In der Steuerung liegt der Fokus auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Fremdwährungsrisiken entstehen vor allem durch die Positionen in den Anlagefonds zur Sicherung der Pensionsverbindlichkeiten.

Für das Marktrisiko der DB PFK sind Fremdwährungspositionen damit nicht wesentlich. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind gleichwohl Bestandteil der Marktrisikomessung und -berichterstattung. Aktienrisiken sind vergleichsweise gering, da die DB PFK derzeit mit Ausnahme von strategischen Beteiligungen im Rahmen ihrer Financial-Markets-Aktivitäten sowie der Aktienpositionen in den Pensionsfonds nicht in Aktien oder Aktienindexprodukte investiert.

Risikosteuerung von Zinsänderungs- und Credit-Spread-Risiken

Die Analyse der Zins- und Credit-Spread-Risiken ist ein integraler Bestandteil der Marktrisikomanagementprozesse. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil sämtlicher Zinspositionen der DB PFK zum 31. Dezember 2019 in Form einer Basis-Point-Value (BPV)-Darstellung. Die Position umfasst auch die Zinsrisiken aus leistungsorientierten Pensionsverbindlichkeiten und den zugehörigen Plan-Assets. Nicht enthalten in der Darstellung sind die barwertigen Zinsrisiken, die sich aus den Margen des Kundengeschäfts ergeben. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktives Zinsänderungsrisiko dar, d. h., ein Anstieg der Zinsstrukturkurve in diesem Laufzeitbereich um einen Basispunkt (0,01 %) führt zu einem Barwertverlust der Zinsposition in entsprechender Höhe. Positive Werte sind analog als passives Zinsänderungsrisiko zu interpretieren.

Zinspositionen (BPV) der DB Privat- und Firmenkundenbank per 31. Dezember 2019



Die Abbildung zeigt, dass in den Laufzeitbereichen bis zu neun Jahren weitgehend aktive Zinsrisikoüberhänge dominieren, in den beiden passiven Laufzeitbändern 12 und 15 Jahre werden langlaufende Baufinanzierungen durch Swaps gehedged, wobei die passive Zinsposition der BGB Kündigungsoptionen nicht berücksichtigt wird, sodass im BPV ein passiver Überhang entsteht. Die aktive Position im Laufzeitband über 20 Jahre setzt sich aus einer aktiven Netto-Zinsposition aus Baufinanzierungen und ihrem Zinshedge sowie einer passiven Netto-Zinsposition aus den Pensionsverpflichtungen zusammen. Für Details zu den Risikoarten bezüglich Pensionsverpflichtungen verweisen wir auf den Anhang 32 „Leistungen an Arbeitnehmer“, Unterkapitel „Wichtige Risikosensitivitäten“. Der Gesamt-BPV der Positionen lag zum 31. Dezember 2019 bei -1,5 Mio €.

Die Zinsposition der zum Fair Value bewerteten Positionen im Bankbuch (FVOCI) betrug zum 31. Dezember 2019 -0,1 Mio €.

Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der DB PFK vorwiegend Zinsswaps. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Als Sensitivitätsmaß für Einflüsse von Credit-Spreads auf den Marktwert wird der CS01 bestimmt. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 betrug der CS01 der Aktivpositionen im Bankbuch -10,2 Mio € davon -6,2 Mio € aus leistungsorientierten Pensionsplänen und -1,7 Mio € aus FVOCI Positionen.

Die Risiken aus Zinsänderungs- und Credit-Spread-Risiken werden im Rahmen der Berechnung des ökonomischen Kapitalmodells für Marktrisiken berücksichtigt und sind im Rahmen des Gesamt-EC-Limits für Marktrisiken limitiert.

Steuerung von Risiken aus unerwartetem Kundenverhalten bei Spar- und Girokunden

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen, insbesondere Spar- und Giroeinlagen, Ablauffiktionen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik, aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen, kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses bzw. einer stabilen ökonomischen Performance gefährden und somit auch den ökonomischen Kapitalbedarf für Markt- und Geschäftsrisiken beeinflussen können.

Die Risiken aus unerwartetem Kundenverhalten bei Spar- und Girokunden werden im Rahmen der Berechnung des ökonomischen Kapitalmodells für Marktrisiken berücksichtigt und sind im Rahmen des Gesamt-EC-Limits für Marktrisiken limitiert.

Risikosteuerung der Kollektivrisiken

Zur Risikoquantifizierung der Kollektivrisiken nutzt die BHW Bausparkasse AG baupartechische Simulationsmodelle. In diesen Modellen werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparerer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells wurden von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gemäß § 8 Abs. 5 BausparkG bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexen baupartechischen Simulationen mit einer Vielzahl von Parametern leiten Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Bei der Modellierung der Parameter für das zukünftige Verhalten der Bausparer besteht das Risiko einer Fehleinschätzung, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulationen gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Risiken aus unerwartetem Kundenverhalten im Bausparkollektiv der BHW Bausparkasse werden im Rahmen der Berechnung des ökonomischen Kapitalmodells für Marktrisiken berücksichtigt und sind im Rahmen des Gesamt-EC-Limits für Marktrisiken limitiert.

Risikosteuerung von Immobilien- und Beteiligungsrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der DB PFK. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der DB PFK unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der DB PFK sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die DB PFK. Die DB PFK hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Konzernebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit Kreditnahme oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der DB PFK überwacht. Die bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die DB PFK jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Die Risiken aus Immobilien und Beteiligungen der DB PFK werden unter Betrachtung der möglichen Volatilität des Beteiligungsbuchwertes im Rahmen der Berechnung des ökonomischen Kapitalmodells für Marktrisiken berücksichtigt und sind im Rahmen des Gesamt-EC-Limits für Marktrisiken limitiert.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die DB PFK orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Privatkunden, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Insbesondere für das großvolumige Firmenkundengeschäft erfolgt im Zuge der Kreditvergabe und bei gegebenem Anlass zusätzlich eine einzelfallbezogene Rentabilitätsbetrachtung des Gesamtkreditengagements mittels des Verhältnisses von risikoadjustierten Erträgen zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Retail-Kundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Margenambition nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert. Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos sowie die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der DB PFK enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Sie werden fortlaufend aktualisiert und den Anforderungen des betriebenen Kreditgeschäfts entsprechend angepasst. Die Prozesshoheit über die Ausgestaltung der Kreditprozesse liegt in der Marktfolge.

Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses bzw. des Präsidialausschusses). Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden - unter Berücksichtigung der Vorgaben der Engagementzusammenführung im Rahmen des One Obligor Principle - sowie zusätzlich im Non-Retail-Segment in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe des Kredits definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die grundsätzliche Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Bei Geschäften, die unter Risikogesichtspunkten als nicht wesentlich einzustufen sind, hat die DB PFK von der Erleichterung in MaRisk BTO 1.1 Tz 4 Gebrauch gemacht und bestimmt, dass nur ein Votum im sogenannten „nicht risikorelevanten Geschäft“ (mit einem Volumen kleiner 1 Mio €) erforderlich ist.

Scoring und Rating

Die DB PFK verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind oder sich im Falle des Kundenratings im Use Test befinden. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen werden diese Ratingsysteme regelmäßig auf ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts validiert. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren anlassbezogen, mindestens aber einmal jährlich ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt. Im Retailportfolio erfolgen monatliche Batch Ratings. Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung und die Kalibrierung aller eingesetzten sowie die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der für die Risikomodelle zuständigen Abteilung Risikomodelle in Abstimmung mit den für Ratingmodelle Verantwortlichen innerhalb der Deutsche Bank Gruppe.

Für den Bereich Privatkunden erfolgt die Kreditvergabe und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der DB PFK eingesetzten Scoringmodelle verwenden

interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Gewerbliche Immobilien, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer Masterskala von „iAAA“ bis „iCCC und schlechter“ abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die DB PFK lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Verantwortung für die Konzeption und Sicherstellung eines übergeordneten Validierungsprozesses für alle (relevanten) Modelle der Bank hat die Abteilung Modellrisikomanagement und Validierung (MRV) in Abstimmung mit der entsprechenden Gruppenfunktion übernommen. Insbesondere alle internen Ratingverfahren werden von der Abteilung MRV turnusmäßigen und bei Bedarf anlassbezogenen Validierungen unterzogen. Die Modellvalidierung stützt sich insbesondere auf standardmäßige Kernanalysen, welche die Aspekte Stabilität der Modellformel inklusive der verwendeten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Zusätzlich werden auch qualitative Aspekte rund um das Ratingverfahren einbezogen. Auf diese Weise wird eine ganzheitliche Bewertung der Angemessenheit des jeweiligen Risikoklassifizierungssystems sichergestellt. Im Rahmen der Validierung wird neben der Trennschärfe auch die Kalibrierung untersucht. Sollte hier aufgrund der ermittelten Verlusthistorie Rekalibrierungsbedarf festgestellt werden, geht ein entsprechender Auftrag an die Modellentwicklung.

Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt auch die Kommunikation der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in dem MVK und den übergeordneten Gremien sicher. Damit erfolgt die Information an die Geschäftsleitung gemäß den Anforderungen an die Kreditrisikoüberwachungseinheit. Die Prozessüberwachung der Ratingsysteme liegt in der im Chief Credit Office Privatkunden des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Qualitätssicherung. Für den Firmenkundenbereich wird diese Aufgabe durch Risikostandards wahrgenommen. Die Weiterentwicklung, fortlaufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch im vergangenen Jahr einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der einzelnen Verantwortlichkeiten zur Betreuung der Risikoklassifizierungssysteme in die Prozesse der DB PFK die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Darüber hinaus dienen sie als Ausgangspunkt für weiterführende Modelle, mit denen etwa der Lifetime ECL oder die Wertberichtigungen ermittelt werden. Sie beeinflussen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt die Margenkalkulation.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der DB PFK werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in Abhängigkeit vom Produkt kreditindividuell berücksichtigt. Das Pricing ist innerhalb der jeweiligen Portfolios unterschiedlich geregelt, beinhaltet jedoch immer eine risikoabhängige Komponente: Während die Standardrisikokosten als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen gegenüber Privat- und Firmenkunden einfließen, gehen für andere Portfolios u. a. ratingbasierte Fazilitätskosten in Pricing-Überlegungen mit ein.

Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der DB PFK. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als Kreditrisikominderungstechniken nutzt die DB PFK Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen, Netting-Rahmenvereinbarungen, Warenkreditversicherungen sowie Bürgschaften und Garantien. Darüber hinaus werden finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten), Sachsicherheiten (Sicherungsübereignungen, Zessionen), etc. berücksichtigt, jedoch nicht zur aufsichtsrechtlichen Anrechnung herangezogen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt grundsätzlich in der Marktfolge (für das risikorelevante Geschäft der DB PFK) und umfasst sowohl die Anerkennung als auch die Überprüfung und Bewertung der Sicherheiten. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich und bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien, Bürgschaften, sonstige Haftungsübernahmen und Warenkreditversicherungen müssen unwiderruflich und unbedingte sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Die DB PFK nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Insbesondere für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte grundsätzlich bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt. Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten erfolgen entweder mindestens jährlich eine Wertüberprüfung oder eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte im Inland der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e. V.) oder für Hotelimmobilien der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren bei der Marke Postbank durch unabhängige, qualifizierte Sicherheitenbearbeiter und bei der Marke Deutsche Bank durch interne Gutachter überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der DB PFK zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die DB PFK nutzt für die Marke Postbank im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei Non-Retail-Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (je nach Portfolio ab 500 T€ bzw. 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die DB PFK, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) auffällige Kreditengagements identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der DB PFK, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines auffälligen Firmenkundenkredits wird der betreffende Kreditnehmer bei Vorliegen von relevanten (Frühwarn-) Risikoindikatoren in Watchlist Betreuungsklassen eingestuft und gegebenenfalls zudem an die Collections, Recovery & Workout übertragen.

Das Kreditengagement ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den

Sanierungsspezialisten in die jeweilige Watch-List-Kategorie einzustufen. Die größten Kredite der gesamten DB PFK, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands liegen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Für die Retail-Kredite sind im Rahmen des Regelwerks harte kunden- bzw. geschäftsbezogene Kriterien zur Übergabe an Workout & Collections definiert. Diese Kriterien führen weitgehend systemautomatisiert zum Wechsel der Betreuung.

Ziel der Sanierungs- und Abwicklungseinheiten ist es, leistungsgestörte Kreditengagements frühzeitig durch Einsatz verschiedener Maßnahmen zu sanieren bzw. die Bankforderungen durch Verwertung der Sicherheiten oder durch persönliche Vollstreckungsmaßnahmen zurückzuführen. Dabei steht jedoch im Vordergrund, die Kundenbeziehung zu halten und eine ordnungsgemäße Kreditbedienung wiederherzustellen bzw. die bestmögliche Sicherheitenverwertung durchzuführen. Dabei wird auf standardisierte Vereinbarungen abgestellt.

Kreditrisikovorsorge

Für Ausführungen zur Kreditrisikovorsorge in der DB PFK verweisen wir auf den Anhang 2 (d) „Wertminderung und Risikovorsorge im Kreditgeschäft“.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt die DB PFK das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der DB PFK genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Die DB PFK definiert das EC als die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditausfällen sowie Ratingveränderungen, die innerhalb eines Jahres - analog zum übergreifenden Risikomanagement - mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der DB PFK ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Forderungsausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts, wie z. B. Baufinanzierungen, Ratenkredite und Girokonten.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Portfolios zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Maximales Kreditrisiko“ im gleichnamigen Abschnitt angegebene Erwartete Verlust (auch Expected Loss bzw. EL) der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich als Produkt aus Ausfallwahrscheinlichkeit (PD),

Gesamtforderungshöhe bei Ausfall (EAD) und der Verlustquote bei Ausfall (LGD) und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts sowie der Laufzeit des Geschäfts.

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die Segmente „Marke Postbank“ und „Marke Deutsche Bank“ werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Angaben zum ökonomischen Ausfallbetrag, erwarteten Verlust und zum ökonomischen Kapital¹

in Mio € Kreditrisiken	31.12.2019		
	Ökonomischer Ausfallbetrag	Erwarteter Verlust	Ökonomisches Kapital ¹
Marke Postbank	151.491	454	1.869
Marke Deutsche Bank	78.128	131	522
Gesamt	229.619	585	2.391

¹Das zugrundeliegende Konfidenzniveau beträgt 99,9 %.

Quantitative Angaben zum Kreditrisiko gemäß IFRS 7

Die nachfolgenden Abschnitte beinhalten quantitative Angaben zum Kreditrisiko, insbesondere zu folgenden drei Aspekten:

- Maximales Kreditrisiko,
- Risikokonzentrationen und
- Qualität von Vermögenswerten.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Berichtsstichtage das maximale Kreditrisiko vor Berücksichtigung von Wertberichtigungen, Sicherheiten und sonstigen Maßnahmen zur Kreditrisikoreduzierung (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Sicherheiten bestehen hauptsächlich aus Grundpfandrechten auf private und gewerbliche Immobilien, als Sicherheit erhaltenen Wertpapieren, Sachsicherheiten in Form von Sicherheitsübereignungen und Zessionen sowie Sicherheiten in Form von liquiden Geldbeständen. Zu ihrer Bewertung werden intern ermittelte Sicherheitsabschläge berücksichtigt. Zusätzlich werden die so ermittelten Sicherheitenwerte auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements begrenzt. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Garantien beinhalten im Wesentlichen Warenkreditversicherungen, Bürgschaften sowie Haftungsübernahmen.

Maximales Kreditrisiko

	31.12.2019				
in Mio €	Maximales Kreditrisiko	Wertminder- ungsrelevante finanzielle Vermögenswerte	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Kreditrisiko- reduzierung insgesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	26.150	26.150	-	-	-
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	41.660	41.660	-	-	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.082	4.082	4.082	-	4.082
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	198.328	198.328	141.916	1.959	143.875
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	7.763	6.231	-	-	-
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	277.983	276.451	145.998	1.959	147.957
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Handelsaktiva	0	-	-	-	-
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.711	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	406	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	6.117	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	2.949	2.949	-	-	-
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten	870	870	198	55	253
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen	31.354	31.354	-	-	-
Außerbilanzielle Verpflichtungen, insgesamt	32.224	32.224	198	55	253
Maximales Kreditrisiko	319.273	311.625	146.196	2.015	148.210

Maximales Kreditrisiko - Vergleichsperiode

	31.12.2018				
in Mio €	Maximales Kreditrisiko	Wertminderungsrelevante finanzielle Vermögenswerte ¹	Sicherheiten ¹	Garantien und Kreditderivate ¹	Kreditrisiko- reduzierung insgesamt ¹
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	20.130	20.130	-	-	-
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	42.731	42.731	-	-	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	298	298	260	-	260
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	191.338	191.338	133.589	1.626	135.215
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	7.806	6.224	-	-	-
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	262.303	260.721	133.849	1.626	135.475
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Handelsaktiva	0	-	-	-	-
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.434	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	571	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	209	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	5.005	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	8.799	8.799	-	-	-
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten	787	787	72	29	101
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen	31.000	31.000	-	1	1
Außerbilanzielle Verpflichtungen, insgesamt	31.787	31.787	72	30	102
Maximales Kreditrisiko	307.894	301.307	133.921	1.656	135.577

¹ Informationen innerhalb der Spalte wurden angepasst

Der Anstieg des maximalen Kreditrisikos im Jahr 2019 um +11,4 Mrd € ist im Wesentlichen durch einen deutlichen Anstieg in den Bilanzpositionen „Barreserven und Zentralbankeinlagen“ +6,0 Mrd €, „Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)“ +3,8 Mrd €, „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ +7,0 Mrd € und „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ +1,3 Mrd € begründet. Dabei konnte ein deutlicher Rückgang bei „Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte“ um -5,9 Mrd € und bei „Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)“ -1,1 Mrd € kompensiert werden.

Risikokonzentrationen

Die nachstehenden Tabellen veranschaulichen zu den jeweiligen Berichtsstichtagen die Risikokonzentrationen nach

- Branchen,
- Regionen und
- Ratingklassen

kategorisiert in die Stufen gemäß IFRS 9, getrennt ausgewiesen für Geschäfte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten, und für Geschäfte, die zum beizulegenden Zeitwert erfolgsneutral bewertet werden. In den Tabellen werden die aktuellen Bruttobuchwerte sowie die zugehörigen Wertminderungen ausgewiesen.

Die nachstehenden Tabellen veranschaulichen die Risikokonzentrationen nach Branchen, kategorisiert in die Risikovororgearten gemäß IFRS 9, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. In den Tabellen werden der aktuelle Bruttobuchwert sowie die zugehörige Wertminderung ausgewiesen.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Branchen¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	428	46	7	481	0	1	2	4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	129	0	1	130	0	-	0	0
Verarbeitendes Gewerbe	4.548	428	143	5.118	2	4	84	90
Energieversorgung	816	19	0	835	0	0	0	1
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	183	1	3	187	0	-	3	4
Baugewerbe	811	57	28	896	1	1	15	16
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3.316	270	134	3.720	1	2	92	95
Verkehr und Lagerung	802	21	6	828	0	0	4	4
Gastgewerbe und Gastronomie	124	8	0	132	0	0	0	0
Information und Kommunikation	863	79	6	948	0	0	5	5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	77.302	192	10	77.504	4	2	4	10
Grundstücks- und Wohnungswesen	15.233	373	75	15.681	3	3	32	38
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	6.322	344	85	6.751	2	5	35	42
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	493	36	2	532	0	0	1	2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	2.698	1	5	2.704	0	0	3	3
Erziehung und Unterricht	90	11	1	102	0	0	0	1
Gesundheits- und Sozialwesen	2.272	97	9	2.377	1	2	4	6
Kunst, Unterhaltung und Erholung	253	9	1	264	0	0	1	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	824	60	9	894	1	1	4	6
Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	143.555	10.386	2.276	156.217	231	249	752	1.231
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	150	-	-	150	0	-	-	0
Insgesamt	261.209	12.441	2.801	276.451	248	270	1.041	1.560

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Branchen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	405	46	7	458	0	1	2	3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	144	0	1	146	0	–	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	4.476	332	115	4.922	2	2	64	68
Energieversorgung	876	5	0	881	0	0	0	1
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	173	1	3	177	0	–	3	3
Baugewerbe	836	66	20	923	1	1	13	15
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3.252	274	113	3.640	2	2	72	75
Verkehr und Lagerung	867	15	6	889	0	0	4	5
Gastgewerbe und Gastronomie	106	6	1	112	0	0	0	0
Information und Kommunikation	735	21	7	763	0	0	6	7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	68.433	115	14	68.562	4	2	6	12
Grundstücks- und Wohnungswesen	13.137	683	70	13.890	3	6	30	39
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5.892	350	36	6.279	2	4	11	18
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	418	29	1	448	0	1	1	2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	5.080	2	6	5.087	0	0	3	3
Erziehung und Unterricht	87	13	1	101	0	0	0	1
Gesundheits- und Sozialwesen	2.302	114	8	2.423	1	2	3	6
Kunst, Unterhaltung und Erholung	222	12	1	236	0	0	0	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	918	63	31	1.012	1	1	5	7
Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	137.602	9.813	2.185	149.600	221	249	857	1.326
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	172	–	–	172	0	–	–	0
Insgesamt	246.135	11.960	2.625	260.720	239	271	1.084	1.594

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Kreditvolumens der kreditrisikotragenden Instrumente zu fortgeführten Anschaffungskosten eine geschäftsstrategiekonforme Konzentration im Bereich der Privatkunden, Banken/Versicherungen sowie der Geschäfts- und Firmenkunden. Im Bereich der Firmenkunden weist das Kreditportfolio weiterhin eine gut diversifizierte Struktur über alle Branchen hinweg auf. Im Vergleich zum Jahresende 2018 konnte das Kreditengagement mit Privatkunden sowie mit Geschäfts- und Firmenkunden ausgeweitet werden, wohingegen das Geschäft mit öffentlichen Schuldern reduziert wurde.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Regionen¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Deutschland	244.727	11.815	2.577	259.119	244	266	961	1.471
Westeuropa (ohne Deutschland)	14.968	577	202	15.747	3	4	74	81
Osteuropa	404	8	9	422	0	1	4	5
Nordamerika	749	9	4	762	0	0	1	1
Mittel- und Südamerika	53	22	5	79	0	0	0	1
Asien/Pazifik	198	9	2	210	0	0	1	1
Afrika	9	0	1	10	0	0	0	0
Sonstige	102	–	0	102	1	–	–	1
Insgesamt	261.209	12.441	2.801	276.451	248	270	1.041	1.560

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Regionen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Deutschland	231.912	11.244	2.391	245.548	234	265	1.007	1.506
Westeuropa (ohne Deutschland)	12.471	637	218	13.326	4	6	69	79
Osteuropa	470	37	5	511	0	1	4	4
Nordamerika	711	10	3	724	0	0	2	2
Mittel- und Südamerika	52	17	4	73	0	0	1	1
Asien/Pazifik	200	15	3	218	0	0	1	1
Afrika	8	0	1	9	0	0	0	0
Sonstige	311	-	0	311	0	-	-	0
Insgesamt	246.135	11.960	2.625	260.720	239	271	1.084	1.594

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens der kreditrisikotragenden Instrumente zu fortgeführten Anschaffungskosten zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie insbesondere im Bereich der gewerblichen Kunden zusätzlich auf ausgewählte Engagements in Europa und Nordamerika. Im Vergleich zum Jahresende 2018 ergaben sich keine nennenswerten Änderungen in der regionalen Zusammensetzung.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Ratingklassen¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
iAAA–iAA	31.486	11	-	31.497	1	-	-	1
iA	28.273	63	-	28.336	2	0	-	2
iBBB	126.360	1.189	-	127.548	23	5	-	28
iBB	65.466	4.347	0	69.813	87	47	-	134
iB	9.110	5.612	0	14.722	123	112	-	236
iCCC und schlechter	515	1.220	2.801	4.536	13	105	1.041	1.159
Insgesamt	261.209	12.441	2.801	276.451	248	270	1.041	1.560

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Ratingklassen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
iAAA–iAA	28.854	8	-	28.862	1	0	-	1
iA	22.490	113	-	22.604	2	0	-	2
iBBB	123.082	1.148	-	124.230	21	6	-	27
iBB	61.873	4.260	0	66.134	83	47	-	130
iB	9.400	5.095	0	14.496	119	115	-	233
iCCC und schlechter	435	1.335	2.625	4.395	14	103	1.084	1.201
Insgesamt	246.135	11.960	2.625	260.720	239	271	1.084	1.594

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Die Tabelle stellt eine Aufteilung des Portfolios entlang der aufsichtsrechtlich zugelassenen Ratingmodelle dar. Insgesamt zeigt die Tabelle die gute Qualität des Kreditportfolios der DB PFK. Mehr als zwei Drittel der Kreditengagements weisen ein Investment Grade Rating von iBBB und besser auf. Lediglich 1,6 % der Kredite weisen ein Rating von iCCC und schlechter auf.

Bei den in der Bilanzposition „Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte (FVOCI)“ ausgewiesenen Finanzinstrumente handelt es sich ausnahmslos um festverzinsliche Wertpapiere. Der Bestand setzt sich vornehmlich zusammen aus Staatsanleihen, Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern, welcher im Verlauf der Berichtsperiode deutlich reduziert wurde.

Ergebnisneutral bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Branchen¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	-	-	-	-	-	-	-
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5	-	-	5	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	19	-	-	19	-	-	-	-
Energieversorgung	-	-	-	-	-	-	-	-
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Baugewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Lagerung	-	-	-	-	-	-	-	-
Gastgewerbe und Gastronomie	-	-	-	-	-	-	-	-
Information und Kommunikation	20	-	-	20	-	-	-	-
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	228	-	-	228	0	-	-	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	-	-	-	-	-	-	-	-
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	11	-	-	11	-	-	-	-
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	2.422	-	-	2.422	0	-	-	0
Erziehung und Unterricht	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen	-	-	-	-	-	-	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	-	-	-	-	-	-	-
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	-	-	-	-	-	-	-	-
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	243	-	-	243	0	-	-	0
Insgesamt	2.949	-	-	2.949	0	-	-	0

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Ergebnisneutral bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Branchen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	-	-	-	-	-	-	-
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5	-	-	5	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	56	-	-	56	-	-	-	-
Energieversorgung	36	-	-	36	-	-	-	-
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11	-	-	11	-	-	-	-
Baugewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Lagerung	245	-	-	245	0	-	-	0
Gastgewerbe und Gastronomie	-	-	-	-	-	-	-	-
Information und Kommunikation	444	-	-	444	0	-	-	0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1.361	-	-	1.361	0	-	-	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	-	-	-	-	-	-	-	-
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	62	-	-	62	-	-	-	-
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	8	-	-	8	-	-	-	-
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	6.272	-	-	6.272	0	-	-	0
Erziehung und Unterricht	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen	-	-	-	-	-	-	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	-	-	-	-	-	-	-
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	-	-	-	-	-	-	-	-
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	301	-	-	301	0	-	-	0
Insgesamt	8.799	-	-	8.799	1	-	-	1

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Ergebnisneutral bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Regionen¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Deutschland	770	-	-	770	0	-	-	0
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.159	-	-	2.159	0	-	-	0
Osteuropa	20	-	-	20	-	-	-	-
Nordamerika	-	-	-	-	-	-	-	-
Mittel- und Südamerika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien/Pazifik	-	-	-	-	-	-	-	-
Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2.949	-	-	2.949	0	-	-	0

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Ergebnisneutral bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Regionen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Deutschland	3.295	-	-	3.295	0	-	-	0
Westeuropa (ohne Deutschland)	5.392	-	-	5.392	0	-	-	0
Osteuropa	112	-	-	112	0	-	-	0
Nordamerika	-	-	-	-	-	-	-	-
Mittel- und Südamerika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien/Pazifik	-	-	-	-	-	-	-	-
Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	8.799	-	-	8.799	1	-	-	1

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Ergebnisneutral bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Ratingklassen¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
iAAA–iAA	2.691	–	–	2.691	0	–	–	0
iA	236	–	–	236	0	–	–	0
iBBB	23	–	–	23	–	–	–	–
iBB	–	–	–	–	–	–	–	–
iB	–	–	–	–	–	–	–	–
iCCC und schlechter	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	2.949	–	–	2.949	0	–	–	0

¹ Die DB PFK hat keine POCL finanziellen Vermögenswerte

Ergebnisneutral bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Ratingklassen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
iAAA–iAA	5.806	–	–	5.806	0	–	–	0
iA	873	–	–	873	0	–	–	0
iBBB	2.121	–	–	2.121	0	–	–	0
iBB	–	–	–	–	–	–	–	–
iB	–	–	–	–	–	–	–	–
iCCC und schlechter	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	8.799	–	–	8.799	1	–	–	1

¹ Die DB PFK hat keine POCL finanziellen Vermögenswerte

Private Baufinanzierung, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen

Der Beleihungsauslauf oder auch Loan-to-Value (kurz LtV) setzt das Gesamtengagement eines Immobilienkredits ins Verhältnis zum Wert einer Immobilie. Der Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrundeliegenden Immobiliensicherheit dividiert wird. Diese Werte werden zu Zwecken der internen Berichterstattung regelmäßig aktualisiert. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, die durch andere Arten von Sicherheiten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Private Baufinanzierung, gruppiert nach Beleihungsklassen

in %	31.12.2019
Loan-to-Value-Klasse	
≤ 50 %	65%
> 50 %, ≤ 70 %	17%
> 70 %, ≤ 90 %	10%
> 90 %, ≤ 100 %	3%
> 100 %, ≤ 110 %	2%
> 110 %, ≤ 130 %	2%
> 130 %	1%
Gesamt	100%

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers und der Beleihungsauslauf bzw. die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile des Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung des Kreditrisikos. Zum 31. Dezember 2019 verzeichneten 65 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %. Lediglich 5 % weisen einen Beleihungsauslauf größer als 100 % auf. Dies unterstreicht die gute Besicherung des Portfolios an privaten Baufinanzierungen. Die Quoten blieben im Vergleich zum Jahresabschluss 2018 nahezu konstant.

Private Baufinanzierung, gruppiert nach Beleihungsklassen - Vergleichsperiode

in %	31.12.2018
Loan-to-Value-Klasse	
≤ 50 %	65%
> 50 %, ≤ 70 %	17%
> 70 %, ≤ 90 %	11%
> 90 %, ≤ 100 %	3%
> 100 %, ≤ 110 %	2%
> 110 %, ≤ 130 %	2%
> 130 %	1%
Gesamt	100%

Qualität von Vermögenswerten

Der Abschnitt zur Qualität von Vermögenswerten nach IFRS 9 beschreibt die Qualität von Schuldinstrumenten, die einer Wertminderung unterliegen. Diese bestehen unter IFRS 9 aus Schuldinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewertet werden, Finanzinstrumenten, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (FVOCI), sowie außerbilanziellen Vermögenswerten wie Kreditzusagen und Finanzgarantien.

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Bruttobuchwerte und die Wertminderungen für Kreditausfälle.

Überblick über wertminderungsrelevante finanzielle Vermögenswerte¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert / Nominalwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	26.150	-	-	26.150	-	-	-	-
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	41.660	-	-	41.660	2	0	-	2
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.082	-	-	4.082	-	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	183.086	12.441	2.801	198.328	244	270	1.041	1.556
Kreditinstitute	1	17	-	19	-	0	-	0
Täglich fällige Gelder	2.926	709	316	3.950	6	23	218	248
Termingelder	1.168	0	0	1.168	-	-	-	-
Private Baufinanzierungen	134.953	9.404	1.357	145.714	58	119	221	398
Gewerbliche Kredite	27.832	1.298	267	29.397	7	11	119	137
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.038	-	4	2.043	-	-	2	2
Ratenkredite	12.486	1.006	856	14.349	171	117	482	769
Schuldscheindarlehen	1.671	7	-	1.678	1	0	-	1
Sonstige Forderungen	11	-	-	11	0	-	-	0
Sonstige Aktiva zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	6.231	-	-	6.231	2	-	-	2
Summe Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	261.209	12.441	2.801	276.451	248	270	1.041	1.560
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.949	-	-	2.949	-	-	-	-
Außerbilanzielle Vermögenswerte	30.963	1.167	95	32.224	9	9	24	42
Insgesamt	295.121	13.608	2.896	311.625	257	279	1.066	1.602

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Die Tabelle zeigt in der Position „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ den Zuwachs im Kreditbuch der DB PFK. Dafür verantwortlich sind Zuwächse insbesondere bei Privaten Baufinanzierungen (+6,3 Mrd €) und bei Ratenkrediten (+0,8 Mrd €) im Bereich der Privatkunden sowie bei Gewerblichen Krediten (+2,7 Mrd €) im Bereich der Geschäfts- und Firmenkunden. Gleichzeitig reduzierte sich das Kreditgeschäft mit öffentlichen Haushalten (-2,3 Mrd €). Die Risikovorsorge konnte dabei insgesamt um 35 Mio € gesenkt werden.

Überblick über wertminderungsrelevante finanzielle Vermögenswerte – Vergleichsperiode¹

		Bruttobuchwert / Nominalwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
in Mio €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	
Barreserven und Zentralbankeinlagen	20.130	–	–	20.130	–	–	–	–	
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	42.731	–	–	42.731	2	–	–	2	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	298	–	–	298	–	–	–	–	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	176.754	11.959	2.626	191.338	236	271	1.084	1.591	
Kreditinstitute	11	6	–	17	–	0	–	0	
Täglich fällige Gelder	3.276	623	248	4.147	6	20	189	216	
Termingelder	1.708	0	–	1.708	–	0	–	0	
Private Baufinanzierungen	129.270	8.811	1.341	139.422	58	124	239	421	
Gewerbliche Kredite	24.981	1.492	260	26.733	8	13	127	149	
Forderungen an öffentliche Haushalte	4.306	–	5	4.311	–	–	3	3	
Ratenkredite	11.746	1.012	760	13.518	162	113	520	795	
Schuldscheindarlehen	1.438	14	11	1.463	1	0	5	6	
Sonstige Forderungen	18	–	–	18	0	0	–	0	
Sonstige Aktiva zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet ²	6.224	–	–	6.224	2	–	–	2	
Summe Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	246.136	11.959	2.626	260.721	239	271	1.084	1.594	
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.799	–	–	8.799	1	–	–	1	
Außerbilanzielle Vermögenswerte	30.739	991	57	31.787	9	9	15	32	
Insgesamt	285.674	12.950	2.683	301.307	249	280	1.098	1.627	

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

² Informationen innerhalb der Zeile wurden angepasst

Überleitungsrechnung Risikovorsorge

Die nachstehenden Tabellen zeigen die für die DB PFK wesentlichen Klassen von Finanzinstrumenten

- Private Baufinanzierungen
- Ratenkredite
- Täglich fällige Gelder und
- Gewerbliche Kredite

sowie die außerbilanziellen Forderungen eine Überleitungsrechnung der Anfangs- auf die Schlussalden der Wertberichtigung sowie die Veränderung der zugehörigen Bruttobuchwerte im Jahr 2019.

Private Baufinanzierungen¹

		Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
in Mio €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	
Bestand am Jahresanfang	129.270	8.811	1.341	139.422	58	124	239	421	
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	13.081	469	–23	13.527	–42	39	14	11	
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	–1.108	800	308	0	43	–40	–2	0	
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	–	–	–	–	–	–	–	–	
Abgänge	–6.290	–676	–269	–7.235	–	–	–60	–60	
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	–	–	–	–	–	–	27	27	
Modelländerungen	–	–	–	–	–	–	–	–	
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	–	–	–	–	–1	–4	3	–1	
Bestand am Ende der Berichtsperiode	134.953	9.404	1.357	145.714	58	119	221	398	

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Private Baufinanzierungen – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	125.703	9.405	1.443	136.552	69	119	258	446
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	9.511	723	-416	9.818	-59	40	27	8
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	370	-895	525	-	61	-56	-5	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-6.315	-422	-211	-6.948	-	-	-73	-73
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	33	33
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	-	-	-14	21	-	7
Bestand am Ende der Berichtsperiode	129.270	8.811	1.341	139.422	58	124	239	421

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Ratenkredite¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	11.746	1.012	760	13.518	162	113	520	795
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	2.819	43	13	2.875	6	37	94	136
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-444	110	334	0	3	-31	28	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-1.635	-159	-251	-2.045	-	-	-166	-166
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	7	7
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	-	-	0	-3	-	-3
Bestand am Ende der Berichtsperiode	12.486	1.006	856	14.349	171	117	482	769

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Ratenkredite – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	10.368	1.198	584	12.150	112	140	388	640
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	4.000	-33	86	4.053	18	30	125	173
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-169	1	168	-	31	-40	9	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-2.453	-154	-77	-2.684	-	0	-17	-18
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	15	15
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	-	-	2	-17	0	-15
Bestand am Ende der Berichtsperiode	11.746	1.012	760	13.518	162	113	520	795

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Täglich fällige Gelder¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	3.276	623	248	4.147	6	20	189	216
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	143	66	134	343	-3	6	45	48
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-80	79	1	0	2	-5	3	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-413	-60	-68	-540	-	-	-28	-28
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	7	7
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	0	0	0	2	1	4
Bestand am Ende der Berichtsperiode	2.926	709	316	3.950	6	23	218	248

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Täglich fällige Gelder – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.361	552	234	3.147	6	19	175	199
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	1.289	77	41	1.407	-2	7	22	27
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-51	48	3	0	3	-6	3	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-323	-53	-30	-407	-	-0	-22	-22
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	10	10
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	-	-	0	0	1	1
Bestand am Ende der Berichtsperiode	3.276	623	248	4.147	6	20	189	216

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Gewerbliche Kredite¹

in Mio €	31.12.2019							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	24.981	1.492	260	26.733	8	13	127	149
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	5.088	233	-6	5.315	-7	2	26	22
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	93	-157	64	0	6	-5	-1	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-2.332	-271	-51	-2.654	-	-	-39	-39
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	3	3
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	3	0	0	3	-	1	3	4
Bestand am Ende der Berichtsperiode	27.832	1.298	267	29.397	7	11	119	137

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Gewerbliche Kredite – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Bruttobuchwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	23.158	1.441	384	24.984	9	24	121	154
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	4.785	105	15	4.905	-10	5	16	11
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-128	111	17	0	10	-9	-1	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	-	-	-	-1	-	-	-	-
Abgänge	-2.838	-165	-156	-3.159	-	-	-24	-24
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	-	-	-	-	12	12
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	4	0	0	4	-	-6	2	-4
Bestand am Ende der Berichtsperiode	24.981	1.492	260	26.733	8	13	127	149

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Insgesamt ist über alle Klassen von Finanzinstrumenten ein leichter Rückgang des Risikovorsorgebestands auf 1.556 Mio € (Vorjahr 1.591 Mio €) festzustellen bei gleichzeitig moderater Erhöhung des Forderungsbestands. Diese Entwicklung lässt sich mit Ausnahme der volatilen Klasse der „Täglich fälligen Gelder“ in allen für die Bank wesentlichen Klassen von Finanzinstrumenten beobachten. Die Klasse „Private Baufinanzierung“ profitierte dabei von einem weiterhin positiven Immobilienmarkt in Deutschland und von guten Verwertungserlösen, während sich in der Klasse „Ratenkredite“ ein im Laufe des Jahres getätigter Forderungsverkauf wertberechtigter Assets begünstigend auswirkte.

Entwicklung der außerbilanziellen Verpflichtungen und Wertminderungen für Kreditausfälle in der laufenden Berichtsperiode¹

in Mio €	31.12.2019							
	Nominalwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	30.739	991	57	31.787	9	9	15	32
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	408	24	6	437	-1	2	8	9
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-184	152	32	0	1	-2	0	0
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	-	-	0	-	1	1
Bestand am Ende der Berichtsperiode	30.963	1.167	95	32.224	9	9	24	42

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Entwicklung der außerbilanziellen Verpflichtungen und Wertminderungen für Kreditausfälle – Vergleichsperiode¹

in Mio €	31.12.2018							
	Nominalwert				Wertminderungen für Kreditausfälle			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	24.730	707	53	25.490	6	9	17	33
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	6.036	255	6	6.297	-11	-1	-	-12
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-27	29	-2	0	7	-7	-	0
Modelländerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-	-	-	-	7	7	-2	11
Bestand am Ende der Berichtsperiode	30.739	991	57	31.787	9	9	15	32

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

Die folgende Tabelle weist die gehaltenen Sicherheiten für alle finanziellen Vermögenswerte in Stufe 3 aus.

Gehaltene Sicherheiten zur Absicherung der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte in Stufe 3

in Mio €	31.12.2019		
	Sicherheiten	Garantien	Gesamtbetrag
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Stufe 3)	1.272	11	2.801
Insgesamt	1.272	11	2.801

Gehaltene Sicherheiten zur Absicherung der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte in Stufe 3 – Vergleichsperiode

in Mio €	31.12.2018		
	Sicherheiten	Garantien	Gesamtbetrag
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Stufe 3)	1.113	10	2.625
Insgesamt	1.113	10	2.625

Im Berichtszeitraum wurden Finanzinstrumente mit einem vertragsrechtlich ausstehenden Betrag in Höhe von 145 Mio € abgeschrieben, die weiterhin einer Vollstreckungsmaßnahme unterliegen.

Für Finanzinstrumente mit einem Bruttobuchwert in Höhe von 202 Mio €, die in die Risikostufe 3 kategorisiert sind, wurde keine Risikovorsorge zum Berichtszeitpunkt gebildet, da dieses Geschäft vollständig besichert ist.

Modifizierte Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Ein finanzieller Vermögenswert gilt als modifiziert, wenn seine ursprünglichen vertraglichen Cashflows neu verhandelt oder anderweitig modifiziert werden. Neuverhandlung oder Modifikation können zur Ausbuchung (des alten und zum Ansetzen eines neuen Finanzinstruments) führen oder nicht. Dieser Abschnitt umfasst nur modifizierte finanzielle Vermögenswerte, die nicht ausgebucht wurden.

Wenn gemäß IFRS 9 die Bedingungen eines finanziellen Vermögenswertes neu verhandelt oder geändert werden und die Änderung nicht zur Ausbuchung führt, ist in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Gewinn oder ein Verlust in Höhe der Differenz der Barwerte der beiden Finanzinstrumente einzubuchen. Zur Bestimmung des Barwerts des modifizierten Finanzinstruments werden die vertraglichen Cashflows mit dem Effektivzins des ursprünglichen Finanzinstruments abgezinst. Zusätzlich wird beurteilt, ob sich das Ausfallrisiko bei diesem Finanzinstrument signifikant erhöht hat. Dazu sind folgende Risiken miteinander zu vergleichen:

- Das Risiko des Eintretens eines Kreditausfalls zum Abschlussstichtag (basierend auf den geänderten Vertragsbedingungen) und
- das Risiko des Eintretens eines Kreditausfalls beim erstmaligen Ansatz (basierend auf den ursprünglichen, unveränderten Vertragsbedingungen).

Die nachfolgende Tabelle weist den Bruttobuchwert der in der aktuellen Berichtsperiode modifizierten Verträge zu fortgeführten Anschaffungskosten vor Modifikation aus, bei denen aufgrund der Modifikation ein GuV Effekt realisiert wurde, sowie den zugehörigen Nettogewinn bzw. -verlust.

Modifizierte Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten¹

in Mio €	31.12.2019			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Bruttobuchwert Insgesamt
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikationen	-	-	0	0
Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund von Modifikationen	-	-	-	-

¹ Die DB PFK hat keine POCI finanziellen Vermögenswerte

In der Berichtsperiode wurden keine modifizierten Vermögenswerte beobachtet, die in die Stufe 1 transferiert wurden.

Umweltrisiken

Die DB PFK hat von der DNV GL Business Assurance, Zertifizierung und Umweltgutachter GmbH, Essen, gemäß der zuletzt im Dezember 2017 durchgeführten Prüfung einen Bericht zur Management-Zertifizierung nach ISO 14001:2015 (Umweltmanagement-Standard) erhalten. Danach wird das Managementsystem als wirksam und in Übereinstimmung mit dem Standard bewertet. Der Geltungsbereich der Zertifizierung erstreckt sich auf Dienstleistungen im Privatkunden-, im Firmenkunden- und im B2B-Geschäft sowie auf Zentralfunktionen einschließlich des Gebäudemanagements.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des OpRisk-Kapitalmodells dbLORE ermittelt. Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle. Die externen Verlustfälle werden über das Datenkonsortium ORX bezogen. Kern des Modells ist die Ableitung einer Verteilung des Gesamtjahresverlusts, der in der DB PFK entstehen könnte. Die Verteilung wird mittels einer

Monte-Carlo-Simulation ermittelt und beschreibt bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % den Operational Value-at-Risk (OpVaR).

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene betrug zum Berichtsstichtag unverändert 1.200 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Marken Postbank und Deutsche Bank sind innerhalb der DB PFK spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird vierteljährlich überwacht.

Die DB PFK setzt neben der regelmäßigen Bestimmung des ökonomischen Kapitalbetrags insbesondere folgende qualitative Instrumente zur Überwachung der Operationellen Risiken ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €) in dbIRS,
- turnusmäßige Erhebung von Indikatoren als Frühwarninstrument,
- separate Risiko-Assessments zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Szenarioanalysen zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen sowie
- Lessons-learned-Analysen bei Auftreten gravierender Schadenfälle.

Die Meldeprozesse werden unterstützt durch seit Jahren bewährte IT-Anwendungen, in denen Risiken und Schäden systematisch, konzernweit und nach einheitlichen Standards erfasst werden. Die inzwischen vorliegende langjährige Datenhistorie erleichtert dabei das Management der Operationellen Risiken.

Die Verantwortung für die Steuerung liegt bei den jeweiligen Leitungsebenen der Bereiche und Tochtergesellschaften vor Ort. Unterstützt werden sie durch eine vernetzte Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern sowie dedizierten OpRisk-Ansprechpartnern, die in verschiedenen Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften etabliert wurden. Diese sind verantwortlich für das zeitnahe Erkennen und Melden von Risiken und Schäden sowie die Initiierung von angemessenen Präventionsmaßnahmen. Orchestriert wird das Management der Operationellen Risiken der DB PFK durch die im Deutsche Bank Geschäftsfeld „Private Bank“ etablierte Organisation des Divisional Control Officer (DCO). So unterstützt diese Einheit bei der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken und Schäden und steht den Leitungsebenen bei der Definition von risikomitigierenden Maßnahmen beratend zur Seite.

Die Risikocontrolling-Funktion wird durch die Abteilung ORM & Coverage im CRO-Ressort wahrgenommen. Diese Einheit verantwortet auch die zeitnahe Berichterstattung an den Gesamtvorstand der DB PFK. Basis für die Risikoberichterstattung bilden die bisherigen Strukturen der Marke Postbank und der Marke Deutsche Bank (z.B. Aufbau-/Ablauforganisationen, Policies etc.). Die Harmonisierung der korrespondierenden Methoden und Verfahren beider Marken ist im Berichtsjahr weit vorangeschritten.

Für die DB PFK wurden in der Berichtsperiode Schäden aus Operationellen Risiken in Höhe von rund 112,8 Mio € brutto / 29,1 Mio € netto (Vorjahr: 211,3 Mio € brutto / 44 Mio € netto) erfasst. Für beide Marken gilt, dass wesentlicher Treiber der Schadenfallentwicklung, die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt weiterhin hohe Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der Vermittlung von geschlossenen Fonds war. Die Schäden aus externen Betrugsdelikten lagen in der Berichtsperiode ohne Berücksichtigung von Auflösungen aus Rückstellungen der Vorjahre mit rund 53,8 Mio € brutto / 38,3 Mio € netto (Vorjahr: 82,0 Mio € brutto / 70,4 Mio € netto) unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Darin enthalten sind Schäden aus zwei großen Betrugsfällen im Firmenkundengeschäft. Interne Betrugsdelikte wurden in Höhe von 2,7 Mio. € erfasst. Die Gesamtsumme verteilt sich auf mehrere Vorgänge. Die Schäden aus Sprengungen von Geldausgabeautomaten lagen deutlich unter dem Vorjahreswert.

Um Betrugsangriffen entgegenzuwirken, hat die Bank bereits in den letzten Jahren bei beiden Marken zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Verhinderung von Betrugsdelikten aufgesetzt. Diese werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt und somit an die aktuelle Bedrohungssituation angepasst. Darüber hinaus steht im Zentrum der Betrugsbekämpfung weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugsachverhalte sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Die DB PFK geht aufgrund der initiierten und der bereits umgesetzten Maßnahmen auch für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Aufgrund Ihres Geschäftsmodells ist die Bank der Gefahr ausgesetzt, dass sie bei unerwarteten Ereignissen einen Jahresfehlbetrag in der GuV ausweisen muss. Dies umfasst primär die Betrachtungen von strategischen Risiken auf periodische Ergebniskomponenten. Im Rahmen dieser Stressbetrachtung wurde kein unerwarteter Jahresfehlbetrag für die

DB PFK identifiziert. Im Sinne eines Frühwarnsystems werden darüber hinaus vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Unter die Geschäftsrisiken entfallen ebenso die periodischen Zinsrisiken (NII-Risiken) im Anlagebuch, die sich als Einkommenseffekt im laufenden Ergebnis niederschlagen. Die Verantwortung für die Steuerung von NII-Risiken liegt im Treasury der DB PFK in Abstimmung mit dem Asset and Liability Komitee (ALKO) sowie den PFK Risikokomitee der DB PFK. Die Quantifizierung der Geschäftsrisiken erfolgt grundsätzlich durch Anwendung von Szenarioanalysen bzw. Stresstests, aus denen die entsprechenden Verlustpotenziale für kommende Perioden ableitbar sind.

Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der DB PFK. Zum Berichtsstichtag war das Limit für NII-Risiken der DB PFK zu 64% (Vorjahr: 80% DB PFK Konzern ohne DB Bauspar AG / DB Bauspar AG 2%) ausgelastet.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der DB PFK ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein Reputationsrisiko darstellen, ist das Komitee für das Management von nichtfinanziellen Risiken (NFRK) als Eskalationsinstanz für die DB PFK einzubeziehen. Im Falle von Reputationsrisiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage wird das PFK Risikokomitee mit eingebunden. Dieses Gremium unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements auch hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationssschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Gesamtarchitektur des ILAAP und Governance

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Die operative Disposition der Liquidität sowie des für die Steuerung des Liquiditätsrisikos erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt im Bereich Financial Markets der DB PFK. Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der DB PFK auch in bestimmten Stresssituationen und die jederzeitige Vorhaltung einer stabilen Refinanzierungsstruktur zu gewährleisten.

Liquiditäts- und Funding-Planung

Im Rahmen der Liquiditätsplanung als Bestandteil des konzernweit integrierten Planungsprozesses der DB PFK werden planerische Liquiditätsbedarfe bzw. -überhänge im Planungshorizont identifiziert. Ausgangsbasis hierfür sind die Geschäftsplanung unter Berücksichtigung der konzernweiten Funding-Strategie der Deutsche Bank Gruppe und die hierauf aufbauende Kapitalplanung. Die identifizierten Bedarfe oder Überhänge können aus verschiedenen Liquiditätsperspektiven resultieren. Diese können zum einen in der Cash Balance und/oder der Netto- bzw. Überschussliquidität und zum anderen im LCR-Puffer- oder im Available-Stable-Funding (ASF)-Überschuss auftreten.

Die Planung berücksichtigt einen Funding-Mix aus den im Rahmen der Funding-Strategie bestimmten Liquiditätsquellen. Die Analyse und Einschätzung der Funding-Potenziale der DB PFK sind daher Bestandteil des Planungsprozesses, welcher sämtliche ökonomischen und regulatorischen Ziele berücksichtigt und die Einhaltung der beschlossenen Risikostrategie planerisch gewährleistet.

Risikosteuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos

Um die Überlebensfähigkeit des Instituts zu gewährleisten, erfolgt die Steuerung und Limitierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos auf Konzernebene im Wesentlichen stressbasiert.

Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit sind in der Risikostrategie die Netto- bzw. die Überschussliquidität sowie der LCR-Pufferüberschuss als Steuerungsgrößen definiert und limitiert. Die Betrachtung erfolgt sowohl zum Stichtag als auch zukunftsgerichtet im Rahmen von monatlichen 12-Monats-Forecasts. Damit ist sichergestellt, dass drohende Liquiditätsengpässe frühzeitig erkannt werden und bei Bedarf rechtzeitig Gegenmaßnahmen initiiert werden können.

Zusätzlich wird zur Sicherstellung des Zahlungsverkehrs eine Innertages-Liquiditätsreserve in Form von Guthaben oder Wertpapieren bei der EZB vorgehalten. Die hierfür vorgehaltenen liquiden Aktiva werden in der übertägigen Liquiditätsrisikomessung als belastet angesehen und stehen weder für die Refinanzierung noch für sonstige „übertägige“ Liquiditätsreserven zur Verfügung. Die Angemessenheit der Innertages-Liquiditätsreserve wird täglich überwacht und monatlich gewürdigt.

Die Überwachung aller oben beschriebenen Limite erfolgt stufenweise mittels eines Ampelsystems. Für den Fall einer Limitverletzung wurden Eskalationsprozesse definiert, die gegebenenfalls auch einen Liquiditätsnotfall auslösen können. In diesem Fall würde das Liquiditätsnotfallgremium unter Führung des CRO über Maßnahmen entscheiden und dabei den Liquiditätsnotfallplan des DB PFK Konzerns heranziehen.

Stresstesting (Netto-/Überschussliquidität)

Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. Zur operativen Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos wird täglich das sogenannte MaRisk-Szenario als kombiniertes Szenario berechnet.

Zur Bestimmung der wesentlichen Treiber im institutsspezifischen Stressszenario stellt das Geschäftsmodell der DB PFK die Ausgangsbasis dar. Dieses umfasst insbesondere das Kredit- und das Einlagengeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden (im Wesentlichen in Deutschland und in Euro). So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Daneben ist für alle Stressszenarien als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an finanziellen Vermögenswerten in Form von frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten.

Daher wird der Zugang zum besicherten Geldmarkt aktiv sichergestellt, um, neben einer weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen und der Optimierung der Pufferkosten, insbesondere den wichtigen Zugang zu den Repo-Märkten für die potenzielle Nutzung von Liquiditätsreserven im Stressfall zu gewährleisten.

Zur Operationalisierung dieses internen Steuerungskonzepts ist die Nettoliquidität als verfügbarer Liquiditätspuffer, abzüglich des benötigten Mindestpuffers gemäß MaRisk-Szenario definiert. Die intern festgelegte Survival Period geht über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus und beträgt zwei Monate. Zusätzlich ist zur Vermeidung von MaRisk-Verstößen für die Überdeckung ein Zusatzpuffer („Gelb-Puffer“) festgelegt, dessen Unterschreitung einen Gelb-Status auslöst. Die strategische Vorgabe eines Gelb-Puffers konkretisiert den Risikoappetit.

Neben der Nettoliquidität ist die Überschussliquidität als steuerungsrelevante Kennzahl in der DB PFK festgelegt. Diese stellt die über den Gelb-Puffer hinausgehende Liquidität dar und wird sowohl retrospektiv als Monatsminimum der Nettoliquidität abzüglich Gelb-Puffer berechnet als auch im Rahmen der monatlichen Liquiditäts-Forecasts auf Sicht von zwölf Monaten ermittelt.

Das Minimum der Überschussliquidität im Forecast ist limitiert und wird als Frühwarnindikator monatlich überwacht. Dem Forecast liegen die von den Produktverantwortlichen erwarteten Volumenentwicklungen zu Grunde.

Sowohl die Ergebnisse der täglichen Stresstests seit der Verschmelzung als auch die LCR-Quote bestätigen die solide Liquiditätsposition der DB PFK. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition und der Überschussliquidität, welche eine komfortable Liquiditätslage unterstreichen.

Die DB PFK wies auf Konzernebene zum 31. Dezember 2019 eine Nettoliquidität (Minimum innerhalb der Survival Period) in Höhe von 12,4 Mrd € und eine LCR-Quote für den Konzern von 186 % aus.

Risikosteuerung des Finanzierungsrisikos

Die DB PFK verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden über eine breite, stabile Refinanzierungsbasis aus dem Kundengeschäft und ist weitgehend unabhängig vom Geld- und Kapitalmarkt. Die Stabilität der Refinanzierungsstruktur wird anhand von internen Analysen regelmäßig beurteilt und darüber hinaus mittels Limitierung der Net Stable Funding Ratio (NSFR) gewährleistet. Hierfür wird die NSFR gemäß den Vorgaben der quantitativen Auswirkungsstudien des Basler Komitees (QIS) für den DB PFK Konzern ermittelt und überwacht.

Zusätzlich ist der ASF-Überschuss Bestandteil des monatlichen Liquiditäts-Forecasts. Damit ist sichergestellt, dass unerwünschte Veränderungen in der Stabilität in der Refinanzierungsstruktur frühzeitig erkannt werden und bei Bedarf rechtzeitig Gegenmaßnahmen, wie z.B. Einlagenkampagnen eingeleitet werden können.

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten zum Stichtag 31. Dezember 2019 sowie zum 31. Dezember 2018, differenziert nach Restlaufzeiten werden innerhalb des Anhangs 31 „Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen“ dargestellt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 4 i.V.m. § 264d Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess für den Konzern der DB PFK beschrieben. Die DB PFK erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 4 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts festgelegt. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die DB PFK von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die DB PFK hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der DB PFK besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der DB PFK hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der DB PFK ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Der vorliegende Bericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 114 WpHG. Die DB PFK AG hat als kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft für die Berichtsperiode ihren

Konzernabschluss nach den in der Europäischen Union (EU) geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgabe haben:

- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Bewertung von Finanzinstrumenten, insbesondere von Forderungen aus dem Kreditgeschäft, nach IFRS 9,
- Bereitstellung der für Steuerungszwecke relevanten Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fallen ihm die Billigung des Konzernabschlusses sowie die Feststellung des Jahresabschlusses der DB PFK zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich der Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, der Internen Revision und von Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der DB PFK eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der DB PFK vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der DB PFK den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der DB PFK eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Sorgfaltspflichten, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Erstellung des Konzernabschlusses verwendet die DB PFK SAP BCS als Konsolidierungssystem. Diesem Konsolidierungssystem sind diverse SAP-Vorsysteme und Nebenbücher vorgeschaltet. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (IDV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitorings der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften entweder direkt oder über ein weiteres SAP-System (SAP-SEM) in das System SAP-BCS geladen bzw. in Einzelfällen manuell eingepflegt. Auf Basis der Daten in SAP-BCS sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss unter Verwendung des Systems Smart Notes.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Neben den technischen Validierungsregeln erfolgt eine inhaltliche Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern sowie diverse analytische Kontrollen (wie beispielsweise Zeitreihenanalysen). Die qualitätsgesicherte Erstellung von Jahres- und Konzernabschluss erfolgt im Bereich Rechnungswesen und Steuern. Die Konzerngesellschaften werden direkt bzw. indirekt über die Konzernmutter monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweils jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert. Darüber hinaus gelten die Richtlinien der Konzernmutter.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrundeliegenden Parameter werden regelmäßig überprüft und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. Die Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der DB PFK bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigungen, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der DB PFK. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der DB PFK. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – angelehnt an die Methodik der Deutsche Bank Gruppe – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern und Kernprozessen

verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus sowie aus Pflichtprüfungen ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Laufende Rechtsverfahren

Den Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der Ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, ist in erster Instanz vor dem Landgericht Köln durch Urteil vom 20. Oktober 2017 stattgegeben worden. Die Deutsche Postbank AG hat gegen das Urteil Berufung vor dem Oberlandesgericht Köln eingelegt. Das Verfahren wird von der DB PFK fortgeführt.

Ausblick

Die Weltwirtschaft¹

Wirtschaftswachstum (%) ¹	2020 ²	2019	Haupttreiber
Weltwirtschaft			
BIP	2,4	3,1	Der Ausbruch von COVID 19 und die daraus resultierende Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Aktivität sollten im ersten Halbjahr 2020 einen dämpfenden Effekt auf das globale Wirtschaftswachstum haben. Sollte es wie erwartet zu einer verhältnismäßig schnellen Erholung kommen, sollte sich die globale Konjunktur im zweiten Halbjahr 2020 dank einer Lockerung der weltweiten Handelsspannungen und der Auswirkungen geldpolitischer Stimulierungsmaßnahmen sowie einer Lockerung der finanziellen Bedingungen erholen. Wichtige Verhandlungen zum Handel werden im Jahr 2020 weiterhin im Mittelpunkt stehen, insbesondere die zweite Phase der Handelsgespräche zwischen den USA und China sollte nun folgen.
Inflation	3,1	3,0	
davon:			
Industrieländer			
BIP	0,5	1,7	Die Industrieländer werden voraussichtlich durch den globalen Ausbruch von COVID 19 und der damit verbundene Unsicherheit negativ betroffen sein. Insbesondere der drohende Zusammenbruch der globalen Lieferketten sollte den wirtschaftlichen Ausblick beeinträchtigen. Während die USA weiterhin ein positives Wachstum zeigen dürften, erwarten wir für das Wachstum der Eurozone im Vergleich zum Vorjahr nur eine leicht positive Expansion in 2020. Strukturelle wirtschaftliche Schwächen im Euroraum sind aufgrund von Reformmüdigkeit nach wie vor vorherrschend. Die japanische Konjunktur sollte in 2020 schrumpfen
Inflation	1,1	1,4	
Schwellenländer			
BIP	3,6	4,0	Der Ausbruch von COVID 19 hat begonnen, sich direkt auf den Konsum und die Produktionstätigkeit in bestimmten Schwellenländern auszuwirken. Sollte es zu einer erfolgreichen Eindämmung kommen, erwarten wir durch eine Erholung der globalen Wachstumsdynamik und der Fortsetzung der Handelsgespräche zwischen den USA und China in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 eine Erholung des Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern
Inflation	4,4	4,0	
Eurozone			
BIP	-0,1	1,2	In der Eurozone wird erwartet, dass sich das BIP im Jahr 2020 aufgrund eines leicht negativen Wachstums in der ersten Hälfte des Jahres 2020 abschwächen wird. Mit dem Ausbruch von COVID 19 wird die Phase wirtschaftlicher Unsicherheit, die sich 2019 auswirkte, weiter anhalten. Es wird erwartet, dass die Europäische Zentralbank (EZB) weitere Lockerungsmaßnahmen ergreifen wird.
Inflation	0,4	1,2	
davon: Deutschland			
BIP	-0,2	0,6	Die deutsche export-orientierte Wirtschaft wird von den globalen Folgen der sich ausbreitenden COVID 19 negativ beeinflusst werden. Das BIP-Wachstum wird voraussichtlich im Jahresvergleich zurückgehen, insbesondere aufgrund der schrumpfenden Wirtschaftstätigkeit in der ersten Hälfte des Jahres 2020. Der private Konsum und die Bauwirtschaft dürften auch 2020 positive Impulse geben. Exporte und Investitionen sollten in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 allmählich an Fahrt gewinnen, falls weitere Handelsspannungen vermieden werden können.
Inflation	0,6	1,4	

¹ Jährliches reales BIP-Wachstum (in % im Vergleich zum Vorjahr). Quellen: Nationale Behörden, sofern nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research.

Es gibt eine Reihe von Risiken für unseren globalen Wirtschaftsausblick. Herausforderungen bei der Eindämmung von COVID 19 oder eine stärkere globale Ausbreitung könnten die wirtschaftliche Dynamik weiter erheblich dämpfen. Trotz der Unterzeichnung der ersten Phase des Handelsabkommens zwischen den USA und China im Januar 2020 wird davon ausgegangen, dass Handelskonflikte, einschließlich der bevorstehenden Handelsverhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union (EU), den globalen Wirtschaftsausblick weiterhin beeinflussen werden. Die Einführung von Autozöllen auf EU-Exporte in die USA würde sich negativ auf die Industrieproduktion der EU, insbesondere die in Deutschland, auswirken. Nach dem Brexit beginnt für das Vereinigte Königreich eine Übergangsphase bis Ende 2020. Der Schwerpunkt wird hierbei auf den künftigen Handelsbeziehungen des Landes mit der EU liegen. Es besteht weiterhin das Risiko, dass ein Handelsabkommen nicht rechtzeitig zustande kommt. Ein Wiederaufflammen der Flüchtlingskrise könnte zu verstärkten politischen Spannungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten führen. In Europa stellt die Staatsverschuldung in einigen Ländern, insbesondere in Italien, aufgrund der fragilen politischen Lage ein Risiko dar. Darüber hinaus könnten die zunehmenden geopolitischen Spannungen, insbesondere im Nahen Osten, zu weiteren Unsicherheiten führen.

Die Bankenbranche¹

Die globale Bankenbranche dürfte in 2020 einem herausfordernden operativen Umfeld und einer geringeren Profitabilität ausgesetzt sein. Die großen Volkswirtschaften werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2020 in eine Rezession fallen, bevor im zweiten Halbjahr 2020 eine Erholung einsetzen sollte. In den USA sowie in Europa könnte die Risikovorsorge im Kreditgeschäft substantiell ansteigen sowie eine Verlangsamung des Wachstums von Vermögenswerten einsetzen, da die Kreditnachfrage zurückgehen und die Banken die Kreditstandards verschärfen könnten. Dies könnte zusammen mit einer

erneuten expansiven Geldpolitik, die zusätzlich Druck auf die Zinsmargen ausübt, den Nettozinsertrag verringern. Im Zahlungsverkehrsgeschäft könnte das Transaktionsvolumen leiden.

In Europa werden die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über das in 2019 geschlossene Austrittsabkommen nun in eine neue Phase eintreten, in der die endgültigen künftigen Handelsregelungen festgelegt werden. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Unsicherheit bei der Regulierung grenzüberschreitender Transaktionen auch 2020 fortsetzen. Die Aufsichtsbehörden in Europa arbeiten derzeit an der Fertigstellung ihrer Vorschläge zur Umsetzung des endgültigen Basel-Pakets, das Mitte 2020 veröffentlicht werden soll. Das neue Kollegium der Kommissionsmitglieder wird regulatorische Initiativen zu sechs Prioritäten erarbeiten, und zwar einen europäischen Grünen Deal, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, ein Europa für das digitale Zeitalter, die Förderung unserer europäischen Lebensweise, ein stärkeres Europa in der Welt und einen neuen Schwung für die Demokratie in Europa. Diese Prioritäten und Grundsätze werden die Finanzbranche in vielfacher Weise beeinflussen (entweder direkt über Gesetze oder indirekt), und die europäischen Banken müssen die anschließende Reaktion der Investoren auf diese Entwicklungen abschätzen.

Regulatoren und die Zentralbanken global haben sich zum Ziel gesetzt, die Solidität der finanziellen Bezugsgrößen, insbesondere der Zinssatz-Benchmarks, zu verbessern. Sie haben Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Branche einberufen, um die Marktteilnehmer des Privatsektors zusammenzubringen, um die Verwendung robuster, transaktionsbasierter Referenz- oder risikofreier Zinssätze (RFRs) als Alternativen zu den Interbank Offered Rates (IBORs) zu ermitteln und zu fördern. Die Ablösung der IBORs stellt eine bedeutende Veränderung für die Finanzindustrie dar und betrifft die gesamte Wertschöpfungskette der Banken. Die Banken müssen das Risiko aus dem Übergang zu ihren Produkten, Systemen und Kundenbeziehungen bewerten und managen und einen reibungslosen Übergang zu den neuen RFRs sicherstellen.

Neben den Auswirkungen aus COVID 19, die zu diesem Zeitpunkt schwer vorherzusagen und zu quantifizieren sind, ergeben sich einige der größten Risiken für Banken weltweit aus der geopolitischen Unsicherheit, einschließlich der Spannungen im Nahen Osten, der Handelskonflikte und der drohenden Gefahr, dass Technologieunternehmen in zahlreichen Geschäftssegmenten, von der Zahlungsabwicklung bis zum Privatkundengeschäft und der Vermögensverwaltung, weitere Marktanteile gewinnen.

¹ Quelle: Deutsche Bank Research Prognosen.

Ertragslage des Konzerns

Auf Ebene der Deutsche Bank AG als übergeordnetes Mutterunternehmen der DB PFK AG wurden Projekte zur Optimierung der DB Konzernstruktur aufgesetzt. In diesem Zusammenhang prüft die Deutsche Bank AG derzeit eine Verschmelzung ihrer Tochtergesellschaft DB PFK AG.

Ausgehend von einer ausschließlich aus Sicht der DB PFK basierenden Planung sind nachfolgend unsere Einschätzungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf der DB PFK für das Geschäftsjahr 2020 dargelegt. Die derzeitige COVID 19 Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft könnten die Erreichung unserer finanziellen Ziele beeinträchtigen. Während es zu früh ist, die Auswirkungen auf unser Geschäft oder unsere finanziellen Ziele der sich ausbreitenden Pandemie und den Antworten der Regierungen darauf zu prognostizieren, könnten wir in erheblicher Weise durch einen anhaltenden Abschwung von lokalen, regionalen oder globalen wirtschaftlichen Bedingungen negativ beeinträchtigt werden. COVID 19 könnte sich auf die Einflussfaktoren unserer wichtigsten Leistungsindikatoren und Risikokennzahlen (siehe „Risikobericht: Risiko- und Kapitalübersicht“) auswirken, der Einfluss lässt sich aufgrund der oben genannten Unsicherheiten jedoch bisher nicht hinsichtlich seiner negativen Ausprägung quantifizieren. Angesichts der Ungewissheit über die Ausbreitung, die Dauer und die Marktauswirkungen von COVID 19 berücksichtigen unsere zukunftsgerichteten Annahmen derzeit keine möglichen Auswirkungen daraus. Die folgenden Abschnitte sollten im Zusammenhang mit den Abschnitten zur Weltwirtschaft und der Bankenbranche gelesen werden. Weitere abweichende Entwicklungen des Umfelds, das Eintreten von oben dargestellten Risiken sowie unvorhergesehene Ereignisse, wie beispielsweise unerwartete Verschärfungen der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor oder Rechtsprechungen, könnten einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage haben, die bei dem hier gegebenen Ausblick nicht berücksichtigt wurden.

Das Geschäft mit Privat- und Firmenkunden in unseren beiden Marken bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung. Im Fokus stehen bei anhaltenden Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld, die Stabilisierung der nachhaltigen Ertragskomponenten, starkes Wachstum in zinsunabhängigen Produktfeldern, die Erschließung zusätzlicher Ertragspotenziale durch neue Produkte sowie eine weitere Reduktion der Kostenbasis, trotz fortgesetzter Investitionen in Integration sowie Digitalisierung.

Für das Geschäftsjahr 2020 gehen wir vor diesem Hintergrund von einem im Vergleich zum Berichtszeitraum moderat niedrigeren Ergebnis vor Steuern für die DB PFK aus. Sinkende Gesamterträge und eine deutlich höhere Risikovorsorge werden erwartungsgemäß von sinkenden zinsunabhängigen Aufwendungen nicht vollständig kompensiert.

Die Gesamterträge werden im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 leicht vermindert sein. Dabei ist ein weiterer Ausbau des Wertpapier- Vorsorge- und Kreditgeschäfts geplant. Wir erwarten, dass die vor dem Hintergrund des anhaltenden

Niedrigzinsumfelds vorhersehbaren weiteren moderaten Ergebnisrückgänge bei den Einlageprodukten durch das oben genannte Wachstum kompensiert werden können. Zudem sind leichte Rückgänge im Zinsergebnis aufgrund bereits verkaufter Kupons zu erwarten.

Für die Risikovorsorge gehen wir gegenüber dem Geschäftsjahr 2019 von einem deutlichen Anstieg aus. Dieser ist maßgeblich begründet durch das weiterhin stark wachsende Kreditportfolio sowie den fehlenden Einmaleffekt aus der Verwertung eines Kreditportfolios im Berichtsjahr.

Wir erwarten bedingt durch die geplante Umsetzung diverser Effizienzprogramme leicht rückläufige Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Geschäftsjahr 2019.

Für das Geschäftsjahr 2020 erwarten wir eine leichte Reduktion der CIR.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2020 einen leicht niedrigeren RoTE als im Berichtsjahr.

Im Zuge des geplanten Ausbaus des Kreditvolumens wird in 2020 bei den für die interne Steuerung ermittelten Kennzahlen ein moderater RWA- und Leverage Exposure Anstieg aus Geschäftswachstum erwartet. Darüber hinaus bewirken geplante Umsetzungen von Modelländerungen im Geschäftsjahr 2020 einen leichten RWA-Anstieg. Für das intern definierte CET1 wird durch die geplante Eigenkapitalentwicklung unter IFRS ein leichter Anstieg erwartet, sodass im Rahmen der internen Steuerung von einer leicht rückläufigen CET1-Ratio und einer konstanten Leverage Ratio ausgegangen wird.

Marke Deutsche Bank

Für das Jahr 2020 gehen wir für das Geschäft unserer Marke Deutsche Bank von einem Ergebnis vor Steuern auf Berichtsjahresniveau aus. Diese Entwicklung wird im Wesentlichen durch leicht geringere Gesamterträge bedingt, welche durch leicht geringere Verwaltungsaufwendungen kompensiert werden.

Die Entwicklung der Gesamterträge prognostizieren wir unter Berücksichtigung der Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld, welche durch fortgesetztes Kreditwachstum teilweise kompensiert werden auf leicht unter dem Niveau des Berichtsjahres.

Wir erwarten die Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf einem deutlich höheren Niveau als im Berichtsjahr. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch das Wachstum unseres Kundenkreditgeschäfts.

Für die Verwaltungsaufwendungen gehen wir von einer leichten Reduktion im Vergleich zum Berichtsjahr aus. Ursächlich für diese Erwartung sind zusätzliche Integrationssynergien sowie fortgesetzte Maßnahmen zur Kostenreduktion.

Marke Postbank

Bei Fortsetzung der positiven Trends im Kreditgeschäft sowie in der Kostenbasis erwarten wir für die Marke Postbank - trotz der anhaltenden Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld sowie gesteigerter Risikovorsorge - für das Geschäftsjahr 2020 ein gegenüber dem Berichtsjahr deutlich höheres Ergebnis vor Steuern. Dies ist im Wesentlichen durch die Wertminderung von Software im Berichtsjahr bedingt.

Die Gesamterträge aus den Kundenprodukten dieser Marke sehen wir dabei für das Geschäftsjahr 2020 auf dem Niveau der Berichtsperiode. Grundlage für diese Einschätzung ist ein operatives Ertragswachstum im Wertpapier- Vorsorge- und Kreditgeschäft, durch welches die aus dem weiterhin niedrigen Zinsniveau folgenden Belastungen für das Bauspar- und das Einlagengeschäft kompensiert werden können.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erwarten wir auf einem gegenüber der Berichtsperiode deutlich höheren Niveau. Dies ist bedingt durch einmalige Sondereffekte aus dem Verkauf von Kreditportfolien im Berichtsjahr.

Bei den Verwaltungsaufwendungen gehen wir für das Geschäftsjahr 2020 von einem leicht sinkenden Verlauf aus. Dies ist bedingt durch die geplante Umsetzung von Effizienzmaßnahmen.

Übriges

Für das Geschäftsjahr 2020 erwarten wir aus dem Segment Übrige ein deutlich niedrigeres Ergebnis vor Steuern als Folge von deutlich sinkenden Gesamterträgen. Gegenläufig, aber nicht vollständig kompensierend, wirken deutlich sinkende Gesamtkosten.

Die Entwicklung der Gesamterträge dieses Segments wird grundsätzlich von Bewertungseffekten aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten dominiert. Da diese dominierenden Effekte sehr volatil und abhängig von der Entwicklung von

Marktparametern sind, ist die Prognose für diese Position mit besonderen Unsicherheiten behaftet. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2020 deutlich sinkende Gesamterträge. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch geringere Erlöse aus Verkäufen von Staats- und Unternehmensanleihen im Geschäftsjahr 2020.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen erwarten wir deutlich unter dem Niveau des Berichtsjahres. Investitionen zur Integration von Prozessen, Organisationen und Plattformen unserer beiden Marken werden erwartungsgemäß durch Kosteneinsparung aufgrund von Effizienzmaßnahmen kompensiert.

2

Konzernabschluss

77	Konzern-Gewinn- und Verlust-rechnung	109	Angaben zur Konzernbilanz
78	Konzern-Gesamtergebnisrechnung	109	11 – Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten
79	Konzernbilanz		
80	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	109	12 – Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen
81	Konzern-Kapitalflussrechnung		
82	Anhang (Notes)	110	13 – Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
82	1 – Wesentliche Konzernrechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen	110	14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente
83	2 – Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	114	15 – Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden
98	3 – Erstmals angewandte und künftige Rechnungslegungsvorschriften		
101	4 – Konsolidierungskreis		
103	5 – Segmentberichterstattung	115	16 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen
107	Angaben zur Konzern-Gewinn und Verlustrechnung	118	17 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet
107	6 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	118	18 – Risikovorsorge für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte
108	7 – Provisionsüberschuss	118	19 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten
108	8 – Sonstiges Ergebnis		
109	9 – Personalaufwand	119	20 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte
109	10 – Sachaufwand und Verwaltungsaufwand	120	21 – Sachanlagen
		120	22 – Leasingverhältnisse

123	23 – Immaterielle Vermögenswerte	140	35 – Derivative Finanzinstrumente
123	24 – Sonstige Aktiva und Passiva	143	36 – Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns
124	25 – Einlagen		
124	26 – Rückstellungen		
125	27 – Langfristige Verbindlichkeiten		
125	28 – Eigenkapital und Kapitalmanagement	143	37 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten
126	Sonstige Finanzinformationen	145	38 – Strukturierte Einheiten
126	29 – Eventual- und andere Verpflich- tungen	147	39 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
127	30 – Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte	147	40 – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
127	31 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen	147	41 – Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrates
128	32 – Leistungen an Arbeitnehmer	148	42 – Namen und Mandate der Organmitglieder
137	33 – Ertragsteuern	153	43 – Wesentliche Prüfungshonorare
139	34 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	153	44 – Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB
		154	45 – Anteilsbesitzliste
		157	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
		158	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Erläuterungen	2019	2018
Zinsen und ähnliche Erträge ¹		4.797	5.121
Zinsaufwendungen ²		-1.114	-1.109
Zinsüberschuss	6	3.683	4.012
Risikovorsorge	18	-233	-213
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		3.450	3.799
Provisionsüberschuss	7	1.821	1.757
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6	21	-8
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	6	113	110
Sonstiges Ergebnis	8	298	452
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		2.253	2.311
Personalaufwand	9	-2.310	-2.356
Sachaufwand und Verwaltungsaufwand	10	-2.680	-2.701
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		-4.990	-5.057
Ergebnis vor Steuern		713	1.053
Ertragsteueraufwand (-)/-ertrag	33	-91	-47
Konzernergebnis nach Steuern		622	1.006

¹ Der Zinsüberschuss beinhaltet Zinserträge in Höhe von 4,8 Mrd € (Vorjahr: 5,1 Mrd €), die nach der Effektivzinsmethode ermittelt wurden.

² Die Zinsaufwendungen beinhalten Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Leasingverbindlichkeiten in Höhe von 8 Mio €.

Das Ergebnis je Aktie zum 31. Dezember 2019 beträgt 2,26 € (31. Dezember 2018: 3,66 €).

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während der Berichtsperiode durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. In der Berichtsperiode waren unverändert durchschnittlich 275.000.000 Aktien ausgegeben.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie entspricht in der Berichtsperiode wie auch in der Vergleichsperiode, dem Ergebnis je Aktie, da keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind. Somit liegt kein Verwässerungseffekt vor.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2019	2018
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn/Verlust (-), nach Steuern	622	1.006
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden		
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	-443	-106
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	7	2
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können		
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	65	-113
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	-113	-110
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	-	-
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-484	-327
Gesamtergebnis, nach Steuern	138	679

Konzernbilanz

Aktiva

in Mio €	Erläuterung	31.12.2019	31.12.2018
Barreserve und Zentralbankeinlagen	11	26.150	20.130
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11	41.658	42.731
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)		4.082	298
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	12	6.117	5.005
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	13	2.949	8.799
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	17, 18	196.772	189.748
Sachanlagen	21	1.440	813
Immaterielle Vermögenswerte	23	160	294
Sonstige Aktiva	24	7.941	7.967
Steuerforderungen aus laufenden Steuern		13	12
Steuerforderungen aus latenten Steuern		287	319
Summe der Aktiva		287.569	276.116

Passiva

in Mio €	Erläuterung	31.12.2019	31.12.2018
Einlagen	25	240.481	225.985
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)		-	1.135
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	12	4.921	3.689
Sonstige Passiva	24	5.560	6.639
Rückstellungen	26	285	615
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern		54	35
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern		2	9
Langfristige Verbindlichkeiten	27	27.727	29.953
Summe der Verbindlichkeiten		279.030	268.060
Gezeichnetes Kapital		550	550
Kapitalrücklage		7.930	7.923
Gewinnrücklagen		53	-471
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern		6	54
Eigenkapital insgesamt		8.539	8.056
Summe der Passiva		287.569	276.116

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Unrealisierte Gewinne/ Verluste (-) Aus erfolgs- neutral zum beizulegen- den Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögens- werten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen	Kumulierte sonstige erfolgsneu- trale Eigen- kapital- veränderung, nach Steuern	Eigenkapital Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2018	550	4.856	854	277	277	6.537
Konzernergebnis, nach Steuern	-	-	1.006	-223	-223	783
Kapitaleinzahlung	-	3.050	-	-	-	3.050
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-104	-	-	-104
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	17	-	-	-	17
Sonstige	-	-	-2.227	-	-	-2.227
Bestand zum 31. Dezember 2018	550	7.923	-471	54	54	8.056
Bestand zum 1. Januar 2019	550	7.923	-471	54	54	8.056
Konzernergebnis, nach Steuern	-	-	622	-48	-48	574
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-436	-	-	-436
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	7	-	-	-	7
Sonstige	-	-	338	-	-	338
Bestand zum 31. Dezember 2019	550	7.930	53	6	6	8.539

Die Kapitalrendite der DB PFK AG – berechnet als Quotient aus Konzerngewinn und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag – lag für das Jahr 2019 bei 0,22 % (Vorjahr: 0,36 %).

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2019	2018
Gewinn/Verlust (-), nach Steuern	622	1.006
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	233	213
Restrukturierungsaufwand	-31	-16
Ergebnis aus dem Verkauf von zum Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Vermögenswerte, nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-111	-262
Latente Ertragsteuern, netto	31	10
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	394	209
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.138	1.160
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten	3.058	-7.013
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-3.784	573
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	165	-571
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	543
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	-6.495	-5.706
Sonstige Aktiva	-453	-1.201
Einlagen	14.496	10.917
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	-1.135	-1.622
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	655	132
Sonstige Passiva	-345	-1.069
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	-2.141	-6.951
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	-874	-1.016
Sonstige, per Saldo	-480	243
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	3.805	11.581
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	6.792	3.596
Endfälligkeit von zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	3.123	3.621
Verkauf von Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	-	N/A
Endfälligkeit von Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	5	1.691
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	774	N/A
Verkauf von Sachanlagen	60	451
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-3.844	-1.422
Nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen	-1	N/A
Sachanlagen	-227	-155
Erwerb von konsolidierten Unternehmen	-	-704
Sonstige, per Saldo	-73	-85
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	6.609	6.993
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten ¹	-133	-598
Einzahlung in die Kapitalrücklage	-	3.050
Zahlung von Leasing Verbindlichkeiten	-146	N/A
Gewinnabführung an die Muttergesellschaft	-2.131	-369
Sonstige, per Saldo	-	-57
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-2.410	2.026
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.004	-2.562
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	21.956	24.518
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	29.960	21.956
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	43	-22
gezahlte Zinsen	1.195	1.096
erhaltene Zinsen	4.889	5.009
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken)	26.150	20.130
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 38 Mio € per 31. Dezember 2019 und von 47 Mio € per 31. Dezember 2018)	3.810	1.826
Insgesamt	29.960	21.956

¹ Nicht zahlungswirksame Veränderungen in den nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in 2019 in Höhe von 49 Mio € ist auf die Effekte aus den Sicherungsgeschäften zurückzuführen. Nicht zahlungswirksame Veränderungen in den nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in 2018 in Höhe von 1.002 Mio € und in den hybriden Kapitalinstrumenten in Höhe von 915 Mio € sind auf die Veränderung des Konsolidierungskreises zurückzuführen.

Anhang (Notes)

01 – Wesentliche Konzernrechnungslegungsgrundsätze und - einschätzungen

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Muttergesellschaft der DB Privat- und Firmenkundenbank AG (nachfolgend DB PFK AG) ist die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, registriert im Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer 30000. Die Unternehmen des DB Privat- und Firmenkundenbank Konzerns (nachfolgend DB PFK, Konzern oder Bank) sind in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen. Der Konzernabschluss der Deutschen Bank AG wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der vorliegende Bericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 114 WpHG. Die DB PFK AG hat als kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft für die Berichtsperiode ihren Konzernabschluss nach den in der Europäischen Union (EU) geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht anders angegeben, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Die in den Tabellen verwendete Abkürzung „N/A“ (nicht anwendbar/not applicable) wird dann eingesetzt, wenn der Sachverhalt in der jeweiligen Periode in dieser Form nicht vorhanden war. Grundsätzlich wird die Abkürzung „N/A“ bei auf die Erstanwendung von IFRS 16 „Leasingverhältnisse“ zurückzuführenden Änderungen bei den Notes verwendet.

Angaben nach IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten“ werden im Abschnitt Risikobericht des Lageberichts erläutert.

Der Abschluss wurde am 26. Februar 2020 durch den Vorstand aufgestellt. Auf Basis der jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf die Ausbreitung des Coronavirus (COVID 19) wurden die Prognoseaussagen für die DB PFK, die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft und die volkswirtschaftlichen Risiken und Chancen für das Geschäftsjahr 2020 sowie die Note 39 „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ angepasst. Der ursprünglich am 26. Februar 2020 aufgestellte Abschluss wurde mit Nachtrag auf Grund der oben genannten Auswirkungen von COVID 19 am 26. März 2020 erneut aufgestellt.

Konsolidierungsgrundsätze

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der DB PFK AG zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften unter Einbeziehung bestimmter strukturierter Unternehmen, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit. Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es, eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Dazu gehören eine Untersuchung des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens, der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden, ob der Konzern durch seine Rechte die Fähigkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen sowie die Klärung der Fragen, ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat, sowie ob der Konzern die Fähigkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen dafür, dass ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, zu dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzernabschluss der DB PFK wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß IFRS 10.B86. Die Buchwerte der Anteile an den Tochterunternehmen bei dem Mutterunternehmen werden durch die Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Unternehmen ersetzt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen, bei denen es sich um kündbare Finanzinstrumente gemäß IAS 32 handelt, werden unter dem Posten „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Risikovorsorge, der immateriellen Vermögenswerte und der Rückstellungen, die Realisierbarkeit der latenten Steuern sowie die Bewertung von Leasingverbindlichkeiten. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen.

Die Bank hat die nachstehend aufgeführten Sachverhalte, deren Bewertung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

- Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten (siehe Note 2(c) sowie Note 15)
- Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (siehe Note 2(d))
- Bilanzierung und Bewertung der Verbindlichkeiten aus Zinsbonusverpflichtungen im Bauspargeschäft (siehe Note 2(c))
- Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern (siehe Note 2(n))
- Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren (siehe Note 2(j)).

Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 werden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt und die gemäß IAS 21.23(c) zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, zum Kurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23(b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden grundsätzlich zum Stichtagskurs des jeweiligen Monats des Geschäftsvorfalles umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Posten werden, entsprechend der den Posten zugrundeliegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam als Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfasst.

02 – Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im nachfolgenden Kapitel „Vorschriften für die Bilanzierung und Bewertung“ werden die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften offengelegt, die bei der Erstellung aller veröffentlichten Berichtsperioden dieses Konzernabschlusses angewandt wurden. Die von diesen Vorschriften abweichenden Regelungen für die Vergleichsperiode gemäß IAS 17 „Leasingverhältnisse“ sind in einem separaten Abschnitt im Kapitel i) offengelegt. Die Effekte aus den geänderten Vorschriften (Erstanwendungseffekte IFRS 16) sind in der Note 3 dargestellt.

Vorschriften für die Bilanzierung und Bewertung

(a) Zugang und Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Der bilanzielle Zugang eines finanziellen Vermögenswerts bzw. einer finanziellen Verpflichtung erfolgt grundsätzlich zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bank Vertragspartei eines Finanzinstruments wird. Der erstmalige Ansatz eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit erfolgt grundsätzlich zu ihrem beizulegenden Zeitwert, wobei der Transaktionspreis in der Regel dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, werden, soweit eine marktübliche Erfüllungsperiode für das Instrument existiert, am Handelstag erfasst oder ausgebucht. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich die Bank dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen, respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurück zu erwerben. Die Erfassung von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, erfolgt am Erfüllungstag. Ein Abgang von finanziellen Vermögenswerten erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind. Darüber hinaus erfolgt ein Abgang von finanziellen Vermögenswerten, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert übertragen sind bzw. eine Verpflichtung übernommen wurde, diese Cashflows weiterzuleiten und diese Verpflichtung die Kriterien einer Durchleitungsvereinbarung erfüllt. Dementsprechend erfolgt ein Abgang, sobald substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden. Sofern substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen weder zurückbehalten noch übertragen werden, erfolgt eine Ausbuchung, wenn die Verfügungsmacht über den Vermögenswert aufgegeben wurde. Ansonsten erfolgt eine bilanzielle Behandlung im Umfang des fortgeführten Engagements. Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen finanziellen Vermögenswert desselben Kontrahenten zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird, erfolgen eine Ausbuchung des bestehenden finanziellen Vermögenswerts und der Zugang eines neuen Vermögenswerts. Die Differenz zwischen dem Buchwert des ausgebuchten und dem Fair Value des neuen finanziellen Vermögenswerts wird erfolgswirksam erfasst. Die Analyse, ob Vertragsbedingungen wesentlich modifiziert wurden, wird auf Einzelfallbasis durchgeführt. Bei dieser Analyse wird neben den einzelfallrelevanten Kriterien auch ein Barwertvergleich zwischen den neuen und den alten Zahlungsströmen (z. B. aufgrund von geänderten Zinsen oder Laufzeiten) durchgeführt und die ermittelte Abweichung bei der Ermittlung der Wesentlichkeit berücksichtigt.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung erfüllt, aufgehoben oder erloschen ist. Der Rückerwerb eigener Schuldtitel führt ebenfalls zur Ausbuchung der finanziellen Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst. Wenn eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine andere finanzielle Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird die ursprüngliche Verbindlichkeit mit ihrem Buchwert ausgebucht und eine neue Verbindlichkeit mit ihrem beizulegenden Zeitwert erfasst. Die Analyse, ob Vertragsbedingungen wesentlich modifiziert wurden, erfolgt analog der entsprechenden Analyse bei Vermögenswerten.

(b) Wertpapierpensionsgeschäfte

Die Bank schließt echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Pension gegebenen Wertpapiere werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen bzw. als positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten erfasst.

Reverse Repos werden als Forderungen bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge bzw. als negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Repos und Reverse Repos mit ein und demselben Kontrahenten, gleicher Währung, gleicher Fälligkeit und gleicher Clearingstelle werden in der Bilanz auf Nettobasis dargestellt.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(c) Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

IFRS 9 verlangt, dass die Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten sowohl auf der Grundlage des Geschäftsmodells, das für die Zwecksetzung der betroffenen finanziellen Vermögenswerte verwendet wird, als auch der vertraglichen Zahlungsstromereigenschaften des individuellen finanziellen Vermögenswerts (auch bekannt als „Solely Payments of Principal and Interest (SPPI)“-Kriterium) bestimmt wird.

Geschäftsmodell

Nach IFRS 9 sind drei Geschäftsmodelle möglich:

- Halteabsicht („Hold to Collect“) - Finanzielle Vermögenswerte, die mit dem Ziel gehalten werden, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen.
- Halte- und Verkaufsabsicht („Hold to Collect and Sell“) - Finanzielle Vermögenswerte, die mit dem Ziel gehalten werden, sowohl die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen als auch diese finanziellen Vermögenswerte zu verkaufen.
- Sonstiges - Finanzielle Vermögenswerte, die mit Handelsabsicht gehalten werden oder die die Kriterien „Hold to Collect“ oder „Hold to Collect and Sell“ nicht erfüllen. Diesem Geschäftsmodell sind im vorliegenden Abschluss keine Finanzinstrumente zugeordnet.

Bei der Einstufung der Geschäftsmodelle hat die Bank quantitative Faktoren (z.B. die erwartete Frequenz und das Volumen von Verkäufen) und qualitative Faktoren (wie die Erfolgsmessung des Geschäftsmodells und der finanziellen Vermögenswerte des Geschäftsmodells bewertet und an den Vorstand der Bank berichtet wird) berücksichtigt. Darüber hinaus wurde berücksichtigt, wie die Risiken, die den Erfolg des Geschäftsmodells und der finanziellen Vermögenswerte innerhalb des Geschäftsmodells beeinflussen, insbesondere die Markt- und Bonitätsrisiken, gesteuert werden und wie die Verantwortlichen für das Geschäft vergütet werden, z.B. ob die Vergütung auf den Fair Value der Vermögenswerte oder auf Basis der vereinnahmten vertraglichen Zahlungsströme bestimmt wird.

Für die Geschäftsmodellzuordnung hat die Bank verschiedene Portfolios gebildet. Neben der Zuordnung der Kreditportfolios Privat- und Firmenkunden zum Geschäftsmodell „Hold to Collect“ hat die Bank ein eng abgegrenztes Portfolio aus Sicherungsderivaten und aus dem Wertpapierbestand dem Geschäftsmodell „Hold to Collect and Sell“ zugeordnet.

Die Beurteilung des Geschäftsmodells erfordert, ausgehend von der Geschäfts- und Risikostrategie, die durch den Vorstand regelmäßig verabschiedet wird, eine Prüfung auf der Grundlage von Fakten und Umständen zum Zeitpunkt der Beurteilung (z.B. bei Änderung eines einzelnen Geschäftsmodells). Die Bank überwacht die Geschäftsmodellzuordnung anhand quantitativer (z.B. die Frequenz oder das Volumen von Verkäufen) und qualitativer Faktoren. Zu Letzteren gehören die Art und Weise, wie die Performance des Geschäftsmodells und der in diesem Geschäftsmodell gehaltenen finanziellen Vermögenswerte bewertet und an Personen in Schlüsselpositionen der Bank berichtet wird, wie die Risiken, die sich auf die Performance des Geschäftsmodells und der in diesem Geschäftsmodell gehaltenen finanziellen Vermögenswerte auswirken, insbesondere die Art und Weise, in der diese Risiken gesteuert werden, und die Art und Weise, wie die Führungskräfte des Bereichs vergütet werden (z.B. ob die Vergütung auf dem beizulegenden Zeitwert der verwalteten Vermögenswerte oder auf den vereinnahmten vertraglichen Zahlungsströmen basiert).

Ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen („SPPI“)

Wird ein finanzieller Vermögenswert entweder in einem „Hold to Collect“- oder in einem „Hold to Collect and Sell“-Geschäftsmodell gehalten, ist zur Bestimmung der Klassifizierung beim erstmaligen Ansatz eine Beurteilung erforderlich, ob es sich bei den vertraglichen Zahlungsströmen ausschließlich um Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag handelt. Der SPPI-Test wird dabei gemäß den gültigen Kredit- und Anlageprozessen bei Vertragsabschluss entweder einzeln (Individualverträge) oder auf Portfoliobasis (Standardverträge) durchgeführt.

Vertragliche Zahlungsströme, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen, stehen im Einklang mit einer einfachen Kreditvereinbarung. Bei solchen Kreditvereinbarungen stellen insbesondere die Zinsen die Gegenleistung für den Zeitwert des Geldes und das Kreditrisiko, das mit dem über einen bestimmten Zeitraum ausstehenden Nominalbetrag verbunden ist, dar. Die Zinsen können auch die Berücksichtigung anderer grundlegender Kreditrisiken (z. B. Liquiditätsrisiko) und Kosten (z. B. Verwaltungskosten) in Zusammenhang mit dem Halten des finanziellen Vermögenswerts über einen bestimmten Zeitraum sowie eine Gewinnmarge, die mit einer einfachen Kreditvereinbarung konsistent ist, umfassen. Der sogenannte SPPI-Test beurteilt darüber hinaus u.a. auch Kündigungsrechte, Vorfälligkeitsentschädigungen und Non-Recourse-Klauseln und deren Auswirkungen auf die vertraglichen Zahlungsströme.

Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten

Ein finanzieller Vermögenswert in Form eines Fremdkapitalinstruments wird als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ (Amortised Cost –AC) klassifiziert und dementsprechend in der Folge bewertet, wenn der finanzielle Vermögenswert in einem „Hold to Collect“- Geschäftsmodell gehalten wird und die vertraglichen Zahlungsströme das SPPI-Kriterium erfüllen und er nicht im Rahmen der „Fair Value Option“ klassifiziert wird.

Bei dieser Bewertungskategorie wird der finanzielle Vermögenswert beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angepasst um etwaige Wertminderungen.

Wertminderungen der laufenden Periode werden dabei gesondert von den Zinserträgen in der GuV-Position Risikovorsorge ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit erfolgsneutralen Wertänderungen (FVOCI)

Ein Fremdkapitalfinanzinstrument wird als FVOCI (Fair Value through Other Comprehensive Income) klassifiziert und bewertet, wenn der finanzielle Vermögenswert in einem „Hold to Collect and Sell“-Geschäftsmodell gehalten wird und die vertraglichen Zahlungsströme das SPPI-Kriterium erfüllen und der finanzielle Vermögenswert nicht im Rahmen der Fair Value Option klassifiziert wird.

In der Klassifizierung als FVOCI wird ein Fremdkapitalfinanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei alle Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts im Sonstigen Ergebnis der Eigenkapitalveränderungsrechnung erfasst und auf Wertminderung anhand des Expected-Credit-Loss-Modells (ECL-Modell) überprüft werden. Der Währungsumrechnungseffekt sowie die Zinskomponente (unter Anwendung der Effektivzinsmethode) werden für als FVOCI klassifizierte Vermögenswerte ergebniswirksam in der GuV-Position „Sonstiges Ergebnis“ bzw. „Zinsüberschuss“ erfasst. Die Amortisation von Agios und Disagios wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Unrealisierte Gewinne und Verluste werden bei der Klassifizierung als FVOCI im Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen und bei Abgang des finanziellen Vermögenswerts in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Die Eigenkapitalinstrumente der Bank werden der Kategorie FVtPL zugeordnet. Von der Option zur Kategorisierung als FVOCI wird aktuell kein Gebrauch gemacht, sodass weder in der Berichtsperiode noch zum Bilanzstichtag der Kategorie „Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte“ Eigenkapitalinstrumente zugeordnet sind.

Die Bank nutzt für Teile ihrer finanziellen Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit erfolgsneutralen Wertänderungen (FVOCI) die Ausnahmeregelung für Finanzinstrumente mit niedrigem Ausfallrisiko am Abschlussstichtag gemäß IFRS 9.5.5.10 und IFRS 9.B5.5.22ff., wonach davon ausgegangen werden kann, dass sich das Ausfallrisiko innerhalb der durch die interne Anlagerichtlinie vorgeschriebenen Ratingklassen bewegt und damit kein Stufentransfer stattfindet.

Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Jeder finanzielle Vermögenswert, der zu Handelszwecken gehalten wird oder nicht in die Geschäftsmodelle „Hold to Collect“ oder „Hold to Collect and Sell“ fällt, wird dem Geschäftsmodell „Sonstiges“ zugeordnet und ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVtPL). Die Bewertungsergebnisse werden in der GuV-Position „Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“ ausgewiesen.

Zusätzlich muss jeder finanzielle Vermögenswert, dessen vertragliche Zahlungsstrommerkmale nicht das SPPI-Kriterium erfüllen, zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bewertet werden, selbst wenn er in einem „Hold to Collect“- oder einem „Hold to Collect and Sell“-Geschäftsmodell gehalten wird.

Finanzinstrumente werden in das Geschäftsmodell „Sonstiges“ einbezogen und zu Handelszwecken gehalten, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestanden.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Mit Ausnahme der derivativen Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und bei einer negativen Bewertung als finanzielle Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Verbindlichkeiten für die Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Die Berechnung der Verbindlichkeitshöhe erfolgt auf Basis von vorab definierten rationalen Entscheidungsmustern der Kunden. Für jeden einzelnen Kunden wird eine Einschätzung getroffen, ob die Inanspruchnahme des Bauspardarlehens und damit der Verzicht auf die Rückerstattung der Abschlussgebühren sowie die rückwirkende Vergütung von Zinsboni aus Kundensicht wirtschaftlich vorteilhaft sein kann. Ergänzend werden die historischen Erfahrungen über tatsächliches, ggf. nicht den Erwartungen entsprechendes Kundenverhalten in Form eines gesonderten Aufschlags berücksichtigt. Da das Kundenverhalten grundsätzlich nicht nur durch rationale Entscheidungsmuster erklärt werden kann und die Historie nicht immer dem künftigen Kundenverhalten entspricht, ergeben sich gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Verbindlichkeitshöhe. Die Sensitivitäten in Bezug auf die Annahme des Kundenverhaltens beträgt bei einer Abweichung der angenommenen Bonusnehmerquote um +1,0 % ca. 15 Mio €. Im Berichtsjahr wurde auf der Basis aktueller Analysen die geschätzte durchschnittliche Restlaufzeit der relevanten Bauspareinlagen um 0,6 Jahre auf 5,6 Jahre erhöht.

(d) Wertminderung und Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit erfolgsneutralen Wertänderungen im Sonstigen Ergebnis (FVOCI) bewertete Fremdkapitalinstrumente und auf außerbilanzielle Verpflichtungen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt (im Weiteren insgesamt als „impairment-relevante Finanzinstrumente“ bezeichnet). Dabei werden Garantien analog zu Kreditzusagen behandelt.

Die Effekte aus Wertminderung der zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewerteten Fremdkapitalinstrumente und die Effekte aus außerbilanziellen Verpflichtungen werden in der GuV-Position „Risikovorsorge“ ausgewiesen. Gleiches gilt auch für die zum beizulegenden Zeitwert mit erfolgsneutralen Wertänderungen im Sonstigen Ergebnis (FVOCI) bewerteten Fremdkapitalinstrumente.

Die Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge unter IFRS 9 wird im Rahmen eines Modells von erwarteten Kreditausfällen (Expected Credit Loss-ECL) ermittelt, bei dem die Risikovorsorge bei Erstansatz eines Finanzinstruments auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst wird.

Dabei gilt, dass die Ermittlung des ECL für das nicht bonitätsbeeinträchtigte bzw. nicht „credit impaired“ geltende Geschäft auf einem parameterbasierten Ansatz beruht. Die berechnungsrelevanten Parameter hierfür sind Probability of Default (PD), Loss-Given-Default (LGD) und erwartete Exposure-at-Default (EAD). Für außerbilanzielle Verpflichtungen wird zudem ein Credit Conversion Factor (CCF) berücksichtigt. Der CCF gibt dabei die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme einer offenen Kreditzusage bzw. einer Finanzgarantie wieder. Diese Kennzahlen (PD, LGD, EAD) werden pro Zeitscheibe multiplikativ zur Kalkulation des ECL verknüpft und mit dem ursprünglichen, beim Zugang gültigen Effektivzins diskontiert (IFRS 9.5.5.17(b)). Für Finanzinstrumente mit variabler Verzinsung wird der aktuelle Effektivzins verwendet. Die Zeitscheiben orientieren sich dabei nach dem Zins bzw. Tilgungsrhythmus des einzelnen Finanzinstruments. Die Parameter selbst basieren zunächst auf den regulatorischen Parametern (Internal Rating Based Approach-IRBA). Diese werden portfoliospezifisch adjustiert (IFRS 9.5.5.17(a)), um einen unverzerrten ECL zu ermitteln. Hierfür werden im Rahmen der Festlegung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) insbesondere makroökonomische Effekte berücksichtigt. Wesentliche makroökonomische Einflüsse sind hier in Hinblick auf die nächsten zwei Jahre das allgemeine Wirtschaftswachstum sowie die Arbeitslosenquote. Erwartungen in Hinblick auf die Entwicklung der Sicherheitenwerte werden ebenfalls berücksichtigt, nicht jedoch etwaige aufsichtsrechtliche Adjustierungen im Rahmen der LGD-Komponenten. Zudem wird die EAD-Komponente um die erwarteten vorzeitigen Tilgungen angepasst. Diese zukunftsgerichteten Information (IFRS 9.5.5.1) mit Bezug zur Ausfallwahrscheinlichkeit basieren auf Prognosen, welche einen Einfluss von zwei Jahren auf die PD haben und sich dann ab dem dritten Jahr wieder zum langfristigen Erwartungswert der PD bewegen. Die Aktualisierung der forward looking information erfolgt jährlich. Die Erwartungswerte der makroökonomischen Größen basieren dabei auf Prognosen von DB Research. Bei diesen Größen handelt es sich um das Bruttoinlandsprodukt (Wachstumsrate) und die Arbeitslosenquote. Die Parametrisierung der für Zwecke des IFRS 9 verwendeten Point in Time (PIT) Lifetime PD erfolgt mittels Regressionsanalysen und basiert auf dem Ansatz, dass die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Schuldners von einem portfolio-spezifischen Faktor sowie einem idiosynkratischen Anteil abhängt. Hierbei wird der Grad der Abhängigkeit des jeweiligen Parameters von den makroökonomischen Faktoren berücksichtigt, wobei der Abhängigkeitsgrad aus den realisierten und den mittleren prognostizierten Ausfallraten abgeleitet wird. Die Ableitung der portfoliospezifischen Makrofaktoren aus den makroökonomischen Prognosen erfolgt dabei als stochastischer, standardnormalverteilter Prozess und besitzt eine hohe Anzahl von Szenarien, welche mögliche nichtlineare Effekte in der PD abbilden.

Die allgemeine Verwendung von zukunftsgerichteten Informationen, einschließlich makroökonomischer Faktoren, sowie Anpassungen unter Berücksichtigung von Sondereffekten werden durch das Kreditrisikokomitee sowie das Modellvalidierungskomitee der DB PFK überwacht. In bestimmten Situationen können Kreditrisikobeauftragte und Führungskräfte über zusätzliche Informationen in Bezug auf bestimmte Portfolios verfügen, die darauf hindeuten, dass die im Rahmen der Modellierung verwendete Verteilungen der Parameter nicht angemessen sind. In solchen Situationen würde der Konzern eine entsprechende Anpassung vornehmen.

In die ECL-Berechnung zum 31. Dezember 2019 gehen die folgenden makroökonomischen Prognosen ein:

Durchschnitt	Aktuell	Jahr 1	Jahr 2
BIP Eurozone	1,17%	0,93%	1,19%
BIP Deutschland	0,58%	0,48%	1,19%
BIP Italien	0,01%	0,39%	0,63%
Arbeitslosigkeit Eurozone	7,71%	7,53%	7,45%
Arbeitslosigkeit Deutschland	3,15%	2,92%	2,75%
Arbeitslosigkeit Italien	10,15%	10,06%	10,06%

Die Sensitivität unseres Modells in Bezug auf künftige Änderungen der makroökonomischen Modellvariablen wird in der folgenden Tabelle veranschaulicht, die die Auswirkungen einer zusätzlichen Verschiebung über alle in der ECL Berechnung verwendeten Abwärts- und Aufwärtsszenarien für die Stufen 1 und 2 darstellt. Zur Angabe der Sensitivitäten werden die in

der ECL-Kalkulation zum 31. Dezember 2019 verwendeten makroökonomischen Prognosen um eine Standardabweichung nach oben und unten verändert.

€ Mio	Abwärts- Verschiebung	ECL-Kalkulation zum 31.12.2019	Aufwärts- Verschiebung
Marke Deutsche Bank	+55,91	128,94	-24,77
Marke Postbank	+93,94	389,20	-64,92
Gesamt	+149,85	518,14	-89,69

Prinzipiell gilt im Rahmen der ECL-Kalkulation, dass diese am einzelnen Finanzinstrument, d.h. auf Transaktionsebene, durchgeführt wird. Neben dem Standardansatz (IFRS 9.5.5.1ff, „Stufenweiser Ansatz/General Approach“) sieht der IFRS 9 auch die Möglichkeit eines vereinfachten Ansatzes (IFRS 9.5.5.5.15) vor. Dieser kommt in der DB PFK nicht zum Einsatz.

Stufenweiser Ansatz zur Ermittlung der zu erwartenden Kreditausfälle

IFRS 9 beinhaltet einen dreistufigen Ansatz für die Ermittlung der Wertminderung von Finanzinstrumenten, welche zum Zeitpunkt der Entstehung oder des Erwerbs als nicht bonitätsbeeinträchtigt klassifiziert sind. Dieser Ansatz lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Stufe 1: Die Bank bildet eine Wertberichtigung in Höhe der für einen Zeitraum von zwölf Monaten erwarteten Kreditverluste („One Year Expected Credit Loss“) auf Basis des oben skizzierten Vorgehens zum ECL (IFRS 9.5.5.5). Dieser wird multiplikativ unter Verwendung der Ein-Jahres-Parameter aus der Probability of Default (PD), dem Loss Given Default (LGD) und dem erwarteten Exposure at Default (EAD) pro Monatszeitscheibe errechnet und mit dem ursprünglichen Effektivzins diskontiert. Für außerbilanzielle Verpflichtungen bestimmt sich das impairment-relevante EAD durch Multiplikation mit einem produktspezifischen Credit Conversion Factor (CCF). Dieser Kreditverlust entspricht damit dem Teil der erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen, die innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag erwartet werden, sofern sich das Kreditrisiko seit dem erstmaligen Ansatz nicht wesentlich erhöht hat. Das heißt der Stufe 1 werden alle Finanzinstrumente zunächst bei erstmaligem Ansatz zugeordnet und verbleiben dort solange, bis die Kriterien der Stufe 2 oder der Stufe 3 erfüllt sind.

Stufe 2: Die Bank bildet eine Wertberichtigung in Höhe der über die Restlaufzeit (Lifetime Expected Credit Loss–LTECL) erwarteten Kreditverluste für jene Finanzinstrumente, bei denen seit dem Erstansatz eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos eingetreten ist. Dies erfordert eine zeitscheibenbasierte Berechnung des ECL bis zum Laufzeitende (IFRS 9.5.5.19) unter Verwendung der Lifetime Probability of Default (LTPD) des erwarteten Exposure-at-Default (EAD)- und des Loss-Given-Default (LGD)-Verlaufs unter Berücksichtigung des ursprünglichen Effektivzinses im Rahmen der Abzinsung. Für außerbilanzielle Verpflichtungen wird wie in Stufe 1 ein CCF berücksichtigt. Entsprechend ist die Risikovorsorge für Kreditrisiken in dieser Stufe im Vergleich zur Stufe 1 höher. Die erwarteten EAD-Verläufe berücksichtigen dabei vertragsindividuelle Gegebenheiten. Die zugrundeliegenden LGD-Profile sind portfoliospezifisch und werden gegebenenfalls unter Verwendung von individuellen Sicherheiten ermittelt. In Abhängigkeit vom Portfolio werden dabei zudem szenarioartige Sicherheitenwertverläufe verwendet.

Stufe 3: Für diejenigen finanziellen Vermögenswerte, die gemäß den Vorgaben des IFRS 9 Appendix A als bonitätsbeeinträchtigt (credit impaired) klassifiziert sind, bildet die Bank eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100 %. Die Bildung der Wertberichtigung in Stufe 3 erfolgt portfoliospezifisch. Für Baufinanzierungen und das Non-Retail Geschäft erfolgt die Bewertung unter Berücksichtigung der erwarteten Zahlungsströme. Für Consumer Finance hingegen erfolgt die Wertberichtigung auf Basis von Portfolioparametern, den Non-Cure-Rates (NCR), am Einzelinstrument. Die Non-Cure-Rates stellen den Wertberichtigungssatz der jeweiligen Rückstandsklasse (Klassenbildung anhand der days past due) dar und werden mit dem EAD des einzelnen Finanzinstruments multipliziert. Die NCR werden aus einem funktionalen Zusammenhang aus Flow-Rates (Wechselwahrscheinlichkeit zwischen den Rückstandsklassen) und der Severity (erwartete Verlustschwere) gebildet. Es erfolgt hierfür eine Differenzierung nach Ratenkrediten, Giroforderungen für Privatkunden und Giroforderungen für Geschäftskunden.

Signifikanter Anstieg des Kreditrisikos

Zunächst sind finanzielle Vermögenswerte in Stufe 1 einzuordnen. Bei einem signifikanten Anstieg des Kreditrisikos werden die finanziellen Vermögenswerte in Stufe 2 übertragen. Signifikante Verschlechterungen werden mit Hilfe von ratingbezogenen und prozessbezogenen Indikatoren, wie unten näher beschrieben, ermittelt.

Nach IFRS 9 betrachtet die Bank bei der Bestimmung, ob das Kreditrisiko (d. h. das Ausfallrisiko ohne Sicherheitspositionen) eines finanziellen Vermögenswerts seit dem erstmaligen Ansatz signifikant gestiegen ist, angemessene und nachvollziehbare Informationen, die relevant und ohne unangemessenen Kosten- und Zeitaufwand verfügbar sind. Dazu gehören gemäß IFRS 9.5.5.9ff. quantitative und qualitative Informationen, die auf bisherigen Erfahrungen der Bank beruhen, Kreditrisikobewertungen sowie in die Zukunft gerichtete Informationen. Letztere sind insbesondere die oben genannten makroökonomischen Einflüsse, welche Auswirkungen auf das Ausfallrisiko haben und entsprechend Berücksichtigung finden.

Die Beurteilung einer signifikanten Verschlechterung ist entscheidend für die Festlegung des Zeitpunkts des Wechsels von der Anforderung, eine Risikovorsorge auf der Grundlage von 12-Monats-ECLs zu bemessen, hin zur Anforderung, die Risikovorsorge auf der Grundlage des LTECL zu bemessen (d. h. von Stufe 1 zu Stufe 2). Das Vorgehen zur Prüfung eines signifikanten Anstiegs des Kreditrisikos der Bank erfolgt im Rahmen des internen Kreditrisikomanagementprozesses und umfasst ratingbezogene und prozessbezogene Indikatoren. Die Beurteilung des Anstiegs des Kreditrisikos wird dabei stets am einzelnen Finanzinstrument, d.h. auf Transaktionsebene, vorgenommen.

Bezogen auf die ratingbezogenen Indikatoren wird hierbei auf einen PD-Vergleich abgestellt. Dieser setzt die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten über die Vertragslaufzeit (LTPD) bei Bilanzzugang ins Verhältnis zur entsprechenden Ausfallwahrscheinlichkeit zum Berichtszeitpunkt. Bei einer signifikanten Verschlechterung (Vergrößerung) dieses Verhältnisses erfolgt ein Transfer zur Stufe 2. Basierend auf dem beobachteten Migrationsverhalten und den verfügbaren zukunftsgerichteten Informationen wird eine erwartete Forward-Rating-Verteilung ermittelt. Für jede Produktart und initiale Ratingklasse wird ein 10%-Quantil dieser Verteilung als Schwellenwert gewählt. Konkret erfolgt ein täglicher Vergleich anhand der kumulierten bedingten Life time PD zum Berichtszeitpunkt in Bezug zur kumulierten bedingten Lifetime PD bei Bilanzzugang. Von einem signifikant erhöhten Kreditrisiko wird ausgegangen, wenn für die verbleibende Laufzeit die Ausfallwahrscheinlichkeit einer Transaktion bei gegebenen aktuellen Erwartungen die Ausfallwahrscheinlichkeit des Schwellenwertes auf Basis der ursprünglichen Erwartungen übersteigt. Daraus folgt, dass in Abhängigkeit des Produktes und der initialen Ratingklasse ein Transfer in die Stufe 2 erfolgen kann, wenn eine Transaktion sich nicht verschlechtert hat, die initiale Erwartung aber eine Verbesserung der PD war. Dies trifft typischerweise auf sehr schlechte initiale Ratingklassen zu. Auf der anderen Seite der Spannweite erfolgt ein Transfer in Stufe 2, falls die aktuelle LTPD sich deutlicher verschlechtert hat als ursprünglich auf Basis der historischen LTPD zu erwarten gewesen wären. Die Schwellenwerte für die Bestimmung der rating-bezogenen Indikatoren der Stufe 2 basieren auf Experteneinschätzung und werden jährlich validiert.

Prozessbezogene Indikatoren: Die qualitativen Prozesse stützen sich auf bestehende Risikomanagementindikatoren, die geeignet sind, ein signifikant erhöhtes Kreditrisiko von finanziellen Vermögenswerten festzustellen. Prozessbezogene Indikatoren im Retail-Segment sind insbesondere die Verzugstage (Days Past Due - DPD). Bei einem Verzug größer 30 DPD wird unabhängig von ratingbezogenen Indikatoren eine signifikante Kreditverschlechterung unterstellt (IFRS 9.5.5.11). Für die Non-Retail-Portfolien wird der Watchlist-Status als prozessbezogener Indikator verwendet. Dieser Status kann neben den Verzugstagen weitere individuelle Risikomerkmale berücksichtigen. Hierzu zählen insbesondere drohende Leistungsstörungen auf Basis von Liquiditäts- und Cashflow-Analysen, Bruch von Non-Financial Covenants sowie qualitative Faktoren, die auf einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos hindeuten. Bei Immobilienfinanzierungen hat zusätzlich die Entwicklung der erwarteten Jahresnettokaltmiete Bedeutung für die Festlegung des Watch-List-Status.

Für ihre zu AC/FVOCI klassifizierten Wertpapierbestände berücksichtigt die Bank zudem die Regelungen gemäß IFRS 9.5.5.10 i. V. m. IFRS 9.B5.5.22-B5.5.24 („low credit risk exemption“). Die Bank definiert low-credit risk ausschließlich für Wertpapiere mit einem Rating im sogenannten Investment Grade. Ein Rating außerhalb des Investment Grades stellt für diese Wertpapierbestände einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos dar und wurde zum Bilanzstichtag nicht festgestellt.

Gemäß IFRS 9.5.5.8 ist der Transfer zwischen Stufe 1 und Stufe 2 symmetrisch, d.h., bei Entfallen der quantitativen bzw. qualitativen Indikatoren erfolgt der Rücktransfer zur Stufe 1. Solange die Bedingung für einen oder mehrere der Indikatoren erfüllt ist und der finanzielle Vermögenswert nicht als bonitätsbeeinträchtigt klassifiziert wird, bleibt er in Stufe 2. Wenn keine der Indikatoren mehr zutreffen und der finanzielle Vermögenswert nicht ausgefallen ist, erfolgt wieder eine Zuordnung zu Stufe 1. Im Falle einer Feststellung einer Bonitätsbeeinträchtigung wird der finanzielle Vermögenswert der Stufe 3 zugeordnet. Falls ein vormals ausgefallener finanzieller Vermögenswert nicht mehr als ausgefallen klassifiziert ist, wird er wieder der Stufe 1 oder Stufe 2 zugeordnet.

Impairment-relevante Finanzinstrumente in Stufe 3

Die Bank bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100 % auf Basis der erzielbaren Zahlungsströme des Vermögenswerts für diejenigen finanziellen Vermögenswerte, die gemäß den Vorgaben des IFRS 9 Appendix A als bonitätsbeeinträchtigt (credit impaired) klassifiziert sind. Die Definition der Bank für bonitätsbeeinträchtigte Geschäfte erfolgt einheitlich zu der Definition der DB Gruppe in Anlehnung an die aufsichtsrechtliche Ausfalldefinition gemäß Art. 178 CRR. Die Zuordnung zu Stufe 3 erfolgt ohne Berücksichtigung der Auswirkungen von Kreditrisikominderungen wie Sicherheiten oder Garantien. Folgende Faktoren werden dabei zur Beurteilung des Vorliegens einer Bonitätsbeeinträchtigung berücksichtigt:

- Erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gemäß intern durchgeführter Analysen (z. B. Vertragsbruch, Zahlungsausfall oder -verzug sowie Covenant-Bruch, Zugeständnisse seitens des Kreditgebers in Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden, erhöhte Insolvenzwahrscheinlichkeit, Verschwinden aktiver Märkte infolge finanzieller Schwierigkeiten, Verringerung erwarteter Cashflows aus einer Gruppe von Vermögenswerten seit erstmaligem Ansatz)
- Interne Risikoindikatoren: regelbasierte Indikatoren der Sanierung und Abwicklung (u.a. Stellung eines Insolvenzantrags, Kündigung anderer Gläubiger), prinzipienorientierte Indikatoren der Sanierung (u.a. Bildung eines Banken-/Sicherheitenpools)

– 90 Tage Zahlungsverzug.

Für impairment-relevante Finanzinstrumente in Stufe 3 deckt die Wertberichtigung den Betrag des Kredits ab, den die Bank voraussichtlich verlieren wird. Der Nachweis der Eigenschaft „credit impaired“ erfolgt dabei unabhängig davon, ob es sich um Retail Instrumente (Consumer Finance), Baufinanzierungen oder Non-Retail Geschäfte handelt.

Bei der Berechnung der ECL sind Prognosen über die künftigen individuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für das nicht-homogene Portfolio (Discounted-Cashflow-basierte Einzelfallbewertung). Die erwarteten Verluste des Non-Retail Portfolios werden auf der Grundlage des wahrscheinlichkeitsgewichteten Barwerts der Differenz zwischen den vertraglichen Zahlungsströmen, die der Bank aus dem Vertrag zustehen, und den erwarteten Zahlungsströmen geschätzt. Dabei fließen für das Non-Retail Geschäft unterschiedliche Szenarien mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsgewichten ein. Diese Szenarien referenzieren dabei insbesondere auf die Verwertung von Sicherheiten einerseits sowie auf eine erfolgreiche Sanierung andererseits. Die Wahrscheinlichkeitsgewichte werden dabei fallspezifisch unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des jeweiligen Einzelfalls festgelegt. Die Cashflow-basierte Einzelfallbewertung von ECL in Stufe 3 für das nicht homogene Portfolio wird dabei mindestens vierteljährlich durchgeführt. Die Bewertung erfolgt dabei auf Basis der fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich des erzielbaren Betrages im Rahmen einer Verwertung der Sicherheiten.

Im Rahmen der Consumer-Finance-Portfolios (Ratenkredite, Dispositionskredite, Kreditkarten) wird aus Vereinfachungsgründen im Massengeschäft auf dieses Einzelvorgehen verzichtet. Stattdessen wird hier für die ECL Berechnung der Stufe 3 auf Portfolioparameter abgestellt (siehe oben). Diese maschinelle, parameterbasierte ECL-Berechnung erfolgt auf täglicher bzw. monatlicher Basis. Für die Baufinanzierung wird der ECL zum überwiegenden Teil ebenfalls maschinell und parameterbasiert ermittelt. Hierfür wird auf die Parameter PD (PD=1), LGD und EAD abgestellt. Für diejenigen Baufinanzierungen, welche sich im Workout befinden, liegen aktuelle Informationen im Sinne des IFRS 9 (B5.5.49) hinsichtlich der Sicherheitenbewertung aus Gutachten oder von Insolvenzverwaltern vor, so dass hier eine individuelle Verlustschwere anstelle des LGD-Modellparameters verwendet wird. Zusätzlich werden auf Portfolioebene kalibrierte Parameter in Anrechnung gebracht, um Unsicherheiten im Rahmen der Verwertung zu berücksichtigen. Diese Parameter beziehen sich dabei auf die geographische Lage der Sicherheit.

Erworbene oder ausgegebene bonitätsbeeinträchtigte finanzielle Vermögenswerte in Stufe 3

Ein finanzieller Vermögenswert gilt als bonitätsbeeinträchtigt erworben oder ausgegeben, wenn zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt. Solche wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte werden als POCI finanzieller Vermögenswert bezeichnet. POCI finanzielle Vermögenswerte werden so bewertet, dass sie die erwarteten Kreditverluste während der Laufzeit widerspiegeln, und alle nachfolgenden Veränderungen der erwarteten Kreditverluste, ob positiv oder negativ, in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst werden. Entsprechende finanzielle Vermögenswerte werden über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts im POCI Ansatz klassifiziert.

Abschreibungen

Die Bank reduziert den Bruttobuchwert eines finanziellen Vermögenswerts, wenn keine begründete Erwartung eines Erlöses im Rahmen des Collection- und Recovery-Prozesses, z. B. unter Berücksichtigung der aktuellen Marktlage eines betroffenen Kreditnehmers und der für das jeweilige Portfolio definierten Kriterien, besteht. Abschreibungen können sich auf einen finanziellen Vermögenswert in seiner Gesamtheit oder auf einen Teil davon beziehen und stellen ein Ausbuchungsereignis dar.

Für Kredite aus dem homogenen Kreditportfolio ist die Anzahl der Tage, die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung. Entsprechend erfolgt eine Abschreibung mit zunehmendem Zeitverlauf und in Abhängigkeit des Mahn- und Beitreibungsprozesses bzw. unter Berücksichtigung der noch erwarteten Cashflows.

Für Kredite aus dem nicht-homogenen Kreditportfolio gilt, dass die Dauer bis zum Abschreibungszeitpunkt unabhängig von der Überfälligkeit ist. Eine Abschreibung wird entsprechend nach der Sicherheitenverwertung bzw. der Feststellung der Erlöserwartung von Null vorgenommen. Zudem sind Teilabschreibungen im Rahmen der Gesundung/Sanierung möglich.

Berechnung der Zinserträge

Für finanzielle Vermögenswerte der Stufen 1 und 2 berechnet die Bank den Zinsertrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode (EIR) auf den Bruttobuchwert (d.h. ohne Abzug der Risikovorsorge). Der Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte in Stufe 3 wird unter Anwendung der EIR auf die fortgeführten Anschaffungskosten (d.h. den Bruttobuchwert abzüglich der Kreditrisikovorsorge) kalkuliert.

Risikovorsorge für Eventualverpflichtungen im Kreditgeschäft

Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen wird die Risikovorsorge gemäß IFRS 9 5.5.7 analog dem Vorgehen für Kredite gebildet. Bei Finanzgarantien handelt es sich bei der Bank überwiegend um Avale. Bei unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich typischerweise um offene Linien, d.h. nicht genutzte Kreditlimite. Hier gilt, dass im Rahmen der

ECL-Ermittlung neben den bereits erwähnten Parametern ein Credit Conversion Factor (CCF) in Anrechnung gebracht wird, um die Wahrscheinlichkeit der Ziehung dieser ungenutzten Linien zu berücksichtigen.

(e) Derivate und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Zum Bilanzstichtag lagen keine Eingebettete Derivate im Sinne von IFRS 9 vor.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten oder nicht in das Hedge Accounting einbezogenen Derivaten werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen ausgewiesen. Die entsprechenden Zinszahlungen in Verbindung mit den zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und in Verbindung mit nicht in das Hedge Accounting einbezogenen Derivaten im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Die DB PFK macht im Rahmen der Anwendung von IFRS 9 von der Möglichkeit Gebrauch, die Regelungen des IAS 39 weiterhin zur Abbildung von Hedge Accounting anzuwenden.

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden:

- Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“),
- Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch aus variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie
- Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Die Bank nutzt im Rahmen des Hedge Accounting lediglich die Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts.

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert die Bank die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft. Zudem dokumentiert die Bank Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, sowie die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie die Bank die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva bzw. Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts bzw. eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in der Position „Sonstiges Ergebnis“ der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird im Sonstigen Ergebnis berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrundeliegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrundeliegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem beendeten Sicherungsgeschäft

über die Restlaufzeit des Grundgeschäfts amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Bei anderen Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich nicht auf das abgesicherte Risiko beziehen (beispielsweise Bonitäten bei FVOCI-Beständen), bzw. bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

(f) Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Bank rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch zur Saldierung der bilanzierten Beträge muss sowohl bei normalem Geschäftsverlauf als auch bei einem Ausfallereignis, bei Insolvenz oder bei Konkurs entweder des Konzerns oder des Kontrahenten rechtlich durchsetzbar sein. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen Rechnungslegungsstandard untersagt.

Die Bank wendet die Aufrechnung von Finanzinstrumenten mehrheitlich auf derivative Instrumente und Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften an. Ein wesentlicher Teil der Aufrechnung wird auf Zinsderivate und zugehörige Barsicherheiten angewandt, die durch eine zentrale Gegenpartei, wie das London Clearing House, abgewickelt werden. Die Bank rechnet auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften auf, soweit die Bank sowohl ein Saldierungsrecht besitzt als auch die Absicht hat, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen.

Der Rahmenvertrag ermöglicht es, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfasster Geschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt. Darüber hinaus schließen wir Besicherungsvereinbarungen zu Rahmenverträgen ab, um das Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen.

(g) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte werden nur dann gemäß IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57(a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear in der Regel über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. In der Berichtsperiode wurden keine Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer mit wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis dieser bzw. künftiger Perioden vorgenommen. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden quartalsweise daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist das der Fall, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswerts seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswerts. Noch nicht nutzungsreife immaterielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf Wertminderung geprüft. Der Wertminderungsbetrag wird ergebniswirksam erfasst und in der GuV-Position „Sachaufwand und Verwaltungsaufwand“ ausgewiesen.

Liegen immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer vor, werden diese nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

(h) Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören eigene Immobilien, Einbauten in gemietete Räume sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden grundsätzlich 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren der beiden Zeiträume von Mietdauer oder erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 18 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung werden in der GuV-Position „Sachaufwand und Verwaltungsaufwand“ ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Bei Sachanlagen wird regelmäßig überprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Falls eine Wertminderung besteht, wird der erzielbare Betrag bestimmt, d. h. der jeweils höhere Wert beim Vergleich zwischen dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Eine Wertminderung wird erfasst, wenn der erzielbare Betrag den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst. Die Beträge der erfolgten Wertminderung bzw. Wertaufholung werden ergebniswirksam erfasst und in der GuV-Position „Sachaufwand und Verwaltungsaufwand“ ausgewiesen.

(i) Leasinggeschäfte

Bilanzierung von Leasingverhältnissen nach IFRS 16 für die Berichtsperiode

Seit dem 1. Januar 2019 wendet die Bank bei der Bilanzierung von Leasingverhältnissen den IFRS 16 „Leasingverhältnisse“ an.

Leasingnehmer

Die DB PFK schließt Leasingverträge als Leasingnehmer überwiegend für Grundstücke und Gebäude sowie für Firmenwagen ab.

Die DB PFK beurteilt bei Vertragsbeginn, ob es sich bei einem Vertrag um ein Leasingverhältnis handelt oder dieses enthält. Ein Leasingverhältnis gemäß IFRS 16 liegt dann vor, wenn der Vertrag das Recht einräumt, die Nutzung eines identifizierten Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum gegen Entgelt zu kontrollieren.

Die DB PFK wendet für alle Leasingverhältnisse einen einheitlichen Ausweis- und Bewertungsansatz an, sofern das Leasingverhältnis eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten hat und/oder der zugrundeliegende Vermögenswert nicht von geringem Wert ist. Vermögenswerte sind von geringerem Wert, wenn deren Anschaffungs-/Herstellungskosten unter fünf tausend Euro liegen. Die DB PFK macht von der Möglichkeit Gebrauch, die Ansatzvorschriften des IFRS 16 nicht auf kurzfristige Leasingverträge sowie auf Leasingverträge anzuwenden, bei denen der zugrundeliegende Vermögenswert von geringem Wert ist.

Als Leasingnehmer bilanziert die DB PFK zum Zeitpunkt des Beginns des Leasingverhältnisses einen Vermögenswert, der das Recht auf Nutzung des zugrundeliegenden Leasinggegenstandes darstellt, und eine Leasingverbindlichkeit, die die Verpflichtung der DB PFK zur Leistung von Leasingraten darstellt.

Das Nutzungsrecht wird zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen bewertet und um eine Neubewertung bzw. Modifikation der Leasingverbindlichkeiten bereinigt. Die Anschaffungskosten des Nutzungsrechts umfassen den Betrag der Leasingverbindlichkeiten, bereinigt um etwaige Leasingzahlungen, die zum oder vor dem Datum des Beginns des Leasingverhältnisses geleistet wurden, zuzüglich etwaiger anfänglich angefallener direkter Kosten und einer Schätzung der Kosten für den Abbau und die Entfernung des zugrundeliegenden Vermögenswerts oder die Wiederherstellung der Standort, an dem es sich befindet, abzüglich der erhaltenen Leasinganreize. Nutzungsrechte werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses abgeschrieben und im Sachaufwand ausgewiesen.

Der Wertminderungstest wird gemäß IAS 36 zum Bilanzstichtag bzw. beim Eintreten von Ereignissen, die zu einer Wertminderung führen könnten, durchgeführt. Zu den relevanten Ereignissen zählen insb. strategische Entscheidungen der DB PFK, z. B. Entscheidungen bzgl. einer Filialschließung. Wird bei der Durchführung eines Wertminderungstests ein Abschreibungsbedarf festgestellt, wird Nutzungsrecht entsprechend abgeschrieben und der Abschreibungsbetrag im Sachaufwand ausgewiesen.

Die Leasingverbindlichkeit wird mit dem Barwert der über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu leistenden Leasingzahlungen bewertet. Die Leasingzahlungen umfassen feste Zahlungen abzüglich etwaiger Leasinganreize. Variable Leasingzahlungen, die nicht von einem Index oder einer Rate abhängen, werden ergebniswirksam in dem Zeitraum erfasst,

in dem das Ereignis oder die Bedingung eintritt, die die Zahlung auslösen. Die Zinsaufwendungen aus Leasingverhältnissen werden unter Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Bei der Berechnung des Barwerts der Leasingzahlungen beim Vertragsbeginn verwendet die DB PFK den Grenzfremdkapitalzinssatz, da der mit dem Leasingverhältnis verbundene Zinssatz nicht ohne weiteres bestimmbar ist. Dabei handelt es sich um den Grenzfremdkapitalzinssatz der DB AG. Im Rahmen der Folgebewertung wird der Betrag der Leasingverbindlichkeiten um den Zinsaufwand erhöht und um die geleisteten Leasingzahlungen reduziert. Darüber hinaus wird der Buchwert der Leasingverbindlichkeiten neu bewertet, wenn eine Änderung der Leasinglaufzeit oder eine Änderung der Leasingzahlungen vorliegt.

Bei einer Sale-and-Leaseback Transaktion prüft die PFK im ersten Schritt, ob eine Veräußerung im Sinne des IFRS 15 vorliegt. Ist das der Fall bucht die DB PFK den zugrundeliegenden Vermögenswert im Zeitpunkt des Verkaufs aus und bilanziert das mit der Rückmietung verbundene Nutzungsrecht sowie eine Leasingverbindlichkeit. Der Buchwert des Nutzungsrechts bemisst sich dabei am Buchwert des zugrundeliegenden Vermögenswerts, abhängig von dem durch die Transaktion zurückbehaltenen Nutzungsrecht. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung werden insoweit erfasst, als sie sich auf die nicht zurückbehaltenen Nutzungsrechte beziehen.

Die DB PFK weist das Nutzungsrecht aus Leasingverhältnissen in der Bilanzposition "Sachanlagen" und die Leasingverbindlichkeiten in der Bilanzposition "Sonstige Passiva" aus.

Die DB PFK macht von der Möglichkeit Gebrauch, die IFRS 16-Vorschriften nicht auf die kurzfristigen Leasingverträge, das heißt auf Leasingverhältnisse mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten, sowie auf Leasingverträge, bei denen der zugrundeliegende Vermögenswert von geringerem Wert ist, anzuwenden. Leasingzahlungen für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse von geringwertigen Vermögenswerten werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand erfasst.

Leasinggeber

Als Leasinggeber weist die DB PFK bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert aus. Auf die Nettoinvestition werden die Ausbuchungs- und Wertminderungsvorschriften gemäß IFRS 9 angewandt (Kapiteln (a) und (b)). Die fälligen Leasingraten werden aufgeteilt, wobei der erfolgswirksame Ertragsanteil als Zinsertrag erfasst wird und der erfolgsneutrale Tilgungsanteil gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand gebucht wird. Die DB PFK hat weder als Leasinggeber noch als Leasingnehmer Finanzierungsleasingverhältnisse mit Bezug auf Immobilien.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die DB PFK das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen bzw. den immateriellen Vermögenswerten aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden als Erträge und die Abschreibungen auf die vermieteten Vermögenswerte als Aufwand erfasst.

Bilanzierung von Leasingverhältnissen nach IAS 17 und IFRIC 4 für die Vergleichsperiode

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing aktiviert die DB PFK den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwerts oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen und schreibt ihn über die Leasinglaufzeit ab.

Als Leasinggeber weist die DB PFK bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert aus. Die fälligen Leasingraten werden aufgeteilt, wobei der erfolgswirksame Ertragsanteil als Zinsertrag erfasst wird und der erfolgsneutrale Tilgungsanteil gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand gebucht wird. Die DB PFK hat weder als Leasinggeber noch als Leasingnehmer Finanzierungsleasingverhältnisse mit Bezug auf Immobilien.

Beim Operating Leasing erfasst die DB PFK als Leasingnehmer die geleisteten Leasingraten linear über die Mietdauer als Mietaufwand.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die DB PFK das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten

Anschaffungskosten in den Sachanlagen bzw. den immateriellen Vermögenswerten aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden als Erträge und die Abschreibungen auf die vermieteten Vermögenswerte als Aufwand erfasst.

(j) Rückstellungen und Eventualverpflichtungen

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt widerspiegelt.

Rückstellungen für gerichtliche und außergerichtliche Rechtsstreitigkeiten werden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses aus den laufenden Rechtsstreitigkeiten größer als 50 % ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich ermittelt werden kann. Bei der Bestimmung, ob die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses größer als 50 % ist, und bei der Schätzung der Höhe der möglichen Verpflichtung berücksichtigt die Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen u. a. die Art des Anspruchs und des zugrundeliegenden Sachverhalts, Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie der Bank bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderer Fachleute. Da die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Höhe der Verpflichtung aus Rechtsstreitigkeiten mit Unsicherheiten verbunden ist, kann die tatsächliche Verpflichtung am Ende des Gerichtsverfahrens bzw. der außergerichtlichen Beilegung von der Höhe der gebildeten Rückstellung abweichen.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Bei den in der Note 26 ausgewiesenen Restrukturierungen handelt es sich um die im Rahmen der Neuorganisation des Vertriebs gebildeten Rückstellungen, sowie um die Rückstellungen für Effizienzmaßnahmen im Rahmen der neuen strategischen Ausrichtung.

Eventualverpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann. Für die Abgrenzung geht die Bank regelmäßig davon aus, dass eine Eventualverpflichtung vorliegt, wenn die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme kleiner gleich 50 % ist. Finanzgarantien werden in Höhe des garantierten Betrages unter Berücksichtigung der erhaltenen Sicherheiten sowie der Risikoversorge abgebildet.

Im Wesentlichen betreffen die Eventualverpflichtungen der Bank die Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie Kreditzusagen.

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen werden um die gebildete Risikoversorge gekürzt. Zur Ermittlung der Risikoversorge für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft verweisen wir auf den Abschnitt „Wertminderung und Risikoversorge im Kreditgeschäft“ in dieser Note.

(k) Leistungen an Arbeitnehmer

Pensionszusagen

Die Bank bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters ergebniswirksam im Personalaufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen der Bank ist unternehmensextern finanziert.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in der Note 31 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld ergebniswirksam zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Der Ausweis der Verpflichtungen für Leistungen an Arbeitnehmer erfolgt unter den Sonstigen Passiva.

Aktienbasierte Vergütungen

Die DB PFK nimmt am DB Equity Plan nach den vom Deutsche Bank Konzern vorgegebenen Bedingungen teil. Der Deutsche Bank Konzern gewährte im Rahmen des DB Equity Plan aktienbasierte Vergütungen. Aktienbasierte Vergütungen, bei denen die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft Mitarbeitern der DB PFK Deutsche Bank-Stammaktien überträgt, werden im Konzernabschluss der DB PFK als Transaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente im Eigenkapital dargestellt, da die Verpflichtung des Ausgleichs bei der Deutschen Bank AG liegt.

Der wirtschaftliche Gehalt der aktienbasierten Vergütungsprogramme des Deutsche Bank Konzerns besteht darin, dass die Deutsche Bank AG der DB PFK eine Kapitaleinlage zur Verfügung stellt und die DB PFK eine aktienbasierte Vergütung an ihre Mitarbeiter im Gegenzug für deren erbrachte Arbeit leistet. Die Kosten der Vergütung, die sich auf Aktienzuteilungen der Muttergesellschaft (Deutsche Bank AG) an Mitarbeiter der DB PFK beziehen, werden im Konzernabschluss der DB PFK als Personalaufwand mit einem entsprechenden Zugang im Eigenkapital erfasst. Dieser Personalaufwand basiert auf dem beizulegenden Zeitwert am Tag der Gewährung der Zuteilungen (einschließlich Anpassungen für voraussichtlich verfallende Ansprüche) und wird über die erforderliche Dienstzeit bis zur Unverfallbarkeit des Anspruchs erfasst.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Weitere Informationen zur aktienbasierten Vergütung sind in der Note 31 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

(l) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn ihr Buchwert im Wesentlichen durch einen Verkauf realisiert wird und der Verkauf höchstwahrscheinlich ist.

Die als zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus bisherigem Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt und im Bilanzposten „Sonstige Aktiva“ ausgewiesen. Ausnahmen von dieser Bewertungsregelung finden gemäß IFRS 5.5 u. a. auf Finanzinstrumente Anwendung. Die mit diesen Vermögenswerten verbundenen Verbindlichkeiten werden in dem Bilanzposten „Sonstige Passiva“ ausgewiesen, sofern diese ebenfalls übertragen werden sollen.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, deren Bewertung in den Anwendungsbereich des IFRS 5 fällt, werden entweder die auf dem aktiven Markt notierten Kaufpreise, sofern diese vorhanden sind, oder bereits vorliegende Kaufangebote bzw. vereinbarte Preise herangezogen.

Die Bewertung der Vermögenswerte, deren Bewertung aus dem Anwendungsbereich des IFRS 5 ausgeschlossen ist, erfolgt weiterhin nach den jeweiligen Standards.

(m) Ertragserfassung

Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen aus verzinslichen finanziellen Vermögenswerten, die als AC oder FVOCI klassifiziert wurden, und finanziellen Verbindlichkeiten werden gemäß IFRS 9 nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsertrag bzw. im Zinsaufwand ausgewiesen. Bei der Anwendung der Effektivzinsmethode werden erwartete Cashflows über die gesamte Laufzeit des Vermögenswerts bzw. der Verbindlichkeit mit dem Effektivzins diskontiert. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen

alle dem Finanzinstrument direkt zurechenbaren Transaktionskosten und Gebühren sowie andere erhaltene oder geleistete Zahlungen ein.

Dividendenerträge werden bei Entstehung des Rechtsanspruchs auf die Dividende erfasst, sofern damit verbundener wirtschaftlicher Nutzen wahrscheinlich zufließen wird und die Höhe der Dividende verlässlich bewertet werden kann.

Provisionen und Gebühren

Seit dem 1. Januar 2018 wendet die Bank bei der Erfassung der Provisionen und Gebühren das Erlöserfassungsmodell des IFRS 15 „Erlöse aus Verträgen mit Kunden“ an, wonach die Erträge dann bilanziell erfasst werden, wenn die Verfügungsmacht über die Waren und Dienstleistungen übertragen und somit die vertraglichen Leistungsverpflichtungen gegenüber dem Kunden erbracht wurden. Bei der Bank sind die Vorschriften des IFRS 15 insbesondere in Bezug auf die Gebühren und Entgelte, die unter der Position „Provisionsüberschuss“ der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesen werden, anwendbar. Wobei bei den in diese Position erfassten Erträgen sich um die Erträge aus Verträgen mit Kunden handelt, die die Bank getrennt von ihren sonstigen Ertragsquellen anzugeben hat.

Bei der Beurteilung der Ertragserfassung wendet die Bank das Fünf-Schritte-Modell des IFRS 15 an. Dabei werden nach der Identifizierung eines Vertrags mit Kunden zunächst die zu erbringende Leistung bzw. mehrere abgrenzbare Leistungsverpflichtungen gegenüber dem Kunden identifiziert. Dabei wird geprüft, ob die Abgrenzungsfähigkeit sowie die Abgrenzbarkeit im Vertragskontext vorliegen. Als einzeln abgrenzbar gilt eine zugesagte Dienstleistung dann, wenn die Dienstleistung von Kunden eigenständig oder zusammen mit anderen für ihn stets verfügbaren Ressourcen genutzt werden kann und die im Vertrag vereinbarte Zusage für den Übergang der Dienstleistung auf den Kunden separat von anderen Zusagen in dem Vertrag abgrenzbar ist.

Die Höhe der Erträge (Gegenleistungen) wird auf Basis des vertraglich vereinbarten Transaktionspreises für die im Vertrag definierte Leistungsverpflichtung bemessen. Sind in der Leistungsverpflichtung variable Gegenleistungen vertraglich vereinbart, nimmt die Bank eine Schätzung der zu erwartenden Gegenleistung für die Erbringung der betreffenden Leistung vor. Variable Gegenleistungen können beispielsweise aus Nachlässen, Rabatten, Skonti, Boni, Rückerstattungen u. Ä. resultieren.

Eine erfolgswirksame Erfassung der Erträge erfolgt erst bei der Erfüllung der identifizierten Leistungsverpflichtungen.

Einmalige Gebühren und Provisionen bzw. Abschlussprovisionen, u. a. im Zahlungsverkehr, im Vermittlungsgeschäft sowie Gebühren aus dem Kreditgeschäft, die nicht Teil der Effektivzinsmethode sind, werden im Zeitpunkt der Leistungserbringung ergebniswirksam im Provisionsüberschuss erfasst. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die anlass- und somit zeitpunktbezogenen Dienstleistungen. Die Kontrolle über die zugesagten Dienstleistungen geht direkt nach Leistungserbringung an den Kunden über, auch wenn die Leistungen dem Kunden teilweise vor- oder nachschüssig in Rechnung gestellt werden.

Im Wertpapier- und Fondsgeschäft erwirtschaftet die Bank für ihre Vermittlungsleistung neben Abschlussprovisionen, die bereits bei der erfolgten Vermittlung fällig sind, auch Vertriebsprovisionen, deren Zahlungsfälligkeit über einen bestimmten Zeitraum gestundet ist. Diese Provisionen werden mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen nach erfolgter Vermittlung sofort ergebniswirksam erfasst. Die Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen, die der Bank über die Laufzeit dieser Versicherungen gezahlt werden, werden auf Basis einer zuverlässigen Schätzung des erwarteten Barwerts erfasst. Die damit verbundenen ausstehenden Zahlungen werden als Forderungen unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

Die Erfassung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, u. a. im Bereich des Zahlungsverkehrs (z. B. Jahresgebühren im Giro- und Kartengeschäft), erfolgt am Bilanzstichtag entsprechend dem Grad der Erfüllung der Leistungsverpflichtung des Geschäfts.

Für Vertragsverhältnisse, bei denen mehrere separate Leistungsverpflichtungen identifiziert wurden, wird die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet. Aktuell bestehen bei der Bank keine solche Vertragsverhältnisse.

(n) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum DB PFK Organkreis gehörenden Gesellschaften nicht ausgewiesen, da diese vom Organträger, der Deutschen Bank AG, geschuldet werden. Bei den konsolidierten Tochtergesellschaften, die nicht zum DB PFK Organkreis gehören, wird der jeweilige unternehmensspezifische Steuersatz herangezogen.

Bei der Beurteilung der Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten müssen teilweise Einschätzungen getroffen werden. Eine abweichende steuerliche Beurteilung der Finanzbehörden kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der damit

verbundenen Unsicherheit wird dadurch Rechnung getragen, dass ungewisse Steuerforderungen und -verpflichtungen dann angesetzt werden, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit aus Sicht der Bank höher als 50 % ist. Eine Änderung der Einschätzung, z. B. aufgrund von finalen Steuerbescheiden, wirkt sich auf die laufenden und die latenten Steuerposten aus. Für bilanzierte unsichere Ertragsteuerposten wird als beste Schätzung die voraussichtlich erwartete Steuerzahlung zugrunde gelegt.

Für die weiterhin von den nicht zum DB PFK Organkreis gehörenden Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist. Der Ansatz von latenten Steueransprüchen für steuerliche Verlustvorträge erfolgt aufgrund von zukünftig zu versteuerndem Einkommen im Rahmen eines Planungszeitraums von grundsätzlich fünf Geschäftsjahren.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und Steuererträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrundeliegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Sonstigen Ergebnis erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A).

(o) Kapitalflussrechnung

In der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu (Managementansatz). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten Hypothekendarlehen, ungedeckte Schuldverschreibungen und andere langfristige Verbindlichkeiten.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten dahingehend, dass sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge korrespondieren nur bedingt mit Bilanzveränderungen, die beim Vergleich einer Berichtsperiode mit der nächsten zu beobachten sind, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, d. h. sowohl auf Marktbewegungen als auch auf Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

03 – Erstmals angewandte und künftige Rechnungslegungsvorschriften

In der Berichtsperiode erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

IFRS 16 „Leasingverhältnisse“

Zum 1. Januar 2019 setzte die DB PFK die Anforderungen des IFRS 16 „Leasingverhältnisse“ um. IFRS 16 regelt den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angabepflichten für Leasingverhältnisse und ersetzt den bisherigen IAS 17 „Leasingverhältnisse“. IFRS 16 trat für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden.

Das neue Bilanzierungsmodell für den Leasingnehmer sieht vor, dass sämtliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sind. Demzufolge erfasst der Leasingnehmer einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrundeliegenden Leasinggegenstands repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten bzw. Mietzahlungen darstellt. Die bisher unter IAS 17 geregelte Differenzierung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt für den Leasingnehmer somit komplett.

Das Bilanzierungsmodell von IFRS 16 für den Leasinggeber unterscheidet sich nicht wesentlich von den bisherigen Regelungen des IAS 17.

Zusätzlich verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen.

Die DB PFK analysierte die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 in einem gemeinsamen konzernweiten Umsetzungsprogramm der Deutschen Bank. Die Leasingverträge der DB PFK, die in den Anwendungsbereich des IFRS 16 fallen, betreffen Grundstücke und Gebäude sowie Firmenwagen.

Die DB PFK macht von der Möglichkeit Gebrauch, die neuen Ansatzvorschriften nicht auf kurzfristige Leasingverträge sowie auf Leasingverträge anzuwenden, bei denen der zugrundeliegende Vermögenswert von geringem Wert ist.

Die DB PFK hat sich dafür entschieden, den modifizierten rückwirkenden Übergangsansatz ohne Anpassung der Vergleichszahlen anzuwenden. Im Rahmen des modifizierten rückwirkenden Übergangsansatzes kann für jedes Leasingverhältnis entschieden werden, ob entweder (i) das Nutzungsrecht mit dem gleichen Betrag wie die Leasingverbindlichkeit angesetzt oder (ii) das Nutzungsrecht rückwirkend, unter Anwendung des Erstanwendungszinssatzes, bewertet wird. Bei Anwendung des Ansatzes (ii) wird die resultierende Differenz zwischen dem Nutzungsrecht und der Leasingverbindlichkeit zum Erstanwendungszeitpunkt als Anpassung des Eröffnungsbilanzwerts der Gewinnrücklagen im Konzerneigenkapital erfasst.

Bei der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 auf Leasingverhältnisse, die zuvor als Operating-Leasingverhältnisse klassifiziert waren, hat die DB PFK sich entschieden, auf alle Leasingverhältnisse das Nutzungsrecht im Rahmen von Ansatz (i) grundsätzlich in Höhe der Leasingverbindlichkeit unter Verwendung des zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung geltenden Abzinsungssatzes zu bewerten. Infolgedessen entsteht bei der DB PFK kein Eigenkapitaleffekt durch die Erstanwendung des IFRS 16.

Die Leasingverbindlichkeiten wurden zum Barwert der ausstehenden Leasingzahlungen bewertet, diskontiert mit dem Grenzfremdkapitalzinssatz zum 1. Januar 2019. Der gewichtete durchschnittliche Grenzfremdkapitalzinssatz betrug 1,44 % p.a.

Darüber hinaus wurden unter der Anwendung vom IFRS 16.C10 (b) Rückstellungen, die zuvor für belastende Immobilienmietverträge gebildet wurden, zum Erstanwendungszeitpunkt ergebnisneutral ausgebucht und der Wert der Nutzungsrechte um den gleichen Betrag ebenfalls ergebnisneutral reduziert.

Die Erstanwendung des IFRS 16 führte zur erstmaligen Erfassung von Nutzungsrechten aus Leasingvereinbarungen in Höhe von 724 Mio € sowie von Leasingverbindlichkeiten in Höhe von 736 Mio €.

Die nachfolgende Tabelle stellt, basierend auf den künftigen Mindestleasingzahlungen aus Operating Lease gemäß IAS 17 zum 31. Dezember 2018, die Überleitung auf die passivierten Leasingverbindlichkeiten gemäß IFRS 16 zum 1. Januar 2019 dar.

in Mio €	
Operative Leasingverpflichtungen zum 31. Dezember 2018	946
Änderungen aufgrund Neudefinition Leasingverhältnisse	-347
Anwendungserleichterung für kurzfristige Leasingverhältnisse	-7
Anpassungen aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen von Verlängerungs- oder Kündigungsoptionen	174
Sonstige	15
Brutto-Leasingverbindlichkeiten zum 1. Januar 2019	781
Abzinsung	-45
Gesamte Leasingverbindlichkeiten zum 1. Januar 2019	736

Weitere Änderungen

Außerdem wendet die Bank in der Berichtsperiode erstmals die nachfolgenden Standards an, aus deren Anwendung sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ergeben:

IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ - IAS 19 „Plan Amendment, Curtailment or Settlement“

Aufgrund der Änderungen des IAS 19 ist es zwingend erforderlich, dass bei einer Änderung, Kürzung oder Abgeltung eines leistungsorientierten Versorgungsplans der laufende Dienstzeitaufwand und die Nettozinsen für das restliche Geschäftsjahr neu ermittelt werden. Ferner wird klargestellt, wie sich eine Planänderung, -kürzung oder -abgeltung auf die Vermögenswertobergrenze auswirkt.

IAS 28 „Long-term Interests in Associates and Joint Ventures“

Bei der Änderung handelt es sich um eine Klarstellung, dass die Bilanzierung der langfristigen Beteiligungen an einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture, die einen Teil der Nettoinvestition in dieses assoziierte Unternehmen oder Joint Venture ausmachen, aber nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, gemäß den Anforderungen von IFRS 9 zu erfolgen hat.

Interest Rate Benchmark Reform (Amendments to IFRS 9, IAS 39 and IFRS 7)

Aufsichtsbehörden und Zentralbanken haben sich zum Ziel gesetzt, die Robustheit von Referenzwerten, insbesondere von Referenzzinssätzen, zu verbessern.

Das International Accounting Standard Board (IASB) befasst sich in zwei Phasen mit den Auswirkungen der Referenzzinssatzreform auf die Finanzberichterstattung. Die Phase 1 umfasst Probleme, die die Finanzberichterstattung in der Zeit vor dem Ersetzen eines bestehenden Referenzzinssatzes durch einen alternativen risikofreien Zinssatz („RFR“) betrifft; und Phase 2 konzentriert sich auf Probleme, die sich auf die Finanzberichterstattung auswirken können, wenn ein bestehender Referenzzinssatz durch einen RFR ersetzt wird.

Im September 2019 hat das IASB die Verlautbarung „Reform der Referenzzinssätze (Änderungen an IFRS 9, IAS 39 und IFRS 7)“ veröffentlicht, welche Erleichterungen für bestimmte Hedge-Accounting-Anforderungen umfassen, um Unsicherheiten in der Periode zu beseitigen, die sich aus dem Auslaufen von Zinsbenchmarks (z. B. Interbank Offered Rates - IBORs) ergeben, sowie spezifische Abgabepflichten für die betroffenen Sicherungsbeziehungen. Die Änderungen treten verpflichtend für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2020 beginnt, wobei eine vorzeitige Anwendung gestattet ist. Die Europäische Union hat die Ergänzungen im Januar 2020 übernommen, was der DB PFK eine vorzeitige Anwendung erlaubt. Die DB PFK hat sich für eine vorzeitige Anwendung der Ergänzungen ab 1. Januar 2019 entschieden.

Die Bank führt ein unternehmensweites Projekt durch, um den Übergang vom LIBOR und anderen Referenzzinssätzen zu den RFRs zu ermöglichen. Das Projekt bezieht alle betroffenen Markt- und Marktfolgebereiche, einschließlich der Infrastrukturfunktionen ein. Das Projekt hat zum Ziel, die relevanten Zinssätze und Produkte zu identifizieren um den Handel von Produkten, die auf einen RFR referenzieren, zu ermöglichen bzw. die Auswirkungen auf bestehende Verträge zu analysieren. Der Ansatz der Bank ist ganzheitlich, sodass die aus dem Übergang von den bisherigen Zinssätzen auf die alternativen Referenzzinssätze erforderlichen Anpassung von Systemen, Prozessen und der Strategie vollständig und zeitgerecht umgesetzt werden.

IFRIC 23 „Uncertainty over Income Tax Treatments“

Mit IFRIC 23 wird die Bilanzierung von Unsicherheit in Bezug auf Ertragsteuern klargestellt. Die Interpretation ist auf zu versteuernde Gewinne (steuerliche Verluste), steuerliche Basen, nicht genutzte steuerliche Verluste, nicht genutzte Steuergutschriften und Steuersätze anzuwenden, wenn Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung nach IAS12 besteht.

Annual Improvements 2015 – 2017

Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2015 – 2017 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

IAS 1 and IAS 8 „Definition of Material“

Die Änderungen betreffen eine Schärfung der Definition von „wesentlich“. Demnach sind die Informationen dann als wesentlich zu klassifizieren, wenn vernünftigerweise zu erwarten ist, dass ihre Auslassung, fehlerhafte Darstellung oder Verschleierung die Entscheidungen der primären Adressaten von Mehrzweckabschlüssen, die diese auf Grundlage eines solchen Abschlusses, der Finanzinformationen eines bestimmten Unternehmens bietet, treffen, beeinflussen können.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2020 beginnen. Aus den oben genannten Neuerungen erwartet die Bank keine wesentlichen Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DB PFK Konzerns.

IFRS 3 „Business Combinations“

Die Änderungen betreffen Konkretisierungen und Klarstellungen zur Definition eines Geschäftsbetriebs und sollen den Anwendern die Bestimmung, ob es sich bei dem Erwerb um einen Geschäftsbetrieb oder eine Gruppe von Vermögenswerten handelt, erleichtern.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2020 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor. Aus den oben genannten Neuerungen erwartet die Bank keine wesentlichen Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DB PFK Konzerns.

IFRS 17 „Insurance Contracts“

Im Mai 2017 veröffentlichte das IASB IFRS 17, „Insurance Contracts“ („IFRS 17“), der die bilanziellen Grundsätze in Bezug auf den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Anhangangaben für Versicherungsverträge innerhalb des Anwendungsbereichs des Standards regelt. IFRS 17 ersetzt die Vorschriften des IFRS 4, die Unternehmen die Möglichkeit zur weiteren Anwendung von nationalen Bilanzierungsvorschriften gegeben hatten. Dies führte zur Anwendung einer Vielzahl von verschiedenen Bilanzierungsansätzen. IFRS 17 löst dieses, durch IFRS 4 erzeugte Problem der mangelnden Vergleichbarkeit von Finanzabschlüssen, indem es für alle Versicherungsverträge eine einheitliche Bilanzierung vorschreibt und somit sowohl für Investoren als auch Versicherungsunternehmen Nutzen schafft. Versicherungsverpflichtungen werden unter Anwendung von aktuellen Werten statt historischen Anschaffungskosten bilanziert. Die Informationen werden laufend angepasst und geben den Adressaten von Finanzabschlüssen somit entscheidungsnützlichere Informationen. IFRS 17 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2021 beginnen. Basierend auf den derzeitigen Geschäftsaktivitäten des DB PFK Konzerns wird erwartet, dass die Umsetzung von IFRS 17 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben wird. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

Amendments to IFRS 10 and IAS 28 - Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture

Bei den Änderungen handelt es sich um eine Klarstellung in Bezug auf die Erfassung nicht realisierter Erfolge aus Transaktionen zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture. Der Erstanwendungszeitpunkt der Änderungen wurde durch das IASB auf unbestimmte Zeit verschoben. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

Amendments to References to the Conceptual Framework in IFRS Standards

Die Änderungen betreffen insbesondere überarbeitete Definitionen von Vermögenswerten und Schulden sowie neue Leitlinien zu Bewertung und Ausbuchung, Ausweis und Angaben. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2020 beginnt.

Aus den oben genannten Neuerungen erwartet die Bank keine wesentlichen Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DB PFK Konzerns.

Amendments to IAS 1 “Presentation of Financial Statements”: Classification of Liabilities as Current or Non-current

Im Januar 2020 veröffentlichte das IASB die Änderungen in Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig. Die Änderungen betreffen ausschließlich den Ausweis von Schulden in der Darstellung der finanziellen Lage und stellen klar, dass die Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig auf den Rechten basieren muss, die zum Bilanzstichtag vorliegen. Die Änderungen sind rückwirkend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2022 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor. Die DB PFK prüft derzeit die möglichen Auswirkungen auf ihren Konzernabschluss.

04 – Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 werden neben dem Mutterunternehmen DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Frankfurt am Main, registriert im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer 47141, 25 Tochterunternehmen einbezogen, die in der nachfolgenden Übersicht aufgeführt sind.

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Ambidexter GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding GmbH, Hameln	100,0	
DB Direkt GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
DB Investment Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
DB VersicherungsManager GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
KEBA Gesellschaft für interne Services mbH, Frankfurt am Main	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
PCC Services GmbH der Deutschen Bank, Essen	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Stelvio Immobiliare Srl, Bozen, Italien		100,0

In den Konsolidierungskreis werden darüber hinaus acht Teilgesellschaftsvermögen sowie eine Verbriefungsgesellschaft gemäß IFRS 10 einbezogen. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen und der Verbriefungsgesellschaft um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Die bereits im Vorjahr in den Konsolidierungskreis einbezogene Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, wurde am 17. Mai 2019 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln, verschmolzen. Die Verschmelzung führte zu keinen Effekten bei der Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der DB PFK.

Mit Wirkung zum 4. Juli 2019 wurde die Stelvio Immobiliare Srl gegründet und ab diesem Zeitpunkt in den Konsolidierungskreis der DB PFK einbezogen ist. Alleinige Gründerin und Gesellschafterin ist die BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH. Die Erstkonsolidierung der Gesellschaft führte zu keinen wesentlichen Effekten.

Die DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn, wurde am 27. August 2019 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Frankfurt am Main, verschmolzen. Damit ist auch die Anwachsung der DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn, auf die DB Privat- und Firmenkundenbank AG erfolgt und die Gesellschaft erloschen. Die Verschmelzung sowie auch die Anwachsung führten zu keinen Effekten bei der Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der DB PFK.

Die Gesellschaften BHW Kreditservice GmbH, Hameln, und Postbank Service GmbH, Essen, wurde am 27. August 2019 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die PCC Services GmbH der Deutsche Bank, Essen, verschmolzen. Die Verschmelzung führte zu keinen Effekten bei der Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der DB PFK.

Die PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main, wurden am 29. August 2019 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Frankfurt am Main, verschmolzen. Die Verschmelzung führte zu keinen Effekten bei der Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der DB PFK.

Die konzernfremden Kommanditisten der Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co Objekt Leipzig KG, Bonn, haben ihre Kommanditanteile mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 gekündigt. Damit erfolgte die Anwachsung der Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co Leipzig KG auf die alleinige verbliebene Gesellschafterin - Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn, und die Gesellschaft ist erloschen. Die Anwachsung führte zu keinen wesentlichen Effekten bei der Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der DB PFK. Im Zusammenhang mit der Kündigung der Anteile konnte die noch bestehende Verbindlichkeit gegenüber den Kommanditisten ergebniswirksam ausgebucht werden.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

05 – Segmentberichterstattung

Die Segmentinformationen des Konzerns basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der DB PFK überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Segmente

Die DB PFK strukturiert ihr Geschäft entlang dreier Unternehmensbereiche, die auch im Rahmen der Segmentberichterstattung konsistent abgebildet werden. Es bestehen keine Unterschiede zwischen dem Management-Accounting und der IFRS-Rechnungslegung.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmensbereiche werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet.

Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertrag) statt der Zinserträge und der Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand und der sonstige Aufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der DB PFK AG und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

In der Berichtsperiode wurde in der Unternehmensbereichsrechnung die Zuordnung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten wie folgt angepasst:

Die Infrastrukturfunktionen des Segments Marke Postbank wurden von den Vertriebseinheiten separiert und im Rahmen der Integration mit den Infrastrukturfunktionen der Marke Deutsche Bank im Segment Übrige ausgewiesen. Im nächsten Schritt erfolgte eine verursachungsgerechte Allokation der Infrastrukturkosten auf die Segmente Marke Deutsche Bank und Marke Postbank. Zudem werden nunmehr die Erträge aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Postbank sowie der Marke Deutsche Bank sowie die restlichen, nicht den Produkten (Privat- und Firmenkunden) zuzuordnenden Erträge beider Marken dem Segment Übrige zugerechnet.

Die daraus resultierenden rückwirkend durchgeführten Anpassungen können dem Kapitel „Segmentergebnisse“ entnommen werden.

Gemäß unserer Markendifferenzierung definieren wir die drei Unternehmensbereiche nunmehr wie folgt:

Marke Deutsche Bank

Im Segment „Marke Deutsche Bank“ werden die in diesem Unternehmensbereich im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland erwirtschafteten Ergebnisse ausgewiesen. Diese Marke ist durch ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen und Beratungsangeboten einschließlich komplexer Lösungen für Privatkunden positioniert. Zusätzlich bieten wir in Zusammenarbeit mit Experten aus der Unternehmens- und Investmentbank unseres Mutterunternehmens ein integriertes Betreuungskonzept für kleine und mittlere Unternehmen an. Diese Dienstleistungen machen wir unseren Kunden auf der Basis einer Omnikanal-Strategie verfügbar; tägliche Bankgeschäfte sind ebenso wie eine qualifizierte Beratung über sämtliche mobilen und stationären Kanäle für den Kunden zugänglich. Die eindeutig der Marke Deutsche Bank zugeordneten Kontaktmöglichkeiten umfassen neben unserem Filialnetz auch das Online Banking und das Online Brokerage, die Selbstbedienungsterminals, den mobilen Vertrieb, die Beratungszentren sowie die DB Direkt als telefonischen Kundenservice.

In der angebotenen Produktpalette enthalten sind Zahlungsverkehrsdienstleistungen, das Giro- und Spargeschäft, die Vorsorge- und Anlageberatung inklusive Vermögensbetreuungslösungen, Baufinanzierungen, Konsumentenkreditfinanzierung, das Bauspargeschäft, gewerbliche Finanzierungen einschließlich Exportfinanzierung und Factoring sowie Cash-, Zins- und Währungsmanagementlösungen. Wir haben hierüber hinaus den Anspruch, mit

Innovationen als Trendsetter im Markt erkennbar zu sein und unseren Kunden neben den klassischen Bank- und Finanzdienstleistungen auch neuartige Produkte anzubieten.

Für die integrierte Ergebnissteuerung weisen wir für die Marke Deutsche Bank zusammen mit den Nettoerträgen aus diesem Geschäft auch die zugehörige Risikovorsorge sowie die direkten Kosten der entsprechenden Vertriebsorganisationen aus. Zusätzlich werden in dieser Marke die Kosten der unmittelbar diesem Geschäft zuordenbaren Betriebsplattformen und Infrastruktureinheiten sowie zugehörige Rechnungsstellungen für entsprechende aus dem Mutterkonzern bezogene Dienstleistungen berichtet.

Marke Postbank

Im Segment „Marke Postbank“ wird das mit dem Geschäft dieser Marke erzielte Ergebnis ausgewiesen. Mit dem Angebot unter dieser Marke sprechen wir im Schwerpunkt Privat- und Firmenkunden in Deutschland an. Im Privatkundengeschäft fokussieren wir uns auf standardisierte, preisgünstige und an typischen Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzdienstleistungen. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie den Vertrieb von Investmentfonds. An Geschäfts- und Firmenkunden gerichtet, werden unter der Marke Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit europäischer Ausrichtung, Factoring und Leasing angeboten. Geldanlageprodukte sowie Lösungen im Bereich Zins- und Währungsmanagement ergänzen das Angebot. Diese Produkte und Dienstleistungen werden über ein deutschlandweites Filialnetz von Finanz-, Beratungs- und Vertriebscentern, einen mobilen Vertrieb, Callcenter sowie im Direct Banking über Online-Vertriebskanäle mit einem eigenständigen Markenauftritt angeboten.

Zusätzlich zu den Nettoerträgen werden der Marke Postbank die zugehörige Risikovorsorge sowie die Kosten derjenigen Einheiten zugeordnet, durch die der Vertrieb unter dieser Marke erfolgt. Zusätzlich werden in dieser Marke die Kosten der unmittelbar diesem Geschäft zuordenbaren Betriebsplattformen und Infrastruktureinheiten sowie zugehörige Rechnungsstellungen für entsprechende, aus dem Mutterkonzern bezogene Dienstleistungen berichtet.

Segment Übrige

Im Segment Übrige werden im Wesentlichen Restrukturierungs- und Investitionskosten im Zusammenhang mit der Integration von Postbank und Deutscher Bank, Investitionen und Ergebnisse im Kontext neuer Digitalangebote, Kosten und zugehörige Verrechnungen der die Marke Deutsche Bank und die Marke Postbank unterstützenden Infrastrukturbereiche sowie Ergebniseffekte aus Transaktionen mit dem Mutterkonzern gezeigt. Zusätzlich sind diesem Unternehmensbereich Erträge und Aufwendungen aus den weitgehend eigenständigen Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Postbank zugeordnet, die insbesondere der Steuerung der Zins- und Liquiditätsposition sowie der Optimierung der Ressourcennutzung für die Geschäfte dieser Marke dienen. Weiterhin werden nunmehr die Erträge aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Deutsche Bank und die restlichen, nicht den Produkten (Privat- und Firmenkunden) zu zuordnenden Erträge beider Marken dem Segment Übrige zugerechnet.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, sowie anderen Informationen, die regelmäßig vom Vorstand überprüft werden.

Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen zeigen die kumulierten Ergebnisse der Segmente einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, jeweils für die Geschäftsjahre 2019 und 2018. Alle Vergleiche in den nachfolgenden Erläuterungen zu den Segmenten erfolgen gegenüber den rückwirkend angepassten Werten des Geschäftsjahres 2018.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Jan. - Dez. 2019
	Marke Deutsche Bank	Marke Postbank	Übriges	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	1.992	2.273	-582	3.683
Risikovorsorge	-25	-210	3	-233
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.967	2.063	-579	3.450
Provisionsüberschuss	870	871	80	1.821
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen	21	-	-1	21
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-	-	113	113
Sonstiges Ergebnis	38	-1	261	298
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	929	870	454	2.253
Personalaufwand	-767	-677	-865	-2.310
Sachaufwand / Verwaltungsaufwand	-1.451	-1.861	631	-2.681
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-2.218	-2.538	-235	-4.990
Ergebnis vor Steuern	678	395	-360	713

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Jan. - Dez. 2018
	Marke Deutsche Bank	Marke Postbank	Übriges	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	1.910	2.270	-167	4.012
Risikovorsorge	-31	-182	1	-213
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.879	2.087	-166	3.799
Provisionsüberschuss	822	870	65	1.757
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen	17	-	-25	-8
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-	-	110	110
Sonstiges Ergebnis	39	1	411	452
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	878	872	562	2.311
Personalaufwand	-808	-689	-858	-2.356
Sachaufwand / Verwaltungsaufwand	-1.563	-1.713	574	-2.702
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-2.371	-2.402	-284	-5.057
Ergebnis vor Steuern	386	557	111	1.053

In der Berichtsperiode wurde die Zuordnung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten angepasst, um die Managementverantwortung sachgerechter abzubilden.

Im Zuge dessen wurden die Infrastrukturfunktionen des Segments Marke Postbank von den Vertriebseinheiten separiert und im Rahmen der Integration mit den Infrastrukturfunktionen der Marke Deutsche Bank im Segment Übrige ausgewiesen. Im nächsten Schritt erfolgte eine verursachungsgerechte Allokation der Infrastrukturkosten auf die Segmente Marke Deutsche Bank und Marke Postbank bis auf jene Infrastrukturkosten, die Geschäfte aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten betreffen. Zudem werden nunmehr die Erträge aus Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Marke Postbank sowie der Marke Deutsche Bank und die restlichen, nicht den Produkten (Privat- und Firmenkunden) zuzuordnenden Erträge beider Marken dem Segment Übrige zugerechnet.

Marke Deutsche Bank

Ergebnis vor Steuern

Das mit unserer Marke Deutsche Bank erzielte Ergebnis vor Steuern belief sich in der Berichtsperiode auf 678 Mio € nach 386 Mio € in der Vergleichsperiode. Dieser Ergebnisanstieg wurde in einem weiterhin herausfordernden – insbesondere von der anhaltenden Niedrigzinsphase geprägten - Marktumfeld erzielt. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen begründet durch im Vergleich zur Vorjahresperiode gestiegene Provisions- und Zinsüberschüsse sowie durch gesunkene zinsunabhängige Aufwendungen.

Das Ergebnis vor Steuern der Berichtsperiode liegt über dem Niveau des prognostizierten Ergebnisses vor Steuern 2019. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch eine im Vergleich zur Prognose mengenbedingt gestiegene Liquiditätsvergütung von der Muttergesellschaft DB AG.

Marke Postbank

Ergebnis vor Steuern

Im Geschäft mit unserer Marke Postbank belief sich das Ergebnis vor Steuern in der Berichtsperiode auf 395 Mio € nach 557 Mio € in der Vergleichsperiode. Maßgeblich für diese Ergebnisverschlechterung war im Wesentlichen eine in der Berichtsperiode aufgetretene Wertminderung von Software (138 Mio €). Ohne Berücksichtigung dieses Effekts lag das

Ergebnis leicht unter dem Niveau der Vergleichsperiode. Die Wertminderung von Software resultiert aus der strategischen Neuausrichtung des Mutterunternehmens Deutsche Bank AG und der damit verbundenen beschleunigten IT-Migration bei der Integration von Postbank und Deutscher Bank.

Das Ergebnis vor Steuern der Berichtsperiode war im Vergleich zur Prognose für 2019 niedriger. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch die im Vergleich zur Prognose höhere Margenkompression im Einlagengeschäft.

Segment Übrige

Ergebnis vor Steuern

Das Segment Übrige verzeichnete in der Berichtsperiode ein negatives Ergebnis vor Steuern von 360 Mio € nach einem positiven Ergebnis von 111 Mio € in der Vergleichsperiode. Maßgeblich für diese Entwicklung waren im Wesentlichen mehrere gegenläufige Einmaleffekte. In der Berichtsperiode sind zum einen Erträge aus der Optimierung unseres Immobilienportfolios (218 Mio €) sowie aus Transaktionen mit dem Mutterunternehmen (240 Mio €) aus dem Vorjahr nicht mehr angefallen. Gegenläufig wirkte sich die im Zuge der Integration von Postbank und Deutsche Bank angefallene niedrigere Belastung aus Investitionskosten und Restrukturierungsaufwendungen aus (Berichtsperiode: 101 Mio €, Vergleichsperiode: 268 Mio €).

Der erhebliche Rückgang des Ergebnisses vor Steuern im Vergleich zum für 2019 prognostizierten Ergebnis vor Steuern resultiert im Wesentlichen aus negativ wirkenden Zinskurveneffekten bei Geld- und Kapitalmarktaktivitäten sowie der im Zuge der Anpassung der Zuordnung der Ergebnisbeiträge zu den Segmenten dem Segment Übrige zugeordneten Infrastrukturfunktionen aus dem Segment Marke Postbank.

Angaben auf Unternehmensebene

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geographischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen. Die Region Europa enthält die unter der Marke Postbank geführten Einheiten PB International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH in Luxemburg sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

in Mio €	Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2019	2018	2019	2018
Deutschland	5.866	6.270	696	1.068
Europa	70	53	17	-15
Gesamt	5.936	6.323	713	1.053

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

06 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio €	2019	2018
Zinsen und ähnliche Erträge aus:		
Zinserträge aus Barreserven und Zentralbankeinlagen	0	-
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	41	53
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	2	1
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	4.605	4.850
Sonstige Zinserträge	95	76
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	4.743	4.980
Zinserträge aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	48	136
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus nicht erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten¹	4.791	5.115
Zinsen und ähnliche Erträge aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	6	6
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	4.797	5.121
Zinsaufwendungen aus:		
Einlagen	-692	-677
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-27	-27
Sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	-6	-4
Langfristigen Verbindlichkeiten	-176	-204
Hybriden Kapitalinstrumenten	-	-5
Leasingverbindlichkeiten	-8	-
Sonstigen Zinsaufwendungen	-205	-191
Zinsaufwendungen insgesamt aus nicht erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen	-1.114	-1.109
Zinsaufwendungen aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen	-	-
Zinsaufwendungen insgesamt	-1.114	-1.109
Zinsüberschuss	3.683	4.012

¹ Der Zinsüberschuss beinhaltet Zinserträge in Höhe von 4,8 Mrd € (Vorjahr: 5,1 Mrd €), die nach der Effektivzinsmethode ermittelt wurden.

In den sonstigen Zinserträgen sind positive Zinsen auf finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 70 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €) enthalten. Die sonstigen Zinsaufwendungen beinhalten negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte in Höhe von -186 Mio € (Vorjahr: -172 Mio €).

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	2019	2018
Handelsergebnis		
Sales & Trading	56	54
Sicherungsgeschäfte	-70	-86
Handelsergebnis insgesamt	-14	-32
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen		
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		
Beteiligungen	29	23
Sonstige erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Vermögenwerte	6	2
Sonstige erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-	-1
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	35	24
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	21	-8

Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2019	2018
Zinsüberschuss¹	3.683	4.012
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	21	-8
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.703	4.004

¹ Der Zinsüberschuss beinhaltet Zinserträge in Höhe von 4,8 Mrd € (Vorjahr: 5,1 Mrd €), die nach der Effektivzinsmethode ermittelt wurden.

Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten

Das Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten beinhaltet das Veräußerungsergebnis von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 113 Mio € (Vorjahr: 110 Mio €).

07 – Provisionsüberschuss

in Mio €	2019			Konzern insgesamt
	Marke Deutsche Bank	Marke Postbank	Übrige	
Art der Dienstleistung:				
Verwaltungsprovisionen	101	–	39	140
Provisionen für Kommissionsgeschäft	378	104	–	482
Provisionen für Zahlungsverkehr	412	495	–	907
Provisionen für Auslandsgeschäft	21	85	–	106
Provisionen der Kreditbearbeitung und des Avalgeschäfts	186	54	–	240
Vermittlungsprovisionen	139	252	–	391
Provisionen und Gebühren für sonstige Kundendienstleistungen	33	157	8	198
Provisionsertrag insgesamt	1.270	1.147	47	2.464
Provisionsaufwand				–643
Provisionsüberschuss				1.821

in Mio €	2018			Konzern insgesamt
	Marke Deutsche Bank	Marke Postbank	Übrige	
Art der Dienstleistung:				
Verwaltungsprovisionen	94	3	35	132
Provisionen für Kommissionsgeschäft	364	95	–	459
Provisionen für Zahlungsverkehr	394	483	–	877
Provisionen für Auslandsgeschäft	22	93	–	115
Provisionen der Kreditbearbeitung und des Avalgeschäfts	133	44	–	177
Vermittlungsprovisionen	133	242	–	375
Provisionen und Gebühren für sonstige Kundendienstleistungen	34	176	–	210
Provisionsertrag insgesamt	1.174	1.136	35	2.345
Provisionsaufwand				–588
Provisionsüberschuss				1.757

Zum Bilanzstichtag bestanden Forderungen aus Verträgen mit Kunden in Höhe von 125 Mio € (Vorjahr: 120 Mio €), die aus Vermittlungsleistungen im Versicherungs- und Wertpapiergeschäft resultieren, welche durch die Bank bereits erbracht wurden. Aus einem Dienstleistungsvertrag bestanden zum Stichtag Forderungen in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €) gegen die Deutsche Bank AG. Darüber hinaus bestanden Forderungen für sonstige bereits erfolgte Leistungen gegenüber Kunden in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €).

Außerdem bestanden zum Stichtag Verbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €), die aus der Abgrenzung von bereits erhaltenen Jahresgebühren im Bereich Kreditkarten sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €), die aus bereits erhaltenen Vorauszahlungen für einen Dienstleistungsvertrag im Bereich Transaction Banking resultieren.

In den Provisionserträgen waren 1.253 Mio € (Vorjahr: 1.169 Mio €) und in den Provisionsaufwendungen 190 Mio € (Vorjahr: 189 Mio €) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft betrug 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

08 – Sonstiges Ergebnis

in Mio €	2019	2018
Erträge aus Liquiditätsverrechnung	221	232
Gewinne aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen	23	–
Mieterträge	3	8
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung von Immobilien	2	153
Gewinn aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten/Schulden	2	71
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft erfüllen	–30	–95
Übrige	77	83
Gesamt	298	452

09 – Personalaufwand

in Mio €	2019	2018
Gehälter	1.732	1.760
Zusatzleistungen	571	545
Sonstige Personalaufwendungen	7	51
Gesamt	2.310	2.356

10 – Sachaufwand und Verwaltungsaufwand

in Mio €	2019	2018
EDV-Aufwendungen	676	517
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	577	572
Aufwendungen für bezogene Leistungen Deutsche Bank Konzern	559	598
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	194	212
Aufwendungen für Einlagensicherung und Bankenabgabe	152	162
Aufwendungen für Beratungsleistungen	140	170
Marketingaufwendungen	112	120
Kommunikation und Datenadministration	42	40
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	35	41
Sonstige Aufwendungen	193	269
Gesamt	2.680	2.701

Angaben zur Konzernbilanz

11 – Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Barreserve		
Kassenbestand	2.062	2.124
Guthaben bei Zentralnotenbanken	24.088	18.006
Gesamt	26.150	20.130
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)		
Nicht verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	23	19
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	41.637	42.712
Gesamt	41.658	42.731

12 – Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.711	4.434
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	5.711	4.434
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanziellen Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7	209
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	398	362
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanziellen Vermögenswerte insgesamt	406	571
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	6.117	5.005

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.921	3.689
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	4.921	3.689
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	4.921	3.689

13 – Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Festverzinsliche Wertpapiere	2.949	8.799
Gesamt	2.949	8.799

In der Position "Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte" sind ausschließlich festverzinsliche Wertpapiere enthalten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren.

14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dem Standard entsprechend ordnet die Bank die Bestände wie folgt den Leveln 1 bis 3 zu:

Level 1: Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Levels 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2: Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3: Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Produkten verwendet.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

in Mio €	31.12.2019				31.12.2018			
	Beizulegender Zeitwert	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	Beizulegender Zeitwert	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:								
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.711	–	5.642	69	4.434	–	4.403	31
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	406	–	266	140	571	–	456	115
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.949	1.559	1.390	–	8.799	3.087	5.712	–
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	101	–	101	–	63	–	63	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	9.167	1.559	7.399	209	13.868	3.087	10.634	146
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:								
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.921	–	4.882	39	3.689	–	3.652	37
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.170	–	1.170	–	1.314	–	1.314	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	6.092	–	6.052	39	5.003	–	4.966	37

Der Rückgang des Anteils von Level-1- und Level-2-Beständen an den Finanzanlagen im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den Fälligkeiten und Verkäufen. In der aktuellen Periode gab es, basierend auf liquiditätsbezogenen

Prüfverfahren, keinen Transfer zwischen Level 1 und Level 2. Die Veränderungen von positiven und negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten resultieren neben den Fälligkeiten insbesondere aus Marktschwankungen.

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern ermittelt den beizulegenden Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten auf Grundlage von Preisnotierungen, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren kommen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Einsatz, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise oder z.B. statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter verfügbar sind. Zur Bewertung werden grundsätzlich branchenübliche Modellierungstechniken wie Discounted Cashflow (DCF)-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und Volatilitäten. Soweit möglich, basieren die Eingangsparameter der Bewertungsverfahren auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt, wie beispielsweise indikative Kursgebote von Brokern. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie beispielsweise Preisen für ähnliche Transaktionen und historischen Daten. Diese werden entsprechend angepasst, um die Gegebenheiten des Finanzinstruments und die aktuellen Marktbedingungen zu berücksichtigen.

Für die Wertpapiere der Position erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und erfolgswirksam bewertete originäre finanzielle Vermögenswerte werden einerseits direkt in aktiven Märkten ablesbare Fair Values herangezogen (Level 1). Sofern der ablesbare Fair Value nicht auf aktiven, liquiden Märkten notiert, werden die Wertpapiere als Level 2 klassifiziert. Der beizulegende Zeitwert von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten strukturierten Kreditprodukten wird auf Basis von Bewertungsverfahren ermittelt, bei denen es sich nicht ausschließlich um am Markt beobachtbare Eingangsparameter handelt, sodass diese dem Level 3 zugeordnet sind.

Derivative Finanzinstrumente werden – sofern diese nicht börsengehandelt sind – anhand von branchenüblichen Standardmodellen (Discounted-Cashflow-Modelle, Black-Modelle für optionale Bestandteile) bewertet. Wesentliche Bewertungsparameter sind Zins- und Spread-Kurven (Basis Spread). Für die Zinskurven werden die gängigen Swapsätze verwendet. Die Spread-Kurven werden ebenfalls von Marktdatenanbietern bezogen. Die Zinsvolatilitäten sind Norm Volas für Caps und Swaptions. Die verwendeten Inputparameter sind grundsätzlich am Markt beobachtbar, weshalb eine Zuordnung zu Level 2 erfolgt. Allerdings liegt auch ein kleiner Bestand an strukturierten Derivaten vor, deren Bewertungsparameter nicht am Markt beobachtbar sind, sodass diese als Level 3 eingestuft sind. Zusätzlich werden bei OTC-Derivaten Wertanpassungen für Kontrahentenrisiken (CVA, Credit Valuation Adjustment) und die eigenen finanziellen Verpflichtungen in Form des DVA (Debit Valuation Adjustment) sowie Funding Valuation Adjustments berücksichtigt.

Die Entscheidung, welches Bewertungsverfahren zur Anwendung kommt, wird in Abhängigkeit von der Marktliquidität des Finanzinstruments entschieden. Instrumente, für die keine Marktpreise quotiert werden, wie beispielsweise Swaps, werden über am Markt beobachtbare Parameter bewertet und dem Level 2 der Bewertungshierarchie zugeordnet. Sofern die Daten nicht unmittelbar am Markt beobachtbar sind, werden andere Informationen herangezogen und das Finanzinstrument wird in Level 3 der Bewertungshierarchie eingestuft.

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsystem, das sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für einzelne Transaktionen stammen aus Drittquellen. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz bereitstellen, mehr Gewichtung zu verleihen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Preise und Eingangsparameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert oder mittels geeigneter Verfahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Das Kontrollsystem für Bewertungen wird laufend weiterentwickelt, indem die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich überprüft werden. Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren validiert.

in Mio €	Bewertungsmodell	Fair Value zum 31.12.2019	Fair Value zum 31.12.2018
Bonds und Aktien	Mark-to-Market Reuters und Bloomberg Kurse, sonst DCF	3.348	9.161
Zinsderivate	DCF, wenn optionale Bestandteile Black 76	-230	-466
Währung	DCF, für Fremdwährungsoptionen Garman-Kohlhagen	-10	-3
Kredit	DCF	-32	172
Rohstoff	Quanto-Lognormal-Asset-Model, Garman-Kohlhagen	0	0

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level 3-Kategorie

								31.12.2019
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen	Ab- wicklungen	Bestand am Perioden- ende
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	31	-	38	-	-	-	-	69
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	115	-	20	29	-	3	-28	140
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	146	-	58	29	-	3	-28	208
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	37	-	2	-	-	-	-	39
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	37	-	2	-	-	-	-	39

¹Die Gewinne- und Verluste sind in voller Höhe im Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewerteten Vermögenswerten in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Vorperiode wie folgt entwickelt:

								31.12.2018
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen	Ab- wicklungen	Bestand am Perioden- ende
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	19	-	12	-	-	-	-	31
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	84	0	23	12	-2	-	-3	115
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	103	0	35	12	-2	-	-3	146
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	37	-	1	-	-	-	-	37
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	37	-	1	-	-	-	-	37

¹Die Gewinne- und Verluste sind in voller Höhe im Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewerteten Vermögenswerten in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte unter zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt derzeit mittels verfügbarer Dealer

Quotes (Kursspanne: Min. 0% bis Max. 100%) oder sofern diese nicht verfügbar sind, durch ein internes Bewertungsmodell (DCF-Verfahren). Im internen Bewertungsmodell wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der zuvor ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Unter der Annahme einer Veränderung der Arranger/Dealer Quotes um +/- 500 Basispunkte würde sich der Fair Value um +/- 0,5 Mio € verändern.

Innerhalb der Level-3-Bestände von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten sind Vorzugsaktien der Visa Inc. dargestellt. Im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung werden Annahmen in Bezug auf die Conversion Rate (Umtauschverhältnis in Stammaktien) und die Liquidität der Aktien berücksichtigt. Eine Veränderung der Annahmen zur Conversion Rate um +5 % und zum Illiquiditätsabschlag um 5 % würde zu einer positiven Wertänderung des Fair Value von 4,3 Mio € führen.

Die Bestände an geschlossenen Fonds und Beteiligungen unter zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten werden mit DCF-Verfahren ermittelt. Für die geschlossenen Fonds werden risikoadjustierte Planannahmen der einzelnen Fonds berücksichtigt. Sofern die Planannahmen der Fonds von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen (Kursspanne: Min. 0 % bis Max. 100 %) abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Values von +/- 0,3 Mio € ergeben. Bei einer Abweichung von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen (Kursspanne: Min. 0 % bis Max. 100 %) für die Beteiligungen mit einer Auswirkung von 5 % auf den Kurs würde sich eine Änderung des Fair Values von +/- 2,9 Mio € ergeben.

Für die Bewertung der strukturierten Derivate des Levels 3 unter den positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten kommen das DCF-Verfahren und Optionspreismodelle zum Einsatz. Hierbei müssen aufgrund der optionalen Bestandteile und der langen Laufzeit Annahmen zu den Zinskorrelationen (Spanne: Min. 71,3 % bis Max. 94,2 %) getroffen werden, die so nicht am Markt beobachtbar sind. Sofern die Annahmen von den bei der Fair Value-Ermittlung getroffenen Annahmen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Value von +/- 4,7 Mio € ergeben. Weiterhin sind im Rahmen der strukturierten Derivate unter den negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten Annahmen zum erwarteten Kundenverhalten zu treffen. Die möglichen Szenarien für das Kundenverhalten liegen zwischen 0% (Kunde schließt kein weiteres Produkt ab) und 100% (Kunde schließt Produkt in vollem Umfang ab). Bei einer Änderung der Annahmen um 5 % ergibt sich eine Fair-Value-Änderung von 2 Mio €.

Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Kredite unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten erfolgt die Fair-Value-Ermittlung auf Basis eines internen Bewertungsmodells (DCF-Verfahren). Hierbei werden Annahmen über die erwarteten Cashflows (Spanne: Min. 1,0 Mio € bis Max. 4,4 Mio €) getroffen. Unter Berücksichtigung einer Schwankung dieser Annahmen von 5 % ergibt sich eine Änderung des Fair Value von +/- 0,4 Mio €.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basieren die Veränderungen der Ergebnisse teilweise auf im Laufe der Berichtsperiode eingetretenen Veränderungen der beobachtbaren Parameter. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Folgende Tabelle beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	38	12
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	19	23
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	57	35
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-2	-1
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-2	-1
Insgesamt	54	34

Erfassung des Handelstaggewinns (Trade Date Profit)

Soweit nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. In der Berichtsperiode sind keine Handelstaggewinne/-verluste (Day 1 Profit/Loss) angefallen.

15 – Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert sind, werden in der Regel auf Basis von branchenüblichen Discounted Cashflow-Verfahren ermittelt. Als Inputparameter werden neben beobachtbaren Parameter (wie bspw. Zinskursen) je nach Produktart auch nicht am Markt beobachtbare Parameter berücksichtigt.

Für Schuldverschreibungen mit Halteabsicht werden einerseits direkt am Markt ablesbare Fair Values herangezogen (Level 1) und andererseits auf Discounted Cashflow-Verfahren (Level 2) zurückgegriffen. Für die typischen Kundenforderungen aus dem Kreditgeschäft (bspw. private Baufinanzierungen, Ratenkredite) sind wesentliche Bewertungsfaktoren nicht am Markt beobachtbar, weshalb eine Zuordnung zum Level 3 erfolgt. Klassische Interbankengeschäfte sind sowohl als Level 1 (Tagesgelder) als auch als Level 2 (Termingelder, Wertpapierpensionsgeschäfte) klassifiziert. Langfristige Verbindlichkeiten sind je nach Verfügbarkeit von direkt am Markt beobachtbaren Preisen bzw. den Bewertungsparametern als Level 1, 2 oder 3 kategorisiert.

Die beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der nachfolgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente

in Mio €	31.12.2019				
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	26.150	26.150	26.150	-	-
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	41.658	41.660	3.787	37.873	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.082	4.082	-	4.082	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	196.772	203.233	3.702	-	199.531
Kreditinstitute	18	19	-	-	19
Täglich fällige Gelder	3.702	3.702	3.702	-	-
Termingelder	1.168	1.168	-	-	1.168
Private Baufinanzierungen	145.317	151.599	-	-	151.599
Gewerbliche Kredite	29.260	29.345	-	-	29.345
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.040	2.068	-	-	2.068
Ratenkredite	13.579	13.623	-	-	13.623
Schuldscheindarlehen	1.677	1.699	-	-	1.699
Sonstige Forderungen	11	11	-	-	11
Wertpapiere des Business Model "Halten" (IFRS9)	4.709	4.811	1.026	3.785	-
Sonstige Finanzaktiva	2.757	2.757	-	2.757	-
Finanzpassiva:					
Einlagen	240.481	240.709	120	240.589	-
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-	-	-	-	-
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	934	934	-	934	-
Sonstige Finanzpassiva	1.354	1.354	-	1.354	-
Langfristige Verbindlichkeiten	27.727	29.051	-	27.615	1.436
Hybride Kapitalinstrumente	-	-	-	-	-

	31.12.2018				
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	20.130	20.130	20.130	-	-
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	42.731	42.730	1.806	40.924	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	298	298	-	298	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	189.748	186.330	3.931	-	182.399
Kreditinstitute	17	32	-	-	32
Täglich fällige Gelder	3.931	3.931	3.931	-	-
Termingelder	1.708	1.708	-	-	1.708
Private Baufinanzierungen	139.001	135.517	-	-	135.517
Gewerbliche Kredite	26.584	26.301	-	-	26.301
Forderungen an öffentliche Haushalte	4.309	4.321	-	-	4.321
Ratenkredite	12.723	13.062	-	-	13.062
Schuldscheindarlehen	1.457	1.440	-	-	1.440
Sonstige Forderungen	18	18	-	-	18
Wertpapiere des Business Model "Halten" (IFRS9)	5.470	5.569	849	4.720	-
Sonstige Finanzaktiva	1.982	1.982	-	1.982	-
Finanzpassiva:					
Einlagen	225.985	225.810	217	225.593	-
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.135	1.135	-	1.135	-
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	278	278	-	278	-
Sonstige Finanzpassiva	3.589	3.589	-	3.589	-
Langfristige Verbindlichkeiten	29.953	31.213	-	29.567	1.646
Hybride Kapitalinstrumente	-	-	-	-	-

16 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Die Bank ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien zum Nettowert in ihrer Bilanz auszuweisen (mehr dazu in der Note 2(f)). Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs- Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

	31.12.2019						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.082	-	4.082	-	-	-	4.082
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	10.566	-4.449	6.117	-18	-7	-0	6.092
davon: Handelsaktiva	0	-	0	-	-	-	0
davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.160	-4.449	5.711	-18	-7	-0	5.686
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.949	-	2.949	-	-	-	2.949
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	13.515	-4.449	9.066	-18	-7	-0	9.041
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	197.802	-1.030	196.772	-	-	-	196.772
Sonstige Aktiva	8.158	-215	7.943	-	-2	-0	7.941
davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten	316	-215	101	-	-2	-0	99
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	69.707	-	69.707	-	-	-	69.707
Summe der Aktiva	293.264	-5.693	287.571	-18	-9	-0	287.544

Verbindlichkeiten

	31.12.2019						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	240.481	-	240.481	-	-	-	240.481
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-	-	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
davon: Handelspassiva	-	-	-	-	-	-	-
davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.509	-4.588	4.921	-17	-2	-6	4.896
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.509	-4.588	4.921	-17	-2	-6	4.896
Sonstige Passiva	6.665	-1.105	5.560	-	-0	-1	5.559
davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten	2.275	-1.105	1.170	-	-0	-1	1.169
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	28.067	-	28.067	-	-	-	28.067
Summe der Passiva	284.723	-5.693	279.030	-17	-2	-7	279.004

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2018

Vermögenswerte

	31.12.2018						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.018	-720	298	-	-	-298	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.640	-3.635	5.005	-15	-51	-	4.939
davon: Handelsaktiva	0	-	0	-	-	-	0
davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.069	-3.635	4.434	-15	-51	-	4.368
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.799	-	8.799	-	-	-	8.799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	17.439	-3.635	13.804	-15	-51	-	13.738
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	190.239	-491	189.748	-	-	-	189.748
Sonstige Aktiva	8.379	-411	7.968	-	-11	-	7.957
davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten	474	-411	63	-	-11	-	52
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	64.299	-	64.299	-	-	-	64.299
Summe der Aktiva	281.373	-5.257	276.116	-15	-62	-298	275.741

Verbindlichkeiten

	31.12.2018						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	225.985	-	225.985	-	-	-	225.985
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.855	-720	1.135	-	-	-1.063	72
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
davon: Handelspassiva	-	-	-	-	-	-	-
davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.623	-3.934	3.689	-15	-115	-5	3.554
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	7.623	-3.934	3.689	-15	-115	-5	3.554
Sonstige Passiva	7.242	-603	6.639	-	-12	-1	6.626
davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten	1.917	-603	1.314	-	-12	-1	1.301
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	30.612	-	30.612	-	-	-	30.612
Summe der Passiva	273.317	-5.257	268.060	-15	-127	-1.069	266.849

17 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Kreditinstitute	18	17
Täglich fällige Gelder	3.702	3.931
Termingelder	1.168	1.708
Private Baufinanzierungen	145.317	139.001
Gewerbliche Kredite	29.260	26.584
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.040	4.309
Ratenkredite	13.579	12.723
Schuldscheindarlehen	1.677	1.457
Sonstige Forderungen	11	18
Gesamt	196.772	189.748

18 – Risikovorsorge für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte

Entwicklung der Wertminderung der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte

in Mio €	2019			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am 1. Januar	240	271	1.084	1.595
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	-41	87	178	224
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	55	-82	27	-
Abgänge von wertgeminderten Krediten	-	-	-283	-283
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	45	45
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-6	-6	-9	-21
Bestand am 31. Dezember	248	270	1.042	1.560

in Mio €	2018			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am 1. Januar	201	308	943	1.452
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft	-55	82	198	225
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	106	-112	6	-
Abgänge von wertgeminderten Krediten	-	-	-122	-122
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-	-	70	70
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-12	-7	-11	-30
Bestand am 31. Dezember	240	271	1.084	1.595

Entwicklung der Wertminderung der außerbilanziellen Verpflichtungen

in Mio €	2019			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am 1. Januar	8	9	15	32
Veränderungen der außerbilanziellen Verpflichtungen inklusive neuem Geschäft	0	1	8	9
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	1	-1	0	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	0	0	1	1
Bestand am 31. Dezember	9	9	24	42

in Mio €	2018			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Bestand am 1. Januar	7	9	17	33
Veränderungen der außerbilanziellen Verpflichtungen inklusive neuem Geschäft	-12	0	0	-12
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	7	-7	0	-
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	6	7	-2	11
Bestand am 31. Dezember	8	9	15	32

19 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Die DB PFK AG schließt Transaktionen ab, bei denen sie finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbucht oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements, abhängig von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehält. Diese Kriterien werden in der Note 2(a) erläutert. Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für einen Angang qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende

Verbindlichkeit gesehen. Die DB PFK AG ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke, z. B. als Deckungsmasse für besicherte Emissionen, zu nutzen. Relevante Sachverhalte für die DB PFK AG sind abgeschlossenen Wertpapierpensionsgeschäfte und übertragene Sicherheiten im Rahmen von OTC-Derivatetransaktionen (Barsicherheiten und Wertpapiere). Bei diesen Transaktionen behält die DB PFK AG im Wesentlichen alle Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, als auch alle Chancen, insbesondere aus positiven Marktentwicklungen und Zinszahlungen, zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ereignissen verbunden sind.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrundeliegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert erfolgsneutral klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	887	1.789
Zu fortgeführten Anschaffungskosten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	78	145
Insgesamt	965	1.934
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	4	1.135

Übertragene Vermögenswerte sind Wertpapiere, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten weiterhin bilanziert werden.

20 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Die DB PFK AG verpfändet Sicherheiten hauptsächlich im Rahmen der besicherten Refinanzierung, bei dem Abschluss von Wertpapierpensionsgeschäften und für Besicherungszwecke von OTC-Geschäften. Verpfändungen werden in der Regel zu handelsüblichen und in Standardverträgen festgelegten Bedingungen ausgeführt.

Buchwert der von der DB PFK als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Zum beizulegenden Zeitwert erfolgsneutral klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.322	2.039
Zu fortgeführten Anschaffungskosten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	54.905	63.320
Barsicherheiten	160	21
Insgesamt	56.387	65.380

Davon als Sicherheiten verpfändete Vermögenswerte, die dem Sicherungsnehmer frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung zur Verfügung stehen

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert erfolgsneutral klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	1.060
Zu fortgeführten Anschaffungskosten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-	-
Sonstige	-	-
Insgesamt	-	1.060

Die DB PFK AG erhält Vermögenswerte als Sicherheiten hauptsächlich aus Wertpapierpensionsgeschäften und derivativen Transaktionen. Diese Transaktionen werden üblicherweise zu handelsüblichen und in Standardverträgen (im Wesentlichen ISDA) festgelegten Bedingungen ausgeführt. Die DB PFK AG als Sicherheitennehmer hat das Recht, derartige Sicherheiten zu verwerten oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesem Recht wird hauptsächlich Gebrauch gemacht, um Sicherheiten für Settlementrisiken zu stellen.

Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	4.228	312
davon:		
verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	512	155

21 – Sachanlagen

in Mio €	Grundstücke und Gebäude	Büroausstattung	Mietereinbauten	Anlagen im Bau	Nutzungsrecht aus Leasing- verhältnissen IFRS 16	Insgesamt
Anschaffungskosten:						
Bestand zum 1. Januar 2018	522	446	371	75	–	1.414
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Zugänge	8	49	61	47	–	165
Umbuchung	21	21	19	–60	–	1
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–183	–	–	–	–	–183
Abgänge	116	43	1	–	–	160
Wechselkursveränderungen	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2018	252	473	450	61	–	1.236
Auswirkung der Einführung von IFRS 16	–	–	–	–	724	724
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Zugänge	–	49	27	32	126	234
Umbuchung	–2	8	46	–37	–	15
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–	–	–	–	–	–
Abgänge	69	38	9	–	24	140
Wechselkursveränderungen	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2019	181	492	514	56	826	2.069
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:						
Bestand zum 1. Januar 2018	30	231	139	–	–	400
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen	14	58	22	–	–	94
Wertminderungen	–	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	9	–	–	–	–	9
Umbuchung	–	9	–9	–	–	–
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–19	–	–	–	–	–19
Abgänge	6	38	–	–	–	44
Wechselkursveränderungen	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2018	10	261	152	–	–	423
Auswirkung der Einführung von IFRS 16	–	–	–	–	–	–
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen	9	62	29	–	158	258
Wertminderungen	5	–	–	–	8	13
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–
Umbuchung	8	–14	–3	–	–	–9
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–	–	–	–	–	–
Abgänge	12	36	5	–	3	56
Wechselkursveränderungen	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2019	20	273	173	–	163	629
Bilanzwert:						
Bestand zum 31. Dezember 2018	242	212	298	61	–	813
Bestand zum 31. Dezember 2019	161	219	341	56	663	1.440

22 – Leasingverhältnisse

Zum 1. Januar 2019 setzte der DB PFK Konzern die Anforderungen des IFRS 16 „Leasingverhältnisse“ um. IFRS 16 regelt den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angabepflichten für Leasingverhältnisse und ersetzt den bisherigen IAS 17 „Leasingverhältnisse“. Aufgrund der Inanspruchnahme der vereinfachten Erstanwendung gemäß IFRS 16.C7 verzichtet die Bank auf die Angaben der Vergleichszahlen nach IFRS 16 für die Perioden vor der Erstanwendung. Die Anforderungen an die Anhangangaben zu Leasingverhältnisse der Bank als Leasinggeber sind nach IAS 17 und IFRS 16 vergleichbar und aus diesem Grund unverändert zur Vergleichsperiode. Für die Informationen zum Implementierungseffekt verweisen wir auf die Notes 3 „Erstmals angewandte und künftige Rechnungslegungsvorschriften“.

Leasingverhältnisse Leasinggeber

Die Bank tritt im Rahmen von Finanzierungsleasing als Leasinggeber im Bereich Mobilien-Leasing auf.

Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	374	292
Nicht garantierte Restwerte	2	2
Bruttogesamtinvestition	376	294
Nicht realisierter Finanzertrag	14	11
Nettoinvestition	362	283
Barwert der nicht garantierten Restwerte	1	1
Barwert der Mindestleasingzahlungen	361	282

Fälligkeitsstruktur der Bruttogesamtinvestition

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Bruttogesamtinvestition:		
bis 1 Jahr	98	84
1 bis 5 Jahre	250	191
länger als 5 Jahre	28	19
Bruttogesamtinvestition insgesamt	376	294

Fälligkeitsstruktur der ausstehenden Mindestleasingzahlungen

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	98	84
1 bis 5 Jahre	248	190
länger als 5 Jahre	28	18
Ausstehende Mindestleasingzahlungen insgesamt	374	292

Leasingverhältnisse Leasingnehmer – Angaben nach IFRS 16 für die Berichtsperiode

Die Leasingverträge der DB PFK, die in den Anwendungsbereich des IFRS 16 fallen, betreffen Grundstücke und Gebäude (Immobilienbereich) sowie Firmenwagen. Die wesentlichen Leasingverträge betreffen langfristige Mietverträge über die Anmietung von Bürogebäuden sowie Filialen. Die Mietverträge werden zu marktüblichen Vertragsbedingungen abgeschlossen und enthalten Regelungen zur Laufzeit, inkl. Verlängerungsoptionen sowie Höhe der Mietzahlung, inkl. Preisanpassungen (z. B. Indexierung). Die Leasingverträge enthalten keine Klauseln, die die Fähigkeit der DB PFK zur Zahlung von Dividenden, zur Durchführung von Fremdfinanzierungsgeschäften oder zum Abschluss weiterer Leasingverträge einschränken könnten.

Die Höhe der Nutzungsrechte aus Leasingverhältnissen zum Bilanzstichtag lag bei 663 Mio €. Davon entfallen auf die Nutzungsrechte im Immobilienbereich 656 Mio € sowie 7 Mio € auf die Nutzungsrechte im Bereich Firmenwagen. Die Abschreibungen auf das Nutzungsrecht beliefen sich in der Berichtsperiode auf 158 Mio €, davon 154 Mio € im Immobilienbereich sowie 4 Mio € im Bereich Firmenwagen. Zu weiteren Entwicklungen vom Nutzungsrecht verweisen wir auf die Note 21 „Sachanlagen“.

Die Höhe der korrespondierenden Leasingverbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 685 Mio €. Siehe hierzu auch die Note 24 „Sonstige Aktiva und Passiva“. Davon entfallen auf die Leasingverbindlichkeiten im Immobilienbereich 667 Mio € sowie 18 Mio € auf die Leasingverbindlichkeiten im Bereich Firmenwagen. In der Berichtsperiode entstand in Verbindung mit der Abzinsung der Leasingverbindlichkeiten ein Zinsaufwand in Höhe von 9 Mio €. Zu der Fälligkeitsanalyse der ausstehenden Leasingverbindlichkeiten verweisen wir auf die Note 31 „Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen“. Die gesamten Zahlungsmittelabflüsse aus Leasingverbindlichkeiten beliefen sich auf 156 Mio €. Die auf den Tilgungsanteil entfallenen 145 Mio € sind in der Kapitalflussrechnung als Cashflows aus Finanzierungstätigkeit und die auf den Zinsanteil entfallenen 9 Mio € als Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit in der Kapitalflussrechnung ausgewiesen.

Die Leasingaufwendungen der Berichtsperiode aus kurzfristigen Leasingverhältnissen im Immobilienbereich beliefen sich auf 14 Mio €. Die Zahlungen aus diesen Leasingverhältnissen sind in gleicher Höhe als Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit in der Kapitalflussrechnung ausgewiesen.

Die DB PFK hat in der Berichtsperiode Erträge aus den Untermietverhältnissen in Höhe von 1 Mio € erwirtschaftet.

In der Berichtsperiode hat die DB PFK ein Objekt veräußert und über 96 Monate zurückgemietet. Aus der Sale-and-Leaseback-Transaktion entstand ein Gewinn in Höhe von 2 Mio €. Das Nutzungsrecht aus der Sale-and-Leaseback-

Transaktion zum Bilanzstichtag belief sich auf 12 Mio € und die Leasingverbindlichkeit belief sich auf 13 Mio €. Aus der Sale-and-Leaseback-Transaktion entstanden in der Berichtsperiode Zahlungen in Höhe von 0,7 Mio €.

Bei der DB PFK könnten weitere Zahlungen aus Leasingverträgen im Immobilienbereich entstehen, die bei der Bewertung von Leasingverbindlichkeiten nicht berücksichtigt wurden. Dabei handelt es sich um die Zahlungen aus Verlängerungsoptionen, deren Inanspruchnahme seitens der DB PFK eher unwahrscheinlich ist sowie Zahlungen aus den Leasingverträgen im Immobilienbereich, die bereits unterzeichnet wurden jedoch erst in der Zukunft beginnen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse der möglichen weiteren Leasingzahlungen der DB PFK:

in Mio €	31.12.2019
Künftige Zahlungen, die bei der Bewertung von Leasingverbindlichkeiten nicht berücksichtigt wurden:	
bis 12 Monate	–
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	49
mehr als 5 Jahre	136
Künftige Zahlungen, die bei der Bewertung von Leasingverbindlichkeiten nicht berücksichtigt wurden	185

Leasingverhältnisse Leasingnehmer – Angaben nach IAS 17 für die Vergleichsperiode

Die Bank tritt im Rahmen von Operating-Leasings als Leasingnehmerin für Immobilien und Kraftfahrzeuge auf.

Künftige Mindestleasingzahlungen

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	N/A	225
1 bis 5 Jahre	N/A	478
länger als 5 Jahre	N/A	243
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	N/A	946
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	N/A	–
Nettomindestleasingzahlungen	N/A	946

In der Vergleichsperiode wurden Leasingaufwendungen in Höhe von 164 Mio € in der Position Sachaufwand und Verwaltungsaufwand erfasst. Die Mieterträge aus den Untermietverhältnissen belaufen sich auf 2 Mio €.

23 – Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

in Mio €	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Gesamt
Anschaffungskosten:			
Bestand zum 1. Januar 2018	228	317	545
Zugänge	14	71	85
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-
Abgänge	5	-	5
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-
Umklassifizierung	-	11	11
Wechselkursveränderungen	-	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2018	238	399	637
Zugänge	12	74	86
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-
Abgänge	24	1	25
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-
Umklassifizierung	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2019	226	472	698
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:			
Bestand zum 1. Januar 2018	153	135	287
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	15	40	56
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-
Abgänge	-	-	-
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-
Wertminderungen	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-
Umklassifizierung	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2018	168	175	343
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	19	60	79
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-
Abgänge	23	-	23
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-
Wertminderungen	5	134	139
Wertaufholungen	-	-	-
Umklassifizierung	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2019	169	369	538
Bilanzwert:			
Bestand zum 31. Dezember 2018	70	224	294
Bestand zum 31. Dezember 2019	57	103	160

Bei den immateriellen Vermögenswerten handelt es sich um erworbene und selbsterstellte Software mit begrenzter Lebensdauer.

24 – Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	4.709	5.470
Forderungen aus begebenen Sicherheiten	1.000	998
Forderungen an Deutsche Bank AG	423	290
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	395	278
Forderungen aus Verlustübernahme des Geschäftsjahres durch die Deutsche Bank AG	338	-
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	192	290
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	101	63
Übrige	783	578
Gesamt	7.941	7.967

Sonstige Passiva

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	1.170	1.314
Personalbezogene Verpflichtungen	1.261	1.309
Sonstige kurzfristige Geldaufnahme	934	278
Leasingverbindlichkeiten	685	-
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	489	577
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung des Geschäftsjahres gegenüber Deutsche Bank AG	-	2.131
Übrige	1.021	1.030
Gesamt	5.560	6.639

Für die weiteren Informationen zu den Nutzungsrechten und Leasingverbindlichkeiten gemäß IFRS 16 verweisen wir auf die Note 22 „Leasingverhältnisse“.

25 – Einlagen

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Unverzinsliche Sichteinlagen	124.028	110.268
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	13.150	13.108
Termineinlagen	20.030	20.273
Spareinlagen	58.648	57.549
Bauspareinlagen	24.625	24.787
Verzinsliche Einlagen insgesamt	116.453	115.717
Gesamt	240.481	225.985

In den Bauspareinlagen sind Zinsbonusverpflichtungen in Höhe von 836 Mio € (Vorjahr: 835 Mio €) enthalten, die an den Bausparer bei Darlehensverzicht zu zahlen sind. Des Weiteren wurden in Höhe von 59 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) zu erstattende Abschlussgebühren berücksichtigt.

26 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Wertminderungen für Kreditausfälle von außerbilanziellen Verpflichtungen	Prozesse und sonstige operationelle Risiken	Restrukturierung	Sonstige	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2018	33	130	454	148	765
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	26	38	85	37	186
Verwendungen von Rückstellungen	0	67	59	31	157
Auflösungen von Rückstellungen	38	25	101	54	218
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Auflösung des Abzinsungsbetrages	0	0	0	0	0
Umbuchungen	11	7	-1	22	39
Bestand zum 1. Januar 2019	32	83	378	122	615
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	27	11	23	55	116
Verwendungen von Rückstellungen	0	23	230	70	323
Auflösungen von Rückstellungen	17	52	54	14	137
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Auflösung des Abzinsungsbetrages	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	12	1	1	14
Bestand zum 31. Dezember 2019	42	31	118	94	285

Für den überwiegenden Teil der Rückstellungen wird eine Inanspruchnahme in den Jahren 2020 und 2021 erwartet.

Rückstellungsarten

Rückstellungen für Kreditrisiken von außerbilanziellen Verpflichtungen werden für Wertminderungen bei Eventualverpflichtungen und Kreditzusagen gebildet.

Rückstellungen für Prozesse und sonstige operationelle Risiken in Höhe von 31 Mio € bestehen für Risiken im Zusammenhang mit widerrufenen Darlehensverträgen, für Klagen im Bereich der Anlageberatung, sowie für eine Vielzahl von gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen in unterschiedlichen Bereichen.

Restrukturierungsrückstellungen bestehen für die Neuorganisation des Vertriebs und für Effizienzmaßnahmen im Rahmen der neuen strategischen Ausrichtung.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Provisionszahlungen in Höhe von 40 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €), für Rückbaukosten in Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €) sowie für eine Vielzahl von weiteren rückstellungspflichtigen Sachverhalten.

27 – Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Vorrangige Verbindlichkeiten:	10.701	12.529
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	10.648	12.422
mit variabler Verzinsung	53	107
Nachrangige Verbindlichkeiten:	1.541	1.626
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	269	382
mit variabler Verzinsung	1.272	1.244
Sonstige	15.485	15.798
Gesamt	27.727	29.953

Der Rückgang der vorrangigen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten.

28 – Eigenkapital und Kapitalmanagement

Das gezeichnete Kapital der DB PFK AG (550 Mio €) ist in 275.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt. Das gezeichnete Kapital der ehemaligen Postbank ist im Zuge der Verschmelzung in die Kapitalrücklage umgebucht worden.

In der Kapitalrücklage werden grundsätzlich Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Zudem werden in der Kapitalrücklage direkte Einlagen, die durch die Muttergesellschaft geleistet wurden, erfasst.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren und Neubewertungsgewinne/ -verluste aus leistungsorientierten Pensionsplänen unter Berücksichtigung von latenten Steuern erfasst.

In der FVOCI-Rücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder wenn ein Abschreibungsbedarf des Vermögenswertes vorliegt.

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im zum 31. Dezember 2019 abgeschlossenen Geschäftsjahr um 0,4 Mrd € auf 8,5 Mrd €.

Die DB Privat- und Firmenkundenbank AG stellt kein übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe im Sinne des §10a Abs. 1 KWG dar und unterliegt nicht den Anforderungen der CRR (Capital Requirement Regulation) auf teilkonsolidierter Ebene. Die DB PFK AG macht als nachgeordnetes Unternehmen der Deutsche Bank AG Gebrauch von der Regelung des §2a KWG i.V.m. Artikel 7 (1) CRR (sogenannter Tochterwaiver), wonach sie von der Anwendung bestimmter aufsichtsrechtlicher Vorgaben für die Ermittlung von Eigenmitteln und Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken, Verschuldung, Offenlegung sowie bestimmter Vorgaben für das Risikomanagement auf Einzelinstitutsebene absieht. Gemäß den Vorgaben zur Genehmigung des Tochterwaivers nach Artikel 7 (1) (c) CRR sind die DB PFK und ihre Tochterunternehmen auch in das Risikomanagement der Deutsche Bank AG eingebunden.

Um trotz der Ausnahmeregelung jederzeit eine angemessene Kapitalausstattung sicherzustellen, werden die zur internen Steuerung definierten Eigenmittelanforderungen des DB PFK Teilkonzerns im Rahmen des den rechtlichen und konzernweiten Vorgaben entsprechenden Risiko- und Kapitalmanagements weiterhin weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelt und für die Überwachung und interne Steuerung verwendet. In diesem Zusammenhang wurden zur internen Steuerung Zielwerte für die CET1- und die Leverage Ratio definiert. Die Herleitung dieser internen Schwellwerte orientiert sich dabei an den Mindestanforderungen der CRR, den Kapitalpufferanforderungen der CRD IV, weiteren möglichen individuellen Kapitalerwartungen von Aufsichtsbehörden, sowie Managementpuffern.

Die Kalkulation des weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelten Kernkapitals für die interne Steuerung (Tier 1) basiert dabei auf dem bilanziellen Eigenkapital, inklusive des Ergebnisses zum jeweiligen Stichtag nach Berücksichtigung des abzuführenden HGB-Ergebnisses, für den im Einklang mit dem Vorgehen der Deutsche Bank Gruppe gebildeten aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis auf Ebene des DB PFK Teilkonzerns. Nach Berücksichtigung von weitestgehend im Einklang mit der CRR ermittelten Korrektur- und Kapitalabzugsposten, ergibt sich das für die interne Steuerung verwendete harte Kernkapital (CET1). Der DB PFK Teilkonzern hat derzeit keine Kapitalinstrumente begeben, welche gemäß den Vorgaben der CRR als zusätzliches Kernkapital (AT1) zu klassifizieren sind, sodass das zur internen Steuerung herangezogene CET1 derzeit dem Tier 1 entspricht. Übergangsbestimmungen im Sinne des Teils 10 Titel 1 der CRR werden nicht berücksichtigt (fully phased-in).

Für das operative Kapitalmanagement der DB PFK werden Forderungen gegenüber inländischen Tochterunternehmen der Deutsche Bank Institutsgruppe analog Art. 113 (6) CRR mit einem Risikogewicht von 0% versehen und analog Art. 429 (7) CRR von der Kalkulation des Leverage Exposures ausgenommen. Die übrigen Positionen werden im Wesentlichen mit den gleichen Methoden und Modellen behandelt, die auch für die aufsichtsrechtlichen Meldungen auf Ebene der Deutsche Bank Gruppe zu Anwendung kommen.

Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Annahmen, beträgt die für die interne Steuerung des DB PFK Teilkonzerns ermittelte CET1-Ratio zum Berichtsstichtag 12,3 % und die Leverage Ratio 3,4 %.

Sonstige Finanzinformationen

29 – Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Unwiderrufliche Kreditzusagen	12.309	11.738
Widerrufliche Kreditzusagen	19.016	19.253
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	1.067	979
Gesamt	32.392	31.970

Die Sonstigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Bürgschaft- und Gewährleistungsverträgen, eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Einlagensicherungsfonds sowie eine Barsicherheit für die Bankenabgabe.

Die Nichtigkeits- und Anfechtungsklage, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, ist in erster Instanz vor dem Landgericht Köln durch Urteil vom 20. Oktober 2017 stattgegeben worden. Die Deutsche Postbank AG hat gegen das Urteil Berufung vor dem Oberlandesgericht Köln eingelegt. Das Verfahren wird von der DB PFK AG fortgeführt.

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme sind insbesondere bei widerruflichen Kreditzusagen, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen regelmäßig variabel.

Sonstige Verpflichtungen

Die DB PFK AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BANstPT), Postbeamtenversorgungskasse (PVK) in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstfähig beurlaubten Beamten. Darüberhinausgehende Verpflichtungen der DB PFK AG für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die DB PFK AG trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der DB PFK AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von

diesen Vorteilen profitiert die DB PFK AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaften. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch die Gläubiger gegenüber.

Die DB PFK AG hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II und III, alle Delaware, USA, abgegeben.

Die DB PFK AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Deutschen Bank hat sich die Deutsche Bank AG gegenüber den Unternehmen des DB PFK Teilkonzerns verpflichtet, schuldbefreiend die Verpflichtungen aus den zum 31.12.2019 aufgelegten Vorruhestands- und Abfindungsangeboten der Gesellschaft in Höhe von rd. 94 Mio. € zu übernehmen.

30 – Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte

In der Bilanz werden die zur Veräußerung bestimmten langfristigen Vermögenswerte in der Position „Sonstige Aktiva“ und die damit verbundenen langfristigen Verbindlichkeiten in der Position „Sonstige Passiva“ ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zur Veräußerung bestimmten langfristigen Vermögenswerten und damit verbundenen langfristigen Verbindlichkeiten sowie deren finanzielle Auswirkungen.

Im vierten Quartal der Berichtsperiode hat die Bank beschlossen ihr Drittmantantengeschäft im Bereich Zahlungsverkehr zu veräußern.

Zur Veräußerungsgruppe gehören IT-Assets mit dem Buchwert zum Bilanzstichtag in Höhe von 1,7 Mio € sowie Pensionsrückstellungen mit dem Buchwert zum Bilanzstichtag in Höhe von 13 Mio €.

Aus der Bewertung der Veräußerungsgruppe zum Zeitpunkt der Klassifizierung sind keine Effekte entstanden. Die Veräußerung ist für das dritte Quartal 2020 vorgesehen.

31 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2019				
	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	124.028	-	-	-	-
Verzinsliche Einlagen	13.150	59.434	31.068	6.009	6.792
Handelsspassiva	0	-	-	-	-
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.921	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-
Investmentverträge	-	-	-	-	-
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	1.152	1	-	8	9
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	927	-	7	-	-
Langfristige Verbindlichkeiten	-	497	3.600	9.112	14.518
Hybride Kapitalinstrumente	-	-	-	-	-
Leasingverbindlichkeiten	3	38	123	405	116
Sonstige Finanzpassiva	485	67	-	-	-
Unwiderrufliche Kreditzusagen	12.309	-	-	-	-
Finanzgarantien	766	-	-	-	-
Insgesamt	157.741	60.037	34.798	15.534	21.435

in Mio €	31.12.2018				
	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	110.268	-	-	-	-
Verzinsliche Einlagen	13.108	80.881	7.480	6.592	7.656
Handelsspassiva	0	-	-	-	-
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3.689	-	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-
Investmentverträge	-	-	-	-	-
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	1.300	2	1	3	8
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-	1.135	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-	-	-	-
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	278	-	-	-	-
Langfristige Verbindlichkeiten	-	960	2.822	10.609	15.562
Hybride Kapitalinstrumente	-	-	-	-	-
Leasingverbindlichkeiten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Sonstige Finanzpassiva	501	48	-	-	7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	11.739	-	-	-	-
Finanzgarantien	693	-	-	-	-
Insgesamt	141.576	83.026	10.303	17.204	23.233

32 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Deutsche Bank AG Konzern gewährt aktienbasierte Vergütung maßgeblich unter dem DB Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsche Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Anspruchsberechtigung	
2018-2019	Jährliche Vergütungs- komponente (CB/IB/CRU) ¹	1/4: 12 Monate ²	Jährlich gewährte	
		1/4: 24 Monate ²	leistungsbasierte Vergütung	
		1/4: 36 Monate ²	für ausgewählte Mitarbeiter	
		1/4: 48 Monate ²		
	Jährliche Vergütungs- komponente (non-CB/IB/CRU) ¹	1/3: 12 Monate ²	Jährlich gewährte	
		1/3: 24 Monate ²	leistungsbasierte Vergütung	
1/3: 36 Monate ²		für ausgewählte Mitarbeiter		
Jährliche Vergütungs- komponente (Seniormanagement) ¹	1/5: 12 Monate ²	Mitglieder des Vorstands		
	1/5: 24 Monate ²	oder des Senior		
	1/5: 36 Monate ²	Managements		
	1/5: 48 Monate ²			
Bleibprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung		Ausgewählte Mitarbeiter zur	
			Gewinnung und Bindung der	
			besten Mitarbeitertalente	
2017	Jährliche Vergütungs- komponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt ³		
		Jährliche Vergütungs- komponente ¹	1/4: 12 Monate ⁴	Jährlich gewährte
			1/4: 24 Monate ⁴	leistungsbasierte Vergütung
1/4: 36 Monate ⁴	für ausgewählte Mitarbeiter			
1/4: 48 Monate ⁴				
Bleibprämie/ Akquisitionsprämie		Individuelle Festlegung	Mitglieder des Vorstands	
Jährliche Vergütungs- komponente – Unmittelbar zugeteilt		Entfällt ³	oder der Senior	
Key Retention Plan (KRP) ⁵		1/2: 50 Monate ⁶	Leadership Cadre	
		1/2: 62 Monate ⁶	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und	
		Zuteilung als Einmaltranche nach	Bindung der besten Mitarbeitertalente	
		43 Monaten	Mitarbeiter, die der	
			Regulierung durch die	
			InstitutsVergV unterliegen	
			Material Risk Takers (MRTs)	
			Non-Material Risk Takers (non-MRTs)	
2016	Jährliche Vergütungs- komponente	1/4: 12 Monate ⁴	Jährlich gewährte	
		1/4: 24 Monate ⁴	leistungsbasierte Vergütung für	
		1/4: 36 Monate ⁴	ausgewählte Mitarbeiter	
		1/4: 48 Monate ⁴		
	Bleibprämie/ Akquisitionsprämie		Individuelle Festlegung	Mitglieder des Vorstands oder der Senior
	Jährliche Vergütungs- komponente – Unmittelbar zugeteilt		Entfällt ³	Leadership Cadre
	Key Position Award (KPA) ⁷		Zuteilung als Einmaltranche	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und
		nach 4 Jahren ³	Bindung der besten Mitarbeitertalente	

¹ Für Mitarbeiter in bestimmten Konzerngesellschaften wird die aufgeschobene aktienbasierte Vergütung aufgrund lokaler regulatorischer Anforderungen durch „Restricted Shares“ ersetzt

² Für das Jahr der Gewährung 2019 sind die Angaben gültig für die Divisionen CB/IB/CRU; für das Jahr der Gewährung 2018 lautete die Bezeichnung der Divisionen CIB

³ Für die Mitglieder des Vorstands oder des Senior Managements und für alle übrigen Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen, erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von zwölf Monaten

⁴ Für alle der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von zwölf Monaten. Für Vergütungskomponenten für das Jahr 2018 und folgende Jahre trifft dies lediglich auf Material Risk Takers (MRTs) gemäß InstitutsVergV zu

⁵ Für die Mitglieder des Vorstands oder des Senior Leadership Cadre und für alle übrigen Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen, erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten

⁶ Der Key Retention Plan (KRP) wird in dem Vergütungsbericht der Bank als „Retention Award-Programm“ bezeichnet. Unter diesem Programm im Januar 2017 vergebene aktienbasierte Awards sind von dem Erreichen eines Aktienkurses abhängig. Dies bedeutet, dass die berechtigten Mitarbeiter den Award lediglich erhalten, sofern der Aktienkurs vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums den vorgegebenen Wert erreicht

⁷ Für Material Risk Takers (MRTs) erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von zwölf Monaten

⁸ Ein für den jeweiligen Mitarbeiter vordefinierter Anteil des KPAs ist von dem Erreichen eines Aktienkurses abhängig. Dies bedeutet, dass die berechtigten Mitarbeiter diesen Anteil des KPAs lediglich erhalten, sofern der Aktienkurs vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums den vorgegebenen Wert erreicht

Darüber hinaus bietet der Deutsche Bank AG Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan (GSPP) an. Bestimmten Mitarbeitern wird die Möglichkeit gegeben, Deutsche Bank Aktien in monatlichen Raten über eine einjährige Ansparphase zu erwerben. Nach der Ansparphase gewährt die Bank Deutsche Bank AG Gratisaktien im Verhältnis 1:1 der angesparten Aktien bis zu maximal zehn Stück unter der Voraussetzung, dass der Mitarbeiter ein weiteres Jahr im Konzern verbleibt. Dieser Plan wird von etwa 4.416 Mitarbeitern im elften Zyklus, welcher im November 2019 begann, in Anspruch genommen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der ausstehenden Aktienrechte für die jeweiligen Stichtage, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten.

	Einheiten in Tausend	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung in €
Bestand zum 31. Dezember 2017	835	13,49
Bestand zum 31. Dezember 2018	1.797	9,79
Bestand zum 31. Dezember 2019	1.731	9,09

Vom wertmäßigen Bestand an ausstehenden Aktienrechten zum 31. Dezember 2019 in Höhe von ungefähr 17 Mio € wurden ungefähr 15 Mio € zulasten des Personalaufwands des Berichtsjahres beziehungsweise in den Jahren davor bilanziell erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2019 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 1 Mio €.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Weiteren „Pensionspläne“ genannt, wenn nicht anders ausgeführt) an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Beiträge für beitragsdefinierte Pläne basieren zumeist auf einem Prozentsatz der Mitarbeitervergütung. Die weiteren Ausführungen in dieser Anhangangabe beziehen sich vorwiegend auf die leistungsdefinierten Pläne des Konzerns.

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
	Insgesamt	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich		
aktive Planteilnehmer	2.496	2.230
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.006	930
Leistungsempfängern	2.495	2.207
Pensionsverpflichtung insgesamt	5.997	5.367
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	5.424	4.682
Ausfinanzierungsquote (in %)	90%	87%

Die Regelungen zur betrieblichen Altersvorsorge werden in Deutschland zumeist auf kollektiver Basis mit Betriebsräten, Gewerkschaften oder vergleichbaren Gremien vereinbart.

Pensionszusagen können im Rahmen der Gesamtvergütung für die Mitarbeiter eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Konzerns ist eine für die Mitarbeiter im jeweiligen Marktumfeld attraktive Plangestaltung, die durch den Konzern nachhaltig erbracht werden kann. Zugleich versucht der Konzern das aus derartigen Zusagen erwachsene Risiko zu begrenzen.

In der Vergangenheit basierten die Pensionszusagen üblicherweise auf dem zum Pensionierungszeitpunkt erreichten Endgehalt. Diese Zusageformen bilden einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen für Pensionäre und ausgeschiedene Anwärter. Derzeit sind die wichtigsten leistungsdefinierten Pensionspläne für aktive Mitarbeiter in Deutschland Kapitalkontenpläne, bei denen der Arbeitgeber jährlich einen auf das aktuelle Gehalt bezogenen Betrag auf individuelle Mitarbeiterkonten gutschreibt. Je nach Planregel wird der Saldo des Versorgungskontos durch einen festen Prozentsatz verzinst oder er partizipiert an der Marktentwicklung spezieller zugrundeliegender Anlageformen, um das Investitionsrisiko für den Konzern zu reduzieren. Grundsätzlich ist eine garantierte Leistung in den Planregeln verankert, beispielsweise in Höhe der erfolgten Beiträge. Zum Pensionierungszeitpunkt können die Mitarbeiter gewöhnlich entscheiden, ob das erreichte Kapital als Einmalbetrag auszuzahlen ist oder in eine Rentenleistung umgewandelt werden soll. Die Umrechnung in eine Rente erfolgt zumeist am Pensionierungstichtag mit den dann gültigen Marktkonditionen und Annahmen zur Lebenserwartung.

Die im Folgenden dargestellten voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen beziehen sich auf zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten und beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne des Konzerns.

in Mio €	
Erfolgte Leistungszahlungen 2019	176
Erwartete Leistungszahlungen 2020	185
Erwartete Leistungszahlungen 2021	184
Erwartete Leistungszahlungen 2022	194
Erwartete Leistungszahlungen 2023	203
Erwartete Leistungszahlungen 2024	211
Erwartete Leistungszahlungen 2025 – 2029	1.190
Gewichteter Durchschnitt der Duration der Leistungsverpflichtung (in Jahren)	16

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (BVV), der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechnete Mitarbeiter in Deutschland leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Deutschland in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Ein Anstieg der Pensionsleistungen kann auch durch die zusätzliche Verpflichtung entstehen, Anpassungen zum Ausgleich der Inflation zugunsten der Leistungsberechtigten vorzunehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung, wie in der Branche üblich, als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet. Basierend auf der Offenlegung des BVV liegt momentan kein Defizit vor, welches die Höhe der zukünftigen Beiträge des Konzerns beeinträchtigen könnte. Seit 2017 verpflichtet sich der Konzern zusätzliche Beiträge zu leisten, um die Leistungsabsenkungen zu kompensieren, die 2016 auf der Hauptversammlung des BVV beschlossen wurden.

Zu den Aufwendungen des Konzerns für beitragsdefinierte Pläne zählt auch der jährliche Beitrag für die Altersversorgung seiner Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse. Die Leistungsverpflichtungen liegen bei der Bundesrepublik Deutschland.

Steuerung und Risiko

Der Deutsche Bank Konzern unterhält ein Pensions Risk Committee zur Überwachung der Pensionen und der damit verbundenen Risiken auf globaler Basis. Das Komitee tagt vierteljährlich, berichtet direkt an das Senior Executive Compensation Committee und wird durch das Pensions Operating Committee unterstützt.

In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Begriff „Risikomanagement“ die Kontrolle und Steuerung von Risiken, die dem Konzern aus Marktentwicklungen (zum Beispiel Zinssatz, Kreditausfallrisiko, Inflation), Anlagestruktur, regulatorischen oder rechtlichen Anforderungen erwachsen können, sowie die Überwachung demografischer Veränderungen (zum Beispiel Langlebigkeit). Insbesondere während und nach Akquisitionen oder bei Veränderungen im Umfeld (zum Beispiel rechtlich, steuerlich) werden Themen wie die grundsätzliche Planausgestaltung oder potenzielle Plananpassungen gründlich erörtert. Jegliche Planänderung erfordert in einem standardisierten Prozess die Zustimmung des Konzernbereichs Human Resources. Im Rahmen des Grades der jeweiligen Ausfinanzierung der Pensionspläne reduziert die Vermögensanlage die aus den Verpflichtungen resultierenden Risiken, führt jedoch zu Investitionsrisiken.

Das aus den Plänen resultierende pensionsbezogene Risiko liegt für den Konzern auf potenzielle Veränderungen in Kreditausfallrisiken, Zinssätzen, Inflation und Langlebigkeit, wenngleich deren Auswirkung durch die Anlagestrategie des Planvermögens teilweise reduziert wird.

Der Konzern ist grundsätzlich bestrebt, den durch Marktbewegungen verursachten Einfluss der Pensionspläne auf den Konzernabschluss zu minimieren, das jedoch unter Berücksichtigung weiterer Zielgrößen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung von Pensionsplänen, dem regulatorischen Eigenkapital sowie Einschränkungen durch lokale Finanzierungs- oder Rechnungslegungsvorschriften. Der Konzern misst regelmäßig das Pensionsrisiko anhand von für diesen Zweck selbst entwickelten spezifischen Kennzahlen.

Finanzierung

Der Konzern unterhält eine externe Vermögenstreuhandstruktur, durch die die Mehrheit der Pensionsverpflichtungen ausfinanziert ist. Die Finanzierungsgrundsätze des Konzerns zielen – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der Pensionsverpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % ab.

Für die in einer Pensionskasse ausfinanzierten Verpflichtungen bestehen Mindestdotierungsanforderungen. Zusätzlich kann der Konzern anhand der eigenen Finanzierungsgrundsätze über weitere Dotierungen entscheiden. Mit Bezug auf die Finanzierungsgrundsätze erörtert der Konzern jährlich, inwieweit die aus dem Unternehmensvermögen gezahlten Pensionsleistungen durch den Treuhänder erstattet werden sollen oder auch nicht, was indirekt einer entsprechenden Zuführung zum Planvermögen entspricht.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige, qualifizierte Aktuarien gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Eine Konzernrichtlinie gibt den lokalen Aktuarien Vorgaben hinsichtlich der Bestimmung versicherungsmathematischer Annahmen, um deren Konsistenz global sicherzustellen. Final werden diese durch das Pensions Operating Committee des Konzerns bestimmt. Das Senior Management wird regelmäßig über die versicherungsmathematischen Annahmen informiert.

Die folgende Darstellung der wichtigsten Bewertungsannahmen zur Verpflichtungsbestimmung per 31. Dezember erfolgt in Form gewichteter Durchschnitte.

	31.12.2019	31.12.2018
Diskontierungszinssatz	0,93%	1,70%
Inflationsrate	1,40%	1,60%
Nominale Gehaltssteigerungsrate	1,90%	2,10%
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,30%	1,50%
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren		
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	21,1 Jahre	20,0 Jahre
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	23,4 Jahre	23,6 Jahre
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	22,4 Jahre	22,8 Jahre
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	24,5 Jahre	25,8 Jahre
Angewendete Sterbetafeln	Modifizierte Heubeck-Richttafeln 2018G	Heubeck-Richttafeln 2018G

In 2019 hat der Konzern die Rundungsgrundsätze geändert, sodass für alle entscheidenden finanzmathematischen Annahmen die abgeleitete Jahresrate auf die nächsten 0,01% auf- oder abgerundet werden.

Der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag wird über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen – abgeleitet von umfänglichen durch anerkannte Indexanbieter beziehungsweise Ratingagenturen veröffentlichte Anleiheinformationen – ermittelt, der den Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für längere Laufzeiten ohne hinreichende Referenzgrößen von vergleichbaren Anleihen werden angemessene Extrapolationsmethoden angewendet.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte der Eurozone bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider.

In 2019 hat der Konzern die Sterblichkeitsannahme, welche zur Bestimmung der Pensionsverpflichtung für die leistungsdefinierten Pläne in Deutschland genutzt wird, überprüft. Diese Prüfung sollte bestätigen, dass die „Richttafeln Heubeck 2018G“ die bestmögliche Annahme für die Bestimmung der zukünftigen Sterblichkeit der Planteilnehmer darstellt. Basierend auf einer Analyse der Sterblichkeitserfahrungen über die vergangenen fünf Jahre wurde entschieden, dass die „Richttafeln“ adjustiert werden müssen, um die zugrunde gelegte Sterblichkeit der Pensionsplanteilnehmer in Deutschland korrekt widerzuspiegeln. Diese Veränderung in versicherungsmathematischen Annahmen führte zu einem versicherungsmathematischen Verlust zum 31. Dezember 2019 in Höhe von EUR 12m vor Steuern und ist in der Konzerngesamtergebnisrechnung unter den Neubewertungsgewinnen/-verlusten ausgewiesen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf den Konzernabschluss

in Mio €	2019	2018
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung		
Verpflichtung am Jahresanfang	5.367	5.424
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen		
Laufender Dienstzeitaufwand	90	98
Zinsaufwand	90	91
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	6	-45
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen		
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	585	-72
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	12	44
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	34	6
Kapitalfluss und andere Veränderungen		
Zuführungen der Planteilnehmer	3	3
Leistungszahlungen	-176	-173
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0
Wechselkursveränderungen	0	0
Sonstige	-14 ¹	-9
Verpflichtung am Jahresende	5.997	5.367
davon:		
intern finanziert	0	0
extern finanziert	5.997	5.367
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens		
Planvermögen am Jahresanfang	4.682	4.745
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen		
Zinsertrag	80	81
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen		
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	188	-127
Kapitalfluss und andere Veränderungen		
Zuführungen der Planteilnehmer	3	3
Zuführungen des Arbeitgebers	648	162
Leistungszahlungen ²	-176	-173
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0
Wechselkursveränderungen	0	0
Sonstige	-1	-9
Kosten der Planadministration	0	0
Planvermögen am Jahresende	5.424	4.682
Finanzierungsstatus am Jahresende	-573	-685
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten		
Saldo am Jahresanfang	0	0
Zinsaufwand	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0
Wechselkursveränderungen	0	0
Saldo am Jahresende	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	-573	-685
davon bilanziert als:		
sonstige Aktiva	5	0
sonstige Passiva	578	685
für zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände/ Schulden	0	0
Barwert von Rückerstattungsansprüchen	0	0

¹ Überwiegend durch Veräußerungen des Drittmandantengeschäfts im Bereich Zahlungsverkehr

² Nur für extern finanzierte Pensionspläne

Der Konzern hat keine Erstattungsansprüche hinsichtlich leistungsdefinierter Pläne.

Anlagestrategie

Das Anlageziel des Konzerns ist es, sich vor nachteiligen Auswirkungen auf die hauptsächlichen Finanzkennzahlen zu schützen, die aus der Veränderungen der Finanzierungslage seiner Pensionspläne resultieren. In der Vergangenheit lag der primäre Fokus auf der Absicherung des IFRS-Finanzierungsstatus. Zuletzt erfolgte eine Anpassung der Anlagestrategie in

ausgewählten Märkten zum Ausgleich mit anderen gegenläufigen wichtigen Finanzkennzahlen. Die Investmentmanager steuern das Planvermögen anhand der Anlagerichtlinien, die mit den Vermögenstreuhändern und Anlageausschüssen vereinbart wurden.

Zur Erreichung des primären Ziels, die Schwankungen des Finanzierungsstatus nach IFRS in den wichtigsten Pensionsplänen zu minimieren, wendet der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept an. Risiken aus unterschiedlichen Schwankungen im Barwert der Leistungsverpflichtung und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbebewegungen werden durch entsprechende Absicherungsgeschäfte minimiert. Dies wird durch eine gut passende Anlagestrategie im Planvermögen in Bezug auf Marktrisikofaktoren erreicht hinsichtlich Zinsniveau, Kreditausfallrisiko und Inflation. Dabei sollte das Planvermögen im Wesentlichen das Risikoprofil und die Währung der Verpflichtung widerspiegeln. Für Pensionspläne, bei denen aus übergeordneter Konzernsicht die vollständige Anwendung des verpflichtungsorientierten Anlagekonzepts zu ungünstigen Einflüssen auf andere wichtige Finanzkennzahlen des Konzerns führen könnte, kann der Konzern von dieser primären Anlagestrategie abweichen. Beispielsweise begann der Konzern im Jahr 2015 die Anlagestrategie derart anzupassen, dass die Sensitivitäten in Bezug auf Zinssätze und Kreditrisikoprämien reduziert wurden. Der Konzern überwacht eng die Abweichungen von der primären Anlagestrategie und führte Steuerungsmechanismen ein, die die regelmäßige Überprüfung der Abweichung vom verpflichtungsorientierten Anlagekonzept sicherstellt.

Dort, wo das entsprechende Absicherungsniveau durch physische Instrumente (zum Beispiel Unternehmens- und Staatsanleihen) nicht erreicht werden kann, werden Derivate eingesetzt. Diese Absicherungsinstrumente beinhalten vorwiegend Zins-, Inflations- und Kreditausfallswaps. Es werden aber auch andere Instrumente, Zinstermingeschäfte und Optionen, genutzt. In der Praxis ist die Umsetzung einer vollständigen Absicherung nicht möglich, beispielsweise durch eine unzureichende Markttiefe für Anleihen extrem langer Laufzeiten wie auch durch Liquiditäts- und Kostenaspekte. Darum beinhaltet das Planvermögen auch andere Anlageklassen, wie Aktien, Immobilien, Hochzinsanleihen oder Anleihen aus Schwellenländern, um eine langfristige Wertsteigerung und einen Nutzen aus der Risikostreuung zu erzielen.

Vermögensverteilung in verschiedene Anlageklassen

Die folgende Tabelle präsentiert die Vermögensverteilung der Pensionspläne des Konzerns zur Ableitung der Risiken hinsichtlich entscheidender Anlageklassen. Das beinhaltet sowohl physische Wertpapiere in den einzeln gemanagten Vermögensklassen als auch Anteile an Investmentfonds, die im Planvermögen gehalten werden.

Die Vermögenswerte umfassen notierte (das heißt Level 1 in Einklang mit IFRS 13 – der Zeitwert kann direkt von Preisen abgeleitet werden, die an aktiven und liquiden Märkten notiert sind) und weitere (das heißt Level 2 und 3 gemäß IFRS 13) Vermögensanlagen.

in Mio €	31.12.2019		31.12. 2018	
	Insgesamt	davon in aktiven Märkten notiert	Insgesamt	davon in aktiven Märkten notiert
Liquide Mittel	152	151	361	367
Aktien ¹	262	222	314	273
Hochrangige Anleihen²				
Staatsanleihen	1.083	473	743	414
Unternehmensanleihen	3.184	0	2.703	0
Nachrangige Anleihen				
Staatsanleihen	36	0	48	1
Unternehmensanleihen	75	0	44	0
Strukturierte Produkte	0	0	38	0
Versicherungen	0	0	0	0
Alternative Anlagen				
Immobilien	134	0	97	0
Rohstoffe	0	0	14	0
Beteiligungen	63	0	54	0
Andere ³	488	0	409	0
Derivate (Marktwert) auf				
Zinsänderung	-96	0	12	0
Kreditausfallrisiko	32	0	3	0
Inflationsveränderung	8	0	-162	0
Wechselkursveränderung	2	0	4	0
Andere	1	1	0	0
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	5.424	847	4.682	1.055

¹ Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für das Aktienportfolio in den britischen Pensionsplänen

² Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A

³ Unter anderem enthält diese Position Mischfonds, deren Komponenten sich nicht auf die anderen Anlagekategorien aufteilen lassen. Insbesondere der Anstieg von 2018 auf 2019 ist auf solche Positionen zurück zu führen

Die folgenden Tabellen zeigen die Vermögensverteilung des „notierten“ wie auch sonstigen Planvermögens der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns nach wichtigen geografischen Regionen, in denen es investiert ist.

							31.12.2019
in Mio €	Deutschland	Groß- britannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie- staaten	Entwicklungs- und Schwellen- länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1	0	8	141	1	1	152
Aktien	51	10	70	67	54	10	262
Hochrangige Staatsanleihen	383	0	21	439	106	134	1.083
Nachrangige Staatsanleihen	0	0	0	1	3	32	36
Hochrangige Unternehmensanleihen	376	199	1.015	1.448 ¹	144	2	3.184
Nachrangige Unternehmensanleihen	0	0	0	75	0	0	75
Strukturierte Produkte	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	811	209	1.114	2.171	308	179	4.792
Anteil	17 %	4 %	23 %	45 %	6 %	4 %	100 %
Weitere Anlagekategorien							632
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							5.424

¹ Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen

							31.12.2018
in Mio €	Deutschland	Groß- britannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie- staaten	Entwicklungs- und Schwellen- länder	Insgesamt
Liquide Mittel	39	2	11	306	2	1	361
Aktien	65	15	70	77	81	6	314
Hochrangige Staatsanleihen	361	0	5	210	66	101	743
Nachrangige Staatsanleihen	0	0	0	1	5	42	48
Hochrangige Unternehmensanleihen	374	198	596	1.370 ¹	155	10	2.703
Nachrangige Unternehmensanleihen	0	0	0	44	0	0	44
Strukturierte Produkte	38	0	0	0	0	0	38
Zwischensumme	877	215	682	2.008	309	160	4.251
Anteil	21 %	5 %	16 %	47 %	7 %	4 %	100 %
Weitere Anlagekategorien							431
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							4.682

¹ Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen

Per 31. Dezember 2019 sind im Planvermögen Derivate mit einem negativen Marktwert von 105 Mio € (31. Dezember 2018: 198 Mio €) enthalten, bei denen Konzerneinheiten Vertragspartner sind. Im Planvermögen gibt es weder materielle Beträge von vom Konzern emittierten Wertpapieren noch sonstigen Forderungen gegen den Konzern. Es sind keine vom Konzern genutzten Immobilienwerte enthalten.

Zusätzlich bewertet der Konzern einen Rückstellungsbedarf für ungewisse Ertragsteuerpositionen und berücksichtigt dies im Wertansatz des Planvermögens, wobei die endgültigen Verbindlichkeiten hiervon letztlich erheblich abweichen können.

Wichtige Risikosensitivitäten

Die Pensionsverpflichtung ist sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor beziehungsweise jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert. Die Sensitivitäten der Verpflichtungen sind Schätzungen basierend auf geometrischen Extrapolationsmethoden, die die Planduration bezogen auf jede Annahme nutzen. Die Duration ist ein Risikomaß für die grundsätzliche Sensitivität einer Verpflichtung hinsichtlich der Veränderung einer zugrundeliegenden Annahme und gibt eine angemessene Abschätzung für kleinere bis mittlere Veränderungen solcher Annahmen an.

Beispielsweise wird die Zinsduration von der Veränderung der Leistungsverpflichtung bezogen auf abweichende Zinsannahmen abgeleitet, die die lokalen Aktuarien für die jeweiligen Pläne ermitteln. Die sich daraus ergebende Duration wird zur Abschätzung des aus der Verpflichtung resultierenden Neubewertungsverlusts oder –gewinns bei verändertem Diskontierungszinssatz benutzt. Für die anderen Annahmen wird ein ähnlicher Ansatz angewandt, um die jeweiligen Sensitivitäten abzuleiten.

Für Pensionspläne, bei denen der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisikoprofil des Konzerns bezogen auf wichtige Kapitalmarktbebewegungen zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtung gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch den Konzernbereich Market Risk Management für die größten Pläne des Konzerns durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne und werden linear extrapoliert, um die geschätzte Veränderung im Marktwert des Planvermögens im Falle der Veränderung des darunterliegenden Risikofaktors zu zeigen.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben. Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung des Einflusses und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden, was im Gesamtergebnis enthalten ist. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Durch nichtlineare Zusammenhänge ist bei der Extrapolation dieser Sensitivitäten hinsichtlich der Kapitalmarktbedingungen und der wichtigsten Annahmen Vorsicht geboten in Bezug auf den gesamten Finanzierungsstatus. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung der mit den Pensionsplänen verbundenen Risiken sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Zinssatz (-50 bp):		
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	-490	-420
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen	365	185
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (-))	-125	-235
Zinssatz (+50 bp):		
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	450	385
Erwartete Verringerung (-) im Planvermögen	-365	-185
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (-))	85	200
Kreditrisikorate (-50 bp):		
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	-490	-420
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen	250	115
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (-))	-240	-305
Kreditrisikorate (+50 bp):		
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	450	385
Erwartete Verringerung (-) im Planvermögen	-250	-115
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (-))	200	270
Inflationsrate (-50 bp):¹		
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	195	175
Erwartete Verringerung (-) im Planvermögen	-45	-50
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (-))	150	125
Inflationsrate (+50 bp):¹		
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	-205	-185
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen	45	50
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (-))	-160	-135
Gehaltssteigerungsrate (-50 bp):		
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	45	40
Gehaltssteigerungsrate (+50 bp):		
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	-45	-45
Anstieg der Lebenserwartung um 10 %:²		
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	-150	-135

¹ Umfasst zugleich die Sensitivität hinsichtlich des Rentenanstiegs, der im gewissen Grad direkt an die Inflationsrate gekoppelt ist

² Dies entspricht geschätzt in etwa dem Anstieg der Lebenserwartung um circa 1 Jahr

Erwarteter Kapitalfluss

Die im Folgenden dargestellten erwarteten Zahlungen des Konzerns im Jahr 2020 bezüglich seiner Pensionspläne umfassen sowohl die Leistungszahlungen für nicht extern ausfinanzierte Pläne, die Zuführungen zum Planvermögen extern ausfinanzierter leistungsdefinierter Pensionspläne als auch Beiträge an beitragsdefinierte Pensionspläne.

in Mio €	2020
Erwartete Zuführungen	
zum Planvermögen leistungsdefinierter Versorgungspläne	120
zum BVV	30
zur Postbeamtenversorgungskasse	85
zu beitragsdefinierten Plänen	5
Erwartete Leistungszahlungen für intern finanzierte Versorgungspläne	0
Erwartete Zahlungen für Pensionspläne	240

Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Die folgende Tabelle bietet eine Aufstellung spezifischer Aufwandspositionen gemäß den Anforderungen nach IAS 19 beziehungsweise IFRS 2.

in Mio €	2019	2018
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne		
Dienstzeitaufwand	96	53
Nettozinsaufwand (+)/-ertrag (-)	10	10
Gesamtaufwendungen leistungsdefinierter Pläne	106	63
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne		
Beiträge an den BVV	29	29
Beiträge an die Postbeamtenversorgungskasse	86	88
Beiträge an beitragsdefinierte Pläne	4	3
Gesamtaufwendungen beitragsdefinierter Pläne	119	120
Pensionsaufwendungen insgesamt	225	183
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	130	138
Aufwand für in Aktien zu begebene aktienbasierte Vergütung ¹	7	12
Aufwand für in bar auszuzahlende aktienbasierte Vergütung ¹	4	0
Aufwand für aufgeschobene Barvergütungen ¹	2	7
Aufwand für Abfindungszahlungen ²	10	43

¹ Einschließlich Akquisitionsprämien und Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter Komponenten für aufgeschobene Vergütung aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses unter Einbezug solcher Anteile, die als Restrukturierungsaufwand erfasst wurden

² Ohne Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter aufgeschobener Vergütungskomponenten

33 – Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-)		
Steueraufwand/-ertrag (-) für das laufende Jahr	63	54
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-)	-3	-17
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	60	37
Latenter Steueraufwand /-ertrag (-)		
Temporäre Differenzen	-11	25
Steuerliche Verlustvorträge	42	-15
Latenter Steueraufwand /-ertrag (-) insgesamt	31	10
Gesamt	91	47

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis vor Steuern und dem Ertragsteueraufwand/-ertrag:

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Ergebnis vor Steuern	713	1.053
Anzuwendender Steuersatz	31,28%	31,28%
Rechnerische Ertragsteuer	223	329
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	0	-1
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	-2	4
aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	17	21
aus steuerfreien Erträgen	-20	-21
wegen Hinzurechnungen/Kürzungen für lokale Ertragsteuer	3	4
aus Organschaft	-125	-289
aus Veränderung der Wertberichtigung/dem Nichtansatz von aktiven latenten Steuern	8	9
für laufende und latente Steuern aus Vorjahren	-13	-9
Sonstige	0	0
	-132	-282
Ertragsteueraufwand (+)/ Ertragsteuerertrag (-)	91	47

Der Konzernsteuersatz beträgt 31,28 %. Dieser setzt sich aus der Körperschaftsteuer in Höhe von 15 % zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag sowie der Gewerbesteuer in Höhe von 15,45 % zusammen.

Wesentliche Komponenten der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Latente Steuerforderungen		
Handelsaktiva/-passiva	304	266
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (Bewertung) von Wertpapieren	27	31
Sachanlagen	-	1
Sonstige Aktiva	8	9
Leasing	15	26
Verbindlichkeiten	5	-
Rückstellungen	102	93
Sonstige Passiva	187	192
	0	0
	648	618
Steuerliche Verlustvorträge	0	43
Saldierung mit passiven latenten Steuern	361	342
Gesamt	287	319

Die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge entfallen auf inländische Tochtergesellschaften der DB Privat- und Firmenkundenbank AG. Die Gesellschaften werden infolge von Steuerplanungsmöglichkeiten voraussichtlich ausreichend positive steuerliche Ergebnisse erzielen, um die Verluste aus vergangenen Perioden nutzen zu können.

Es wurden latente Steuern in Höhe von 7 Mio € in der Gesamtergebnisrechnung als Ertrag erfasst.

Im Berichtsjahr wurden latente Ertragsteueransprüche auf temporäre Differenzen in Höhe von 9 Mio € und auf zeitlich nicht befristete Verlustvorträge in Höhe von 40 Mio € nicht angesetzt.

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Latente Steuerverbindlichkeiten		
Handelsaktiva / -passiva	154	133
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (Bewertung) von Wertpapieren	138	130
Sachanlagen	0	2
Leasing	2	6
Sonstige Aktiva	4	-
Verbindlichkeiten	29	37
Rückstellungen	-	5
Sonstige Passiva	35	37
	1	1
	363	351
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	361	342
Gesamt	2	9

34 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Vermögenswerte

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	2020	nach 2020	31.12.2019
Barreserven und Zentralbankeinlagen	26.150	-	26.150
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	41.658	-	41.658
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.072	10	4.082
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	457	5.660	6.117
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	174	2.775	2.949
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.627	185.145	196.772
Sachanlagen	-	1.440	1.440
Immaterielle Vermögenswerte	-	160	160
Sonstige Aktiva	1.809	6.132	7.941
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2	11	13
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	85.949	201.333	287.282
Steuerforderungen aus latenten Steuern	-	-	287
Summe der Aktiva			287.569

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	2019	nach 2019	31.12.2018
Barreserven und Zentralbankeinlagen	20.130	-	20.130
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	42.731	-	42.731
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	298	-	298
Forderungen aus Wertpapierleihen	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.576	3.429	5.005
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	3.240	5.559	8.799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	13.385	176.363	189.748
Sachanlagen	-	813	813
Immaterielle Vermögenswerte	-	294	294
Sonstige Aktiva	2.812	5.155	7.967
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	12	-	12
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	84.184	191.613	275.797
Steuerforderungen aus latenten Steuern	-	-	319
Summe der Aktiva			276.116

Verbindlichkeiten

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	2020	nach 2020	31.12.2019
Einlagen	227.680	12.801	240.481
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.921	-	4.921
Sonstige Passiva	4.223	1.337	5.560
Rückstellungen	107	178	285
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	49	5	54
Langfristige Verbindlichkeiten	4.097	23.630	27.727
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	241.077	37.951	279.028
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	-	-	2
Summe der Verbindlichkeiten			279.030

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	2019	nach 2019	31.12.2018
Einlagen	211.737	14.248	225.985
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.135	-	1.135
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.689	-	3.689
Sonstige Passiva	5.312	1.327	6.639
Rückstellungen	273	342	615
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	26	9	35
Langfristige Verbindlichkeiten	3.782	26.171	29.953
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	225.954	42.097	268.051
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	-	-	9
Summe der Verbindlichkeiten			268.060

35 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, Termingeschäfte, Optionen und Zinsbegrenzungsinstrumente. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten im Wesentlichen zu Sicherungszwecken und in geringem Umfang zu Verkaufs-, Marktpflege- und Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen des Risikomanagements Rechnung zu tragen. In geringerem Umfang werden auch Derivate im Rahmen des Zins-Währungsmanagements (Kundengeschäft) abgeschlossen.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Note 2 (e) beschrieben sind, werden alle Derivate zum beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Zu Verkaufs- und Marktpflegezwecken gehaltene Derivate

Verkauf und Marktpflege

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Marktpflegeaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften.

Derivative Finanzinstrumente, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Note 2 (e) beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Risikomanagement

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit dem Aktiv-Passiv-Management des Konzerns. Hierbei werden Derivate zu Sicherungszwecken eingesetzt, um das Marktzinsrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Im Rahmen der Sicherungsgeschäfte werden ausschließlich Zinsrisiken durch Fair Value-Hedges sowohl in Form von Mikro- als auch von Portfoliosicherungsbeziehungen abgesichert. Im Rahmen der Portfoliosicherungsbeziehungen werden Cashflows von Baufinanzierungen als Grundgeschäfte designiert und gegen das Zinsänderungsrisiko abgesichert. Die Sicherungsbeziehung wird jeweils mit einer Laufzeit von einem Monat designiert und mittels Basispoint-Value-Analyse gesteuert. Die Sicherungsquote wird durch das Verhältnis der Cashflows bzgl. des auszusteuernenden Risikos zum Gesamtcashflow des Portfolios je Laufzeit-Bucket bestimmt. Auch für diese Sicherungsbeziehungen gelten die o.g. Aussagen zum Risikomanagement.

Die Sicherungsbeziehungen sind grundsätzlich hoch effektiv aufgesetzt, sodass während der Sicherungslaufzeit eine Unwirksamkeit der Absicherung voraussichtlich nur aus der Methodik der retrospektiven Effektivitätsmessung mit der Regressionsanalyse gegen Ende der Laufzeit des Grundgeschäftes entstehen kann.

Hinsichtlich einer übergreifenden Beschreibung der Risikomanagementstrategie im Hinblick auf Marktpreisrisiken sowie der zugehörigen Steuerung wird auf den Risikobericht im Konzernlagebericht verwiesen.

Beschreibung der wesentlichen Annahmen und Schätzungen zur Anwendung der Referenzzinssatzreform

Die Entwicklung des Hybrid-Euribor stellt die wesentliche Schätzung aus der Anwendung der Referenzzinssatzreform dar. Die Berechnungsmethodik des Euribors hat sich im Jahr 2019 geändert. Die neue Methodik steht im Einklang mit den Anforderungen der Referenzzinsreform zum Jahresende 2019. Demnach wird der Euribor sowohl für alte, als auch für neue

Verträge weiterhin genutzt. Die Bank erwartet, dass der Euribor für die vorsehbare Zukunft weiterhin genutzt wird. Die Bank geht nicht davon aus, dass sich das abgesicherte Risiko hin zu einem anderen Referenzzins ändern wird. Daher erachtet die Bank, dass die Hedge Beziehungen, die den Euribor als abgesichertes Risiko zum Gegenstand haben, nicht von der Referenzzinsreform zum 31. Dezember 2019 betroffen sind.

Hedge Accounting und Referenzzinssätze

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht der Hedge Beziehungen, die von den Ergänzungen zur Referenzzinsreform des IASB betroffen sind, gegliedert nach den Referenzzinssätzen, die für die zukünftigen Reformen erwartet werden sowie dem Nominalbetrag der Sicherungsderivate zum 31. Dezember 2019. Der Nominalwert der nachstehend ausgewiesenen Sicherungsinstrumente, welche sich in einer Hedge-Beziehung befinden, dient als geeignete Annäherung des Risikos, das unmittelbar von der Reform der Referenzzinssätze betroffen ist.

in Mio €	31.12.2019
	Nominalwert
CHF IBOR	134

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendete im Geschäftsjahr 2019 ausschließlich die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

in Mio €	31.12.2019		31.12.2018	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	101	1.170	63	1.314

Im Geschäftsjahr 2019 wies der Konzern einen Verlust in Höhe von 1.040 Mio € (2018: Verlust in Höhe von 199 Mio €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Gewinn aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1.010 Mio € (2018: Gewinn in Höhe von 104 Mio €). Das Ergebnis aus den Sicherungsbeziehungen wird im Sonstigen Ergebnis separat ausgewiesen.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die in Sicherungsbeziehungen einbezogenen Finanzinstrumente auf:

Grundgeschäfte

in Mio €	31.12.2019		
	Buchwert	Anpassungen im Buchwert aus aktueller Sicherungsbeziehung	Kumulierter Betrag aus dem abgesicherten Risiko bei aufgelösten Sicherungsbeziehungen
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	2.724	126	-1
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Mikro-Sicherungsbeziehungen	1.478	22	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	28.998	-368	1.441
Wertpapiere des Business Model "Halten" zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	1.739	61	0
Einlagen in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	0	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	3.341	147	240

in Mio €	31.12.2018		
	Buchwert	Anpassungen im Buchwert aus aktueller Sicherungsbeziehung	Kumulierter Betrag aus dem abgesicherten Risiko bei aufgelösten Sicherungsbeziehungen
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	3.332	125	8
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Mikro-Sicherungsbeziehungen	2.733	207	1
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	13.731	-100	472
Wertpapiere des Business Model "Halten" zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	1.782	38	-1
Einlagen in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	2.794	8	-
Langfristige Verbindlichkeiten	4.986	212	267

Sicherungsinstrumente

in Mio €	31.12.2019	
	Nominalwerte	Buchwerte vor Netting
Sonstige Aktiva		
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	5.106	186
Sonstige Passiva		
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	28.643	1.975

in Mio €	31.12.2018	
	Nominalwerte	Buchwerte vor Netting
Sonstige Aktiva		
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	10.498	265
Sonstige Passiva		
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	36.975	1.756

Die Restlaufzeiten der Mikrosicherungsbeziehungen gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten der Sicherungsinstrumente

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
	Zinsrisiken	Zinsrisiken
Bis drei Monate	-	767
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	52	936
Mehr als ein bis fünf Jahre	5.252	9.320
Mehr als fünf Jahre	3.921	5.135
Gesamt	9.225	16.158

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen wird im Sonstigen Ergebnis dargestellt, nachstehende Übersicht zeigt die entsprechenden Positionen.

Ergebnis aus den Sicherungsbeziehungen

in Mio €	31.12.2019		
	Ergebnis aus Sicherungsbeziehung	Wertänderung des Grundgeschäftes in der Periode	Wertänderung des Sicherungsinstruments in der Periode
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	-0	183	-183
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Mikro-Sicherungsbeziehungen	0	66	-66
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	-30	722	-752
Sonstige Aktiva, Wertpapiere des Business Model "Halten" zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	0	34	-34
Einlagen in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	0	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	0	5	-5
Gesamt	-30	1.010	-1.040

in Mio €	31.12.2018		
	Ergebnis aus Sicherungsbeziehung	Wertänderung des Grundgeschäftes in der Periode	Wertänderung des Sicherungsinstruments in der Periode
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	1	6	-6
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Mikro-Sicherungsbeziehungen	-0	15	-15
Forderungen aus dem Kreditgeschäft bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	-91	10	-101
Sonstige Aktiva, Wertpapiere des Business Model "Halten" zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	0	15	-14
Einlagen in Portfolio-Sicherungsbeziehungen	-1	-0	-0
Langfristige Verbindlichkeiten	-4	58	-63
Gesamt	-95	104	-199

Wesentlicher Teil des bilanziell zulässigen Hedge Accounting ist die Anwendung einer wirksamen Effektivitätsmessung, die mittels einer Regressionsanalyse durchgeführt wird. Die Effektivität wird definiert als Verhältnis der Änderung des beizulegenden Zeitwertes zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft. Um bilanziell zulässig zu sein, muss die Effektivität innerhalb einer Bandbreite von 80 bis 125 Prozent liegen, andernfalls ist die Hedgebeziehung aufzulösen.

Innerhalb des Mikro Hedge Accountings der DB PFK AG liegen die Ursachen für etwaige Ineffektivitäten der Sicherungsbeziehungen vor allem in dem Risiko, welches in der Marktwertermittlung der Sicherungsinstrumente enthalten ist.

Dieses fließt bei der Bestimmung der Grundgeschäftsmarktwerte nicht ein, was dazu führt, dass die Marktwertänderungen des jeweiligen Sicherungsgeschäftes nicht komplett durch die Marktwertänderungen des Grundgeschäfts ausgeglichen werden. Dies passiert, obwohl die Sicherungsbeziehung wirtschaftlich komplett abgesichert ist. Das in diesem Zusammenhang wesentlichste Risiko ist das Basisrisiko. Eine Unwirksamkeit der Absicherung resultiert somit voraussichtlich nur aus der Methodik der retrospektiven Effektivitätsmessung mit der Regressionsanalyse.

Andere als die o.g. Gründe, auf deren Basis eine Hedgebeziehung ineffektiv wird, existierten im Geschäftsjahr 2019 nicht.

36 – Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Gesetzliche, regulatorische und vertragliche Regelungen können den Transfer von Vermögenswerten innerhalb eines Konzerns beschränken. Hiervon betroffen sind im DB PFK Konzern Vermögenswerte in Höhe von 11.870 Mio € (Vorjahr: 13.925 Mio €), die zur Deckung von besicherten Emissionen (Pfandbriefen), und Vermögenswerte in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 1.060 Mio €), die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheiten verwendet werden, Förderdarlehen in Höhe von 12.400 Mio € (Vorjahr: 12.680 Mio €), die auf Basis von zweckgebundene Refinanzierungen ausgegeben wurden sowie Vermögenswerte in Höhe von 35 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €), die als Abwicklungssicherheiten hinterlegt sind.

Der Konzern hat Sicherheiten für das OTC-Derivate-Exposure in Höhe von 930 Mio € (Vorjahr: 832 Mio €) geleistet.

Des Weiteren dienen Vermögenswerte in Höhe von 202 Mio € (Vorjahr: 118 Mio €) zur Deckung von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen.

Weiterhin stellt die DB PFK Vermögenswerte in Höhe von 38.707 Mio € (Vorjahr: 42.449 Mio €) als Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte der Deutsche Bank Gruppe zur Verfügung.

Darüber hinaus existieren bei einzelnen Gesellschaften des Konzerns gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Gewinnausschüttung, insbesondere gemäß § 268 Abs. 8 HGB, § 253 Abs. 6 HGB und bezüglich des Mindestkapitals. Diese Beschränkungen sind aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung.

37 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die DB PFK unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutsche Bank AG, die die DB PFK beherrscht, sowie einer geringen Anzahl von Tochtergesellschaften, die nicht in den DB PFK Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der DB PFK und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der DB PFK AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt.

Sämtliche nahestehende Unternehmen, die in den Konsolidierungskreis der DB PFK einbezogen werden, sind in der Note 4 verzeichnet.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der DB PFK AG als abhängigem Unternehmen und der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, als herrschendem Unternehmen. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist innerhalb eines Jahres kündbar.

Geschäfte mit Muttergesellschaft, Tochtergesellschaften und sonstigen Unternehmen

Aktiva

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Einlagen bei Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	41.525	42.443
Sonstige nahestehende Unternehmen	47	75
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)		
Deutsche Bank AG	-	38
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Deutsche Bank AG	5.536	4.232
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten		
Deutsche Bank AG	992	1.492
Sonstige nahestehende Unternehmen	52	64
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	1.802	1.498
Sonstige nahestehende Unternehmen	45	43

Passiva

in Mio €	31.12.2019	31.12.2018
Einlagen		
Deutsche Bank AG	160	-
Tochterunternehmen	14	12
Sonstige nahestehende Unternehmen	971	1.689
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)		
Deutsche Bank AG	-	1.135
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Deutsche Bank AG	5.978	4.856
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten		
Deutsche Bank AG	15.243	15.462
Sonstige nahestehende Unternehmen	1.100	1.100
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	1.316	2.673
Sonstige nahestehende Unternehmen	3	4

In den Sonstigen Aktiva gegenüber der Deutschen Bank AG sind die Effekte in Höhe von 340 Mio € (zum 31. Dezember 2018 in den sonstigen Passiva: 2.132 Mio €) aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag enthalten, die dem HGB-Ergebnis der Berichtsperiode entsprechen und in den Gewinnrücklagen erfasst wurden. Zudem enthalten die Sonstigen Passiva Leasingverbindlichkeiten aus Mietverträgen in Höhe von 71 Mio €. In Verbindung mit diesen Leasingverhältnissen bestehen bei der Bank Nutzungsrechte ebenfalls in Höhe von 71 Mio €. Diese Beziehungen werden aufgrund der Erstanwendung des IFRS 16 „Leasingverhältnisse“ in der Berichtsperiode erstmals gezeigt.

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	2019	2018
Zinsüberschuss		
Deutsche Bank AG	-283	-301
Sonstige nahestehende Unternehmen	-46	-44
Provisionsüberschuss		
Deutsche Bank AG	57	58
Sonstige nahestehende Unternehmen	144	144
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen		
Deutsche Bank AG	-39	-158
Sonstiges Ergebnis		
Deutsche Bank AG	-517	-555
Tochterunternehmen	-11	-11
Sonstige nahestehende Unternehmen	-18	-163

Darüber hinaus bestanden zum 31. Dezember 2019 Eventualverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG in Höhe von 103 Mio € (zum 31. Dezember 2018: 109 Mio €).

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Zum Bilanzstichtag hat die DB PFK Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 20 Mio € gewährt und Einlagen in Höhe von 15 Mio € von nahestehenden Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und ihren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie z. B. Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Die nachfolgende Tabelle stellt den in der Berichtsperiode (bzw. im Zeitraum, in dem das jeweilige Mitglied dem Vorstand angehörte) entstandenen Personalaufwand in Verbindung mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der DB PFK AG gemäß IAS 24.17 dar. Teilweise erfolgten die Vergütungen über die Deutsche Bank AG.

in Mio €	2019	2018
Kurzfristig fällige Leistungen	6	7
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1	1
Andere langfristig fällige Leistungen	3	3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	6	2
Anteilsbasierte Vergütung	6	4
Gesamtvergütung gemäß IAS 24.17	22	17

Die Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder für die Berichtsperiode (bzw. im Zeitraum, in dem das jeweilige Mitglied dem Aufsichtsrat angehörte) in Höhe von 0,5 Mio € (Vorjahr: 0,1 Mio €) wird gemäß IAS 24.17 als kurzfristig fällige Leistung klassifiziert.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben in der Berichtsperiode eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 0,4 Mio € (Vorjahr: 0,8 Mio €) erhalten.

38 – Strukturierte Einheiten

Ein strukturiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem - aufgrund der besonderen Ausgestaltung - die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Ein strukturiertes Unternehmen zeichnet sich oft durch nachfolgende charakterisierende Eigenschaften aus: beschränkte Aktivitäten, enger und genau definierter Unternehmenszweck, unzureichende Eigenkapitalausstattung und Finanzierung, die zur Konzentration von Kredit- oder anderen Risiken führt.

Unter Beziehungen zu strukturierten Unternehmen sind vertragliche und nichtvertragliche Geschäftsbeziehungen zu verstehen, die die Bank schwankenden positiven und/oder negativen Renditen aus der Geschäftstätigkeit eines strukturierten Unternehmens aussetzen.

Beziehungen zu konsolidierten strukturierten Einheiten

Derzeit bestehen keine vertraglichen Vereinbarungen zur Gewährung einer Finanzhilfe an konsolidierte strukturierte Einheiten. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle Unterstützung, zu der die Bank nicht vertraglich verpflichtet war, an die nicht konsolidierten strukturierten Einheiten weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Die Bank hat im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen u.a. Kreditbeziehungen zu Immobilienobjektgesellschaften, deren Zweck Halten und Vermieten der gewerblichen Immobilien im Wesentlichen in Deutschland und Europa ist und zu nationalen und internationalen Immobilienfonds (Kategorie „gewerbliche Immobilienfinanzierungen“). Die Finanzierung der Immobilien erfolgt durch Eigen- und Fremdkapitalaufnahme. Bei den Immobilienobjektgesellschaften kommt in der Regel ein höherer Fremdkapitalanteil zum Einsatz.

Unter die Beziehungen mit strukturierten Einheiten fallen ebenfalls die im Bestand des Konzerns befindlichen von strukturierten Einheiten (z. B. Verbriefungsgesellschaften) emittierten Wertpapiere (Kategorie „Sonstige“) und Fondszertifikate/-anteile (Kategorie „Fonds“).

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Einheiten, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, gezeigt. Das maximale Ausfallrisiko bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Transaktionen setzt sich zusammen aus dem Bilanzwert und dem Wert der außerbilanziellen Verpflichtungen der Bank, die mit Beziehungen zu strukturierten Einheiten zusammenhängen. Das maximale Ausfallrisiko wird ohne Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten gezeigt.

Der Umfang der strukturierten Einheiten ergibt sich aus der Summe der Vermögenswerte der jeweiligen strukturierten Einheit.

in Mio €	Jan. – Dez. 2019		
	Gewerbliche Immobilien	Fonds	Gesamt
Aktiva			
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	8.485		8.485
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		256	256
Sonstige Aktiva		13	13
Maximales Ausfallrisiko	8.755	269	9.024
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	8.485		8.485
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		256	256
Sonstige Aktiva		13	13
Außerbilanzielle Verpflichtungen	270		270
Umfang der strukturierten Einheiten	9.390	7.710	17.100

Die nachfolgende Tabelle enthält die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2018.

in Mio €	Jan. – Dez. 2018		
	Gewerbliche Immobilien	Fonds	Gesamt
Aktiva			
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	7.214		7.214
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		247	247
Sonstige Aktiva		14	14
Maximales Ausfallrisiko	7.473	261	7.734
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	7.214		7.214
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		247	247
Sonstige Aktiva		14	14
Außerbilanzielle Verpflichtungen	259		259
Umfang der strukturierten Einheiten	7.941	9.114	17.055

Die außerbilanziellen Verpflichtungen stellen vertragliche Verpflichtungen der Bank, eine finanzielle Unterstützung an die strukturierten Einheiten zu leisten, dar. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle Unterstützung, zu der die Bank nicht vertraglich verpflichtet war, an die strukturierten Einheiten weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

39 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die bisherigen Entwicklungen rund um COVID 19 in 2020 weisen darauf hin, dass erwartet wird, dass das weltweite Wirtschaftswachstum in der ersten Hälfte des Jahres 2020 negativ durch die Ausbreitung der Krankheit und die daraus resultierende Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivität beeinflusst wird. Das könnte sich auf unsere Möglichkeit, Umsätze zu erzielen, auswirken und negativen Einfluss auf bestimmte Portfolios durch Ratingverschlechterung, höher als erwartete Kreditausfälle und potenzielle Wertminderungen von Vermögenswerten haben. Die derzeitige COVID 19 Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft könnten die Erreichung unserer finanziellen Ziele beeinträchtigen. Während es zu früh ist, die Auswirkungen auf unser Geschäft oder unsere finanziellen Ziele der sich ausbreitenden Pandemie und den Antworten der Regierungen darauf zu prognostizieren, könnten wir in erheblicher Weise durch einen anhaltenden Abschwung von lokalen, regionalen oder globalen wirtschaftlichen Bedingungen negativ beeinträchtigt werden.

40 – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand der DB PFK AG während des Berichtszeitraums:

	2019	2018
Vollzeitkräfte	23.565	24.381
Beamte	3.417	3.707
Angestellte	20.148	20.674
Teilzeitkräfte	8.080	9.632
Beamte	932	1.016
Angestellte	7.148	8.616
Gesamt	31.645	34.013

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

41 – Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 9 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €). Teilweise erfolgten die Vergütungen über die Deutsche Bank AG. In den Gesamtbezügen enthalten sind die folgenden Vergütungskomponenten: Cash Boni, Equity Upfront Awards, Restricted Equity Awards sowie in Vorjahren für die Vorstandstätigkeit gewährte und im Geschäftsjahr 2019 zur Auszahlung gelangte Tranchen der Restricted Incentive Awards. Für das Geschäftsjahr 2019 wurden an den Vorstand Aktienzusagen von 3 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) erteilt, davon Equity Upfront Award 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €). Diese sind in den o.g. Gesamtbezügen bereits enthalten.

Ausscheidenden Vorstandsmitgliedern wurden insgesamt 6 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) Abfindungsleistungen zugesagt.

Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bezogen im Geschäftsjahr 2019 Pensionszahlungen in Höhe von 1,1 Mio € (Vorjahr: 0,5 Mio €).

Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von 37,9 Mio € (Vorjahr: 32,1 Mio €). Sonstige Verpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern des Vorstands bestehen nicht.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben für die Berichtsperiode (bzw. im Zeitraum, in dem das jeweilige Mitglied dem Aufsichtsrat angehörte) für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Gesamtbezüge in Höhe von 0,5 Mio € (Vorjahr: 0,1 Mio €) erhalten.

Zum Bilanzstichtag hat die DB PFK Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) gewährt.

42 – Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Der Vorstand der DB Privat- und Firmenkundenbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Vorstands
Dr. Manfred Knof, München (Vorsitzender, seit 10. Januar 2020) Vorstandsvorsitz
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender, bis 31. Juli 2019) Vorstandsvorsitz
Stefan Bender, Bad Vilbel Firmenkunden
Philipp Gossow, Frankfurt am Main Vertrieb DB
Dr. Alexander Ilgen, Frankfurt am Main Finanzen, Chief Financial Officer
Susanne Klöß-Braekler, München Produkt- und Prozessmanagement
Philip Laucks, Goldbach (seit 1. Januar 2020) CAO
Britta Lehfeldt, Frankfurt am Main (bis 31. Dezember 2019) Personal / Administration / Regulatorik
Dr. Ralph Müller, Bonn (bis 18. September 2019) Firmenkunden PB
Dr. Markus Pertlwieser, Bad Soden Chief Digital Officer (CDO)
Zvezdana Seeger, Berlin COO
Hanns-Peter Storr, Bonn (bis 31. März 2019) Risiko, Chief Risk Office (CRO)
Lars Stoy, Bonn Vertrieb PB
Kay Wolf, Kelkheim (seit 1. Januar 2020) Risiko, Chief Risk Office (CRO)

Mandate der Vorstandsmitglieder der DB Privat- und Firmenkundenbank AG in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Stefan Bender	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 19. September 2019)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Philipp Gossow	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 23. Mai 2019)	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 7. Juni 2019)	Deutsche Bank Sociedad Anónima Española, Madrid
Vorsitzender des Beirats (seit 29. Mai 2019 Mitglied, seit 04. Juni 2019 Vorsitz)	Finanzberatungsgesellschaft mbH der Deutschen Bank, Berlin
Dr. Alexander Ilgen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Beirats	DB HR Solutions GmbH, Eschborn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Asset Management Investment GmbH, Frankfurt am Main
Susanne Klöß-Braekler	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. April 2019)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 10. April 2019)	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden
Philip Laucks	
	Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2020
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Societa per Azioni, Mailand
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 24. Januar 2020)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Britta Lehfeldt	
	Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2019
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 17. Mai 2019)	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn
Mitglied des Beirats	DB HR Solutions GmbH, Eschborn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2019)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Dr. Ralph Müller	
	Mitglied des Vorstands bis 18. September 2019
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 18. September 2019)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 18. September 2019)	PB Factoring GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 18. September 2019)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Dr. Markus Pertlwieser	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 13. März 2019 Mitglied, seit 14. März 2019 Vorsitz)	norisbank GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 10. September 2019)	Verimi GmbH, Berlin

Zvezdana Seeger	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Hanns-Peter Storr	
Mitglied des Vorstands bis 31. März 2019	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. März 2019)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. März 2019)	Postbank Systems AG, Bonn
Lars Stoy	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Kay Wolf	
Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2020	
Funktion	Gesellschaft
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der DB Privat- und Firmenkundenbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Karl von Rohr, Frankfurt am Main (Vorsitzender) (seit 1. August 2019) Mitglied des Vorstands, Deutsche Bank AG
Christian Sewing, Osnabrück (Vorsitzender bis 31. Juli 2019) Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank AG
Christoph Bornschein, Berlin Geschäftsführer und Co-Founder, Torben, Lucie und die gelbe Gefahr GmbH
Dr. Stefan Hoops, Bad Homburg (seit 1. Februar 2020) Head of Corporate Bank, Deutsche Bank AG
Marzio Hug, London, UK Chief Risk Officer AM / Head of Credit Risk Management, Deutsche Bank AG
Anna Issel, Frankfurt am Main Anti-Financial Crime, Global Head of Business Line AFC for Wealth Management, Deutsche Bank AG
Dr. Karen Kuder, Frankfurt am Main Chief Governance Officer, Legal, Deutsche Bank AG
Philip Laucks, Goldbach (bis 31. Dezember 2019) Global Head HR & Divisional Control Officer PCB, Deutsche Bank AG
Andreas Christian Loetscher, Berg Chief Accounting Officer Deutsche Bank AG
Christiana Riley, Bad Homburg vor der Höhe (bis 15. November 2019) Mitglied des Vorstands, Deutsche Bank AG
Michael Spiegel, Bad Homburg vor der Höhe (bis 13. Januar 2020) Global Head of Trade, Standard Chartered Bank AG
Alexander von zur Mühlen, Frankfurt am Main (seit 1. Januar 2020) Head Group Strategy, Deutsche Bank AG
Sandra Ursula Wirfs, Hofheim (seit 16. November 2019) CFO & Head of Business Insights Wealth Management, Deutsche Bank AG
Werner Steinmüller, Dreieich-Buchsschlag Mitglied des Vorstands, Deutsche Bank AG

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Susanne Walzer, Kaiserslautern (stellv. Vorsitzende) Betriebsratsvorsitzende Betriebsrat Deutsche Bank Nordbaden
Frank Bsirske, Berlin ehem. Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di
Alexander Diffenhard, Plochingen (bis 13. Juni 2019) Betriebsratsvorsitzender Stuttgart und Mitglied im Gesamtbetriebsrat, Deutsche Bank Stuttgart
Wolfgang Ermann, Fürth (bis 13. Juni 2019) Betriebsrat Betrieb Deutsche Bank Nürnberg
Ursula Feikes-Feilhauer, Grevenbroich Pensionärin
Claudia Fieber, Berlin Betriebsratsvorsitzende Deutsche Bank Berlin
Christopher Justin, Bad Breisig (seit 13. Juni 2019) Senior Professional Postbank Filialvertrieb AG
Joachim Kotthoff, Nauheim (bis 13. Juni 2019) Teamleitung HR Business, Deutsche Bank AG
Bernd Rose, Menden/Sauerland Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Menden (Sauerland)
Frank Schulze, Hanau (seit 13. Juni 2019) Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Deutsche Bank und Vorsitzender BR PW&CC Center
Eric Stadler, Markt Schwaben Vorsitzender Betriebsrat München, Betriebs-Center für Banken AG
Andreas Timmann, Kassel (13. Juni - 1. November 2019)
Kevin Voß, München (seit 11. November 2019) Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di
Jörg Wolfram, Leipzig stellvertretender Vorsitzender Gesamtbetriebsrat, DB Privat- und Firmenkundenbank AG

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der DB Privat- und Firmenkundenbank AG in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner:

Karl von Rohr	Vorsitzender
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DWS Group GmbH & Co. KGaA, Frankfurt am Main
Christoph Bornschein	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	22Connect AG, Köln
Dr. Stefan Hoops	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Clearing AG, Frankfurt am Main
Marzio Hug	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Anna Issel	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Oppenheim Family Office AG, Grasbrun
Philip Laucks	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 29. April 2019)	Deutsche Bank Societa per Azioni, Mailand
Alexander von zur Mühlen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Securities Saudi Arabis, Riad

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

Susanne Walzer	Stellv. Vorsitzende
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	BetriebskrankenkasseKK Deutsche Bank AG und BKK Pflegekasse der Deutschen Bank AG, Düsseldorf
Frank Bsirske	
Funktion	Gesellschaft
stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	innogy SE, Essen
Mitglied des Verwaltungsrats	KfW, Frankfurt am Main
Christopher Justin	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Bernd Rose	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Kevin Voß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Fiducia GAD IT AG, Münster

43 – Wesentliche Prüfungshonorare

in Mio €	2019	2018
Abschlussprüfungsleistungen	7	6
Andere Bestätigungsleistungen	1	2
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	0	0
Gesamt	8	8

44 – Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die folgenden vollkonsolidierten Tochterunternehmen nehmen für das Geschäftsjahr 2019 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB in Anspruch:

- PB Firmenkunden AG
- Postbank Beteiligungen GmbH
- Postbank Filialvertrieb AG
- Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH
- Postbank Systems AG

45 – Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %
a) Verbundene Unternehmen	
In den Konzernabschluss einbezogen	
Ambidexter GmbH, Frankfurt am Main	100,0 ³
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0 ³
BHW Holding GmbH, Hameln	100,0 ³
DB Direkt GmbH, Frankfurt am Main	100,0 ³
DB Investment Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0 ³
DB VersicherungsManager GmbH, Frankfurt am Main	100,0 ³
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0
KEBA Gesellschaft für interne Services mbH, Frankfurt am Main	100,0 ³
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0 ³
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0 ³
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0 ²
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0
Teilgesellschaftsvermögen PB 26	100,0
PCC Services GmbH der Deutschen Bank, Essen	100,0 ³
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0 ³
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0 ³
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0 ³
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0 ³
Postbank Systems AG, Bonn	100,0 ³
Stelvio Immobiliare S.r.l., Bolzano (Italien)	100,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn	75,0 ⁴

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€ ¹
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen⁵			
DB Advisors SICAV, Luxemburg, Luxemburg	65,6	7.970.503	167.688 ⁶
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG in Insolvenz, Hamburg	65,2	N/A	N/A
Finanzberatungsgesellschaft mbH der Deutschen Bank, Berlin	100,0	1.722	482
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,9	0	-3
KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG i.L., Düsseldorf	97,0	29	71
KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG i.L., Düsseldorf	96,1	465	-31
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	985	-54
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	42	5
TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG, Düsseldorf	94,5	13.620	22.074
TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG, Düsseldorf	94,4	1.427	857
b) Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Benefit Trust GmbH, Lützen	26,5	7.085.831	4.684 ⁶
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	21,1	27.640	-1.409
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin	21,1	11	-2
dwins GmbH, Frankfurt am Main	21,3	334	-858
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	0	11
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	41,2	0	30
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	19
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schuhmacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG, Berlin	20,5	18.174	36.520
MT „KING DANIEL“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	33,0	1.340	-71
MT „KING DOUGLAS“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	33,0	1.086	-8.270
SOLOON Grundstücks-Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraft Halle KG i.L., Halle/Saale	30,5	1.397	-1
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	22,5	5.699	1.199
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	428	16
c) Beteiligungen, an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft, Saarbrücken	11,8	65.285	194

¹ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

² In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des DB Privat- und Firmenkundenbank Konzerns gehalten werden.

³ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag im Konzern DB Privat- und Firmenkundenbank

⁴ Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die DB Privat- und Firmenkundenbank AG gehalten.

⁵ Auf die Einbeziehung von diesen Unternehmen wurde verzichtet, da diese weder strategisch noch quantitativ wesentlich sind und somit für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

⁶ Bei den Anteilen an der Benefit Trust GmbH und der DB Advisors SICAV handelt es sich um Planvermögen im Sinne des IAS 19, die einer Verfügungsbeschränkung seitens der Bank unterliegen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Der Abschluss wurde am 26. Februar 2020 durch den Vorstand aufgestellt. Auf Basis der jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf die Ausbreitung des Coronavirus (COVID 19) wurden die Prognoseaussagen für die DB PFK, die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft und die volkswirtschaftlichen Risiken und Chancen für das Geschäftsjahr 2020 sowie die Note 39 „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ angepasst. Der ursprünglich am 26. Februar 2020 aufgestellte Abschluss wurde mit Nachtrag auf Grund der oben genannten Auswirkungen von COVID 19 am 26. März 2020 erneut aufgestellt.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss mit Nachtrag vom 26. März 2020 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 26. März 2020

DB Privat- und Firmenkundenbank AG

Der Vorstand



Dr. Manfred Knof



Stefan Bender



Philipp Gossow



Dr. Alexander Ilgen



Susanne Klöß-Braekler



Philip Laucks



Dr. Markus Pertlwieser



Zvezdana Seeger



Lars Stoy



Kay Wolf

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der DB Privat- und Firmenkundenbank AG und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2019, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der DB Privat- und Firmenkundenbank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wertberichtigungen für bonitätsbeeinträchtigte Forderungen an Kunden aus dem Non-Retail-Kreditportfolio

Eine qualitative und quantitative Beschreibung des Kreditrisikomanagements einschließlich der Bewertung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft findet sich im Risikobericht als Teil des Lageberichts in den Abschnitten „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Quantitative Angaben zum Kreditrisiko gemäß IFRS 7“. Des Weiteren verweisen wir auf den Anhang der Gesellschaft in Note 02 „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie Note 18 „Risikovorsorge für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte“.

Das Risiko für den Abschluss

Die Bank weist zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovorsorge in Höhe von EUR 196,8 Mrd aus. Dies entspricht 68 % der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr 2019 hat die Bank einen Betrag in Höhe von insgesamt EUR 233 Mio als Nettoaufwand zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Davon entfällt ein wesentlicher Teil auf bonitäts-beeinträchtigte Forderungen. Dies ergibt zum 31. Dezember 2019 einen Bestand der Risikovorsorge in Höhe von EUR 1,0 Mrd für bonitätsbeeinträchtigte Kredite. Ein wesentlicher Teil der Einzelwertberichtigungen zur Berücksichtigung akuter Ausfallrisiken entfällt auf Einzelwertberichtigungen für Kredite im Non-Retail-Portfolio.

Die Ermittlung der Wertberichtigungen für bonitätsbeeinträchtigte Forderungen an Kunden aus dem Non-Retail-Portfolio ist ermessensbehaftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme zu Zins- und Tilgungsleistungen des Kreditnehmers und/oder der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten unter Berücksichtigung von wahrscheinlichkeitsgewichteten Szenarien. Die Annahmen werden in Abhängigkeit von der gewählten Sanierungs- bzw. Abwicklungsstrategie getroffen.

Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass angemessene Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Bonitätsbeeinträchtigung festgelegt werden und eine Identifizierung dieser Engagements prozessual sichergestellt ist. Darüber hinaus war es für unsere Prüfung von Bedeutung, dass bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung sachgerechte Annahmen und Szenarien (z. B. Verwertungsszenarien, Going-Concern-Szenarien) über die Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten getroffen werden. Fehlerhafte Annahmen über die Höhe der erwarteten Zahlungsströme und/oder der Verwertung gestellter Kreditsicherheiten bzw. die nicht standardkonforme Berücksichtigung von Szenarien können dazu führen, dass den Adressenausfallrisiken nicht in angemessener Höhe Rechnung getragen wird und die Forderungen somit unzutreffend bewertet sind.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der Forderungen an Kunden, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Steuerung, Überwachung und Bewertung der Forderungen an Kunden im Non-Retail-Portfolio verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Forderungen an Kunden im Non-Retail Portfolio haben wir Einsicht in die relevanten Organisationsrichtlinien genommen sowie Befragungen durchgeführt. Darüber hinaus haben wir uns von der Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit von relevanten Kontrollen, die die Bank zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie zur Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung eingerichtet hat, überzeugt. Für die zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Angemessenheit des allgemeinen IT-Umfelds sowie die Wirksamkeit der relevanten IT-Anwendungskontrollen unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Anhand einer unter Wesentlichkeits- und Risikogesichtspunkten bestimmten bewussten Auswahl von Einzelengagements aus dem Non-Retail-Portfolio der Bank haben wir die Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden untersucht. Zunächst haben wir untersucht, ob bei den ausgewählten Engagements Kriterien vorliegen, die Anlass zu einer Bonitätsbeeinträchtigung geben könnten und das Engagement jeweils zutreffend als bonitätsbeeinträchtigt oder nicht-bonitätsbeeinträchtigt eingestuft wurde. Bei tatsächlich bonitätsbeeinträchtigten Engagements haben wir anschließend gewürdigt, ob bei der Bewertung nachvollziehbare realistische wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien zugrunde gelegt werden, die auch die Sanierungs- bzw. Abwicklungsstrategie der Bank berücksichtigen. Darauf aufbauend haben wir insbesondere die Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten sowie die geschätzten Zeitpunkte der erwarteten Zahlungseingänge überprüft. Sofern für ein Engagement Kreditsicherheiten gestellt wurden, auf die in der Bewertung abgestellt wird, haben wir die rechtliche Durchsetzbarkeit und die Werthaltigkeit dieser Sicherheiten beurteilt. In diesem Zusammenhang haben wir, soweit dies auf den Sachverhalt zutrifft und

zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Bedeutung war, Wertgutachten unabhängiger Sachverständiger verwendet und beurteilt, ob deren Annahmen in sachgerechter Weise aus geeigneten internen und externen Quellen abgeleitet wurden. Hierzu haben wir unter anderem Marktstudien, Marktpreise und Renditeanalysen herangezogen. Für ausgewählte Sicherungsobjekte haben wir darüber hinaus unsere Immobilienbewertungsspezialisten eingebunden. Abschließend haben wir nachvollzogen, ob die erforderliche Einzelwertberichtigung rechnerisch richtig ermittelt wurde.

Parallel dazu haben wir für eine Stichprobe aus den Einzelengagements, die nicht Bestandteil unserer bewussten Auswahl waren, geprüft, ob die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Bonitätsbeeinträchtigung angemessen auf die Einzelfälle angewendet wurden.

Unsere Schlussfolgerungen

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass die getroffenen Kriterien zur Identifizierung bonitätsbeeinträchtigter Forderungen sowie die Annahmen und Szenarien zur Ermittlung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus dem Non-Retail-Portfolio der Bank angemessen sind.

Bewertung von Forderungen an Kunden nach einem parameterbasierten Ansatz (PWB und pEWB)

Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Risikobericht. Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der DB PFK zur Bewertung der Forderungen an Kunden verweisen wir auf den Anhang Note 02 „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ und Note 18 „Risikovorsorge für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten“ der Gesellschaft.

Das Risiko für den Abschluss

Die DB PFK weist zum 31. Dezember 2019 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von EUR 196,8 Mrd und einen Bestand der Risikovorsorge für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten von insgesamt EUR 1,6 Mrd aus. Hiervon entfallen EUR 0,2 Mrd auf Forderungen ohne signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos seit erstmaligem Ansatz, EUR 0,3 Mrd auf Forderungen mit signifikanter Erhöhung des Ausfallrisikos seit erstmaligem Ansatz und EUR 1,0 Mrd auf bonitätsbeeinträchtigte Forderungen. Der größte Teil der Risikovorsorge wurde nach einem parameterbasierten Ansatz für Forderungen ohne signifikante und mit signifikanter Erhöhung des Ausfallrisikos (Stufe 1 und 2) und für bonitätsbeeinträchtigte Forderungen (Stufe 3) aus dem Retail-Geschäft ermittelt.

Die Ermittlung der Risikovorsorge nach einem parameterbasierten Ansatz erfordert eine portfoliobasierte, durchschnittliche Schätzung der Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen sowie der durchschnittlichen Sicherheiten-Verwertungsquoten, die unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung von wertbestimmenden Annahmen und Parametern vorzunehmen und in hohem Maß mit Ermessen behaftet sind. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zur Bemessung von Ausfallrisiken bei nicht-ausgefallenen Kreditnehmern zählen insbesondere die Verlustquote sowie die Zwölf-Monats-Ausfallwahrscheinlichkeit (Stufe 1) bzw. die Ausfallwahrscheinlichkeit über die verbleibende Restlaufzeit bei Engagements, bei denen sich das Ausfallrisiko seit dem erstmaligen Ansatz signifikant erhöht hat (Stufe 2). Dabei werden zukunftsgerichtete Information durch die Bank berücksichtigt. Bei bonitätsbeeinträchtigten Kreditnehmern (Stufe 3) im Retail-Portfolio sind entsprechende Annahmen über die erwarteten Rückfluss- und Gesundungsquoten zur Bemessung der pauschalierten Wertberichtigungen der Bank zu treffen.

Da diese Schätzungen und Ermessensausübungen unter Unsicherheit vorzunehmen sind und einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der Risikovorsorge haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sachgerecht abgeleitet wurden und in Einklang mit IFRS 9 an parameter-basierte Verfahren zur Ermittlung von Wertberichtigung insgesamt entsprochen worden ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter Hinzuziehung von KPMG-Kreditrisikospezialisten die folgenden wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Modellierung und Kalibrierung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die einschlägigen Aufzeichnungen und Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren. Anschließend haben wir die Angemessenheit, die Implementierung und anhand von Stichproben die Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft. Unsere Prüfungshandlungen konzentrierten sich dabei auf Verfahren und Kontrollen hinsichtlich der Herleitung und

Genehmigung der ermittelten Parameter durch die Bank sowie der angemessenen Verarbeitung der Risikodaten in den IT-Systemen der Bank, in denen die Berechnung der Risikovorsorge nach dem parameterbasierten Ansatz vorgenommen wird. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Angemessenheit des allgemeinen IT-Umfelds sowie die Wirksamkeit der zugehörigen IT-Kontrollen unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Darüber hinaus haben wir in einem zweiten Schritt aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen, die

- neben dem Nachvollziehen der Validierungsergebnisse von Risikoklassifizierungsmodellen auch das Nachrechnen der Kalibrierung von Parametern für eine überwiegend an risikoorientierten Kriterien ausgerichtete bewusste Auswahl von Risikoklassifizierungsmodellen und Parametern,
- die Überprüfung der angemessenen und IFRS 9 konformen Berücksichtigung makroökonomischer Einflussfaktoren sowie von zukunftsgerichteten Informationen in den Risikomodellen,
- die stichprobenbasierte Überprüfung der Datenqualität des Risikodatenhaushalts sowie
- die stichprobenhafte Nachrechnung der nach dem parameterbasierten Ansatz ermittelten Risikovorsorge für einzelne Forderungen an Kunden

beinhalteten.

Unsere modell- und parameterbezogenen Prüfungshandlungen haben wir unter Einbindung von Kreditrisikomodellierungs-Spezialisten durchgeführt.

Die zutreffende Erfassung der parameterbasierten Risikovorsorge im Rechnungslegungssystem und im Konzernabschluss der Bank haben wir geprüft.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Risikovorsorgebildung für Forderungen an Kunden nach den dem parameterbasierten Ansatz zugrundeliegenden Annahmen und Parameter wurde sachgerecht hergeleitet und steht im Einklang mit den Wertminderungsanforderungen des IFRS 9.

Bewertung der Verbindlichkeiten für zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sowie den verwendeten Annahmen verweisen wir auf die Angaben im Anhang, Note 02 „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie Note 25 „Einlagen“.

Das Risiko für den Abschluss

Im Konzernabschluss der DB PFK zum 31. Dezember 2019 sind in den Bauspareinlagen Zinsbonusverpflichtungen in Höhe von EUR 836 Mio enthalten, die an Kunden bei Darlehensverzicht zu zahlen sind.

Die Verbindlichkeiten betreffen die Vergütung von Zinsboni an Kunden im Falle eines Darlehensverzichts bzw. Zinssatzwechsel auf Basis eines Bewertungsmodells, welches für jeden einzelnen Kunden eine Einschätzung trifft, ob der Verzicht auf die Inanspruchnahme des Bauspardarlehens und damit die rückwirkende Vergütung von Zinsboni aus Kundensicht im Vergleich zu einer alternativen Finanzierung wirtschaftlich vorteilhaft und daher wahrscheinlich ist. Den voraussichtlichen Auszahlungszeitpunkt ermittelt die Bank auf Basis von Erfahrungswerten aus dem Bausparkollektiv der BHW Bausparkasse AG. Die Auswahl des Bewertungsmodells sowie dessen Parametrisierung basieren auf Annahmen und Ermessensentscheidungen. Die wesentlichen Annahmen betreffen den angesetzten Vergleichszinssatz, die geschätzte Wahrscheinlichkeit für die Inanspruchnahme des Zinsbonus sowie die Ablauffiktion der Zahlungen.

Es besteht das Risiko für den Konzernabschluss, dass durch das verwendete Bewertungsmodell und die hierbei berücksichtigten Annahmen und Ermessensentscheidungen das zukünftige Kundenverhalten falsch eingeschätzt wird und damit die Verbindlichkeiten für zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel unzutreffend bewertet werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen, für die Verbindlichkeiten aus zu vergütenden Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

Durch Befragungen und Einsichtnahme in Unterlagen haben wir ein Verständnis des Bewertungsmodells und der in die Bewertung eingeflossenen Annahmen sowie der organisatorischen Ausgestaltung des Prozesses zur Ermittlung der Rückstellungen für zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel erlangt.

Im Zuge der Aufbauprüfung haben wir insbesondere gewürdigt, inwieweit das angewandte Bewertungsmodell zur Ermittlung der Verbindlichkeiten geeignet ist und die getroffenen wesentlichen Annahmen sachgerecht und schlüssig sind. Für die Prüfung der angesetzten Wahrscheinlichkeiten für die Inanspruchnahme von Zinsboni sowie der Ablauffiktion haben wir den Vergleich der für vorhergehende Geschäftsjahre vorgenommenen Schätzungen mit den späteren tatsächlichen Ergebnissen gewürdigt und die Ergebnisse daraufhin analysiert, ob sie das angewandte Schätzverfahren bestätigen. Von der Angemessenheit des verwendeten Vergleichszinssatzes haben wir uns durch den Vergleich mit Marktdaten und anderen öffentlich verfügbaren Informationen überzeugt. Durch den Vergleich der angesetzten Ablauffiktion mit Datenauswertungen aus der Bausparkkollektivsimulation haben wir die Angemessenheit des in der Bewertung berücksichtigten Zahlungsabflusses nachvollzogen.

Im Rahmen der kontrollbasierten Prüfungshandlungen haben wir die Angemessenheit der Kontrollen zur Sicherstellung der Vollständigkeit und Richtigkeit der in die Berechnung einfließenden Daten beurteilt und deren Funktionsfähigkeit geprüft.

Wir haben durch den Abgleich mit den Allgemeinen Bausparbedingungen geprüft, dass alle relevanten Tarife berücksichtigt wurden. Weiterhin haben wir die Ermittlung in den wesentlichen Berechnungsschritten nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Die der Berechnung der Verbindlichkeit für zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel zugrundeliegenden Modelle und Parameter wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Konzernklärung zur Unternehmensführung (Angaben zur Frauenquote nach § 289f Abs. 4 HGB), die im Abschnitt „Feststellung von Zielgrößen für Frauenanteile im Aufsichtsrat, im Vorstand und in Führungsebenen“ des Konzernlageberichts enthalten ist, und
- die im Konzernlagebericht enthaltenen lageberichtsfremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben.
- Die sonstigen Informationen umfassen zudem den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellten Geschäftsbericht.

Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Konzernabschluss, die inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu

bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1

HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.
- Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.
- Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 27. März 2019 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 11. Juli 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind erstmalig seit dem Geschäftsjahr 2018 als Konzernabschlussprüfer der DB Privat- und Firmenkundenbank AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Hinweis zur Nachtragsprüfung

Diesen Bestätigungsvermerk erteilen wir zu dem geänderten Konzernabschluss und geänderten Konzernlagebericht aufgrund unserer pflichtgemäßen, am 4. März 2020 abgeschlossenen Konzernabschlussprüfung und unserer am 26. März 2020 abgeschlossenen Nachtragsprüfung, die sich auf die Angaben im Konzernanhang und Konzernlagebericht aufgrund einer unter Berücksichtigung neuer Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Ausbreitung des Coronavirus aktualisierten Nachtragsberichterstattung im Konzernanhang und einer aktualisierten Prognose- und Risikoberichterstattung im Konzernlagebericht bezog. Auf die Darstellung der Änderung durch die gesetzlichen Vertreter im geänderten Konzernanhang, Abschnitte „01 – Wesentliche Konzernrechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ und „39 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ sowie im geänderten Konzernlagebericht, Abschnitte „Risikobericht“, „Ausblick“ und „Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ wird verwiesen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Jan Möllenkamp

Frankfurt am Main, den 4. März 2020 / begrenzt auf die im Hinweis
zur Nachtragsprüfung genannte Änderung : 26. März 2020

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Winner

Wirtschaftsprüfer

gez. Möllenkamp

Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

DB Privat- und
Firmenkundenbank AG

Theodor-Heuss-Allee 72
60486 Frankfurt am Main
Telefon (069) 910-00

Investor Relations

db.ir@db.com

Koordination/Redaktion

DB Privat- und
Firmenkundenbank AG
KCO PFR

Gestaltung und Satz

DB Privat- und
Firmenkundenbank AG

Veröffentlichung

Veröffentlicht am 30. März 2020

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DB Privat- und Firmenkundenbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die DB Privat- und Firmenkundenbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.